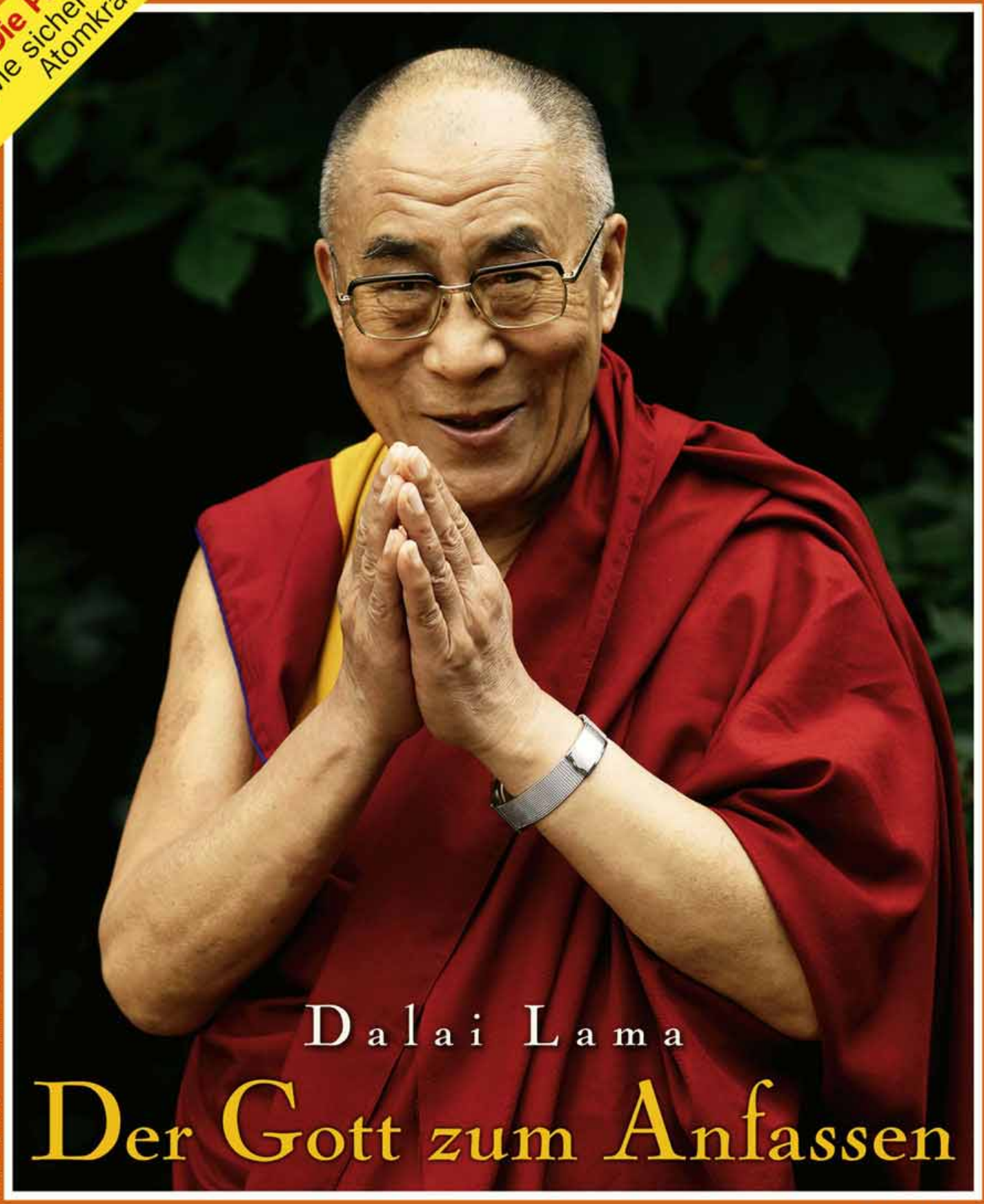
DER SPIEGEL

Nr. 29 / 16.7.07
Deutschland: 3,50 €
4 190700 703502 29

Die Pannen-Meiler
Wie sicher sind deutsche Atomkraftwerke?



Dalai Lama
Der Gott zum Anfassen

PRINTED IN GERMANY

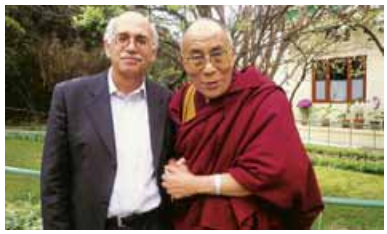
Österreich € 3,80 Schweiz sfr 6,30
Belgien € 4,– Dänemark dkr 39,– Finnland € 5,95 Frankreich € 4,50
Griechenland € 5,10 Großbritannien £ 3,50 Hongkong HK$ 60,– Italien € 4,50
Japan (inkl. Tax) Yen 1.764 Norwegen NOK 47,– Polen (ISSN 00387452) Zł 22,– Portugal (cont.) € 4,50
Schweden skr 49,– Slowakei Sk 215,– Slowenien € 4,50 / SIT 1.078,38 Spanien € 4,50
Spanien / Kanaren € 4,70 Thailand Baht 380,– Türkei YTL 10,– Ungarn Ft 1.250,–

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

16. Juli 2007 **Betr.: Titel, Trinkwasser, Olympia**

In Deutschland ist der Dalai Lama, 72, populärer als der Papst, und er wird bei seinen Auftritten gefeiert wie ein spiritueller Superstar: Von einer „Dalai-Lama-Mania“ ist die Rede, seit der tibetische Gottkönig einen in dieser Woche beginnenden zehntägigen Besuch in der Bundesrepublik angekündigt hat. Titel-Autor Erich Follath, 58, lernte den im Westen verehrten und von den chinesischen Kommunisten gehassten Friedensnobelpreisträger vor 15 Jahren kennen. Er hat ihn oft in dessen Exil im nordindischen Dharamsala besucht und ihn jüngst zu zwei langen Interviews getroffen. Erstmals sprach der Dalai Lama dabei über einen Rückzug aus der Politik und den Wunsch, seine Heimat Tibet „als Privatmann“ zu besuchen. Aus Follaths jetzt erscheinendem Buch „Das Vermächtnis des Dalai Lama“ (Verlag Collection Rolf Heyne, 19,90 Euro) druckt der SPIEGEL diese Woche Auszüge. Der nicht selten zu Heiterkeit aufgelegte Tibeter forderte vorigen Donnerstag schallendes Gelächter unter 4500 Pilgern aus aller Welt heraus, als er in Dharamsala SPIEGEL-Titelbildchef Stefan Kiefer, 49, und Fotograf Frank Krems, 46, zu sich auf die Bühne holte. Er müsse nun „besonders freundlich lächeln“, dann, habe man ihm versprochen, werde sein Bild auf dem SPIEGEL-Titel erscheinen. Stunden später trafen die Fotos aus einem Internet-Café von Dharamsala in Hamburg ein. Das Versprechen wurde gehalten (Seite 80).



Follath, Dalai Lama

FRANK KREMS

Kiefer, Dalai Lama, Krems

SVEN TORFINN

Shafy, Slumbewohnerin (in Nairobi)

Fast alle Familien, die SPIEGEL-Redakteurin Samiha Shafy, 27, im Kibera-Slum der kenianischen Hauptstadt Nairobi traf, haben schon den Tod eines Kindes beklagen müssen, das von Durchfallerkrankungen dahingerafft wurde – verseuchtes Trinkwasser ist eine der häufigsten Ursachen der hohen Kindersterblichkeit. Ein Schweizer Forscher versucht den Slumbewohnern nun eine einfache Methode zur Desinfektion des Wassers nahezubringen. Es wird in einer PET-Flasche dem Sonnenlicht ausgesetzt, und die schlimmsten Keime sterben. Während manche Einheimische dem simplen Verfahren mit Skepsis begegnen, wagte Shafy vor deren Augen einen Selbstversuch und trank das sonnenbestrahlte Wasser. „Ich blieb gesund“, sagt die SPIEGEL-Redakteurin (Seite 116).

Darf der südafrikanische Sprinter Oscar Pistorius, 20, von den Olympischen Spielen 2008 in Peking ausgeschlossen werden, weil er auf Unterschenkelprothesen läuft? Handelt es sich dabei um eine wettbewerbsverzerrende Aufrüstung des Körpers? SPIEGEL-Redakteur Hilmar Schmundt, 40, recherchierte die Hintergründe der skurrilen Debatte im internationalen Leichtathletikverband IAAF. Bis der endgültig entscheidet, darf Pistorius gegen Nichtbehinderte antreten. Schmundt, nicht langsam, ließ sich in Südafrika von dem Sportler herausfordern. „Er gab mir 20 Meter Vorsprung und hat mich in Windeseile überholt“, berichtet der SPIEGEL-Mann (Seite 120).

In diesem Heft

Titel

Dalai Lama, Gottkönig ohne Land 80
Wie Deutschlands Buddhisten ihren Glauben leben 86
Interview mit Benediktinerabt Notker Wolf über die Unterschiede zwischen Papst und Dalai Lama ... 88

Deutschland

Panorama: Ringen um Freilassung der deutschen Irak-Geisel / Unionspolitiker gegen Merkels Klimapläne / Künast warnt Grüne vor Rückfall in Pazifismus 15
Kernenergie: Alte Atommeiler, überfordertes Personal, schlechtes Krisenmanagement – wie die jüngsten Störfälle den Atomausstieg befördern 18
Reformen: Widerstand der SPD gegen die Bahn-Privatisierung 22
Innere Sicherheit: Wie Minister Wolfgang Schäuble den umstrittenen Umbau des Rechtsstaats vorantreiben will 24
Umfrage: Wowereit und Lafontaine legen zu 28
Außenpolitik: Klimasturz im deutsch-französischen Verhältnis 32
Kirche: Der Papst brüskiert die Protestanten 35
Union: Die Konservativen suchen Ideen und eine Führungskraft 38
Linke: Scheitern die Expansionspläne im Westen am Personal? 40
Bayern: CSU-Landrätin Gabriele Pauli will an die Parteispitze 42
Schulpolitik: Hessens bibeltreue Kultusministerin Karin Wolff verstört Parteifreunde und Kirchenvertreter 44
Fahndung: Wie Handys zu Wanzen umprogrammiert werden 46

Gesellschaft

Szene: Rezeptfreie Diätpille / Studie über Pechvögel 48
Eine Meldung und ihre Geschichte – über einen mysteriösen Banküberfall in den USA 49
Abschiebung: Eine in Hamburg lebende Russin will ihre neue Heimat nicht verlassen 50
Ortstermin: Im Kanzleramt zelebriert Angela Merkel den zweiten Integrationsgipfel 54

Wirtschaft

Trends: LTU-Piloten stimmen über Streik ab / Subventionen des Bundes sinken / Union gegen neue Job-Zuschüsse 56
Umweltpolitik: Deutsche Konzerne werden grün – aus Profitstreben 58
Aktien: Geht die Party weiter? 62
Löhne: Die Forderungen der Lokführer stoßen bei den Bürgern auf Sympathie 63
Banken: SPIEGEL-Gespräch mit Jamie Dimon, dem Chef von J. P. Morgan Chase, über die Gefahr durch Hedgefonds und Millionengehälter 64
Dienstleistungen: Internet-Portale für günstige Handwerkerarbeiten verzeichnen gigantische Zuwachsraten 67

Medien

Trends: Sat.1 kürzt die Informationsprogramme / Neuer NDR-Intendant setzt auf eigenen Nachwuchs 68
Fernsehen: Vorschau / Rückblick 69
Internet: Der Hype um das Web 2.0 treibt skurrile Blüten 70
Presse: Interview mit dem Schweizer Verleger Michael Ringier über die Konkurrenz in Zeiten von Gratis- und Internet-Kultur 74

WOLFGANG KUMM / DPA

Glos, Gabriel

TIMO JANN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Atomkraftwerk Krümmel

Kernenergie spaltet die Koalition

Seite 18

Ein Brand im Reaktor Krümmel hat Zweifel an der Zuverlässigkeit der Energiekonzerne geschürt. Der Zwischenfall ist für Umweltminister Sigmar Gabriel ein Beleg für die Gefahren dieser „Risikotechnologie“. Für Wirtschaftsminister Michael Glos ist er ein Rückschlag: Er will die Laufzeit von Kernkraftwerken verlängern.

Schäuble legt nach

Seite 24

Kaum hat Bundesinnenminister Schäuble mit seinen provokativen Forderungen, Terroristen zu töten und Terrorverdächtige zu internieren, für Wirbel gesorgt, legt er nach. Nun fordert der Sicherheitsminister, das Strafgesetzbuch zu verschärfen. So sollen künftig bereits terroristische „Vorfeldhandlungen“ wie Geldbeschaffung mit Gefängnisstrafen geahndet werden.

Schäuble

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Auf der Suche nach dem neuen MySpace

Seite 70

Vom belächelten Teenager-Spielzeug zum Milliardengeschäft: Im Web 2.0 suchen Gründer und Investoren die nächste zündende Geschäftsidee. Mega-Erfolge wie MySpace und YouTube bleiben bislang selten. Stattdessen wächst die Protestkultur.

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Angst vor der Abschiebung

Seite 50

Deutschland tut sich schwer damit, aus dem Strom von Einwanderern die Ausländer auszuwählen, die sich integrieren können und wollen. Die Russin Maria Sorokina ist eine von 180 000 befristet geduldeten Migranten, denen eine Abschiebung droht. Darüber entscheiden Beamte, die auf der Suche sind nach dem tüchtigen, schlauen, sprachgewandten Ausländer.

Sorokina

GAARE / IMAGES.DE

Junge Türkinnen in Ankara

Wohin steuert die Türkei?

Seite 98

Premier Erdogan dürfte die Wahlen am Sonntag gewinnen – aber wohin will er die Türkei führen? Die alte kemalistische Elite wirft ihm Abkehr von säkularen Prinzipien vor, Intellektuelle befürchten, er wolle den Gottesstaat einführen. Wahrscheinlich will Erdogan beides: das Land modernisieren und eine konservative Wende.

Sarkozys Kampfansage

Seite 32

Vorbei die Zeit des Schmeichelns: Vehement versucht Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy, Angela Merkel die Führungsrolle in Europa abzunehmen. Doch den offenen Kampf will die Kanzlerin vermeiden – sie setzt darauf, Sarkozy geräuschlos auszubremsen.

BASSIGNAC GILLES / GAMMA / EYEDEA / STUDIO X

Merkel, Sarkozy

THOMAS MELZER / IMAGO

Ecclestone

Ecclestones Expansion

Seite 110

Seit Jahrzehnten beherrscht der britische Milliardär Bernie Ecclestone die Formel 1. Nun will der 76-Jährige die Rennserie in Asien etablieren. „Wir wollen eine Weltmeisterschaft austragen“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch, „keine Europameisterschaft.“

Miss Bayreuth

Seite 130

Bei den Bayreuther Festspielen tobt erneut ein Machtkampf: Scheitert der greise Festspielleiter Wolfgang Wagner mit dem Versuch, seine Tochter Katharina als Nachfolgerin durchzusetzen?

Katharina Wagner

KLINGBERG / DAS OPERNGLAS

Ausland

Panorama: Blutgeld soll Bulgarinnen vor Todesstrafe bewahren / Brasilien setzt auf Nuklearhilfe aus Deutschland / EU-Streit um Anti-Terror-Koordinator 77
Pakistan: Machtkampf zwischen Musharraf und den Islamisten 96
Türkei: Erdogans Doppelstrategie 98
Großbritannien: Die Tagebücher des Blair-Vertrauten 102
Irak: Premier Maliki auf verlorenem Posten 104
China: Der Bauer, den die KP fürchtet 105
Global Village: Ein Deutscher belebt seit 30 Jahren das Kneipenleben in Namibia 106

Sport

Szene: Armut unter ehemaligen Sportlern in China / Pazifiküberquerung der britischen Ruderin Roz Savage 109
Formel 1: SPIEGEL-Gespräch mit Bernie Ecclestone über den Jungstar Lewis Hamilton und die Ausweitung der Rennserie 110
Doping: Ratlose Tour-de-France-Berichterstattung bei ARD und ZDF 113

Wissenschaft · Technik

Prisma: Krebshysterie um Wärmestrahlung / Goldschürfer am Rhein 114
Gesundheit: Wie ein Schweizer Forscher mit Plastikflaschen Tausende Menschenleben retten will 116
Medizin: Narbenfrei operieren durch Vagina, Darm und Magen 119
Sportwissenschaft: Ein Sprinter ohne Füße will bei den Olympischen Spielen in Peking starten 120
Bauwerke: Wann kippt der schiefe Turm von Bad Frankenhausen? 123
Automobile: Der neue Sportwagen von Maserati 124

Kultur

Szene: Nürnberg feiert Albrecht Dürer und seine Beschäftigung mit nackter Schönheit / Rettet eine Fledermaus das Dresdner Weltkulturerbe? 127
Festspiele: Machtkampf der Wagner-Töchter in Bayreuth 130
Zeitgeschichte: Mitgliedskarten der NSDAP mit neuen prominenten Namen 134
Kino: Quentin Tarantinos halbstarker Film „Death Proof“ 135
Pop: Der irische Sänger Damien Rice begeistert mit wehmütigem Schmachtsound 138
Bestseller 139
Autoren: Vor 20 Jahren starb der wilde Rebell Jörg Fauser – jetzt erscheint sein nachgelassener Roman „Die Tournee“ 140
Nahaufnahme: Wie Österreich das 50. Jubiläum des Operettenfestivals am Neusiedler See zelebriert 142

Briefe 10
Impressum, Leserservice 144
Chronik 145
Register 146
Personalien 148
Hohlspiegel / Rückspiegel 150

Titelbild: Foto Frank Krems für den SPIEGEL

SPIEGEL-Titel 28/2007

„Die Frage, ob die Staatsgewalt alles, aber auch wirklich alles zum Schutz des Landes machen darf, wird sich schlagartig erübrigen, wenn das erste Terrorattentat mit Toten stattfindet. Dann werden alle Gutmenschen, Datenschützer und Verzögerer sowieso keine passenden Worte mehr auf Lager haben."

Erich Janoschek aus Kaiserslautern zum Titel „Der Preis der Angst – Wie der Terrorismus den Rechtsstaat in Bedrängnis bringt"

Wie bei David und Goliath

Nr. 28/2007, Titel: Der Preis der Angst – Wie der Terrorismus den Rechtsstaat in Bedrängnis bringt

Der Tod steht immer am Ende des Lebens, aber bis dahin möchte ich in einem freien, nicht totalitären Staat gelebt haben. Die Wahrscheinlichkeit des Todes durch Unfall ist noch immer größer als die, durch einen Anschlag ums Leben zu kommen. Der größte Erfolg für die Terroristen und damit auch Motivation für weitere Anschläge ist die künstliche Angsthysterie, die uns die Schäubles dieser Welt einimpfen wollen. Demonstrative Gelassenheit und weniger mediale Aufmerksamkeit wären eine Horrorvorstellung für potentielle Attentäter.

Berlin — Wolfgang Rietig

„Der Preis *ist* Angst", müsste es heißen, der Preis für geistige Freiheit, für Freiheit im globalen Verkehr und in der global medialen Vernetzung – zu hoch?

Hamburg — Günther Schultze

So treffend Ihre Titelzeile „Der Preis der Angst" selbst ist, so wenig passend erscheint mir das Titelbild. Wer den Rechtsstaat als steinerne Statue darstellt, impliziert seine Verwundbarkeit durch Terror und Gewalt. Der Justitia müsste man konsequenterweise raten, die Waage wegzuschmeißen, die Augenbinde abzureißen und sich mit dem Schwert als einzigem verbliebenen Werkzeug den Sprengstoffgurt abzureißen und in die „Schlacht" gegen den Terror zu ziehen. Genau das ist es, was Schäuble letztlich fordert, wenn er „Gefährder" wie „Kombattanten" behandeln will. Genau so aber demontieren wir selbst unseren Rechtsstaat und werfen ohne Not unsere liberalen Werte über Bord.

Seukendorf (Bayern) — Martin Lochner

Bei Ihrem Titelmotiv sind Sie übers Ziel hinausgeschossen. Justitia mit Sprengstoffgürtel – das ist ja brisant und pointiert, doch Sie wollen doch wohl nicht die Justiz mit Selbstmordattentätern gleichsetzen, die in ihrem Wahn andere mit sich in den Tod reißen. Das Problem ist eher, dass unser Rechtssystem als eine Geisel benutzt wird oder selbst zum Opfer zu werden droht. Im schlimmsten Fall wird Justitia missbraucht.

Mainz — Bernd Zywietz

Wer vorgibt, die Freiheit vor Terror zu schützen, und freie Bürger überwachen lässt, ist selbst ein Terrorist gegenüber der Freiheit und spielt den Feinden der Demokratie in die Hände.

Gütersloh — Carsten Engelbrecht

JENS NEUMANN / VISUM

Innenminister Schäuble
Unverständlich und unangemessen?

Das Lachen wird uns noch vergehen. Die kaum verbrämte Schmähkritik an Innenminister Schäuble empfinde ich in Wirklichkeit als Lob für vollen Einsatz im Dienst der nationalen Sicherheit.

Traben-Trarbach (Rhld.-Pf.) — Dr. Axel Henrichs

Welch ein Menschenbild, Herr Schäuble! Da fällt mir nur noch Martin Niemöller ein: „Als sie mich abholten, war niemand mehr da, der hätte protestieren können."

Hamburg — Dr. Angela Graf

Eher erfolgversprechend wäre es doch, statt an den Symptomen hier in Europa an der Wurzel des Islamismus im Nahen Osten anzusetzen. Die sozioökonomisch höchst kritische Lage in der Region ist der Nährboden für radikale Ideologien.

Erlangen (Bayern) — Matthias Fischbach
Junge Liberale Mittelfranken

Der Ausgang der Geschichte David gegen Goliath ist kein Märchen, sondern seit Jahrtausenden festgeschrieben: Auch der mit allen Mitteln hochgerüstete Goliath wird David unterliegen. Kleinheit und Wendigkeit schlägt große Schwerfälligkeit allemal. Nur in einem Netzwerk kleiner, unabhängiger Staaten würden sich die Top-Terroristen auch logistisch verheddern. In einem Weltstaat hingegen braucht man sich ja nur irgendwo erfolgreich in die Luft zu jagen.

Bürmoos (Österreich) — Dr. Günther Witzany

Unser Staat benötigt einen Umbau, allerdings zu mehr Rechtsstaatlichkeit – und nicht zu weniger. Wolfgang Schäuble zeigt das Maß an Überheblichkeit und Arroganz, das ihn auch schon in der Kohl-Ära ausgezeichnet hat. Er sollte endlich abtreten. Er ist tatsächlich eine Gefahr für unseren Rechtsstaat geworden! Nicht der internationale Terrorismus verändert ihn, sondern die unangemessene Reaktion hierauf.

Bayreuth (Bayern) — Ortwin Lowack
1987 bis 1991 CSU-Sprecher im Bundestag

Alle Gegenargumente werden über Nacht verstummen, wenn das Szenario eintritt, vor dem man die größte Angst hat: der Überfall auf ein Kernkraftwerk mit seinen unabsehbaren Folgen. Und wir alle werden der schönen liberalen Zeit nachtrauern.

Leipzig — Dr. Kurt Jeroch

Ein Richter auf dem Stuhl Schäubles wäre zu Recht als befangen zu erklären. Die traumatisierende Erfahrung eines Attentats ist schmerzhaft genug. Das projizierte Sicherheitsbedürfnis eines alten Mannes aber ist in einer modernen Demokratie nicht förderlich. Nichts zerfällt. Das hysterische Auseinanderlaufen der freien Geister unseres deutsch-europäischen Zentralstaates nach den Erfahrungen in den siebziger Jahren ist unverständlich und unangemessen.

Göttingen — Roland Tammer

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 17. Juli 1957

Ruhr-Bistum Zwei päpstliche Bullen. **Ford-Aktien** Meisterstück amerikanischer Geschäftspolitik. **Erbschaftsstreit** Krach im Hause Thyssen. **Katholische Damenmode** Tugendhafte Eleganz. **Rollenfunde von Qumran** Kritischer Forscher wurde entlassen. **Medizin** Frischzellen gegen Atomschäden. **Umstrittenes Musiklexikon von Hans Joachim Moser** Sehr freie Nachdichtungen. **Verkehrsprobleme in Paris** Parkscheiben gegen Parksünder.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Sowjetischer Parteichef Nikita Chruschtschow

BONSS / IMAGO

Dresdner Elbtal
„Wir wollen nicht an Schönheit sterben“

Sorgsam ausgewählte Stelle

Nr. 27/2007, Denkmäler: Im Streit um den Brückenbau droht Dresden sich international zu blamieren

Der Kampf um die Erhaltung des Titels Weltkulturerbe, zu dessen Beantragung die Dresdner nicht gefragt wurden – dies war eine rein elitäre Angelegenheit –, ist ein Nebenkriegsschauplatz. Hier suchten sich Brückengegner die Unesco, die bei der Verleihung des Titels durchaus informiert war, als Kriegsverbündeten und als Mittel, den beträchtlichen zipfelbemützten Gartenzwerganteil der Bevölkerung über den Titelverlust gegen die Brücke einzunehmen.

Dresden — Berthold Barthel

Die Stelle, an der die Brücke queren soll, wurde sorgsam ausgewählt; die Blickbeziehung zur historischen Altstadt würde nur gestört, wenn man unmittelbar davorstünde. Entgegen den meisten Berichten liegt sie nämlich hinter einer kleinen Elbbiegung ein Stück von der Altstadt entfernt.

Dresden — Katrin Gottschall

Wenn Ministerpräsident Georg Milbradt „schnell Fakten schaffen will“, wie Sie süffisant schreiben, so tut er das nicht aus Böswilligkeit den Nichtdresdnern gegenüber. Es gibt einen Bürgerentscheid. Schafft er keine Fakten, macht er sich strafbar.

Coswig (Sachsen) — Michael Schmieder

Wie hieß es doch auf einer Kundgebung zum Welterbe in Dresden: „Der Titel muss dem Elbtal erhalten bleiben – ein Herr Milbradt ist dagegen verzichtbar für Dresden“.

Dresden — Urs Krüger

Es ist unfassbar, dass die sächsische Staatsregierung die Zerstörung des Weltkulturerbes durch den Brückenbau befürwortet. Womöglich kann nur die Unesco durch Androhung der Aberkennung des Weltkulturerbe-Titels die Realisierung der Pläne verhindern. In Köln hat es geholfen.

Berlin — Dipl.-Ing. Barbara Bönnemann

Wenn es darauf ankam, haben die Sachsen schon immer aufs falsche Pferd gesetzt. So ist zu befürchten, dass dieses geschmacklose Brückenmonstrum gebaut wird, allen gutgemeinten Einwänden zum Trotz.

Camburg (Saale) — Dr. Ing. Jobst Zander

Könnte es sein, dass in einigen Jahren die Waldschlösschenbrücke für Dresden das sein wird, was die Golden Gate Bridge für San Francisco ist? – Eine kulturell-ästhetische Meisterleistung und deshalb eine Touristen-Attraktion sondergleichen?

Netphen (Nrdrh.-Westf.) — Hans-Joachim Kubny

Manche Freunde des Schönen und Alten, die so viel Wert legen auf die Anerkennung ganzer Regionen als Unesco-Welterbe, scheinen der Unesco auch ein Entscheidungsrecht bei privaten und öffentlichen Investitionen zubilligen zu wollen. Sie übersehen dabei, dass diese Investitionen nach den deutschen Vorschriften zum Landschafts- und Denkmalschutz zu beurteilen sind, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Um die besonderen Unesco-Kriterien in deutsches Recht zu transformieren, müsste ein entsprechendes Umsetzungsgesetz verabschiedet werden. Dabei wäre das Prinzip der Subsidiarität zu berücksichtigen, wie es die FDP in ihrem Programm „Kultur braucht Freiheit“ zu Recht fordert.

Wachtberg (Nrdrh.-Westf.) — Dr. D. v. Preuschen, Staatssekretär a. D.

Wir wollen kein Denkmal sein, in dem wir an Schönheit sterben. Wir wollen eine Stadt mit einem attraktiven und lebenswerten Stadtzentrum in Harmonie mit der Elbtallandschaft und einem funktionierenden innerstädtischen Verkehr. Dass dies kein Gegensatz sein muss, wird man sehen, wenn die Brücke erst einmal steht.

Dresden — Jens Berndt

Eine einmalige Chance?

Nr. 27/2007, Zeitgeschichte: Die Posse um Hollywood-Star und Scientology-Mitglied Tom Cruise

Um was es geht: Da soll ein großer Schauspieler einen großen Widerstandskämpfer darstellen. Wenn Tom Cruise den Hitlerattentäter Graf von Stauffenberg spielt, werden mehr Menschen in die Kinos gehen. Wenn Cruise die Hauptrolle spielt, werden mehr Menschen über den ehrenvollen militärischen Widerstand informiert. Das kann nur im Sinne unserer Demokratie sein.

Frankfurt am Main — Volker Stein, FDP-Stadtverordnetenfraktion

Der Film, in dem so ein Superstar die Hauptrolle spielt, würde der Welt zeigen, dass es während des Dritten Reiches nicht nur Nazis gab, sondern auch mutige Menschen, die bereit waren, ihre Ideen für die Freiheit zu opfern. So eine einmalige Chance bekommt man nicht alle Tage. Sind unsere Politiker wirklich so beschränkt, das nicht zu sehen? Nach unseren Erfahrungen sollten wir doch sehr vorsichtig sein mit der Diskriminierung religiöser oder politischer Gruppen.

Recklinghausen (Nrdrh.-Westf.) — Klaus-Peter Kubiak

Es geht weder um den Bendlerblock noch um Deutschtümelei. Diesen eher beschränkten Mann an solch einen Stoff heranzulassen und damit seiner Sekte Auftrieb zu geben ist das eigentliche Ärgernis.

Fribourg (Schweiz) — Clemens Krause

Klar und deutlich

Nr. 27/2007, Psychologie: SPIEGEL-Gespräch mit der Analytikerin Margarete Mitscherlich über das komplizierte Wechselspiel von Körper und Gemüt

Alexander Mitscherlich hat einmal gemeint, dass das Sprachproblem in der Psychoanalyse eine bedeutende Rolle spielt. Davon kann bei Frau Mitscherlich nicht die Rede sein. Ihre Antworten auf geschickt gestellte Fragen waren so klar und deutlich, dass das Interview lesenswert und lehrreich zugleich war.

Dortmund — Alex Forster

Ich kann mich nicht erinnern, eine derart innige Kommunikation zwischen Interviewerin und Interviewter in den vergangenen Jahren gelesen zu haben. Danke an Ihre Redakteurin Katja Thimm für ihre Fragen und danke – natürlich – an die große Dame Margarete Mitscherlich für ihre Antworten. Eine stille journalistische Sternstunde.

Wien (Österreich) — Rainer Knoche

TIM WEGNER

Analytikerin Mitscherlich
Innige Kommunikation

Ohne Frau Mitscherlichs Verdienste für die Psychoanalyse in Abrede stellen zu wollen, mutet es doch zwiespältig bis überhoben an, eine medizinische Disziplin, auch wenn sie sich nicht direkt mit dem schnöden Fleische beschäftigt, zur Philosophie aufschwingen zu wollen. Und auch wenn es unter den Intellektuellen von Frau Mitscherlichs Generation sicher als schick galt, erklärter Atheist zu sein, so kann man doch eine gewisse Schizophrenie nicht leugnen, wenn jemand zwar einerseits jede Gläubigkeit ablehnt, aber dann ein kindlich anmutendes Gottesbild vom bärtigen Opa auf der Wolke hat und die Bergpredigt als Lebensmotto zitiert.

Sulzbach-Rosenberg (Bayern) — Hannah-S. Aures

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich eine Beilage der Firma 1&1 Internet, Montabaur.

LINKE

Bisky nach Europa

Oskar Lafontaine und Lothar Bisky, die beiden Vorsitzenden der Partei Die Linke, werden voraussichtlich bald getrennt marschieren. Der ostdeutsche Co-Vorsitzende Bisky soll Spitzenkandidat der Linken für die Europawahl 2009 werden. Derzeit hat er ein Bundestagsmandat inne, im Parlament fällt er allerdings kaum auf, weil sich meist die Fraktionschefs Gregor Gysi und Lafontaine in Szene setzen. Erst jüngst hatte Bisky in seiner Rolle als neuer Parteichef der fusionierten Linken einen Antrittsbesuch im Europaparlament gemacht und die dortigen Fraktionschefs besucht. Der Filmwissenschaftler könnte der Linken aus Deutschland ein besseres Image in Europa bescheren. Die bisherige Gruppe von Linken-Abgeordneten in Brüssel war vor allem durch innerparteiliche Auseinandersetzungen aufgefallen: So gerieten etwa die erklärte Kommunistin Sahra Wagenknecht und der frühere, pragmatisch orientierte Chefdenker der PDS, André Brie, über Kreuz, als das EU-Parlament die Lage der Menschenrechte in Kuba anprangerte.

MARCO URBAN.DE

Bisky, Lafontaine

Geiselnehmer

Krause

DB / DPA (L.); AP (R.)

IRAK-GEISELN

Laptop mit Lebenszeichen

Der Krisenstab der Bundesregierung bemüht sich intensiv um einen Kontakt zu den Entführern der deutschen Geisel Sinan Krause, um über dessen Freilassung zu verhandeln. Die Situation sei weiter äußerst bedrohlich, heißt es dazu im Außenministerium. Sicherheitsexperten rätseln noch immer über die Gründe, warum die Geiselnehmer der ominösen Gruppierung „Brigade der Pfeile der Rechtschaffenheit“ seine Mutter Hannelore Krause Anfang voriger Woche in die Freiheit entließen. Hinweise könnte ein Laptop liefern, den amerikanische Behörden bei einer Razzia im Irak sicherstellten und ihren deutschen Kollegen schon vor der Freilassung der Mutter zukommen ließen. Auf dem Rechner fanden sich Videosequenzen mit Datum vom 8., 9. und 10. Juni. Sie zeigen Hannelore Krause mit Infusionskanülen im Arm und einem Berg Medikamente. Ihr Sohn Sinan, mit einem inzwischen dichten Vollbart, fächert ihr Luft zu. Womöglich, so eine These, sei den Geiselnehmern die weitere medizinische Versorgung zu aufwendig geworden. In ersten Befragungen gab die erschöpfte Frau nach ihrer Freilassung an, sie sei während der Geiselhaft nie von ihrem Sohn getrennt gewesen. Anfangs seien sie in einem Erdloch versteckt worden. Offenbar hätten sie den Großraum Bagdad seit ihrer Gefangennahme im Februar nie verlassen. Die Wachen hätten sie zwar mehrfach mit dem Tod bedroht, ansonsten aber korrekt behandelt. Am Dienstag hatten die Geiselnehmer Hannelore Krause freigelassen, ihre erste Station war eine Verwandte in Bagdad. Von dort rief sie die deutsche Botschaft an, die sie von bewaffneten Beamten abholen ließ. Anscheinend hatten die Geiselnehmer ihr genaue Instruktionen mitgegeben. Am Morgen nach ihrer Freilassung gab sie dem arabischen Nachrichtensender al-Arabija ein Interview, in dem sie erneut einen dramatischen Appell an die Bundesregierung richtete. Wenn Deutschland sich nicht aus Afghanistan zurückziehe, werde ihr Sohn „geschlachtet“ – die Geiselnehmer hatten auf dieser martialischen Formulierung bestanden.

FAMILIENPOLITIK

Krippenstreit ungelöst

Bund und Länder streiten entgegen der Ankündigung von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) weiter über die Finanzierung des von der Großen Koalition angestrebten Ausbaus der Kinderbetreuung. In einer Telefonkonferenz einigten sich die Finanzminister der Länder am vergangenen Montag zwar auf eine gemeinsame Position. Demnach geben sie sich mit den vom Bund angebotenen vier Milliarden Euro zufrieden. Allerdings wollen die Länder ab 2008 drei Milliarden Euro als Zuschuss zu den Betriebskosten und eine Milliarde Euro für Investitionen in neue Krippenplätze verwenden. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) will die Mittel genau entgegengesetzt verteilen und die Betriebskosten erst ab 2012 bezuschussen. Den neuen Vorschlag der Länder hat er vergangene Woche prüfen lassen und abgewinkt: Das eigene Modell, so ein Ministeriumssprecher, sei die beste Lösung für den Ausbau. Demgegenüber befürchten vor allem die Ostländer und Stadtstaaten, die bereits über relativ viele Krippen verfügen, massive Geldverschwendung, sollte der Bund künftig vor allem Investitionen fördern. Intern haben einige Länder schon angekündigt, sie würden im Fall einer Nichteinigung auf die Bundesmittel verzichten, um „Fehlinvestitionen und weitere Gängelung“ seitens des Bundes zu vermeiden.

BERNHARD CLASSEN / VARIO IMAGES

Künast

RAINER JENSEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Deutsche Bundeswehrsoldaten in Afghanistan

GRÜNE

„Das halten wir aus“

Renate Künast, 51, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, über den Sonderparteitag der Grünen zur Afghanistan-Politik

SPIEGEL: Frau Künast, Ihre Basis hat per Mitgliederbegehren für den September einen Sonderparteitag erzwungen. Dabei soll über die Haltung der Grünen zum Afghanistan-Engagement der Bundeswehr abgestimmt werden. Kehren die Grünen zu ihren pazifistischen Wurzeln zurück?

Künast: Wir werden nicht in Haltungen von vor 30 Jahren zurückfallen. Die Grünen sind sich ihrer Verantwortung für die Region und ihre Menschen sehr bewusst. Aber es gibt viele in der Partei, die sich vor den im Herbst anstehenden Bundestagsabstimmungen über den Afghanistan-Einsatz eine intensive und seriöse Diskussion wünschen. Sie beschäftigt die Frage, die sich viele Bürger stellen: Wie geht es dort weiter?

SPIEGEL: Was wird das Ergebnis des Parteitags sein?

Künast: Ich bin mir sicher, dass es dabei bleibt, dass die Grünen das Mandat der „Operation Enduring Freedom“ ablehnen. Dieser Anti-Terror-Kampf ist kontraproduktiv und gefährdet den Wiederaufbau. Für das Isaf-Mandat, also den Einsatz der Bundeswehr im Norden, wird es eine grundsätzliche Zustimmung geben. Damit müssen jedoch sicherlich Forderungen nach einer Stärkung des zivilen Aufbaus verbunden sein. Eine kritische Diskussion erwarte ich über den Einsatz der Bundeswehr-„Tornados“. Aber das halten wir aus. Der Einsatz ist richtig, weil er dem Schutz der Soldaten dient. Er muss natürlich klar vom amerikanischen Anti-Terror-Kampf getrennt bleiben.

SPIEGEL: Am Ende muss die Bundestagsfraktion über eine Verlängerung der Mandate entscheiden. Werden Sie sich an das Parteitagsvotum gebunden fühlen?

Künast: Grundsätzlich gilt: Dies ist eine Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten. Ich gehe aber davon aus, dass ich mich nicht in einem Dissens zu meiner Partei befinden werde.

UNION

Widerstand gegen Merkels Klimapläne

In der Union formiert sich Widerstand gegen die ehrgeizigen Klimaschutzpläne von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Führende Wirtschaftspolitiker der Partei fürchten steigende Strompreise und sehen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Firmen in Gefahr. „Es gibt die ernste Besorgnis, dass die Klimaziele zu erhöhten Kosten bei den Unternehmen führen“, sagt der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung Josef Schlarmann. Michael Fuchs, Vorsitzender der Unionsmittelständler im Bundestag, warnt: „Wir dürfen nicht zulassen, dass zu hohe Energiepreise die Unternehmen aus Deutschland vertreiben.“ Um die Kanzlerin in ihrem Eifer zu bremsen, planen die Wirtschaftspolitiker noch im Herbst einen Kongress in Berlin, bei dem nachgewiesen werden soll, dass der Staat schon jetzt eine Mitschuld an den hohen Energiekosten trage. Zugleich soll Angela Merkel in internen Gesprächen zu einer „maßvollen“ Klimapolitik bewegt werden, so ein führender Unionsmann. Zu einer Zuspitzung des Konflikts könnte es nach der Sommerpause kommen, wenn Merkel bei einer Kabinettsklausur in Meseberg ihr „integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept“ vorlegt.

MICHAEL WALLRATH / ACTION PRESS

Merkel, Fuchs

OLIVER KRATO / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Gauselmann

GLÜCKSSPIEL

Weisung vom General

Deutschlands größter Geldspielautomatenhersteller und Spielhallenbetreiber (Merkur-Spielotheken), die Unternehmensgruppe Gauselmann, ist erneut ins Visier der Fahnder geraten. Auf Weisung der Generalstaatsanwaltschaft Hamm ermittelt die Staatsanwalt-

MENSCHENRECHTE

Fußfesseln für Saudi-Arabien

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2002 den Export von 69 Fußfesseln nach Saudi-Arabien genehmigt, obwohl laut Jahresbericht von Amnesty International das Königreich schon damals „von schweren Menschenrechtsverletzungen geprägt“ war. „Die ausgeführten Fußfesseln dienten der Ausbildung und dem Training von Einheiten staatlicher Sicherheitskräfte“, begründet das Wirtschaftsministerium die nun bekanntgewordene Ausfuhrgenehmigung, „da das Gesamtprojekt der Ausrüstung der Trainingszentren bekannt und die Verwendung der Fußfesseln plausibel waren.“ Michael Leutert (Die Linke), Mitglied im Menschenrechtsausschuss des Bundestags, kritisiert die Entscheidung: „Wie man den Häschern eines Folterstaates mit Polizeiwerkzeug helfen kann, ist mir unverständlich.“ Leutert bemängelt, dass ausgerechnet die rot-grüne Regierung die Exporte erlaubte. Er fordert eine nachträgliche Aufklärung über den Verbleib und Einsatz der gelieferten Fußfesseln. Das Wirtschaftsministerium erklärt jedoch, der Genehmigungsbescheid „unterliegt als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Geheimhaltung“. Anhaltspunkte für Menschenrechtsverletzungen oder zweckwidrige Verwendung bestünden nicht.

ROLAND MAGUNIA / DDP

Gebührengegnerin

UNIVERSITÄTEN

Massenrauswurf von Künstlern

Mit der Ankündigung, fast die Hälfte ihrer knapp 600 Studierenden zu exmatrikulieren, weil sie sich geweigert haben, Studiengebühren zu bezahlen, sorgt die Hamburger Hochschule für bildende Künste (HfbK) auch bei anderen Kunsthochschulen für Aufregung. Als „eine große Katastrophe für den Standort Hamburg“ wertet etwa die Rektorin der Kölner Kunsthochschule für Medien, Marie-Luise Angerer, die Entscheidung. In Köln können Studierende ebenso wie an der Kunstakademie in Düsseldorf kostenlos studieren, obwohl Nordrhein-Westfalen ebenso wie Hamburg im vergangenen Jahr grundsätzlich Gebühren eingeführt hat. Den Hochschulen in NRW ist aber freigestellt, auf die Beiträge zu verzichten. „Das ist bei Künstlern angemessen“, findet Angerer, „weil sie in der Regel hohe Materialkosten haben und nach dem Studium meist relativ geringe Einkommen.“ Der parteilose Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger will allerdings von solchen Ausnahmen nichts wissen: Die große Mehrheit der Hamburger Hochschulen habe eine einheitliche Gebührenregelung gewollt, betont er. Die Existenz der Kunsthochschule stehe durch den Rauswurf der Studenten „überhaupt nicht zur Disposition“. Dräger: „Ich wünsche mir eine starke HfbK in Hamburg.“

MATTHIAS HIEKEL / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Sächsischer Landtag in Dresden

schaft Bielefeld seit Ende Juni wieder gegen Manager des Konzerns. Der Verdacht: Sie sollen illegales Glücksspiel mit manipulierten Geldspielautomaten ermöglicht haben. Bereits 2006 hatte die Augsburger Staatsanwaltschaft diesen Vorwurf als erwiesen angesehen. Das Verfahren war aber nach einem dubiosen Deal der Gauselmann-Gruppe gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt worden (SPIEGEL 7/2007). Ähnlich gelagerte Ermittlungen hatten die Bielefelder Staatsanwälte Ende Februar dieses Jahres eingestellt. Die Begründung: Strafklageverbrauch, der Fall sei bereits in Augsburg abgehandelt. Dem hat der Generalstaatsanwalt mit seiner Anordnung zur Wiederaufnahme nun energisch widersprochen. Es gebe ernste Anhaltspunkte für den Verdacht, dass in Paul Gauselmanns Daddelautomaten-Imperium fortgesetzt illegales Glücksspiel mit manipulierten Geräten betrieben worden sei und werde. Das Unternehmen bestreitet die Vorwürfe.

AFFÄREN

Externe Ermittler

Sachsens Verfassungsschutz misstraut in der Korruptionsaffäre inzwischen seinen eigenen Mitarbeitern. Seit vorvergangener Woche haben die Fachleute für Organisierte Kriminalität des Dresdner Dienstes keinen Zugriff mehr auf jene brisanten Akten, die Verflechtungen zwischen Politik, Justiz und Polizei mit kriminellen Netzwerken belegen sollen. Hintergrund sind dubiose Schredderaktionen, das Auftauchen von geheimen Unterlagen in der Öffentlichkeit und Unregelmäßigkeiten beim Führen von Quellen. So hatten die Geheimen einen Leipziger Kriminalhauptkommissar unter dem Decknamen „Gemag“ geführt und damit wohl auch gegenüber der Hausspitze seine wahre Identität und berufliche Verbindung zu den untersuchten Fällen verschleiert. Die Unterlagen sollen jetzt von Verfassungsschützern aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bearbeitet und an die Staatsanwaltschaft Dresden übergeben werden. Die Affäre belastet inzwischen nachhaltig die CDU/SPD-Koalition im Freistaat. Während die SPD einen von der Opposition beantragten Untersuchungsausschuss in einer Landtagssondersitzung am Donnerstag nicht ablehnen will, ist die Union strikt dagegen. Stimmen die Partner im Parlament aber unterschiedlich, kann dies gemäß Koalitionsvertrag den Bruch des ohnehin fragilen Bündnisses bedeuten.

KERNENERGIE

„Gefährliche Schlaffheit“

Die jüngsten Zwischenfälle in deutschen Atommeilern bringen die Kraftwerksbetreiber in Verruf. Politisch schadet die Pannenserie der Union, die für eine Verlängerung der Reaktorlaufzeiten kämpft. Nur SPD-Umweltminister Gabriel triumphiert: Die Atomkraft sei eine „Risikotechnologie“.

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Kabinettskollegen Glos, Merkel, Gabriel: *„Nur gelegentlich knallt’s und brennt’s“*

Es gab Häppchen mit Leberwurst und Salami, eine Kapelle spielte Dixieland, und Kanzlerin Angela Merkel scherzte mit dem etwas angestaubten Witz, ihr sei nicht bang um Baden-Württemberg, schließlich würden die Menschen dieses Landes alles können „außer Hochdeutsch“. Als das Landesumweltministerium am vergangenen Mittwoch in Ludwigsburg sein 20-jähriges Bestehen feierte, war die Stimmung derart ausgelassen, dass der Ministerpräsident die gute Laune für eine wichtige Botschaft nutzen wollte.

Die Atomkraft müsse als klimafreundliche Energiequelle eine Zukunft bekommen, sagte Günther Oettinger (CDU). Die Meiler sollten länger laufen als geplant, er sei sich sicher, dass die „Verkürzung der Laufzeiten“ noch zurückgenommen werde.

Das Thema war dem Landeschef wichtig. Im Südwesten der Republik kommt mehr als die Hälfte des Stroms aus Kernkraftwerken – das ist fast doppelt so viel wie in ganz Deutschland. Doch Oettingers Plädoyer gegen den 2000 von Rot-Grün verkündeten Atomausstieg verfing nicht beim Publikum. Kein Applaus, nicht mal zustimmendes Nicken.

Günther Oettinger hielt seine Rede am falschen Ort, zur falschen Zeit.

Seitdem der Klimawandel die Deutschen ängstigt, hatte die Atomkraft zwar mächtig Rückenwind bekommen. Immer lauter forderten zuletzt Ministerpräsidenten wie Oettinger, Roland Koch und Edmund Stoiber oder CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, die Laufzeiten für die Atomkraftwerke zu verlängern. Doch seit gut zwei Wochen, seit schwere Rauchschwaden den Meiler Krümmel umwölkten, seit häppchenweise immer neue Meldungen von technischen Pannen, menschlichem Fehlverhalten und unternehmerischer Inkompetenz künden, sieht sich die Gegenseite in dieser ideologisch aufgeladenen Debatte im Recht. Mit einem Mal fühlen sich die Sozialdemokraten, allen voran Umweltminister Sigmar Gabriel, in ihrer Position be-

stätigt, dass es sich bei der Atomkraft um eine „Risikotechnologie“ handle. „Die deutschen Atomkraftwerke sind weltweit die sichersten“, ätzte Gabriel, „nur gelegentlich knallt’s und brennt’s.“

Gabriel hat nicht nur die Chance erkannt, die Stimmung pro Kernkraft zu kippen, er weiß auch, welche Symbolkraft das Thema hat. Wenn der Niedersachse den Atomausstieg verteidigt, dann wird aus dem Fachminister der Hüter des rot-grünen Erbes. Und natürlich geht es bei diesem Thema um Emotionen, um Geschichte und um die Deutungshoheit über sie. War der Kampf gegen die Atomkraft falsch? War der Ausstieg, besiegelt durch Kanzler Gerhard Schröder, ein historischer Irrtum, wie die Konservativen meinen? War er sogar ein ökologischer Fehler, wie manche behaupten? Oder war der Weg raus aus dieser gefährlichen Technologie richtig, weil sie eben unbeherrschbar ist, wie Grüne und Sozialdemokraten meinen?

Seit Bekanntwerden der jüngsten Zwischenfälle – in Krümmel und in Brunsbüttel – steht Sigmar Gabriel an der Spitze der Gegner von Vattenfall, dem Betreiber der Unglücksreaktoren. Lautstark verlangt er „Aufklärung“.

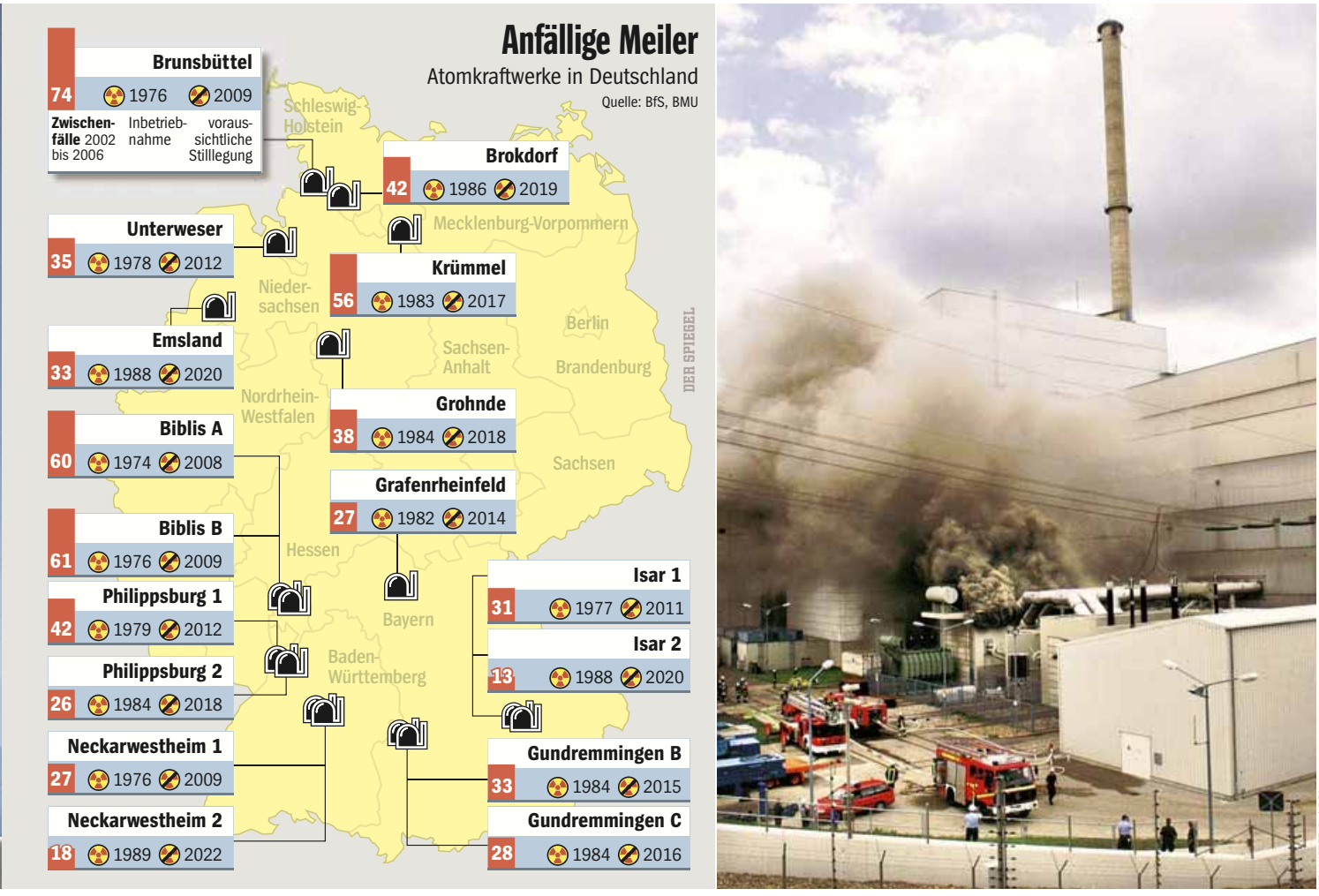
Was früher reflexartig zu Gegenreden der Union geführt hätte, lähmte vorige Woche selbst treue Kernkraftbefürworter. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) stöhnte im kleinen Kreis: „Man traut sich ja kaum noch, für die Partei zu ergreifen.“ Auch Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU), ein Kämpfer für die Laufzeitenverlängerung, gab zu, dass es nach dem Krümmel-Vorfall „eine Belastung der Debatte“ gebe.

Es sind die Bilder eines qualmenden Transformators, die die Deutschen nachdenklicher machen. Der normale Zwischenfall, wie er zuletzt im Jahresdurchschnitt 130-mal vorkam, ist für den Bürger unsichtbar, stumm, höchstens eine Pflichtmeldung in der „Tagesschau“. Krümmel war anders. Feuerwehrleute brauchten Stunden, um zu löschen. Und dass der Brand des Transformators keine Auswirkung auf den eigentlichen Atommeiler gehabt habe, wie vom Betreiber behauptet, erwies sich auch als Lüge.

So wird vielen jetzt klar, dass die Kernenergie keineswegs diese moderne, toporganisierte Hightech-Branche ist, wie Politik und Industrie sie in letzter Zeit gern beschreiben. Die Zahl der Mängel in den alten deutschen Reaktoren steigt stetig. Denn ähnlich wie alte Autos von Rost befallen werden, setzt eine natürliche Alterung den aus den siebziger und achtziger Jahren stammenden Stromfabriken zu.

Verschärft werden die Probleme durch Wartungsmängel und Kontrolldefizite einer oft überalterten und demotivierten Belegschaft. Ein gefährlicher Schlendrian hat sich eingeschlichen, der die deutschen Kernkraftwerke immer unsicherer macht. Bisher stellten sich die meisten der Vorfälle als weniger gravierend heraus. Aber jede Störung beschreibt eine Sicherheitslücke, und mit der Zahl der aufgetretenen Fehler wächst auch die Gefahr eines GAU.

Und als hätte die Atomindustrie mit den aktuellen Pannen nicht genug Probleme, marschierte am vorigen Freitag auch noch die Lübecker Staatsanwaltschaft ins Kernkraftwerk Krümmel, um endlich herauszufinden, wer denn tatsächlich der Reaktorfahrer war. Vattenfall hatte sich geweigert, entsprechende Informationen zügig herauszugeben. Er sei „fassungslos“ über dieses Verhalten, sagt der Kieler Justizminister Uwe Döring, „und das von einem



KAY NIETFELD / DPA

Brennendes Trafohaus am AKW Krümmel: *„Wie beim getunten Auto – der Motor wird stärker, aber die Bremsen bleiben die gleichen“*

Konzern, der um seine Glaubwürdigkeit kämpft“.

Weil Vattenfall in die Enge geriet, reifte bei dem Konzern vergangene Woche sogar der Plan, die Betreiberlizenz für die zwei Atomreaktoren an den Partner und Konkurrenten E.on zu übertragen. Das Kalkül: Der Düsseldorfer Energieriese, der mit 50 beziehungsweise 33 Prozent an den Problemmeilern in Krümmel und Brunsbüttel beteiligt ist, genieße eine höhere Reputation beim Betreiben von Kernreaktoren. Damit könne eine drohende Schließung abgewendet werden. Erste Gespräche zwischen den Konzernen fanden bereits statt. Vor einer Entscheidung will E.on aber auf jeden Fall die Aufarbeitung der Vorgänge in Krümmel abwarten.

Nach dem ersten Bericht von Deutschlands drittgrößtem Energiekonzern Vattenfall Europe hatte es am 28. Juni um 15.02 Uhr einen „Brand“ nach der Entstehung eines sogenannten Lichtbogens gegeben. Mehrere Tonnen Trafo-Öl, die eigentlich in abgeschlossenen Metallröhren den Spannungsumformer umkreisen und herunterkühlen, waren entfacht worden. Alles unter Kontrolle, verkündete der Vattenfall-Sprecher im Auftrag des Nuclear-Energy-Geschäftsführers Bruno Thomauske noch am selben Tag. Zu „keinem Zeitpunkt“ sei die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet gewesen.

Doch in den folgenden Tagen gelangten immer mehr Informationen über weitere Mängel an die Öffentlichkeit. „Man hat das Gefühl“, spottete Sigmar Gabriel in kleiner Runde, „die lassen ihre Pressearbeit von einem Greenpeace-Mann machen.“

Vattenfall steht unter verschärfter Beobachtung. „Wir schauen uns ganz genau an, was in Deutschland passiert“, sagt Peter Rickwood, Sprecher der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA). Nach dem Atomunfall im Werk Forsmark im vergangenen Jahr, bei dem zwei Notstromgeneratoren ausfielen und der Reaktor 20 Minuten „im Blindflug“ gesteuert werden musste, reichte Vattenfall einen offenbar geschönten Bericht bei der IAEA ein. Ebenso wie jetzt aus Krümmel und dem zeitnah wegen einer „Netzstörung“ vorübergehend abgeschalteten Meiler in Brunsbüttel wurde nur ein Ereignis der untersten Kategorie „N“ gemeldet – N wie normal.

Das plumpe Herunterspielen brachte sogar die eigenen Bediensteten gegen die Vattenfall-Führung auf. „Unsere Leute in dem Kernkraftwerk dürfen nichts sagen, haben aber eine Riesenwut“, sagt Gewerkschafter Uwe Martens von Ver.di Hamburg. So fiel es Geschäftsführer Thomauske leicht, den Schwarzen Peter für die Panne nach unten durchzureichen. Ein „Missverständnis“ zwischen Reaktorfahrer und Schichtleiter habe zum fälschlichen Öffnen von Ventilen geführt, sagte er. Rätselhaft bleibt bisher auch, warum zum Unfallzeitpunkt bis zu 25 Menschen in der Sicherheitswarte gewesen sind.

RAINER WEISFLOG / IMAGO

Leitstand des Kernkraftwerks Krümmel: *„Eine Riesenwut“*

THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET

Vattenfall-Chef Rauscher, Wettbewerber*: *Missratenes Krisenmanagement*

Wegen solcher Ungereimtheiten geht Gitta Trauernicht (SPD), die für die Atomaufsicht zuständige Sozialministerin in Schleswig-Holstein, zu Vattenfall deutlich auf Abstand. „Was sich hier abgespielt hat, ist in der Geschichte der Atomindustrie einmalig“, befand sie und lässt die Zuverlässigkeit des Betreibers überprüfen.

Selbst in den Konkurrenzunternehmen von Vattenfall gibt man sich „besorgt“ über die Art und Weise, wie dort mit dem Zwischenfall umgegangen wurde. Offiziell beschwerten sich die Konzerne zwar in Berlin, dass nach den Vorfällen die gesamte Kernkraft diskreditiert worden sei. Hinter vorgehaltener Hand wird Vattenfall aber ein missratenes Krisenmanagement vorgehalten.

Traditionell treffen sich die Öffentlichkeitsarbeiter der Atomindustrie einmal jährlich zu Strategietreffen. Mitte der neunziger Jahre wurde ein Konzept für Krisensituationen vereinbart: Nach außen hin offen, klar und vor allem schnell reagieren – um zu verhindern, dass Gerüchte entstehen. Und um aktives Handeln zu demonstrieren. Nur einige deutsche Konzerne und Vattenfall hielten sich offenbar nicht daran. Bei den Vorfällen in Krümmel fiel der Konzern in die Reflexe der Achtziger zurück: nur die nötigsten Informationen weitergeben, nur zugestehen, was nicht mehr zu leugnen ist, Fakten herunterspielen.

An mangelnder Erfahrung mit Krisenszenarien kann die PR-Politik des schwedischen Konzerns nicht liegen. In Vattenfall-Werken kommt es häufiger zu Sicherheitsmängeln. Und warum das so ist, enthüllt ein „unternehmensinterner“ Bericht der schwedischen Kraftwerksgruppe Forsmark. Dort heißt es schonungslos, es gebe in den Werken einen „Verfall der Sicherheitskultur“. Die „Konzentration auf Produktionssteigerungen“ und „zu schnelle Erneuerung der Anlagen“ habe zu vielen „nicht akzeptablen Qualitätsmängeln“ geführt. Zudem sei ein Alkoholtest bei 25 Personen durchgeführt worden, die an der Revision von Forsmark beteiligt waren. Als Ergebnis mussten 3 von ihnen nach Hause geschickt werden.

Einige dieser Probleme gehen auf ständige Renovierungsarbeiten der Anlagen zurück, die auch bei deutschen Atomkraftwerken längst notwendig sind. Die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), die

* Utz Claassen (EnBW), Harry Roels (RWE) und Wulf Bernotat (E.on) beim Energiegipfel in Berlin am 3. April 2006.

das Gabriel-Ministerium berät, schreibt in ihrem 55-seitigen Bericht über die „Beherrschung von Alterungsprozessen“, dass der Verschleiß zum Teil nur zufällig entdeckt werde. Diese Mängel seien ebenfalls deshalb nicht einfach zu beheben, weil mitunter „Zulieferer und Hersteller nicht mehr zur Verfügung stehen“.

Der Reaktor Neckarwestheim I, mit 31 Jahren neben Biblis A ältester Reaktor am Netz, ist einer dieser AKW-Dinosaurier, die regelmäßig Ärger bereiten. Bei einer größeren Panne im Oktober 2005 wurde wegen eines Brandes der Reaktor von Hand abgeschaltet. Kurz zuvor hatte das Stuttgarter Ministerium dem Betreiber ein Bußgeld in Höhe von 25 000 Euro aufgebrummt. Die EnBW hatte den Austritt radioaktiv kontaminierten Wassers in den Neckar erst nach rund 20 Tagen entdeckt und weitere 9 Tage später gemeldet.

Das Kernkraftwerk Philippsburg 2, Inbetriebnahme 1984, wurde über Jahre hinweg nach Revisionen und Abschaltungen wieder hochgefahren, ohne dass das Notkühlsystem korrekt befüllt war. Eine ministeriell veranlasste Sicherheitsauflage wurde jedoch vom Verwaltungsgericht Baden-Württemberg als „zu unbestimmt“ abgelehnt.

Wie unzulänglich an betagten Reaktoren herumgeflickt wird, zeigt beispielhaft Biblis A. Der Betreiber RWE beteuert zwar, in den vergangenen acht Jahren insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro in die Nachrüstung der Blöcke A und B gesteckt zu haben. Den Ruf als „Schrottreaktor“ konnte vor allem Biblis A dennoch nicht loswerden.

So war den Revisoren über Jahrzehnte eine schwere Schlamperei nicht aufgefallen. Erst 2003 kam ein Prüfingenieur auf die Idee, die Öffnungsgröße für ein Notkühlsystem einmal nachzumessen. Der Reaktor wurde danach acht Monate lang stillgelegt, die Behörden verlangten ein völlig neues Genehmigungsverfahren.

Aber auch bei den zahlreichen Nachbesserungen am Reaktor ließen es Kraftwerksbetreiber und Aufsichtsbehörden mitunter an der nötigen Sorgfalt fehlen. Bei einer Begehung im September vergangenen Jahres entdeckten Prüfer kleine Betonbröckchen auf dem Boden des Reaktorgebäudes. Eine Kontrolle ergab, dass mehr als die Hälfte von rund 15 000 schweren Dübeln, die schon seit 2001 eigentlich für eine erdbebensichere Befestigung zentraler Anlagenteile in beiden Biblis-Blöcken sorgen sollen, falsch eingebaut waren und nicht wie vorgeschrieben hielten.

Zudem sind die Biblis-Meiler praktisch nicht gegen Terrorangriffe aus der Luft geschützt – obwohl sie nur wenige Flugminuten vom verkehrsreichsten deutschen Airport in Frankfurt entfernt liegen. Die Betonhülle des Blocks A misst, wie bei den anderen Alt-Anlagen Brunsbüttel oder Philippsburg 1, gerade mal 60 Zentimeter.

Noch größer als das Risiko eines Terrorangriffs aus der Luft scheint Experten das Risiko, das vom Betriebspersonal ausgeht. Der jahrelange, oft ereignisarme Dienst an den Überwachungsmonitoren lässt fast zwangsläufig falsche Sicherheitsgefühle entstehen – und verführt dazu, früher oder später Vorsichtsregeln zu vernachlässigen. Schon 1987 hatte dieses Phänomen in Biblis A zu dem bis dahin schwersten Zwischenfall in der Geschichte der deutschen Kerntechnik geführt. Stundenlang hatte die Mannschaft im Leitstand eine Warnlampe ignoriert, die auf ein geöffnetes Ventil im Kühlkreislauf hinwies.

„Der Job im Kraftwerk ist stinklangweilig, aber dann musst du schlagartig fit sein“, sagt das RSK-Mitglied Michael Sailer vom Darmstädter Öko-Institut, „Schlaffheit ist gefährlich.“ Zumal mit den Meilern auch die Mitarbeiter in die Jahre kommen. Die Betreiber haben ein Nachwuchsproblem. Kernkraftwerke seien „einfach nicht mehr sexy“, sagt Jef Vanwildemeersch, ehemals belgischer Kabinettschef für Energie und heute Kernkraft-Lobbyist. Mitte der achtziger Jahre gab es in Deutschland knapp 300 Studierende der Kerntechnik, 2006 waren es nur noch rund 20, die Hälfte davon kam aus dem Ausland.

Insider berichten zudem von Motivationsmängeln in den Belegschaften. Rationalisierungsmaßnahmen, Personalkürzungen und Out-Sourcing belasten das Klima. Er wisse, dass in „einigen Kraftwerken eine bedrückte Stimmung herrscht, weil die Leute die Restlaufzeiten im Blick haben“, sagt Uwe Möller, Dozent der Kraftwerksschule Essen. Weil Personal fehlt, müssen bisweilen Frühpensionäre und Rentner aktiviert werden, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. E.on und RWE versuchen nun, nach eigenen Auskünften mit „Millionenaufwand“, selbst Nachwuchs auszubilden.

Doch Kritik von innen an dem Zustand der Branche ist weiter streng verpönt. Eberhard Grauf, ehemaliger Leiter des Atomkraftwerks Neckarwestheim II, wurde im Juli 2004 fristlos gekündigt. Der international renommierte Fachmann hatte zuvor „unakzeptable Arbeitsbelastungen“ im Werk des Energieriesen EnBW beklagt.

Branchenkenner bemängeln, dass die Kraftwerksbetreiber seit einiger Zeit versuchen, mit Macht möglichst viel Gewinn aus den alten, weitgehend abgeschriebenen Schleudern rauszuholen. So wurde in den vergangenen Jahren der Wirkungsgrad der Turbinen im Kernkraftwerk Krümmel mit Investitionen von rund 50 Millionen Euro technisch verbessert. Und die Nettoleistung um fast sieben Prozent erhöht. Damit wurden auch Nebenaggregate wie der Trafo höher belastet. Eine Nachrüstung fand offensichtlich nicht statt. Das war womöglich die Ursache für den Brand. „Der Trafo war wohl durch die häufigen Störfälle vorgeschädigt“, vermutet der Dürener Sachverständige Günther Pikos, zusammen mit der Leistungserhöhung sei der Transformator dann überlastet gewesen.

Dieses Meiler-Tuning hat auch E.on für das Kernkraftwerk Gundremmingen bei der bayerischen Staatsregierung beantragt. Raimund Kamm vom Forum für eine verantwortbare Energiepolitik warnt vor der Hochrüstung: „Das ist wie bei einem getunten Auto: wenn der Motor stärker wird, aber die Bremsen die gleichen bleiben.“

Umweltminister Gabriel weiß um solche Gefahren. Aber mindestens genauso alarmiert ist er über Szenarien, die ins Politische reichen. In seiner Partei wächst die Sorge, dass die Betreiber betagter Atomkraftwerke den Moment für ein vergiftetes Angebot nutzen. So könnten sich Unternehmen verpflichten, störanfällige Meiler vorzeitig abzuschalten und deren Laufzeiten auf neuere Meiler zu übertragen – verbunden mit einer Betriebsverlängerung von fünf bis zehn Jahren.

Ein derartiges Manöver würde vor allem die SPD unter Druck bringen. Wie fest er zum bedingungslosen Atomausstieg steht, kann Gabriel alsbald auf höchster Ebene vermitteln. Diese Woche ist er zum Spitzengespräch verabredet, mit Klaus Rauscher, Vorstandschef von Vattenfall Europe.

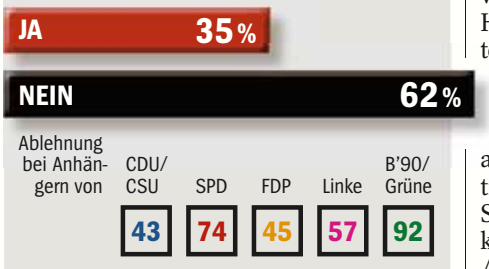
Matthias Bartsch, Frank Dohmen, Simone Kaiser, Sebastian Knauer, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Roland Nelles

SEBASTIAN WIDMANN / DPA

Vattenfall-Manager Thomauske
Schwarzen Peter nach unten durchgereicht

UMFRAGE: ATOMKRAFTWERKE

„Politiker haben vorgeschlagen, den Bau neuer Atomkraftwerke in Deutschland zu prüfen, auch wegen deren geringer Schadstoffemissionen. Sind Sie für den Bau neuer Atomkraftwerke?“



Ablehnung bei Anhängern von	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne
	43	74	45	57	92

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 10. und 11. Juli; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

REFORMEN

Sprengkraft auf Schienen

In der SPD wächst der Widerstand gegen den Börsengang der Bahn. Der massive Unmut dürfte sich im Herbst auf dem Parteitag entladen.

Die Fraktionssitzung dümpelte vor sich hin – als der Ton urplötzlich ruppig wurde. „Es kann doch nicht sein, dass wir hier nicht darüber reden“, schimpfte der Konstanzer SPD-Abgeordnete Peter Friedrich und schlug mit der Aktenmappe auf den Tisch.

HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS (L.); MARC DARCHINGER (R.)

SPD-Fraktionschef Struck, Regionalexpress der Deutschen Bahn: *„Was soll der Scheiß?“*

„Was soll der Scheiß?“, polterte Fraktionschef Peter Struck zurück. „Rumbrüllen hilft auch nicht weiter. Setz dich wieder hin!“

Es war, am vergangenen Dienstag, die letzte Sitzung vor der Sommerpause, und es ging um den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn. Das Bundeskabinett will die Großreform am 25. Juli – während der Parlamentsferien – verabschieden. Der Streit zwischen Struck und Friedrich war nur ein Vorgeschmack auf den Wirbel, der noch kommt. Das Projekt von SPD-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee stößt in der eigenen Partei auf massive Kritik und dürfte den Parteitag Ende Oktober turbulent werden lassen. Schon liegen zahlreiche kritische Anträge vor. „Das könnte eine noch größere Sprengkraft entwickeln als das Thema Afghanistan“, sagt ein Spitzengenosse. Die Linke der SPD will zudem eine Sondersitzung des Parteivorstands beantragen.

Die Wucht des Widerstands hat viele Ursachen. Zahlreiche Genossen hadern seit langem mit dem anhaltenden Trend zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Für sie gehört die Bahn zur öffentlichen Daseinsfürsorge, die nicht auch noch marktwirtschaftlichen Prinzipien geopfert werden dürfe. Und sie erinnern an die Telekom oder die Post, deren Privatisierung sie keineswegs als Erfolg betrachten; Jobs gingen verloren, Löhne wurden gedrückt.

Die Abgeordneten in der Bundestagsfraktion fühlen sich zudem über den Tisch gezogen. Im vergangenen November hatte die Große Koalition einen Entschließungsantrag mit dem Ziel einer Bahnprivatisierung verabschiedet. Damals wurden die Kritiker mit dem Hinweis eingefangen, dass der Gesetzentwurf zunächst dem Bundestag und erst dann dem Kabinett zugeleitet werden solle. Dies hätte ausführliche Diskussionen möglich gemacht.

Nun staunen die Genossen, dass das Kabinett bereits kommende Woche entscheidet und damit einen Pflock einrammt, der für die Fraktionen kaum noch zu versetzen ist. Man fühlt sich überfahren. Es sei „nie ergebnisoffen debattiert und entschieden worden“, heißt es in einem Schreiben, das Linke wie die designierte Parteivizin Andrea Nahles, pragmatische Netzwerker sowie die frühere Justizministerin Herta Däubler-Gmelin verfasst haben.

Tiefensees Argumente für einen Börsengang verfangen in der Partei bisher nicht. Die Bahn, findet der Minister, benötige für ihre Investitionen dringend privates Kapital, zudem werde der Konzern mit der Reform erhalten und nicht zerschlagen, wie es die Union beabsichtige.

„Wir kommen da nicht drum rum“, versuchte Parteichef Kurt Beck vor gut einer Woche die Landesvorsitzenden der Partei einzuschwören. Die Reform sei „ein gefährliches Thema“ für die SPD, haderte ein anderer Spitzenmann – die Bundes-Privatisierungen bisher „haben ja nix gebracht“.

Auch in den Landesverbänden wächst der Unmut. Am vorvergangenen Samstag beschloss die SPD Baden-Württemberg auf ihrem Parteitag eine Resolution, die fordert, „Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte auszusetzen“. Unter großem Beifall verlangte die frühere Bundestagsabgeordnete Liesel Hartenstein, „dem Privatisierungswahn endlich Einhalt zu gebieten. Die Bahn hat einen öffentlichen Auftrag – den muss sie erfüllen“.

Auch die Berliner SPD lehnt eine „vollständige oder teilweise Kapitalprivatisierung“ der Bahn ab. Die Regierung laufe mit der Reform Gefahr, „auf irreversible Weise die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren“.

Nun bewegt sich die Parteispitze auf eine Falle zu. Bereits im September sollen Bundestag und Bundesrat über die Bahnreform abstimmen. Das hohe Tempo und die dann unwiderrufliche Entscheidung könnten beim Oktober-Konvent der Sozialdemokraten zu heftigen Reaktionen führen.

Zusätzlich befeuert wird der Unmut der Genossen von anderer Seite. Auch viele Landesregierungen sind entschlossen, den Börsengang aufzuhalten. Sie fürchten hohe Kosten und massiven Druck ihrer Bürgermeister und Landräte, wenn die Fahrpläne ausgedünnt und Strecken stillgelegt würden.

Der hessische Verkehrsminister Alois Rhiel (CDU) teilte Tiefensee vergangene Woche schriftlich mit, das Gesetz sei „nicht zustimmungsfähig“. Es widerspreche den Beschlüssen der Verkehrsministerkonferenzen und gefährde das „zentrale verkehrspolitische Ziel der Bahnreform, die Stärkung des Verkehrsträgers Schiene“. Weil die neuen Eigner an Renditekriterien ausgerichtet seien, sei auch die Erhöhung der Preise „logisch und zu erwarten“, schrieb Rhiel.

Sein Magdeburger Kollege Karl-Heinz Daehre (CDU) stellt ganz grundsätzlich die Frage, „ob es überhaupt Sinn macht, die Bahn AG zu privatisieren“. Eine Länder-Sonderkonferenz Anfang August soll nun Klarheit bringen.

Auch der Abgeordnete Peter Friedrich gibt sich trotz des Rüffels in der Fraktion nicht geschlagen. Im nächsten Jahr seien vier Landtagswahlen, sagt er: „Die Wahlkämpfer wären blöd, wenn sie das Thema nicht für sich entdecken.“ HORAND KNAUP, ANDREAS WASSERMANN

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF

Bundesinnenminister Schäuble, Bergung von Terroropfern, mutmaßlicher Koffer-Bomber*: *So gewöhnt er die Deutschen an ein Bild von einem*

INNERE SICHERHEIT

Gezielt töten in Hindelang?

Wolfgang Schäuble hat mit seinen Vorschlägen zur inneren Sicherheit Freund und Feind gegen sich aufgebracht. Die Bundeskanzlerin ist ungehalten, die SPD ist empört. Aber der Innenminister provoziert weiter, diesmal ganz konkret. Er will weitere Rechtsreformen im Kampf gegen den Terror.

Es geht ihm gut, sehr gut. Es gibt jetzt aus seiner Sicht Aufgescheuchte und Gelassene. Das heißt, so wie er die Welt gerade sieht, gibt es viele Aufgescheuchte und einen Gelassenen. Das ist er, Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister. Er kann gar nicht verstehen, dass die anderen so aufgescheucht sind, die Politiker, die Journalisten, die „Heerscharen von Völkerrechtlern“. Seine Schuld? Ach wo. Alles Denkfehler, alles Missverständnisse.

Er sitzt am Konferenztisch in seinem Büro und ist gerade Deutschlands Zentrum der Behaglichkeit. „Ich muss lachen“, sagt er, „ich bin lebensfroh, ich bin Alemanne.“ Er kann schelmisch wirken, federleicht irgendwie. In dieser Situation?

Es ist eine Woche her, da hat er in einem SPIEGEL-Gespräch Sätze von enormer Schwere gesagt. Da ging es darum, ob der Staat Terroristen töten lassen darf, ob man Verdächtige internieren und ihnen das Telefonieren mit dem Handy verbieten soll. Schäuble ließ sich beim Überlegen zuhören, und dabei entstand der Eindruck, er wolle eine andere Verfassung, einen anderen Staat, einen Zeig-die-Zähne-Staat.

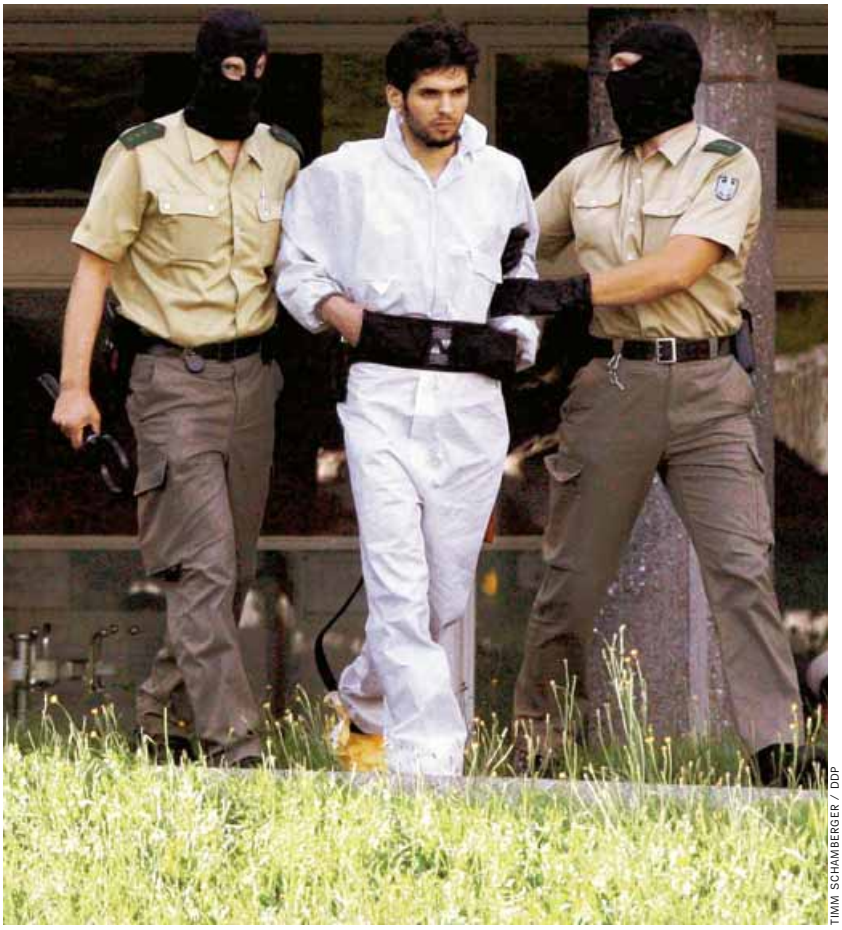
Er wollte aufscheuchen, und nun mokiert er sich darüber, dass ein paar Leute aufgescheucht sind. Wer etwas auf sich hält in der Politik, musste Stellung nehmen zu seinen Sätzen. Der Fraktionschef der SPD, Peter Struck, nannte Schäuble einen „Amokläufer“, Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) warf ihrem Kollegen vor, „den Freiheitsbegriff des Grundgesetzes zu verkehren“. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützte ihn mit dem Satz, es dürfe keine „Denkverbote“ geben, ließ intern jedoch Unmut erkennen.

„Ich habe nur Fragen gestellt“, sagt Wolfgang Schäuble. „Auch ich habe nicht alle Antworten. Ich glaube sogar, dass ein Scharlatan ist, wer behauptet, er kenne die Antworten.“ In Sachen gespielter Harmlosigkeit lässt sich Schäuble derzeit von niemandem übertreffen. Na klar, aber er weiß selbst, dass solche Sätze eines Innenministers neue Räume aufschließen, Denkräume, aus denen Taten kommen sollen, neue Gesetze.

Er macht schon länger Politik mittels öffentlichen Nachdenkens. Er hat schon darüber räsoniert, ob es nicht richtig sein könne, Hinweise aus Folterverhören zu verwenden. So gewöhnt er die Deutschen allmählich an ein Bild von einem anderen Deutschland, das er dann nur noch nachbauen muss.

* Mitte: in Madrid im März 2004; rechts: Youssef al-Hajdib nach der Vorführung bei den Ermittlungsrichtern in Karlsruhe im August 2006.

CHRISTOPHE SIMON / AFP



TIMM SCHAMBERGER / DDP

anderen Deutschland, das er dann nur noch nachbauen muss

Er bastelt schon, noch nicht an den ganz heiklen Sachen, jetzt ist es erst einmal das Terror-Strafrecht, das er verschärfen will. Der Paragraf 129 a sieht für die Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung eine Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren vor.

Schäuble will das Strafgesetzbuch um die Paragrafen 129 c und 129 d erweitern lassen. Künftig soll auch bestraft werden, wer „Vorfeldhandlungen" begeht, also wer beispielsweise Geld für terroristische Anschläge sammelt, wer an Terrorcamps teilnimmt oder wer Anleitungen zum Bombenbau besitzt oder verbreitet. Zudem sollen auch politisch motivierte Einzeltäter erfasst werden. Bislang sind es Gruppen ab drei Personen.

Ein internes Arbeitspapier des Innenministeriums von Ende Juni plädiert zudem dafür, die Strafandrohung für die Verbreitung von Bombenanleitungen auch um Fälle zu erweitern, in denen keine konkreten terroristischen Tatplanungen vorliegen – um „wirksam gegen die missbräuchliche Nutzung des Internet (z. B. auch mit Maßnahmen gegen Provider) vorgehen zu können".

Auch wer Terrorakte außerhalb der EU vorbereitet, müsste nach Vorstellung des Innenministers künftig mit einer Strafe rechnen. Die Initiative kommt aus Schäubles Ministerium, er drängt die zuständigen Justizkollegen zur Eile. „Wir wünschen uns, dass der Entwurf bald kabinettsreif wird", sagt Schäuble. Tatsächlich hat das zuständige Referat im Justizministerium bereits einen Entwurf für die beiden neuen Terror-Paragrafen erarbeitet, den hat Ministerin Zypries allerdings erst einmal verworfen.

Schäuble dehnt mit seinen Überlegungen das Grundgesetz immer ein bisschen mehr, die SPD macht mit oder rutscht in die Rolle des Verhinderers. So ist es auch bei der Novelle des Gesetzes über das Bundeskriminalamt (BKA).

Eigentlich wollte Schäuble den Gesetzentwurf am vorigen Mittwoch ins Kabinett einbringen. Er tat es nicht – wegen des Streits um Paragraf 20 k. Er regelt den „heimlichen Zugriff auf informationstechnische Systeme", kurz Online-Durchsuchung genannt.

Der Entwurf sieht vor, dass das BKA für höchstens drei Monate heimlich die Festplatten von Verdächtigen absaugen darf, „auch, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden". Dafür brauchte man eine gerichtliche Erlaubnis, die der Präsident des Bundeskriminalamts beantragen müsste.

Schäuble hält die Online-Durchsuchung für so wichtig, dass er dafür die Verfassung ändern würde. Er soll mit seiner Abteilungsleiterin für Verfassungsrecht höchstpersönlich an einem Entwurf herumgeschrieben haben, wie man sich in seinem Ministerium erzählt.

Sein Vorschlag zielt auf den Artikel 13 des Grundgesetzes, in dem die Unverletzlichkeit der Wohnung garantiert wird. In Absatz 4 soll es künftig heißen, dass zur Verhütung von besonders schweren Straftaten „Daten mit technischen Mitteln aus informationstechnischen Systemen erhoben werden" dürfen.

Doch Zypries bremst. Sie hat externe Experten befragt und kennt jetzt auch ein ökonomisches Argument. Jede Online-Durchsuchung koste 500 000 Euro. Zudem könne man das Gesetz mühelos ohne die strittigen Online-Durchsuchungen verabschieden. Doch darauf will sich Schäuble nicht einlassen. Die SPD will zudem ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einem entsprechenden Gesetz für den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen abwarten. Damit ist erst 2008 zu rechnen. So lange, sagt der Innenminister, könne die BKA-Novelle nicht liegenbleiben.

Das alles ist Teil eines Projekts, für das Schäuble nun eine schöne Überschrift gefunden hat: „Deutschland wird auch in Hindelang verteidigt." Bislang galt vor allem der Satz von Struck, der gesagt hatte, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt.

Was ihn so treibt, den Bundesminister der Innenverteidigung? Dass er sich mit seinem öffentlichen Nachdenken absichern will für den Tag, an dem die Bombe hochgeht? Dass er dann sagen kann, er habe einen stärkeren Staat gewollt, als er bekommen hat? Dass der Verfassungsminister vergessen hat, was in der Verfassung steht? Unsinn, sagt sein Gesicht, totaler Quatsch.

Was dann? Ein Satz ist gefallen bei den Spekulationen über seine Motive, der beschäftigt ihn, obwohl er sagt, dass ihn so etwas nicht mehr treffe. In der „Süddeutschen Zeitung" stand, Schäuble ertrage die vermeintlichen Schwächen des Staates noch weniger als früher, weil er als Behinderter selbst Schwäche erlebe.

Dazu wolle er eine Geschichte erzählen, sagt Schäuble. Kürzlich habe er sich mit seiner Frau „Maria Stuart" an der Berliner Schaubühne angeschaut. Einer der Schauspieler, nicht behindert, saß im Rollstuhl. Als dieser Schauspieler erfahren hat, dass Schäuble im Publikum war, schrieb er ihm einen Brief. Er habe im Rollstuhl gesessen, weil er wegen einer Verletzung schnell ermüde. Es sei ganz bestimmt keine Anspielung auf Schäuble gewesen. „Der hat's verstanden", sagt Schäuble. Anders als der Journalist der „Süddeutschen", ist wohl gemeint. Vielleicht trifft ihn dieser perfide Satz doch mehr, als er zugeben mag.

Die Frage ist noch offen. Was treibt ihn? Ein Schäuble, der öffentlich nachdenkt, lässt die gespreizten Finger einer Hand Kreise auf den Tisch malen. „Ich nehme

ungern hin, dass wir die Dinge nicht rechtlich sauber lösen“, sagt er.

Dahinter steckt die Vermutung, dass auch seine Gegner am Ende schießen lassen würden, wenn ihnen im Allgäu-Kurbad Hindelang ein Osama Bin Laden vor die Flinte liefe. Nur er, Schäuble, wolle vorher darüber reden und den Fall in Gesetze gießen. „Es muss eine Autorität geben, die verfassungsgemäß handeln kann“, sagt er. Aber stellt er sich da nicht eine Verfassung vor, die verfassungswidrig ist?

Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) ist ein Gegner von Schäubles Positionen, und zwar ganz und gar. Er hat in seinem Zimmer alles ausgebreitet, was ihm helfen kann, seinen Standpunkt zu untermauern. Auf dem Tisch vor ihm liegen das Strafgesetzbuch und ein Entwurf der Europäischen Verfassung. Auf einem Stehpult ruht ein Altes Testament.

Schon das Nachdenken über ein gezieltes Töten von Terroristen lehnt Körting ab. Er schaut zur Bibel und zitiert aus dem zweiten Buch Mose: „Du sollst nicht töten.“ Er zeigt auf das Grundgesetz und die Europäische Verfassung. Überall stehe mit anderen Worten der gleiche Satz.

Körting lehnt alles ab, worüber Schäuble nachgedacht hat. Ein vorbeugender Gewahrsam für Terrorverdächtige, wie ihn Großbritannien für bis zu 28 Tage erlaubt? Ausgeschlossen, auch das berühre „eine Grundlage unseres Rechtsstaats, die Unschuldsvermutung“.

Auf den Einwand, deshalb wolle Schäuble die Verfassung ja ändern, wird Körting grundsätzlich: „Wenn der Bundesinnenminister künftig Gesetze gegen alles und jeden machen will, der potentiell einmal zu einer Bedrohung werden kann, steigt er in eine Spirale des Absurden ein.“ Dann sei selbst der implantierte Chip für Bewegungsprofile nicht mehr undenkbar – nach dem Prinzip der Hundemarke.

Auch er sehe die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland, sagt Körting. „Aber ich sehe den Bestand der Republik, unserer Gesellschaftsordnung oder unserer Lebensart als solcher durch terroristische Anschläge nicht bedroht.“ Man müsse aufpassen, „dass wir unsere Abwehrmaßnahmen nach der tatsächlich bestehenden Gefahr ausrichten“.

Von Bundesinnenministern werde die häufig überschätzt. Körting meint auch seinen Parteifreund Otto Schily. „Ich fürchte, beide haben sich zu sehr durch die Angst anstecken lassen, die der Terrorismus verbreitet.“ Schily ist jetzt ein Problem für seine Partei, aus zwei Gründen: weil er Innenminister war, und weil er nicht mehr Innenminister ist. Beides trägt dazu bei, dass die SPD in der Debatte um Schäuble schlecht aussieht.

Als Innenminister hat Schily nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zwei Anti-Terror-Gesetzespakete geschnürt. Bei beiden dieser „Otto-Kataloge“ war Zypries seine Staatssekretärin. Schilys zweiter Staatssekretär war Fritz Rudolf Körper, der sich heute als SPD-Fraktionsvize über Online-Durchsuchungen erregt.

Und da ist noch ein Problem. Seit Monaten lassen sowohl der Chef des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, als auch der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, keine Gelegenheit aus, um auf eine Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen zu drängen. Im Januar hatte der Bundesgerichtshof entschieden, dass diese erstens fehle und zweitens notwendig sei.

Im Juni führte Ziercke den Innenexperten vor, warum sein Haus das Instrument so dringend benötige. Er zeigte Internet-Videos von Kindesmissbrauch und von Aufrufen, in den Heiligen Krieg zu ziehen. „Eine Horrorshow“, stöhnten auch Abgeordnete der SPD danach. Ziercke und sein Kollege Fromm wurden in der Ära Schily ernannt. Beide sind SPD-Mitglieder.

So zerstört Schily die Glaubwürdigkeit der nunmehr skeptischen SPD in den sicherheitspolitischen Fragen, aber er fehlt auch an allen Ecken und Enden. „Jetzt rächt sich bitter, dass wir in den Koalitionsverhandlungen weder das Innen- noch das Verteidigungsressort für uns reklamieren konnten“, klagt der Innenexperte der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz. Den Sozialdemokraten fehlt eine Autorität, die Schäuble Paroli bieten kann.

Die Antwort auf seine Vorstöße ist immer vielstimmig. Die SPD wirkt in dieser Frage, bei der es mehr als bei allen anderen um Stärke geht, schwach, Schäuble stark. Dabei ist er in Wahrheit gar nicht so stark, denn er ist allein, fast allein. „Ich habe ‚Bild‘ und die Kanzlerin auf meiner Seite“, sagt Schäuble. Das reiche.

Doch Angela Merkel ist eine zweifelhafte Verbündete. Sie war nicht glücklich über die öffentliche Reaktion auf seine Sätze. Sie hält die innere Sicherheit für ein wichtiges Thema, auch um die Stammwähler der CDU zu befriedigen. Aber sie will den Eindruck vermeiden, die Regierung kündige viel an und setze wenig durch.

Als sie am Montag vergangener Woche im Parteipräsidium redete, klang Distanz durch. Sie müsse sich auch überlegen, was in der Koalition konsensfähig sei, sagte sie. Allen war klar, dass ein Gesetz zum gezielten Töten nicht dazugehört und auch kein Kommunikationsverbot für Verdächtige. Im kleinen Kreis wurde Merkel deutlicher. Schäuble müsse versuchen, seine Lust an der Provokation zu dämpfen, sagte sie, er laufe sonst Gefahr, seine berechtigen Anliegen in Misskredit zu bringen.

Unter den Innenexperten der Union wächst die Sorge, Schäubles Nachdenken über gezieltes Töten könnte ihrer Ansicht nach wichtige Vorschläge wie die Online-Durchsuchung vergiften. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein sagte, er sei ein „glühender Anhänger des Rechtsstaates“. Das reicht mittlerweile aus, um deutlich zu machen, dass man sich vom Innenminister distanzieren möchte. Beckstein sagte in Gesprächen mit Abgeordneten, Schäuble solle lieber Gesetzentwürfe vorlegen, statt die Diskussion mit immer neuen Vorschlägen zu belasten. Er halte Schäubles Terrorwarnungen für überzogen.

Falsch, findet Wolfgang Schäuble. „Wir müssen öffentlich darüber reden, unser Land braucht den Diskurs, den Streit.“ Die anderen, von denen sich einige für die Verteidiger der Freiheit halten, wollen ihm die Freiheit der Rede begrenzen. Er lacht. So nicht. Er wird wieder mit Vorschlägen kommen, die sein neues Deutschland weiterbauen. Er freut sich schon.

Horand Knaup, Dirk Kurbjuweit, Ralf Neukirch, Marcel Rosenbach

UMFRAGE: TERRORABWEHR

„Innenminister Schäuble fordert immer wieder schärfere Gesetze zur Terrorabwehr. Halten Sie seine Forderungen prinzipiell für richtig, oder gehen sie zu weit?“

richtig	50 %
gehen zu weit	46 %

„Schäuble hat in Extremfällen die gezielte Tötung von Terrorverdächtigen ins Gespräch gebracht. Wäre dies eine angemessene Maßnahme des Staates, um seine Bürger zu schützen?“

JA	20 %
NEIN	77 %

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 10. und 11. Juli; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

FRANK ZAURITZ / LAIF

Innensenator Körting
Argumente aus dem Alten Testament

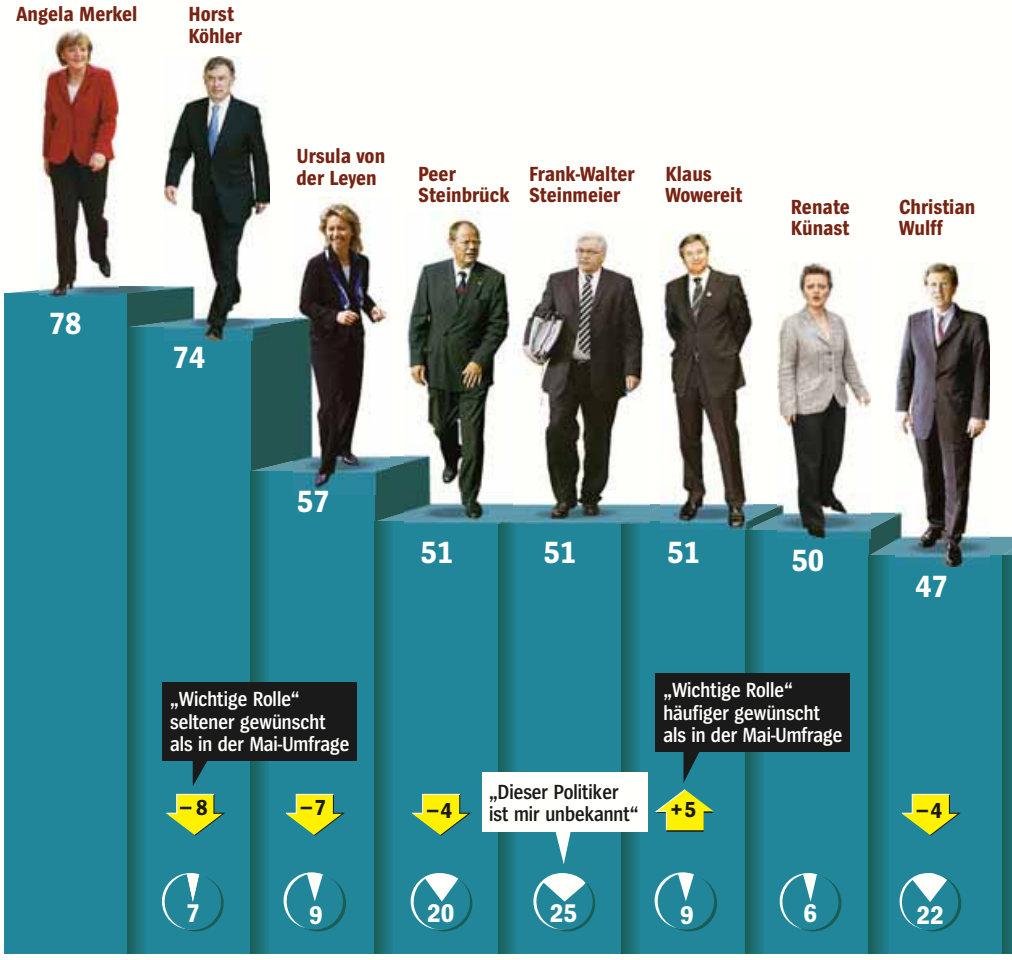
Rot-rote Aufsteiger

Von der konstanten Aufschwungstimmung profitiert auch die Regierung: Die Deutschen sind mit ihr weiterhin relativ zufrieden. Das politische Spitzenpersonal wird allerdings deutlich kritischer gesehen als im Mai. Laut der Quartalsumfrage von TNS Forschung für den SPIEGEL gibt es erheblich mehr Absteiger als Aufsteiger auf der Beliebtheitsskala. Nur Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und Parteichef Oskar Lafontaine (Die Linke) gewinnen merklich an Zustimmung: Die Debatte um mögliche rot-rote Bündnisse scheint beiden genutzt zu haben. Wowereit zählt nun erstmals zu den beliebtesten SPD-Politikern, gleichauf mit den Ministern Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier.

In der Sonntagsfrage wächst der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD zwar von sechs auf zehn Prozentpunkte, doch wegen des Abwärtstrends der FDP läge ein rot-rot-grünes Bündnis rechnerisch mit 50 Prozent deutlich vor Schwarz-Gelb (46 Prozent). SPD-Chef Kurt Beck lehnt eine Koalition mit Lafontaines Truppe allerdings kategorisch ab. Im sozialdemokratischen Lager kommt diese klare Haltung offenbar gut an – Becks monatelanger Sinkflug ist zumindest unter den SPD-Anhängern gestoppt: Waren im Mai nur 51 Prozent von ihnen mit der Arbeit des Parteivorsitzenden zufrieden, goutieren nun 60 Prozent seine Arbeit.

Weiter verloren hat dagegen Wolfgang Schäuble (CDU). Von Online-Durchsuchungen bis zur gezielten Tötung Terrorverdächtiger brachte der Bundesinnenminister immer neue Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit ins Gespräch – und büßte seit Januar 13 Prozentpunkte auf der Beliebtheitsskala ein. Aus Sicht der Wähler ist ihm seine klare Profilierung also bisher nicht gut bekommen. Selbst unter den Unionsanhängern sinkt die Zustimmung für den Hardliner.

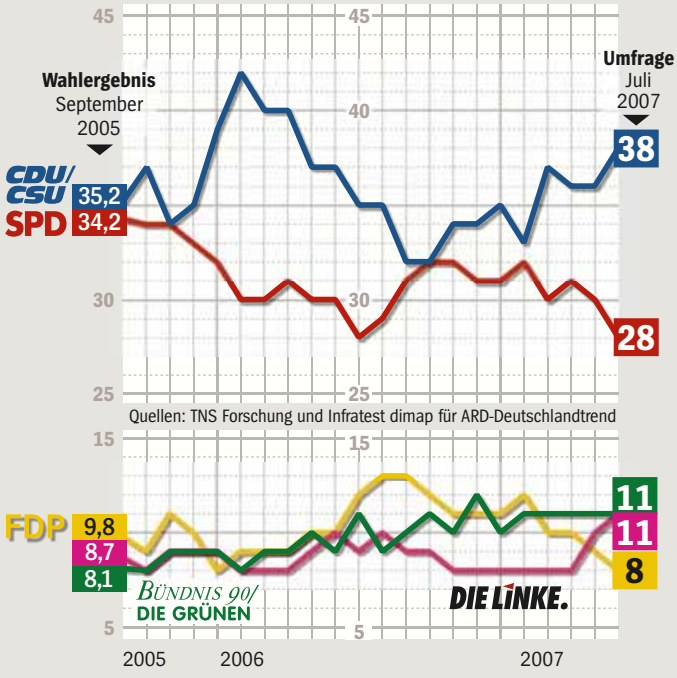
Wie verhängnisvoll das Private für einen Politiker sein kann, zeigt der tiefe Fall Horst Seehofers (CSU). Monatelang hatte sich der Minister vor einer Entscheidung zwischen Ehefrau und Geliebter gedrückt. Nun haben ihn die Wähler dafür massiv abgestraft. Waren im Mai vor allem viele befragte Frauen von Seehofers Verhalten enttäuscht, wenden sich jetzt auch die Männer in Scharen von ihm ab. Seehofers Chancen, doch noch den CSU-Vorsitz zu erobern, dürften sich damit nicht verbessert haben. Merlind Theile



Veränderungen bis zu 3 Prozent liegen im Zufallsbereich, sie werden deshalb nicht ausgewiesen.

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



Aufgehellt

„Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD?“

Antwort: sehr zufrieden/zufrieden

39 +11

Veränderung gegenüber Januar

„Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Oppositionsparteien?“

sehr zufrieden/zufrieden

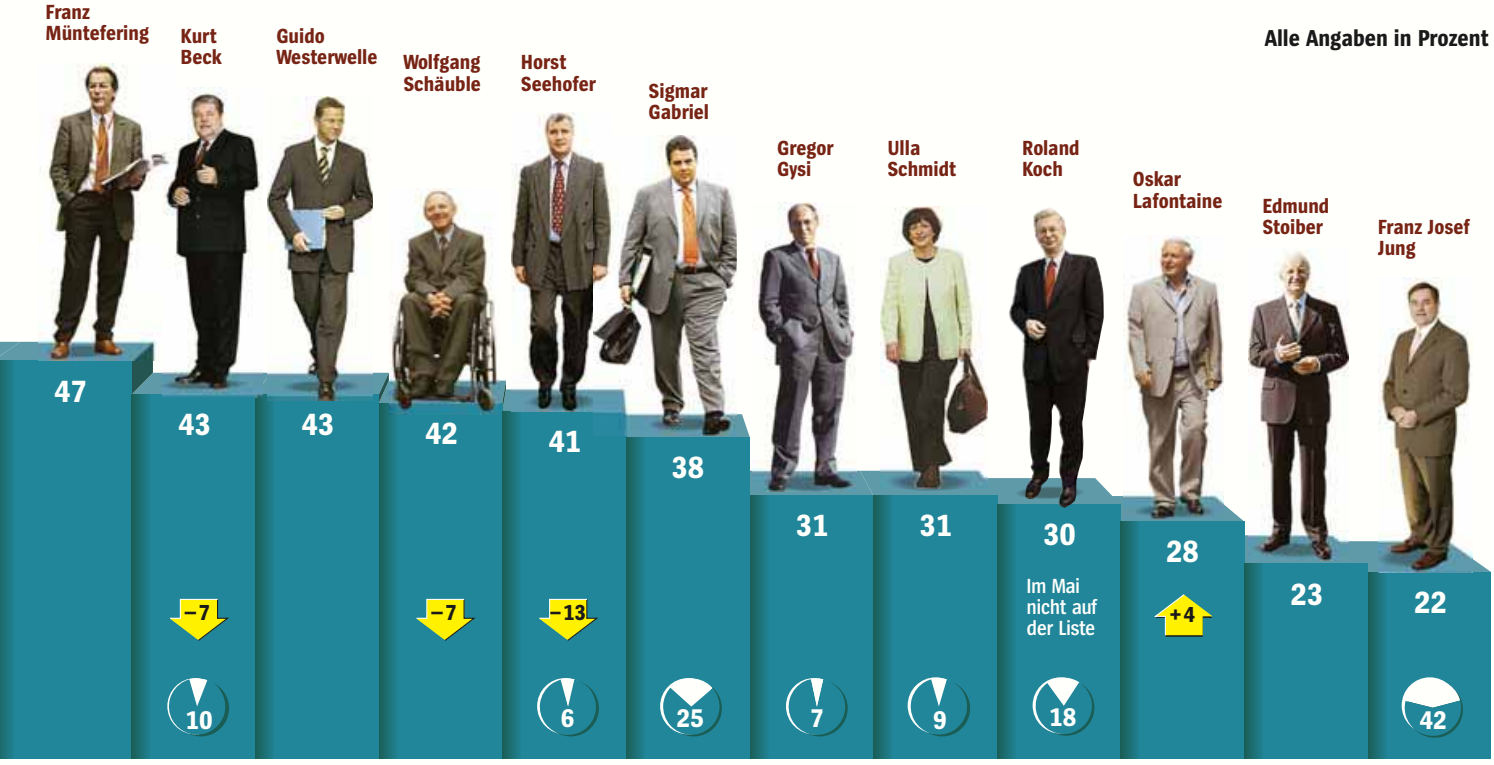
mit der FDP 31 –5

mit den Grünen 41 +7

mit der Partei Die Linke 18 +3

Seehofers Fall

TNS Forschung nannte die Namen von 20 Spitzenpolitikern. Der Anteil der Befragten, die es gern sähen, wenn der jeweilige Politiker künftig „eine wichtige Rolle spielen“ würde, und die Veränderungen zur letzten Umfrage im Mai



TNS Forschung für den SPIEGEL vom 10. und 11. Juli; 1000 Befragte

Star und Statisten

„Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit …

… des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck?“ 29

… von Vizekanzler Franz Müntefering?“ 30

… von Bundeskanzlerin Angela Merkel?“ 64

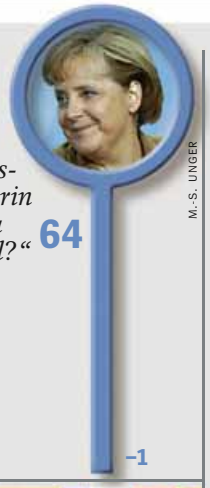
sehr zufrieden/zufrieden

ACTION PRESS

–1

R. UNKEL

–3


M. S. UNGER

–1

Veränderung gegenüber Mai

Nachholbedarf

„Vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung veranstalteten Integrationsgipfels: Sollten die Deutschen Ihrer Meinung nach künftig mehr für die Integration von Ausländern tun?“

AP

	Ja	Nein
Schulabschluss	54	43
Haupt-/Volksschule	60	
Mittlere Reife/POS	47	
Abitur/Fachhochschulreife	28	

Stimmungsmotor Arbeitsmarkt

„Sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in folgenden Bereichen zufrieden?“

JA sehr zufrieden/zufrieden

NEIN weniger/gar nicht zufrieden

	Ja	Juli-Umfrage	Nein	Veränderung gegenüber Mai
die Renten sichern	19	78		+3 / –5
die Steuern senken	24	73		+3 / –3
die Gesundheitsvorsorge sichern	31	68		+5 / –5
für soziale Sicherheit sorgen	42	56		+4 / –5
die Arbeitslosigkeit bekämpfen	42	57		+3 / –3
die Bürger wirksam vor Verbrechen schützen	54	42		+2 / –3
die Umwelt schützen	54	45		+4 / –4
die Wirtschaft ankurbeln	66	32		+3 / –3

An 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

AUSSENPOLITIK

Pariser Provokationen

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy sucht die Konfrontation mit der Kanzlerin, um die Nummer eins in Europa zu werden. Angela Merkel will ihre Position verteidigen, den hyperaktiven Neuling aus Paris ausbremsen – das offene Duell aber vermeiden.

Es gibt viele Arten, sich als Spitzenpolitiker durchzusetzen. Gut beleumundet, aber selten erfolgreich ist die klassische Variante, mit Argumenten zu überzeugen. Andere Methoden kommen häufiger zum Einsatz: den Gegenspieler zu zermürben, ihn zu kaufen, ihm zu drohen oder ihn politisch zu erpressen.

Beim Publikum ist der Showdown beliebt, das gezielte Hinsteuern auf die eine, die große, die entscheidende Auseinandersetzung. Am Ende geht einer als Sieger vom Schlachtfeld. Stolz zeigt er dann seine Siegestrophäe, auch als Beleg der eigenen Virilität.

Angela Merkel bevorzugt eine Mischung aus Geduld, Zurückhaltung und Zermürbung, um sich durchzusetzen. Klaglos lässt sie die Männlichkeitsrituale ihrer Gesprächspartner über sich ergehen, ignoriert Provokationen so weit wie möglich und interveniert allenfalls ab und an mit mildem Spott, um dann ihr Gegenüber mit sanftem Druck in die gewünschte Richtung zu schieben.

An diesem Montag wird im französischen Toulouse zu beobachten sein, welche Methode sich durchsetzt. Merkels Gastgeber Nicolas Sarkozy, der neue französische Staatspräsident, will den Showdown. Kaum acht Wochen im Amt, möchte er der Kanzlerin die Rolle als Nummer eins in Europa entreißen. Sarkozy ist ein Mann, der das Duell sucht. Seine politische Karriere verdankt er gewonnenen Zweikämpfen. So hat sich der Sohn eines ungarischen Einwanderers ganz nach oben geboxt.

Die beiden Staatslenker kennen sich schon lange, doch in Toulouse werden sie einander zum ersten Mal am Verhandlungstisch gegenübersitzen. Das Treffen wird den Ton bestimmen für die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren – und damit auch für die nähere Zukunft der deutsch-französischen Achse. Nur wenn sie funktioniert, das wissen alle Beteiligten, funktioniert Europa.

Momentan ist das Verhältnis gestört. Gezielt versucht die Pariser Regierung, Berlin zu provozieren. Die Berufung des früheren französischen Finanzministers Dominique Strauss-Kahn zum Chef des Internationalen Währungsfonds wurde mit allen wichtigen Partnern abgesprochen, nur mit den Deutschen nicht. Seit Tagen schon wartet ein empörter Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf den Anruf seines französischen Kollegen Bernard Kouchner, der kurzerhand mit einer eigenen Nahost-Initiative die EU-Politik in der Region aufkündigen wollte.

Sarkozy sucht den Streit, wo er kann. Bei der Airbus-Muttergesellschaft EADS drängt er auf mehr Einfluss des französischen Staates, er stellt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in Frage, er blockiert die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, und er untergräbt die europäische Position in der Kosovo-Frage.

Der Showdown scheint unvermeidlich zu sein. In Berlin haben sich die Frankreich-Spezialisten der Regierung mental längst in den Schützengraben begeben, um die Attacken der Franzosen abzuwehren. „Es knallt“, sagt ein Merkel-Berater im Kanzleramt. „Es knallt“, raunen auch die Diplomaten im Auswärtigen Amt. Für Sarkozy scheint alles nach Plan zu laufen.

Doch Merkel hat kein Interesse daran, dass es knallt. Sie will kein Duell mit Sar-

WOLFGANG KUMM / DPA

EU-Ratspräsidentin Merkel*: *Geduld, Zurückhaltung und Zermürbung*

* Mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 25. März in Berlin.

kozy, der diese Form der Auseinandersetzung erwiesenermaßen besser beherrscht als sie. Die Kanzlerin will die Konfrontation vermeiden und Sarkozys scheinbar ungezügelte Energie geschickt umlenken. Wer den Drang habe, Dinge wirklich zu verändern, könne sich in Brüssel mühelos austoben, lässt sie verbreiten; Frankreichs neuer Präsident sei der geeignete Mann, die Verkrustungen aufzubrechen.

Das hört sich konstruktiv an, soll aber verschleiern, worum es Merkel in Wirklichkeit geht. Bei den zentralen deutsch-französischen Streitpunkten wie Airbus will sie Sarkozy klar in die Schranken weisen. Mit deutscher Nachgiebigkeit wird der Neue aus Paris nicht rechnen können. Gleichzeitig will sich Merkel auf keinen Fall ihre Rolle als Europas Nummer eins streitig machen lassen. Schon gar nicht von Sarkozy.

Dass der Franzose ein ernstzunehmender Gegenspieler ist, hat er in den wenigen Wochen seit Amtsantritt eindrucksvoll unter Beweis gestellt. In Anspielung auf den französischen Schnellzug TGV wird Sarkozy in Paris inzwischen PGV genannt – „Président à la grande vitesse“. Der Hochgeschwindigkeitspräsident residiert zwar wie seine Vorgänger im goldenen Pomp des Elysée-Palastes an der Rue du Faubourg Saint-Honoré, doch damit erschöpfen sich schon die Gemeinsamkeiten mit François Mitterand („die stille Kraft“) oder Jacques Chirac, der es sich hinter den Mauern des „Schlosses“ gemütlich gemacht hatte.

Wäre er noch ein Schulkind, würde man dem neuen Mann an Frankreichs Spitze umgehend das Hyperaktivitätssyndrom attestieren. Rastlos eilt Sarkozy von einem Auftritt zum nächsten. Kaum ein Tag vergeht ohne Fototermin, ohne Fernsehclip, ohne Pressekommuniqué. Und selbst die sportliche Entspannung wird noch in Szene gesetzt: der Präsident beim Dauerlauf.

Sarkozy rennt. In Straßburg zelebriert er eine „große Versammlung zum Thema Europa“, in der Vogesen-Hauptstadt Epinal verkündet er bei einem „republikanischen Treffen“ seine „institutionellen Reformen“. Rund um den Nationalfeiertag absolviert er ein halbes Dutzend Termine zwischen der Bretagne und Paris, als wäre noch Wahlkampf.

Nichts anderes hatte Sarkozy vorhergesagt. „Ein Präsident, der regiert“ wolle er sein, das hatte er als Kandidat verkündet – und versprochen: „Ich werde nicht zulassen, dass sich jemand den Reformen in den Weg stellt. Was ich gesagt habe, werde ich tun.“ Und er hatte hinzugefügt: „Ich werde unerschöpflich sein.“

Die Regierungsmitglieder können den Satz getrost als Drohung verstehen. Sarkozy fungiert als virtueller Mehrfachminister und ersetzt bisweilen die gesamte Kabinettsrunde. Ob niedrige Steuersätze für wohlhabende Bürger, die weitgehende Abschaffung der Erbschaftsteuer oder mehr Geld für Überstunden – der Staatschef beschäftigt sich mit allen Details.

Die Rastlosigkeit in der Innenpolitik setzt sich in der Außenpolitik nahtlos fort. Kaum zurück vom EU-Gipfel in Brüssel, den er selbstverständlich als seinen persönlichen Erfolg verkaufte, begrüßte er die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice und ein gutes Dutzend Kollegen im Elysée-Palast zum Essen. Kurzerhand erklärte er den Völkermord in der sudanesischen Region Darfur zur Chefsache. „Schweigen tötet“, befand er, und das wollte er sich weiß Gott nicht vorwerfen lassen.

Am folgenden Tag ließ er seine Beamten in Brüssel die Verhandlungen mit der Türkei über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion stoppen. Kurz vor dem Treffen der beiden Präsidenten George W. Bush und Wladimir Putin im amerikanischen Kennebunkport schlug er vor, den Kosovo-Konflikt vielleicht mit einer neuen Verhandlungsrunde zwischen Serben und Albanern zu lösen – nur für den Fall, dass die russischen und amerikanischen Diplomaten nicht darauf kommen würden.

Als Rodrigo de Rato, der spanische Chef des Internationalen Währungsfonds, überraschend zurücktrat, lancierte Sarkozy über Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker den Sozialisten Strauss-Kahn als Nachfolger. Dass Franzosen bereits drei der wichtigsten internationalen Finanzposten besetzen und der Kandidat sich zudem zierte, irritierte den Präsidenten nicht. Er benötigte keine vier Tage, um seinen Mann durchzusetzen.

Innerhalb kürzester Zeit gelang es Sarkozy zudem, die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien Algerien und Marokko aufzumischen. Die beiden Länder sind wegen des Streits um die Region Westsahara miteinander verfeindet. Um Zeit zu sparen, wollte der Präsident die beiden Nachbarn auf einem Kurztrip nacheinander besuchen, doch Marokko fühlte sich düpiert, weil der Präsident erst nach Algerien flog. Das Königreich stornierte die Visite.

Auch die Deutschen sehen sich von dem unbändigen Gestaltungswillen des Franzo-

PATRICK OTHONIEL / JDD / GAMMA / EYEDEA / STUDIO X

Staatspräsident Sarkozy: *In Zweikämpfen ganz nach oben geboxt*

sen bedrängt. Die Berliner Regierung hat etliche Bereiche identifiziert, in denen massive Konflikte mit den Franzosen drohen, sowohl ökonomische als auch außenpolitische.

Vor allem Sarkozys Vorstöße in Sachen EADS machen den Deutschen Sorgen. Paris pocht auf eine einfachere Führungsstruktur bei dem europäischen Luft- und Raumfahrt-Konzern. Süffisant wird in Berlin darauf hingewiesen, dass es ausgerechnet die Franzosen gewesen seien, die einen entsprechenden Vorstoß des EADS-Großaktionärs DaimlerChrysler vor einem Jahr zurückgewiesen hätten.

In den Vorbereitungsgesprächen für das Treffen in Toulouse signalisierte Berlin den Franzosen Entgegenkommen. Die bisherige deutsch-französische Doppelspitze könne man zwar abschaffen, aber nur, wenn als alleiniger Vorstandschef der Deutsche Thomas Enders bleiben könne – der in Frankreich denkbar unbeliebt ist. Die Personalie hat Paris geschluckt, womit die Sache machtpolitisch unentschieden steht.

In einem anderen Punkt will die deutsche Seite keinen Millimeter nachgeben. Sarkozy drängt darauf, dass sich der französische Staat zumindest vorübergehend mit mehr als 15 Prozent an dem Unternehmen beteiligen darf. Der jetzige Aktionärspakt verbietet das. Geht es nach den Deutschen, soll es auf jeden Fall bei der Beschränkung bleiben.

Auch auf einem anderen Gebiet steuern Merkel und Sarkozy auf eine harte Konfrontation zu. In der vergangenen Woche kostete ein Euro 1,38 US-Dollar – ein neues Rekordhoch. Unter dem hohen Euro-Kurs leidet die Exportfähigkeit der französischen Wirtschaft, die als sehr viel weniger wettbewerbstauglich gilt als die deutsche. Sarkozy fordert nun, dass die Politik mehr Einfluss auf die bislang unabhängige Europäische Zentralbank bekommen und der Euro abgewertet werden müsse.

RAINER DREXEL / BILDERBERG

Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main
Sarkozy wird nicht lockerlassen

Merkel wies das Ansinnen umgehend zurück. In einem TV-Interview ließ sie am vergangenen Dienstag jede diplomatische Zurückhaltung fahren: „Davon halte ich überhaupt nichts. Das ist mit mir nicht zu machen, auch mit der ganzen Bundesregierung nicht.“ Schon am Tag zuvor hatten die europäischen Finanzminister in Brüssel Sarkozys Vorstoß abgewehrt. Doch in Berlin gibt sich kaum jemand der Illusion hin, die französischen Attacken auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank seien damit gestoppt. Sarkozy wird nicht lockerlassen, davon sind die Deutschen überzeugt.

Auch die außenpolitischen Initiativen der neuen Regierung verärgern die Kollegen in Berlin. Sarkozys Ankündigung, bis Ende des Jahres einen „Alternativplan“ zur Mitgliedschaft der Türkei vorzulegen, empfinden sie als Drohung. „Die EU wäre gut beraten, wenn sie sich peinlichst genau an ihre Zusagen für den Verhandlungsprozess mit der Türkei hält“, mahnt der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz.

Irritiert registrierten die Deutschen zudem die ungewöhnliche Nahost-Initiative von Frankreichs neuem Außenminister. Bei einem Treffen mit einer Reihe südeuropäischer EU-Staaten vor zwei Wochen im slowenischen Portoroz zog Bernard Kouchner plötzlich einen Briefentwurf aus der Tasche.

Das zweiseitige Schreiben an den „lieben Tony“ Blair, den neuen Nahost-Beauftragten von Uno, EU, Russland und Vereinigten Staaten, enthielt einen faktischen Kurswechsel in der europäischen Nahost-Politik. Man dürfe die islamistische Hamas nicht provozieren, hieß es da, und Israel müsse endlich mit Vorleistungen für den Friedensprozess beginnen.

Im Kreis der 27 Außenminister wäre die französische Initiative spätestens von London oder Berlin gestoppt worden, doch die überrumpelten Minister in Portoroz unterstützten ihn brav. Kanzleramt und Berliner Außenministerium reagierten entsetzt. Das Ganze sei „höchst dubios“ und tauge allenfalls „für den Mülleimer“, erregte sich ein hoher Diplomat.

„Kouchner und Sarkozy ergänzen sich auf das Prächtigste“, spottet ein Steinmeier-Vertrauter, der ein Doppelspiel der beiden vermutet. So angenagt ist das Nervenkostüm der Berliner Regierungsspitze schon, dass selbst die Überraschungsreise der Präsidentengattin Cécilia Sarkozy nach Libyen in der vergangenen Woche für Empörung sorgte.

In ihrer Eigenschaft „als Mutter“, wie der Elysée-Palast mitteilte, besuchte sie die fünf bulgarischen Krankenschwestern, die wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der Infizierung mit Aids von 426 Kindern zum Tode verurteilt wurden. Seit Monaten arbeitet Außenminister Steinmeier beharrlich und im Verborgenen an der Befreiung der Frauen. Jetzt, da die Begnadigung auf der Grundlage einer mühsam ausgehandelten Entschädigungszahlung naht, so die Horrorvorstellung in Berlin, wolle offenbar ausgerechnet Sarkozy die Sache kapern.

Inmitten der Aufregung behält einer die Ruhe. Altersweise rät Ex-Außenminister Joschka Fischer zur Gelassenheit. Sarkozy-Vorgänger Chirac habe seine Amtszeit 1995 ganz anders begonnen – und im Pazifik zum Test eine Atombombe gezündet.

RALF BESTE, KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, CHRISTIAN REIERMANN, STEFAN SIMONS

MARKUS HANSEN / ACTION PRESS

Airbus-Werk (in Hamburg-Finkenwerder): *Die Franzosen in die Schranken weisen?*

KIRCHE

Dogma statt Dialog

Einmal mehr hat Joseph Ratzinger die Protestanten brüskiert. Beschwört Papst Benedikt XVI. zwischen den Kirchen eine neue Eiszeit herauf?

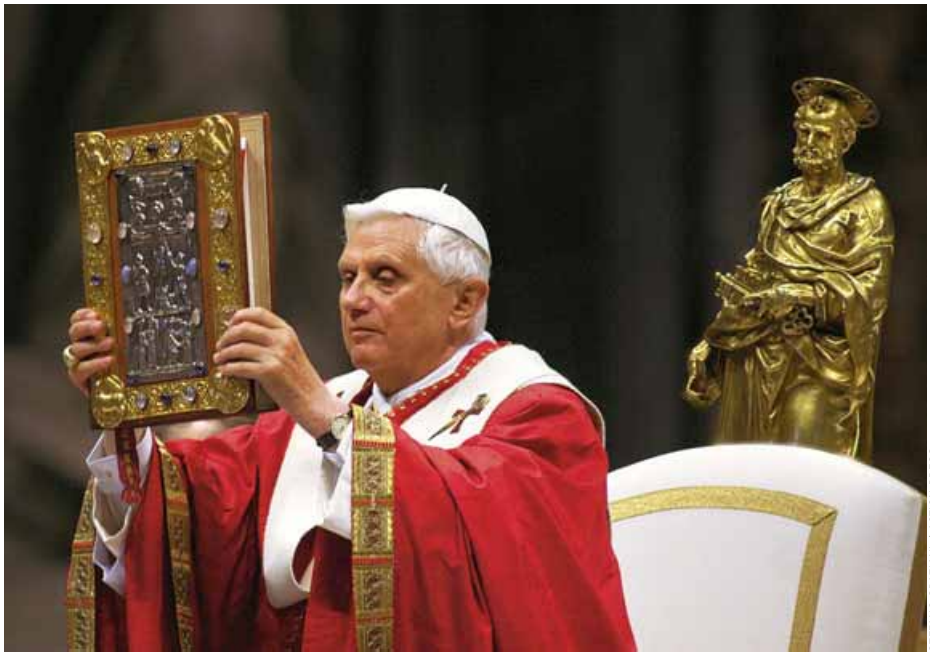
So viel Zuspruch bekommen evangelische Oberhirten selten. Per Telefon, E-Mail und Brief versicherten Christen ihren Oberen vergangene Woche ihre Solidarität. Einhelliger Tenor der Fan-Post, die in den Dienstsitzen der Bischöfe eintraf: Lasst euch durch Rom nicht aus eurer lutherischen Ruhe bringen.

„Als Protestant“, schrieb einer an den Berliner Bischof und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber, „darf man froh sein, eine andere Geschichte und ein anderes Glaubenszentrum zu haben.“ Er wolle sich, mailte ein Katholik an Protestant Huber, „für das brüskierende Dokument aus dem Vatikan entschuldigen“. Und ein ehemaliger Protestant, vor zehn Jahren zum Katholizismus übergetreten, wetterte am Telefon in reinstem Berlinerisch: „Det die euch nicht als Kirche anerkennen, det geht entschieden zu weit! Dafür bin ich nicht konvertiert.“

Anlass für die Solidaritätsadressen (Huber: „Das tut gut“) ist ein Ukas aus Rom. Vergangenen Dienstag hatte Papst Benedikt XVI. durch ein Schreiben der vatikanischen Glaubensbehörde die Protestanten in aller Welt wissen lassen, dass die evangelischen Glaubensgemeinschaften „nicht Kirchen im eigentlichen Sinn genannt werden“ könnten.

Das Verdikt ist nicht neu. Benedikt wiederholte nur, was er bereits im Jahr 2000 als damaliger Chef der Glaubenskongregation in der berüchtigten Erklärung „Dominius Jesus“ dekretiert hatte. Doch als beinharter Kleriker war der Papst weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden – mit seinen Auftritten beim Weltjugendtag in Köln und anderswo hatte er Rom und sich selbst zu einem moderneren Image verholfen.

Nun aber werden alte Erinnerungen an römische Herrschaftsgesten wach. Als Benedikts Vorgänger Johannes Paul II. Anno Domini 1983 Lateinamerika besuchte, ging ein Bild um die Welt: der Papst, der zornig drohend den Zeigefinger reckt, vor ihm auf den Knien der Ketzer, der nicaraguanische Befreiungstheologe Ernesto Cardenal. Eine solche Szene scheint beim Nachfolger undenkbar. Der Pontifex mit dem stets gütigen Lächeln und der sanften Stimme neigt nicht zu Zornesausbrüchen. Doch die Sanftheit täuscht.



STEFANO SPAZIANI / ACTION PRESS

Papst Benedikt XVI.: *Erinnerungen an römische Herrschaftsgesten*

Gleich zweimal innerhalb von Tagen demonstrierte Joseph Ratzinger, wo es unter ihm langgeht: Bevor er die Protestanten so harsch brüskierte, hatte er bereits Millionen Katholiken geschockt – mit seiner Verfügung, die alte lateinische Messe wieder fast uneingeschränkt zuzulassen. Der lateinische Ritus war zwar nie gänzlich verboten, doch Papst Paul VI. hatte ihn nach dem Reformkonzil der sechziger Jahre als „Regelmesse“ abgeschafft, zugunsten der auch fürs gemeine Kirchenvolk und nicht nur für den Klerus verständlichen Messe in der jeweiligen Landessprache. Sarkastisch distanzierte sich der Chef der katholischen Laienbewegung in Deutschland, der frühere sächsische Wissenschaftsminister Hans-Joachim Meyer, vom Votum zur Latein-Messe: Er zähle nicht zu jenen, „die das brennend von Rom erwartet haben“.

Unklar ist, warum der Vatikan nun in so kurzer Folge ein zweites konservatives Signal setzt – und die Protestanten nach dem Motto „Dogma statt Dialog“ vor den Kopf stößt. Huber mutmaßt, dass der Papst den Prozess der Annäherung der Kirchen mit dem Dokument bewusst stören will: „Von Fahrlässigkeit kann niemand mehr sprechen; es handelt sich um Vorsatz.“

Katholische Würdenträger versuchten dagegen, den Eklat herunterzuspielen. Die vatikanische Stellungnahme „mag hart erscheinen“, fabulierte etwa der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, „aber sie lässt grundlegend Raum, die anderen Kirchen nicht nur moralisch, sondern theologisch als Kirchen zu achten“. Eine eigenwillige Auslegung: Genau das Gegenteil steht im Text aus Rom.

Beschönigende Exegesen weisen die verärgerten Protestanten prompt zurück. Das vatikanische Schreiben, so Huber, biete keinen Ansatz für einen Dialog. „Der lebt nämlich davon, dass sich die beteiligten Kirchen gegenseitig respektieren. Dieses Papier aber enthält Spielregeln, die einen ökumenischen Dialog ausschließen.“

In drei Jahren soll in München der zweite Ökumenische Kirchentag stattfinden. Nun knüpft Huber das große Christentreffen an Bedingungen. Er gehe davon aus, „dass die katholischen Partner vorher klarmachen: Wir respektieren selbstverständlich die evangelische Kirche als Kirche“.

Selbst der Vatikan war in Sachen Ökumene schon einmal weiter. In seinen letzten Amtsjahren hatte Benedikt-Vorgänger Johannes Paul vorsichtig erkennen lassen, dass sich die katholische Kirche durchaus bewegen könnte. Er erklärte sich bereit, über seinen Anspruch, oberster Herr aller Christen zu sein, mit den anderen Kirchen zu reden.

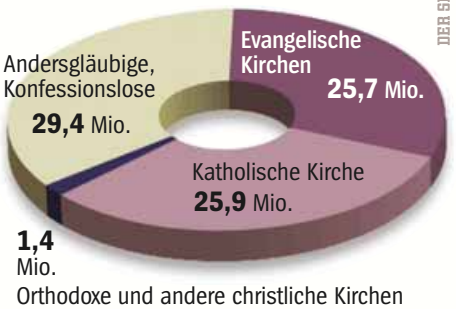
Was Benedikt XVI. von solchen ökumenischen Phantastereien hält, hat er jetzt unmissverständlich klargemacht – nichts.

ULRICH SCHWARZ, PETER WENSIERSKI

Christen in Deutschland

Angehörige der Kirchen

Quelle: EKD 2005



UNION

Suche nach dem Anführer

Die Konservativen in der Union begehren auf: Sie fühlen sich von Angela Merkel und ihrem liberalen Kurs an den Rand gedrängt. Noch aber fehlt es den Frondeuren an einer rechten Leitfigur.

Thomas Strobl hat allen Grund zu großer Freude. Strobl hatte sich für die deutsche Nationalflagge eingesetzt, und sein Einsatz war nicht vergebens. Strobl ist Generalsekretär der baden-württembergischen CDU und sieht sich als konservativen Vordenker seiner Partei. Die Konservativen in der CDU betrachten die Nationalflagge als ihr Vereinswappen.

Strobl hatte an Bundestagspräsident Norbert Lammert geschrieben und angeregt, die „Amtsausstattung der Abgeordnetenbüros um eine Bundesflagge zu ergänzen“. Ein Abgeordnetenbüro ohne Nationalflagge sei in anderen Ländern „schlicht undenkbar“. Lammert schrieb zurück, dass es jedem Abgeordneten freistehe, aus seinem Budget eine Bundesflagge zu erwerben.

Strobl hat sich darüber so gefreut, dass er gleich eine Pressemitteilung verfasst hat: „Jetzt hängt hoffentlich bald in allen MdB-Büros unsere schwarz-rot-goldene Nationalflagge.“ So weit ist es nun schon, dass sich konservative Christdemokraten darüber freuen, wenn ihnen der Bundestagspräsident mitteilt, dass sie von ihrem Geld eine deutsche Fahne kaufen dürfen.

Das liegt daran, dass es für sie sonst wenig Grund zur Freude gibt. Seit Angela Merkel Kanzlerin ist, haben es die Konservativen schwer. Ihre Themen sind aus der Mode geraten, Leitfiguren wie Fraktionschef Volker Kauder sind in die Regierungspolitik eingebunden und neutralisiert.

Die Unruhe über den Niedergang des Konservativen wächst. Lange galt offene Kritik an Merkels Kurs als Tabu. Mittlerweile wird in verschiedenen Zirkeln darüber diskutiert, wie man konservativen Positionen wieder Gehör verschaffen kann.

Vier junge Unionspolitiker trafen sich vorigen Mittwoch im Berliner Café Einstein, um eine neue konservative Bewegung zu gründen: der baden-württembergische CDU-Fraktionschef Stefan Mappus, CSU-Generalsekretär Markus Söder, sein nordrhein-westfälischer CDU-Kollege Hendrik Wüst und Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union. Sie wollen Ende August ein Manifest veröffentlichen.

Andere Konservative denken offen über die Möglichkeiten einer neuen Partei nach. Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm glaubt, dass eine bürgerlich-konservative Partei leicht mehr als fünf Prozent erreichen würde. „Wenn die CDU weiter in vielen Fragen unverbindlich bleibt, wird der Wunsch nach einer Abspaltung immer stärker werden“, sagt Schönbohm, der auf dem CDU-Parteitag im vergangenen November nicht mehr ins Präsidium gewählt worden ist.

Merkel hat ihre Partei systematisch in die Mitte geführt, seit sie Kanzlerin ist. Das radikale Reformprogramm, für das sie als Kanzlerkandidatin geworben hatte, gilt nicht mehr. Das neue Grundsatzprogramm legt den Schwerpunkt auf Themen wie Familienpolitik und Umweltschutz. Aus dem schlechten Wahlergebnis vom Herbst 2005 hat die Parteichefin ihre Lehren gezogen. Sie hofft, mehr junge Leute, Frauen und Großstädter an die CDU zu binden.

Die CDU wird dadurch verwechselbar. Was SPD und Union voneinander trennte, konnte man früher an den Rändern erkennen. Die Konservativen waren für die Union ein ebenso identitätsstiftendes Element wie die Linken für die SPD. Wichtige Konservative wie CSU-Chef Edmund Stoiber fürchten, dass die Stammwähler sich abwenden könnten.

Fraktionsvize Wolfgang Bosbach hat dafür gekämpft, dass die CDU wieder den Kanzler stellt. Seit dieses Ziel erreicht ist, wächst seine Unzufriedenheit. „Ich habe in anderthalb Jahren Regierung mehr Frustrationserlebnisse gehabt als in sieben Jahren Opposition“, sagt er. Es habe einen Regierungswechsel gegeben, aber keinen Politikwechsel.

Bosbach ist der Hauptredner bei einer Tagung des CDU-Kreisverbands Köln in der Mülheimer Stadthalle. Er gibt sich Mühe, er macht Witze, aber es fehlen die Themen. Er sagt, dass die Mehrwertsteuer erhöht werden musste und dass mehr Krippenplätze sinnvoll seien. Politik bestehe aus Kompromissen. Der Saal bleibt stumm.

Es ist schwierig, einen politischen Gegner zu attackieren, wenn man mit ihm koaliert. Noch schwieriger ist es, wenn man dem Gegner immer ähnlicher wird. Den Konservativen ist der Feind genommen worden, da liegt ihr eigentliches Problem. Früher war es immer klar, gegen wen es ging, die Kommunisten, die Pazifisten, die Feministinnen, die Ausländer. Die CDU hat viele Anhänger über ihre konservativen Feindbilder mobilisiert.

Nicht erst seit der Großen Koalition ist das schwierig geworden. Das Ende des Kalten Krieges hat die Welt tiefgreifend verändert. Die Feinde von früher haben ihre Bedeutung eingebüßt. Der einstige Kampfbegriff Leitkultur ist mittlerweile im CDU-Grundsatzprogramm verankert. Er ist für seine Erfinder wertlos geworden, weil er nahezu konsensfähig ist.

Es ist allerdings nicht so, dass die Konservativen kein Feindbild mehr hätten. Der Feind sitzt jetzt in den eigenen Reihen.

Ursula von der Leyen steht neben einem Beamer, der unaufhörlich Zahlenkolonnen an die Wand wirft. Es geht um die Kinderfreundlichkeit in Deutschland und

ROLF H. SEYBOLDT / SEYBOLDT-PRESS

Unions-Traditionalisten Stoiber, Bosbach, Kauder, Gegenspielerin von der Leyen: *Die Politiker am*

Frankreich, um die ideale Kinderzahl und die Wünsche der Mütter. Die Zahlen sind nicht eindeutig, die deutschen Frauen wollen Kinder und Beruf, aber beides ist ihnen weniger wichtig als den Französinnen.

Von der Leyen lächelt bei jedem Schaubild, als bestätige es genau das, was sie schon immer gesagt hat. Am Ende verkündet sie strahlend, dass deutsche Mütter arbeiten wollten und dass die Politik diesen Wunsch ernst nehme. Man hätte die Umfrage auch anders interpretieren können.

Unter Konservativen genießt von der Leyen eine ähnliche Wertschätzung wie Michail Gorbatschow bei russischen Altkommunisten. Sie hat das Elterngeld, eine Erfindung der SPD, durchgesetzt, und sie kämpft für mehr Krippenplätze. Sie hat die letzte konservative Festung in der Union geschleift, die Familienpolitik. Bis-

AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

MARC-STEFFEN UNGER

rechten Flügel fürchten, dass die Stammwähler sich abwenden könnten

lang galt dort der Grundsatz, dass Kinder am besten zu Hause erzogen werden.

Dabei drückt von der Leyen aus, was viele in der CDU empfinden. „Sie hat große Zustimmung in allen Gruppen der Union, auch bei älteren Frauen“, sagt Allensbach-Chefin Renate Köcher, die als CDU-nah gilt.

Aus Sicht der Konservativen ergibt sich damit eine neue Situation: Sie bezogen lange ihre Kraft daraus, dass sie zwar gegen den Zeitgeist sprachen, aber für die Mehrheit der Bevölkerung. Gegen die revolutionären Anmaßungen der 68er hielten sie die bürgerlichen Tugenden hoch. Sie verteidigten die Nato und ihre Raketen, als die Studenten und Schriftsteller der Republik von Friedensmärschen zu Sitzblockaden und zurück eilten. Mittlerweile sind der Zeitgeist und die Mehrheit gegen sie.

Der Xantener Bund, ein vertraulicher Gesprächskreis, trifft sich während der Sitzungswochen des Bundestages mittwochs im „Xantener Eck“, einem gutbürgerlichen Restaurant in Berlin-Charlottenburg mit Gummibäumen im Fenster und drei Sorten Pils. Der Xantener Bund versteht sich als konservatives Herzstück der Fraktion. Volker Kauder ist dabei, Bosbach, der baden-württembergische Landesgruppenchef Georg Brunnhuber, der frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz und andere.

Ein Thema taucht hier immer wieder auf: Es gibt keine konservative Leitfigur.

Ein kohärentes Weltbild, eine schlüssige Ideologie haben die Konservativen, anders als Liberale oder Linke, nie gehabt. Es war nebensächlich, welche inhaltlichen Positionen der frühere Unions-Fraktionschef Alfred Dregger vertrat. Er wurde zur Galionsfigur, weil ihm beim Stichwort Ende des Zweiten Weltkriegs „Vertreibungsterror“ und „Unterdrückung im Osten“ einfiel.

Aber wer könnte heute den rechten Parteiflügel anführen? Der Xantener Bund hat sich die Rolle einer Findungskommission gegeben. Die Sichtung der Kandidaten fiel ernüchternd aus.

Der Hesse Roland Koch hat seit seiner Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die nötige „Street Credibility“, aber ihn zieht es in die Mitte, weil er demnächst eine Wahl gewinnen muss. Friedrich Merz zieht sich zurück, Jörg Schönbohm hat keine Zukunft mehr.

Innenminister Wolfgang Schäuble wäre ein Kandidat, die innere Sicherheit ist ein rechtes Herzensthema. Aber Schäuble ist ein Solitär, er erzeugt keine Loyalität mehr. Außerdem überzieht er in seinen Forderungen, so dass sich selbst die Hardliner in der Fraktion intern von ihm distanzieren.

Im Xantener Bund drängten sie Kauder, die Sache der Konservativen zu vertreten. Der Fraktionschef ist ein mächtiger Mann, und in der Fraktion ist der Unmut besonders groß. Kauder versprach, sich zu kümmern, und spricht seither von der „Phase zwei“ seiner Amtszeit. Im März forderte er von der Leyen auf, erst einmal den Bedarf für weitere Betreuungsplätze nachzuweisen.

Aber Kauder will kein Gegenspieler Merkels sein. Er will keine Führungsposition, sondern den Erfolg der Regierung. „Kauder kann die Rolle nicht ausfüllen, die wir ihm zugedacht haben“, sagt ein Mitglied des Xantener Bundes resigniert.

Stefan Mappus ähnelt dem jungen Franz Josef Strauß. Er ist stämmig und schätzt klare Worte. Er hat CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla als „Koalitionssekretär“ beschimpft und von der Leyen offen kritisiert. Mancher hofft, dass der Baden-Württemberger die Leitfigur wird, nach der sich die Konservativen sehnen.

Mappus erzählt, wie er bei Auftritten auf dem Land von langjährigen CDU-Mitgliedern angesprochen wird, die sich in der Partei nicht mehr wiederfinden. „Wir sind nicht mehr die Volkspartei, die wir mal waren“, sagt er. Deshalb will er mit Söder ein Manifest schreiben: „Es geht um einen modernen Konservatismus, nicht um das Aufkochen alter Ideen.“

Bislang unterscheiden sich die Vorstellungen der jungen Konservativen nicht sehr von denen der alten. Er sei für bessere Kinderbetreuung, sagt Mappus. Es darf nur nicht so aussehen, als fände die CDU es besser, wenn Kinder in Krippen gehen. Er ist für ein Betreuungsgeld von 150 Euro, das Eltern bekommen, die ihre Kinder nicht in die Krippe schicken. „Das ist als Symbol wichtig“, sagt Mappus.

150 Euro im Monat für die Rettung des Konservatismus? Die jungen Konservativen brauchen offenbar noch Ideen.

Hilfe könnte aus einer unerwarteten Ecke kommen. In der deutschen Parteienlandschaft wächst eine Kraft heran, die sich die Konservativen nicht schöner hätten ausdenken können: Die Partei „Die Linke“ bedient die gleiche Sehnsucht wie ihre Gegenspieler von der Rechten. Sie will zurück zur Übersichtlichkeit der siebziger und achtziger Jahre.

Sie will die alten Schlachten zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Freiheit und Sozialismus wieder schlagen. Sie hat waschechte Kommunisten in ihren Reihen. Sie hat alles, was ein gutes Feindbild ausmacht.

Noch gilt die Linkspartei nicht als satisfaktionsfähig. Das könnte sich ändern, wenn die Bundes-SPD ihren Widerstand gegen eine Zusammenarbeit aufgibt. Dann gibt es in Deutschland wieder eine rote Gefahr. „Es ist gut möglich, dass Oskar Lafontaine uns noch sehr helfen wird“, sagt Mappus.

RALF NEUKIRCH

LINKE

Hinter der Fassade

Die Funktionäre der Linken prahlen mit ihren Erfolgen. Doch noch ist nicht ausgemacht, dass sich die Partei auch im Westen festsetzen kann.

Wie Eroberer standen sie da, die stolz auf die neue Beute sind: Ulrich Maurer, der West-Beauftragte, in schwarzer Lederjacke, in grauem Anzug daneben Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer. Im schmucklosen Konferenzraum der Berliner Parteizentrale präsentierten die beiden Funktionäre der Linken den sächsischen Fraktionsgeschäftsführer Leo Stefan Schmitt, fast 36 Jahre SPD-Mitglied, nun aber übergelaufen, weil er „es in der SPD nicht mehr ausgehalten“ habe. Tage später der nächste Coup: Der frühere DGB-Chef Hessens, Dieter Hooge, will als Spitzenkandidat für die Hessen-Wahl im kommenden Jahr antreten.

Parteieintritte, steigende Umfragewerte, Übertritte – es scheint so, als erfülle sich derzeit eine Vorhersage des Saarländers Erich Honecker: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Die Partei des Saarländers Oskar Lafontaine jedenfalls verbreitet fast täglich Erfolgsmeldungen – 3000 Neumitglieder sollen in den vergangenen Wochen der Partei beigetreten sein.

Grund zur Freude haben die Genossen, deren Partei schon mehrfach totgesagt worden ist und nun zum Angstgegner der SPD wird. Doch die Siegesmeldungen aus der Parteizentrale und das zur Schau gestellte Selbstbewusstsein Lafontaines können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hinter der roten Fassade an politischer Substanz mangelt.

Noch ist nicht ausgemacht, dass die Partei sich im Westen wirklich festsetzen kann. Und nicht mal unter den Großköpfen der Partei herrscht Einigkeit: Während Lafontaine bereits von rot-roten Koalitionen in der alten Bundesrepublik träumt, plagen seinen Co-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi Zweifel. Intern warnt der Anwalt, der so viele schlechte Erfahrungen mit linken Sektierern im Westen gemacht hat: Unerfahrene Neuzugänge, die erstmals in Landtagen säßen, könnten dafür sorgen, dass sich die neue Partei recht rasch blamiere.

Um ein Haar hätten Gysis Bremer Genossen den erhofften Siegeszug im Westen gleich am Anfang vermasselt. Der Start der ersten Links-Fraktion in einem westlichen Landesparlament verlief alles andere als reibungslos. Die sieben Abgeordneten der Fraktion konnten sich nicht auf einen Vorsitzenden einigen. Spitzenkandidat Peter Erlanson, ein WASG-Mann mit wallender Grauhaar-Frisur, bestand auf dem Chefposten. Den allerdings reklamierte auch die vom PDS-Flügel unterstützte parteilose Monique Troedel für sich. „Vertrauensbruch“, schimpfte ein Teil der Fraktion, „frauenfeindlich“ konterte der andere. Erst die Einigung auf eine Doppelspitze verhinderte die erste Blamage von bundesweitem Ausmaß: Betriebsrat Erlanson war offenbar kurz davor, die Fraktion schon vor der ersten Sitzung des Parlaments wieder zu verlassen.

Auch in den Bundesländern Hessen, Niedersachsen und Hamburg, in denen 2008 gewählt wird, sind die innerparteilichen Machtfragen noch nicht geklärt. Die Zusammensetzung des Vorstandes der Linken in der Hansestadt zeigt exemplarisch, wie unberechenbar die neue Partei im Westen ist: Herbert Schulz etwa ist 60 Jahre alt und ein Opfer der Arbeitsmarkt-Reformen. Weil viele Fortbildungskurse der Arbeitsämter gestrichen wurden, verlor der Wirtschaftswissenschaftler seinen Job bei einem Bildungsträger. 1988 war er frustriert aus der DKP ausgetreten, weil ihm die damalige Richtung der Partei nicht gefiel. Er ist nicht der einzige Ex-Kommunist im vierköpfigen Vorstand. Auch der Betriebsrat Berno Schuckart war früher in der DKP. Vorstandskollegin Christiane Schneider wiederum führt einen kleinen Verlag, der seit dem Hungerstreik der RAF-Terroristen eine Zeitung für politische Gefangene herausgibt. Für ihre Arbeit hat sich bereits der Verfassungsschutz interessiert.

Solch Personaltableau ist es, das den Strategen der Bundespartei mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen Sorgen bereitet. Und nicht nur die Hamburger Führungsriege ist den Vorleuten in Berlin suspekt. In Niedersachsen liegt das Schicksal der Revolution in den Händen des umtriebigen Schlagerkomponisten Diether Dehm, 33 Jahre lang Mitglied in der SPD, seit 1998 bei der PDS, bekennender Marxist und Mitglied der Bundestagsfraktion. Gern sinniert der Landesvorsitzende über die Ursprünge des Marxismus, während auf seinem Handy Klaus Lages „1000-mal berührt“ dudelt, Dehms größter Hit.

All seine Kontakte haben ihm bislang bei der Lösung einer wichtigen Kaderfrage nicht geholfen – es fehlt noch immer ein prominenter Spitzenkandidat: „Ich habe viele Gespräche geführt“, sagt Dehm genervt, „es gibt Interessenten, aber das Wichtigste ist die Glaubwürdigkeit der Partei.“ Der fällt es zudem schwer, flächendeckend Kreisverbände zu gründen. An der Leine gibt es zwar 450 Mitglieder, aber im Kreis Wesermarsch gerade mal 8. Nach

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Gründungsparteitag der Linken in Berlin (im Juni): *Mangel an Substanz*

dem Vereinigungsparteitag von WASG und Linkspartei meldeten sich 390 Neu-Mitglieder im Landesverband – über die rund 150 Austritte wird dagegen lieber geschwiegen. „Wir müssen uns richtig um die Neuzugänge kümmern, damit wir die halten“, hat Denker Dehm deshalb jetzt seinen Kreisvorsitzenden empfohlen. Sein Rezept: „Macht Kulturveranstaltungen. Ich komme überall hin.“

Erfolgversprechender als diese Idee scheint da der Vorschlag des West-Beauftragten Maurer. Er weiß: Ein gesichertes Fundament hat die Partei – auch nach der Eintrittswelle – nicht. Die PDS zählte in den alten Ländern nur einige tausend Mitglieder, die WASG zum Schluss zwar knapp 12 000, doch die regionalen Strukturen der erst drei Jahre alten Bewegung sind instabil. Die Hälfte der Mitglieder, so ein Insider, „sind Karteileichen“. Deshalb soll nun nach Maurers Willen die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung eine „Kommunalpolitische Akademie“ ins Leben rufen. Dort würden dann nicht Marxismus und Kapitalismuskritik auf dem Stundenplan stehen, sondern handfestes Wissen über kommunales Haushalts- und Verwaltungsrecht.

Auf solch praktische Nachhilfe hoffen sie fernab im Westen, in Nordrhein-Westfalen etwa, wo Interims-Parteisprecher Wolfgang Zimmermann nicht nur Erfolgsgeschichten erzählen kann. 900 Neu-Eintritte aus NRW verkündete die Berliner Zentrale stolz. Doch NRW-Landessprecher Zimmermann spricht auch von 200 Austritten seit der Fusion.

Die Enttäuschten sind Menschen wie Georg Führböck, 61. Der gelernte Journalist gehörte zu den Gründungsvätern der WASG in Nordrhein-Westfalen. „Die WASG hat für die PDS den nützlichen Idioten gespielt“, schimpft Führböck, der sich nun zurückgezogen hat. Nur mit Hilfe der bunten WASG-Truppe sei die SED-Nachfolgepartei „nach 15 Jahren Erfolglosigkeit endlich im Westen angekommen“.

Austritte, Streit zwischen Sektierern – Berichte von der West-Front haben nicht nur die Linken-Zentrale erreicht, sondern auch das Willy-Brandt-Haus. Behutsam ändert die SPD deshalb nun die Strategie im Umgang mit der Konkurrenz und versucht, einen Keil zwischen Ost- und West-Linke, zwischen Fundis und Realos zu treiben.

Als wäre es ganz selbstverständlich, traf sich SPD-Generalsekretär Hubertus Heil vergangenen Dienstag mit dem pragmatischen Linken-Fraktionschef Wulf Gallert aus Magdeburg. Zeitgleich ermahnte SPD-Chef Kurt Beck in einem Brief die eigenen Genossen, sich auf Spekulationen über eine Zusammenarbeit im Westen nicht einzulassen. Die Linke, so Beck, „braucht eine Koalitionsperspektive, um wachsen zu können. Diesen Gefallen sollten wir ihr nicht tun“.

Andrea Brandt, Markus Deggerich, Michael Fröhlingsdorf

BAYERN

Das letzte Duell

Der Parteichef geht auf Abschiedstour, seine Gegnerin will durchstarten: Mit ihrer Kandidatur für den CSU-Vorsitz kratzt Gabriele Pauli am System Stoiber.

Die Frau hat nichts zu verlieren, das macht locker. Gabriele Pauli, 50, ist ausgesprochen happy an diesem Freitagvormittag. Enges schwarzes Kostüm, rote Lackschuhe, Fußkettchen, Haare perfekt: Die Landrätin des Kreises Fürth sitzt in einer finsteren Wirtsstube im Zirndorfer „Goldenen Löwen“ und strahlt in ein Dutzend Kameras. „Oh, alles schon dekoriert“, ruft sie, zeigt auf die Mikrofone auf ihrem Tisch und reckt die Schultern. „Gut so?“, fragt sie die Fernsehteams, „ist das eine gute Position, ja?“

Natürlich ist es gut. Frau Pauli ist schließlich ein Hingucker. Hübsch, frech, ein bisschen sexy und bei der CSU. Und die Frau, die grauhaarige Herrscher stürzt. Darum sind sie hier, Medien aus ganz Deutschland, in der etwas muffigen, engen Wallensteinstube mit den grünkarierten Tischdecken. Aus dem Radio plärrt die Schnulze „Santa Maria“, am Tresen rauscht die Espressomaschine.

Die Mischung aus Eleganz und Spießertum wirkt grotesk. Und, ach ja, Frau Pauli posiert diesmal nicht für ein Hochglanzmagazin. Sie will kandidieren. Sie will Ende September neue CSU-Vorsitzende werden, eine rothaarige Frau anstatt der älteren Herren Erwin Huber oder Horst Seehofer. Gabriele Pauli, immer gut drauf und nie um eine Antwort verlegen, anstatt des verbissenen, haspelnden Edmund Stoiber, den sie schon verjagt hat.

„Jetzt geht’s erst los“, sagt sie auf die Frage, was sie denn bis September zu tun gedenke. Es klingt wie: „Das wird jedenfalls eine tolle Sause.“ Ein Wahlkampf, der Spaß machen soll – im Männerverein CSU.

Der Presseauftritt in Zirndorf macht offenbar schon mal mächtig Spaß. Zwar präsentiert die neue Kandidatin kein politisches Programm, aber Pauli ist schon dort, wo sie hinwollte: in allen Zeitungen, auf allen TV-Kanälen.

Sie war fast vergessen, nachdem sie sich in Latexhandschuhen hat fotografieren lassen. Jetzt ist sie wieder da, mit einem Blitzangriff auf die Sensoren der Medienlandschaft. Ein paar Wochen lang wird sie die CSU unter Dampf halten. Die Biertischbünde aufmischen, es wird nicht immer zum Vorteil der Partei sein.

Erst am Tag zuvor war sie auf die Idee gekommen, ihre Bewerbung publik zu machen. „Die Kandidatur allein ist schon ein Erfolg“, sagt sie und lacht ein Siegerlachen.

TIMM SCHAMBERGER / DDP

Landrätin Pauli*: *„Jetzt geht’s erst los!“*

JOERG KOCH / DDP

Kandidaten Huber, Seehofer, Beckstein: *Männerverein CSU*

Heute hat sie sogar Polizeischutz, sie ist also ziemlich wichtig. Da ist es ihr egal, ob sie auf dem Parteitag zwei oder drei Prozent der Stimmen bekommt: „Das was ich mache, ist richtig gut!“

Ein Satz, der Edmund Stoiber seit 14 Jahren ins Gesicht geschrieben steht. Aber Stoiber muss ihn jetzt in der Vergangenheit sagen. Er hat schon verloren, noch bevor Pauli angetreten ist. Das letzte Duell der beiden ist längst entschieden. Ausgerechnet Gabriele Pauli hatte seinen Sturz eingeleitet, die Landrätin des kleinsten Kreises in Bayern, die sich von Stoibers Staatskanzlei bespitzelt fühlte, nachdem sie den Chef öffentlich kritisiert hatte.

Stoiber ist deshalb auf Abschiedstour durch Bayern und halb Europa. Jeder Termin ist für ihn ein letztes Mal. Einen Tag bevor Gabriele Pauli ihre Kandidatur anoncierte, hatte er seinen letzten Sommerempfang als Ministerpräsident.

Zuvor saß er mit Journalisten im gläsernen Kabinettssaal mit Blick auf den Englischen Garten. Stoiber versuchte im edlen Ambiente mit allen Mitteln den Sportsmann zu geben. Einer, der eine Niederlage wegsteckt wie nichts. „Ich schau nur nach vorne“, sagte er. Und dass er dankbar sei für die lange Zeit in der Politik. Dass er im Oktober erst mal lange Urlaub machen wolle und Bücher lesen.

In der CSU rechnen sie ihm diese Haltung hoch an, doch glauben wollen sie ihm nicht. Das System Stoiber besteht schließlich aus Macht und Pflicht. Wie an diesem Mittwochabend, als seine Ehefrau Karin krank in der Klinik liegt, kurz vor einer Notoperation am Rücken.

Stoiber plaudert im Garten des Prinz-Carl-Palais, nimmt sich ausreichend Zeit für die Gäste, bevor er ans Krankenbett eilt. Noch immer kein Abweichen vom strengen Kurs also, noch immer keine Schwäche zeigen.

Das System Stoiber ist längst das System CSU geworden. Auch gegenseitiges Belauern der Parteifreunde gehört dazu, und vor allem die Gabe, so lange wie möglich in der Deckung zu bleiben.

Bei Stoibers Sturz im Januar haben das seine Weggefährten Günther Beckstein und Erwin Huber perfekt beherrscht. Dass Gabriele Pauli unverkrampft ihre Ambitionen hinausposaunt, hat die alten Granden der Partei deshalb ziemlich überrascht und teilweise verärgert.

Fürchten werden sie sich trotzdem nicht vor ihr. Huber wollte gar keinen Kommentar abgeben, Seehofer sprach gleichgültig von einem „normalen Vorgang“, Beckstein versicherte, Frau Pauli habe nicht den Hauch einer Chance.

Aber die Bilder wird wieder die Landrätin aus Fürth bekommen. In einigen Wochen will Gabriele Pauli ihr politisches Programm vorstellen. Was immer auch drinsteht, der Kamerapulk ist ihr heute schon gewiss.

CONNY NEUMANN

* Auf der Pressekonferenz zu ihrer Kandidatur am vergangenen Freitag in Zirndorf.

FERNANDO BAPTISTA / IMAGO

CDU-Ministerin Wolff, Schüler: *Erstaunliche Übereinstimmung zwischen Glaubensmythos und Evolutionstheorie?*

SCHULPOLITIK

Die Grenzgängerin

Mit ihren Äußerungen zur Verknüpfung von biblischer Schöpfungslehre und Biologieunterricht verstört Hessens Kultusministerin Karin Wolff sogar Parteifreunde und Kirchenmitglieder.

Sie redete fast eine Stunde lang. 55 Minuten über Bildungs- und Erziehungspläne, Bildungsstandards, Landesabitur. Sie wolle jetzt ihr Buch vorstellen, in dem es um „Ideen, Projekte und Perspektiven“ für die Schule gehe, sagte Karin Wolff, 48, bei einem Pressetermin Anfang vergangener Woche.

Zu jenen Ideen und Perspektiven jedoch, durch die sie gerade bundesweit in die Schlagzeilen geraten war und in den verschärften Verdacht, christlichen Fundamentalismus an Schulen fördern zu wollen, verlor die hessische Kultusministerin kein öffentliches Wort. Auch auf Nachfrage wollte sie zu Themen wie Kreationismus und Religion im Biologieunterricht lieber schweigen. Dazu habe sie „alles Notwendige bereits gesagt“, beschied sie dem Frager, „und was sonst zu sagen ist, steht alles in dem Buch“.

Es war ein untauglicher Versuch, gerufene Geister wieder loszuwerden. Karin Wolff sieht eine „erstaunliche Übereinstimmung“ zwischen dem biblischen Mythos von der Erschaffung der Welt in sechs Tagen und der wissenschaftlichen Theorie der Evolution. Das fordert Widerspruch heraus. Unter Wissenschaftlern, wie dem Kasseler Evolutionsbiologen Ulrich Kutschera etwa, die über eine unzulässige Vermischung von nachprüfbarer wissenschaftlicher Erkenntnis und religiösen Legenden klagen.

Sogar bei vielen Parteifreunden und Kirchenvertretern löst die Ministerin Befremden aus – wenn sie etwa einen „modernen Biologieunterricht“ fordert, in dem neben den Grenzen naturwissenschaftlicher Erkenntnis auch theologische und philosophische Fragen nach dem Sinn des Seins behandelt werden sollen: Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), der Wolff angehört, sah sich deshalb vergangene Woche zu einer Klarstellung veranlasst: Die biblische Schöpfungslehre sei „keine wissenschaftliche Theorie“ und ihre unmittelbare Einbeziehung in den Biologieunterricht „nicht sinnvoll“. Zumal den Bio-Lehrern, wie EKHN-Vizepräsidentin Cordelia Kopsch ergänzt, in der Regel auch jede theologische Vorbildung für eine angemessene Deutung der symbolisch zu verstehenden Bibelpassagen fehle.

PHOTO2000 / IMAGO

Thüringischer Ministerpräsident Althaus
Die Bibel als Koordinatensystem

Selbst aus den Kultusministerien anderer unionsregierter Länder wie Bayern, Baden-Württemberg oder Niedersachsen erfuhr Karin Wolff nicht mal im Ansatz Rückendeckung. Eilig wurde versichert, an der klaren Trennung werde sich nichts ändern: Die Schöpfungslehre gehöre in den Religionsunterricht, in Biologie werde weiterhin ausschließlich die wissenschaftlich fundierte Evolutionstheorie gelehrt. Wolffs saarländischer Amtskollege Jürgen Schreier (CDU) warnt die Hessin sogar ausdrücklich, diese „Trennschärfe“ zwischen Glauben und Wissenschaft aufzuheben: „Wie sollen wir da zum Beispiel mit Muslimen über die Trennung von Staat und Kirche diskutieren, wenn wir uns selbst nicht an unsere Regeln halten wollen?“

Die geballte Kritik nagt zunehmend an Karin Wolff – einen bereits fest terminierten öffentlichen Disput mit dem Biologen Kutschera in der vergangenen Woche sagte sie wieder ab. Dabei ist sie Außenseiterpositionen durchaus gewohnt. Noch während ihrer Schulzeit an einem Darmstädter Gymnasium entschied sie sich Mitte der siebziger Jahre im SPD-regierten Hessen zu einem Beitritt in die CDU – aus Protest gegen Gesamtschulen und sozialdemokratische Bildungsreformen, wie sie später sagte. Ihre erste Stelle nach dem

Studium trat sie in einem katholischen Privatgymnasium an – als evangelische Religionslehrerin. Und in der Union fand sie als einzige Frau Aufnahme in eine Klüngelgruppe hessischer Nachwuchs-Christdemokraten um Roland Koch, die sich an einer Autobahntankstelle gründete und bis heute das Machtgerüst des Ministerpräsidenten bildet.

Karin Wolff hat es durch beharrliche Arbeit aus dem Tankstellenzirkel bis zur Vize-Ministerpräsidentin geschafft – obwohl sie, wie sie im vertrauten Kreis bisweilen anmerkte, so gar nicht dem Ideal der traditionell bürgerlich-rechtsgerichteten Hessen-CDU entspreche: als unverheiratete, kinderlose Frau. Möglichen Zweifeln am christdemokratischen Stallgeruch konnte sie jedoch durch ihre betont konservative Bildungspolitik und auch mit klaren Glaubensbekenntnissen entgegnen: Die Bibel, sagt sie, sei „eine Art Koordinatensystem für mein Leben".

Kritiker wie Kutschera, vom Verband Deutscher Biologen, werfen ihr nun vor, den Kreationisten in die Hände zu spielen – einer Bewegung christlicher Fundamentalisten, die an eine wortgetreue Auslegung der Bibel glauben. In deren Weltbild ist die Entstehung des Lebens keine Milliarden Jahre dauernde, über Ausleseprozesse laufende Entwicklung von einfachen Molekülketten zu hochkomplizierten Organismen wie dem Menschen, sondern ein innerhalb einer knappen Woche gefertigtes göttliches Werk, dessen Entstehung sich zudem ziemlich genau terminieren lasse: von einigen Kreationisten sogar auf einen konkreten Tag vor rund 6000 Jahren.

In den von George W. Bush regierten USA haben Evangelikale erheblichen Einfluss und örtlich sogar erreicht, dass Charles Darwins Evolutionsmodell durch die christliche Schöpfungslehre ersetzt wird. Aber auch in Deutschland verzeichne die Bewegung Zulauf, meinen Experten. Bei einer Umfrage der Universität Dortmund unter ihren Lehramtsstudenten hielt jeder achte Studienanfänger Darwins Theorie für fragwürdig – selbst 5,5 Prozent der künftigen Biologielehrer zeigten sich skeptisch, ob die Evolution wirklich stattgefunden hat. Kutschera schätzt die Zahl der Kreationisten in Deutschland bereits auf 1,3 Millionen.

Karin Wolff bestreitet energisch, kreationistischen Ideen anzuhängen. In der Synode der EKHN, der die Ministerin seit 15 Jahren angehört, sei sie auch nie als Scharfmacherin oder Fundamentalistin aufgefallen, berichten Mitglieder des Kirchengremiums; eher als nachdenkliche Christin, die sehr genau zwischen Partei- und Kirchenfunktionen trennen könne.

Vor der Schulpolitikerin waren aber auch schon andere Christdemokraten in den Ruf geraten, die Darwin-Gegner zu stützen. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus etwa hielt im November 2002 in Bielefeld beim erzkonservativen Verein „Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft" die Laudatio auf den Münchner Mikrobiologen Siegfried Scherer, der aus dem Dunstkreis der Kreationisten kommt.

Scherers „kritisches" Lehrbuch zur Evolution war von der christlichen Vereinigung mit einem „Deutschen Schulbuchpreis" versehen worden. Althaus lobte das Werk, in dem die Schöpfung als naturwissenschaftlich nicht nachvollziehbarer Akt dargestellt wird, als „sehr gutes Beispiel für wertorientierte Bildung und Erziehung". Dezidiert würdigte der Christdemokrat die Überschreitung der Grenze zwischen Biologie und Theologie.

In diesem Grenzbereich tummelt sich auch Karin Wolff. Bereits im vergangenen Herbst sprach sie sich ausdrücklich für fächerübergreifenden Unterricht von Religion und Naturwissenschaften aus – und erhielt dafür heftigen Applaus aus den Reihen der Bibeltreuen. Die Zeitschrift „Ideaspektrum", Stammblatt vieler Evangeliker, Freikirchler und Kreationismus-Anhänger, kürte sie daraufhin sogar zur „Christin des Jahres 2006".

Der Wolff-Forderung vorangegangen waren massive Klagen besorgter Eltern über kreationistische Tendenzen an zwei Schulen im mittelhessischen Gießen. Schüler hatten von dort Arbeitsmaterialien nach Hause gebracht, in denen etwa Zweifel an wissenschaftlichen Erkenntnissen über das Alter von Dinosaurierfossilien gestreut wurden. Wolff bat das örtliche Schulamt um eine Prüfung, sah aber keinen Grund zum weiteren Einschreiten. Für „eigene Inhalte und Formen der Erziehung" in Privatschulen sei ihr Ministerium gar nicht zuständig, ließ sie mitteilen. Und den Vorfall an der anderen Schule, einem staatlichen Gymnasium, erklärten ihre Beamten zum „singulären Problem", das praktisch ohne Konsequenzen blieb. Nur das in Hessen nicht zugelassene Lehrbuch des Biologen Scherer, versicherte Wolff, werde dort jetzt nicht mehr verwendet.

Deutlich weniger Milde demonstriert die Wolff-Administration allerdings gegenüber Kritikern, die sich strikt gegen jede Vermischung von Religion und Naturwissenschaften wehren. So wollte der renommierte Tübinger Evolutionsbiologe Thomas Junker in einer Fortbildungsveranstaltung für Lehrer unter dem Titel „Streitpunkt Evolution" verdeutlichen, „warum Schöpfungsmythen im Biologieunterricht nichts zu suchen haben". Das beim Wiesbadener Kultusministerium angesiedelte Institut für Qualitätsentwicklung, das die Lehrerfortbildung in Hessen steuert, versagte dem Seminar jedoch die Anerkennung, weil die Ministerin dadurch in ein falsches Licht gerückt würde.

Da haben es Anbieter esoterischer Techniken wie „Edu-Kinestetik" besser. Die umstrittenen Kurse, in denen Lehrer etwa lernen sollen, wie Kinder sich „Gehirnknöpfe" rubbeln, Ohrmuscheln massieren oder durch seltsam anmutende Verrenkungen wie der „liegenden Acht" angeblich Rechtschreibschwächen bekämpfen können, sind in Bundesländern wie Bayern oder Schleswig-Holstein längst als pseudowissenschaftlicher Humbug aus Schulen und Lehrerfortbildungen verbannt. In Hessen erfreuen sich derartige Veranstaltungen dutzendweise der amtlichen Anerkennung und damit indirekt der finanziellen Förderung durch das Kultusministerium.

Das könne, so wird in Lehrerkreisen schon gespottet, auch mit persönlichen Vorlieben der Ministerin zu tun haben. Die hatte sich nämlich kürzlich zu einem Schritt entschlossen, der ihre Chancen auf eine Wiederwahl zur „Christin des Jahres" durch die meist homophoben Bibeltreuen erheblich schmälern dürfte: Sie gab via „Bild"-Zeitung ihre private Liaison mit einer Osteopathin bekannt – die Frau verdient, ähnlich wie die Edu-Kinestetiker, ihr Geld mit dem Angebot, allein durch Bewegungen und Berührungen ihrer Hände Krankheiten heilen zu können.

Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Steffen Winter

FAHNDUNG

Ohr in der Tasche

Dank moderner Technik kann die Polizei Handys so programmieren, dass sie wie eine Wanze funktionieren – unbemerkt vom Besitzer.

Wenn es um die Abhörsicherheit von Mobiltelefonen geht oder gar um die Manipulation von deren Software, herrscht bei Herstellern und Netzbetreibern große Einigkeit. „Unmöglich“, heißt es dann. „Technisch nicht machbar“, oder „auf keinen Fall, ohne dass der Benutzer es merkt“.

Zwar könnten Behörden Gespräche und Kurznachrichten mithören und -lesen, Standorte, Verbindungsdaten und -dauer feststellen. Das aber sei nur auf richterlichen Beschluss machbar, und die technischen Möglichkeiten seien damit auch ausgeschöpft.

So weit die Legende. In Wahrheit laufen in Deutschland derzeit mehrere Ermittlungsverfahren, in denen das Handy als Wanze eingesetzt wird. In diesen Fällen hat die Polizei die Software der Mobilgeräte so umprogrammiert, dass die Fahnder per Funksignal die Freisprecheinrichtung aktivieren und Gespräche in Wohnungen oder Autos mithören können. „Wir halten uns dabei streng an die gesetzlichen Vorschriften“, sagt Kriminalkommissar Ludwig Waldinger vom Bayerischen Landeskriminalamt. Bei ausgeschalteten Mobiltelefonen, darauf legt er Wert, funktioniere diese Technik nicht.

Diese Antwort hat etwas Schelmisches. Denn viele Geräte lassen sich so umprogrammieren, dass der Besitzer zwar glaubt, er habe es ausgeschaltet – in Wahrheit aber bleibt das Handy in Betrieb. Spezialisten anderer Landeskriminalämter kennen diese Techniken ebenfalls, so etwa in Hamburg und Niedersachsen. Das Bundeskriminalamt (BKA), sagt ein Sprecher, nutze diese Möglichkeit derzeit nicht.

Das Thema ist äußerst sensibel. 84 Millionen Handys sind in Deutschland im Einsatz – mehr als das Land Einwohner hat. Der Handy-Markt boomt, die Hersteller bringen immer neue und komplexere Geräte heraus. Sie wollen ihre Kunden nicht verunsichern. Und die Polizei möchte sich bei ihren Methoden auch nicht in die Karten schauen lassen. Mehr als das Eingeständnis, dass ein Handy als Wanze eingesetzt werden könne, ist deshalb bei Fahndern wie Waldinger nicht zu holen.

Rechtlich spricht nichts gegen den Einsatz manipulierter Telefone. In der Strafprozessordnung, die das Abhören regelt, ist nur vom Einsatz technischer Mittel die Rede. Und ein Handy, so heißt es aus dem Bundesjustizministerium, sei ja schließlich nichts anderes.

Mögen Hersteller und Telefongesellschaften das trickreiche Umfunktionieren zu einer Wanze auch bestreiten: Der US-amerikanische Mafioso John Ardito aus der berüchtigten Genovese-Familie ist genau auf diese Weise überführt worden, wie Akten des Richters Lewis Kaplan vom New Yorker Bundesbezirksgericht beweisen. Ardito hatte sich mit seinem Anwalt Peter Peluso stets an Orten getroffen, die er zuvor auf Wanzen überprüfen ließ. Was er nicht wusste: Das Ohr der Ermittler trug er in der eigenen Tasche – sein Handy war so präpariert, dass Fahnder des FBI mithören konnten.

„Das ist alles eine Frage der Programmierung“, sagt Sebastian Gajek von der Ruhr-Universität Bochum. Die Ermittler verändern dazu die Software so, dass zwar das Display erlischt und keine Anrufe mehr ankommen. Aber auf ein bestimmtes Signal hin aktiviert sich die Freisprecheinrichtung, ohne dass es klingelt oder das Display aufleuchtet.

Während der Besitzer glaubt, das Telefon liege funktionslos auf dem Tisch, ist in Wahrheit eine Leitung geschaltet, die jetzt alle Geräusche aus der Umgebung überträgt. Der Besitzer kriegt davon nichts mit, wundert sich allenfalls, dass der Akku schon wieder leer ist.

„Wir wissen, dass das technisch möglich ist“, sagt Jochen Schiller, IT-Experte an der Freien Universität Berlin, der schon das BKA beraten hat. Handys seien kleine Computer und per Funk programmierbar, wie es manche Hersteller völlig unbemerkt zu Wartungszwecken machen. Stille SMS würden von Sicherheitsbehörden versandt, etwa um ein Handy zu orten.

Man könne, so Schiller, sowohl das Handy als auch die SIM-Karte programmieren: „Das ist umso einfacher, wenn es ein Zusammenspiel mit dem Provider gibt, wovon man bei Sicherheitsbehörden ausgehen kann.“ Zudem gebe es bei der Polizei „ein paar fitte Leute“.

Sie haben es besonders leicht, wenn es ihnen gelingt, das Gerät für eine kurze Zeit in die Hand zu bekommen. Die Manipulation funktioniert aber auch über Datenschnittstellen per Bluetooth, W-Lan oder Infrarot.

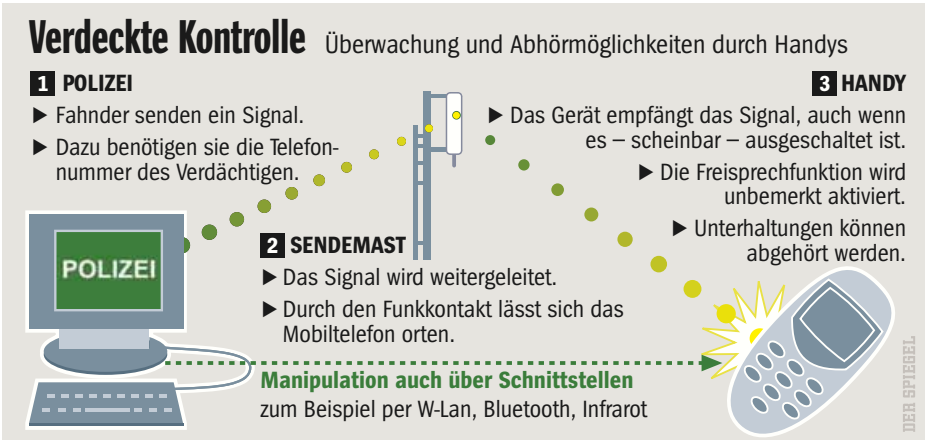
„Das Handy war nie sicher“, betont Wilhelm Pütz, Referatsleiter Mobilfunksicherheit im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). So könnten beispielsweise Trojaner verschickt werden – Programme, die sich in Bilddateien, Spielen oder Klingeltönen verstecken lassen.

„Das Abhören von Raumgesprächen“, heißt es in einer BSI-Broschüre zum Mobilfunk, „kann nur dann sicher ausgeschlossen werden, wenn das Einbringen von Mobiltelefonen in den zu schützenden Raum verhindert wird.“ Ausschalten allein reiche nicht aus, da bei manipulierten Handys ein „unbemerkter Übergang in den Sendebetrieb nicht mit hinreichender Sicherheit“ ausgeschlossen werden könne.

Absoluten Schutz vor der Handy-Spionage bieten nur zwei Optionen: den Akku rausnehmen oder einen „Handy-Blocker“ benutzen. Der Störsender aus Israel kostet bis zu 4000 Euro und ist in Deutschland verboten. Aus gutem Grund – vermutlich.

ANDREAS ULRICH

HEDDERGOTT / SÜDD. VERLAG



Polizist des Bayerischen Landeskriminalamts: *„Wir halten uns streng an die Vorschriften“*

Was war da los, Herr Medina?

Der philippinische Börsenhändler Rudolfo Medina, 59, über Belästigung am Arbeitsplatz

AARON FAVILA / AP

Medina (r.) in Makati

„Ich habe nichts gegen Partys, solange sie nicht frühmorgens an meinem Arbeitsplatz stattfinden. An diesem Tag wurde bei uns an der Börse eine neue, wichtige Firma gelistet. Ich kam nur mit Mühe an meinen Schreibtisch, da unsere Präsidentin, Frau Arroyo, gekommen war, um die Börsenglocke zu läuten. Als ich endlich saß, stand auch schon dieser Geiger hinter mir. Die Firma dachte wohl, das sei eine nette Abwechslung, zur Feier des Tages fünf Musiker zu engagieren, statt – wie üblich – Champagner auszugeben. Heutzutage muss immer irgendwo auf der Welt irgendein Mensch irgendeine neue Idee haben, mich nervt das, aber beschweren wollte ich mich auch nicht, weil mir die Musiker ja grundsätzlich sympathisch waren. Den ganzen Vormittag über musste ich meinen Kunden erklären, warum sie im Hintergrund Mozart hören. Ich war froh, als es vorbei war, und ich hoffe, dass es bei zukünftigen Börsengängen für uns Mitarbeiter bei einem Glas Champagner bleibt – das kann man heimlich in einer Ecke abstellen.“

PSYCHOLOGIE

Pech gehabt

Es gibt Freunde, die unternehmen etwas, und von denen weiß man schon vorher, dass ihnen irgendetwas passieren wird: Beim Spazierengehen stolpern sie über den einzigen Stein weit und breit, als Zuschauer beim Fußball sind sie es, denen der Ball ins Gesicht fliegt. Diese Volksmeinung, es gebe ihn also, den echten Pechvogel, ließ sich bisher nur im Einzelfall bestätigen. Nun behauptet Ellen Visser von der Universität Groningen, dass es – statistisch gesehen – tatsächlich Menschen gibt, die mehr Pech haben als andere. Visser wertete 79 Studien aus, in denen Missgeschicke von 147 000 Menschen aus 15 Ländern untersucht wurden, und kam zu dem Ergebnis, dass einer von 29 Menschen mit einer um 50 Prozent höheren Neigung zu Missgeschicken lebt als der Rest der Bevölkerung.

DEFD

Woody Allen in „Woody, der Unglücksrabe“ (1969)

GESUNDHEIT

Kontrollverlust

Der Pharma-Konzern Glaxo-SmithKline hat in den USA die erste rezeptfreie Diätpille auf den Markt gebracht; sie ist von der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA zugelassen und heißt „Alli“. Experten befürchten, Alli könnte zur neuen Hoffnung magersüchtiger Teenager werden, zu einer Gefahr. Um solchen Einwänden begegnen zu können, will der Konzern die Pille nur an Personen abgeben, die älter sind als 18 Jahre. Auch gegen Konsumenten, die die Pille nutzen, um weiter so viel und so fett zu essen wie bisher, und sich nicht an die Diätvorgaben des Beipackzettels halten, haben die Hersteller Vorkehrungen getroffen: Solchen Konsumenten nimmt das Medikament die Kontrolle über ihren Verdauungstrakt. Doch nun meldeten sich erste Alli-Konsumenten, die angaben, die Diätpille nur wegen dieser Drohung zu kaufen. Nur so könnten sie es überhaupt schaffen, ihren Appetit zu zügeln.

RICHARD DREW / AP

Diätpillen-Präsentation

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Bombe am Hals

Wie das FBI einen bizarren Bankraub aufzuklären versucht

Niemand hatte gedacht, dass Brian Wells je eine Bank überfallen würde. Brian Wells war 46 Jahre alt, er lebte allein. Unauffällig nennt man das wohl, wenn einer wenig redet, kaum Kontakte hat, nur ab und zu mal von den Nachbarn beim Herumschrauben an seinem Auto gesehen wird.

Wells arbeitete als Pizza-Lieferant, er galt als bescheiden, als vielleicht ein bisschen einfältig, auf jeden Fall aber friedfertig. Und dann steht so einer plötzlich in der Bank und fuchtelt mit einem merkwürdigen Gewehr herum.

Wenig später war Brian Wells tot, gestorben unter so merkwürdigen Umständen, dass sein Tod auf der Website des FBI unter den Top Ten der ungelösten Fälle geführt wurde. Brian Wells wurde bekannt als der „Pizza-Bomber".

Vor fast genau vier Jahren, am 28. August 2003, gegen 13.30 Uhr, ging in „Mamma Mia's Pizza-Ria" in Erie, Pennsylvania, eine Bestellung für zwei kleine Pizzen ein, mit Wurst, bitte, und mit Peperoni. Wells sollte die Pizzen ausfahren, in eine einsame Straße Richtung Süden, die an einem Funkmast endet. In der Nähe gibt es noch ein leerstehendes Haus.

Um 14.38 Uhr registrierte die Polizei einen Notruf: Die PNC-Bank, nahe einem kleinen Einkaufszentrum, wurde gerade überfallen. Der Täter: Brian Wells, ausgerüstet mit einem als Spazierstock getarnten Gewehr.

Wells verlangte 250 000 Dollar, aber er bedrohte niemanden mit dem Gewehr. Wells hatte etwas viel Furchtbareres dabei: Um seinen Hals war ein metallenes Schloss gelegt, mit einem kleinen Kästchen daran. Das sei eine Bombe, erklärte Wells, und wenn er nicht das Geld bekomme, dann werde die Bombe ihn töten. Jemand habe ihm die umgelegt, er müsse sich an alle Anweisungen halten. Der Schaltermann stopfte eine Tasche mit Scheinen voll.

Gleichzeitig hatte jemand die Polizei informiert.

Wells verließ die Bank, stieg in seinen Wagen, fuhr ein Stück weiter, die Auffahrt zu einem Schnellrestaurant hoch.

Dort stoppte ihn die Polizei. Wells ließ sich widerstandslos festnehmen, er zeigte den Polizisten die Bombe, er sagte, die Polizei müsse ihm helfen, er habe nicht mehr viel Zeit.

Wells musste sich auf die Straße knien, die Polizisten blieben auf Abstand, vom anderen Ende der Stadt quälten sich Sprengstoffspezialisten der Polizei durch den Verkehr. Mittlerweile war auch das Lokalfernsehen vor Ort.

Auf den Aufnahmen sieht man Wells auf den Knien, er ruft um Hilfe. Um 15.18 Uhr explodierte der Sprengsatz, die Bombe riss ein Loch in Wells' Brust, er war sofort tot.

JANET B. CAMPBELL / ERIE TIMES-NEWS / POLARIS

Sprengstoffexperte, Wells

Mysteriöser Tod nach einem Bankraub

Erie (AP) – Ein mysteriöser Überfall und der Tod des Bankräubers beschäftigen die Polizei im US-Staat Pennsylvania. Der Täter, der vermutlich zugleich Opfer

Aus der „Süddeutschen Zeitung"

Auch diesen Augenblick hat das Fernsehen gefilmt, die Aufnahmen wurden zwar nicht ausgestrahlt, aber über einen Mitarbeiter landete der Explosionsfilm auf einer Gruselseite des Internet.

Die Polizei fand das Geld und im Auto eine mehrere Seiten lange handschriftliche Handlungsanweisung: welche Bank er anfahren solle, wie viel Geld er verlangen müsse und wo er nach weiteren Befehlen suchen solle. Der nächste Hinweis sei in der Nähe eines Restaurants versteckt.

Später fuhren Beamte des FBI die makabre Schnitzeljagdstrecke einmal ab, quer durch die Stadt hätte er rasen müssen, immer mit der Bombe am Hals und der Angst, nicht rechtzeitig anzukommen. Die Erkenntnis der Polizei: Es gab für Wells keine Chance, den Punkt zu erreichen, an dem er die Bombe hätte loswerden können. Er war von Anfang an zum Tode verurteilt.

Er war das Opfer. Aber war er völlig unschuldig? Oder war er eingeweiht und glaubte, er werde das Opfer nur spielen?

Das FBI suchte die Strategen, suchte Leute, die in der Lage waren, so einen Bombenkragen zu bauen, so ein Spazierstockgewehr herzustellen.

Verdächtig fand die Polizei die Bewohner eines Hauses in der Nähe der Stelle, an die Wells die Pizzen gebracht hatte: zu einem Mann, einem Heimwerker, dem sie die Fähigkeit zutrauten, solche Geräte zu bauen – der Mann kann nicht mehr aussagen, er starb 2004 an einer Krebserkrankung.

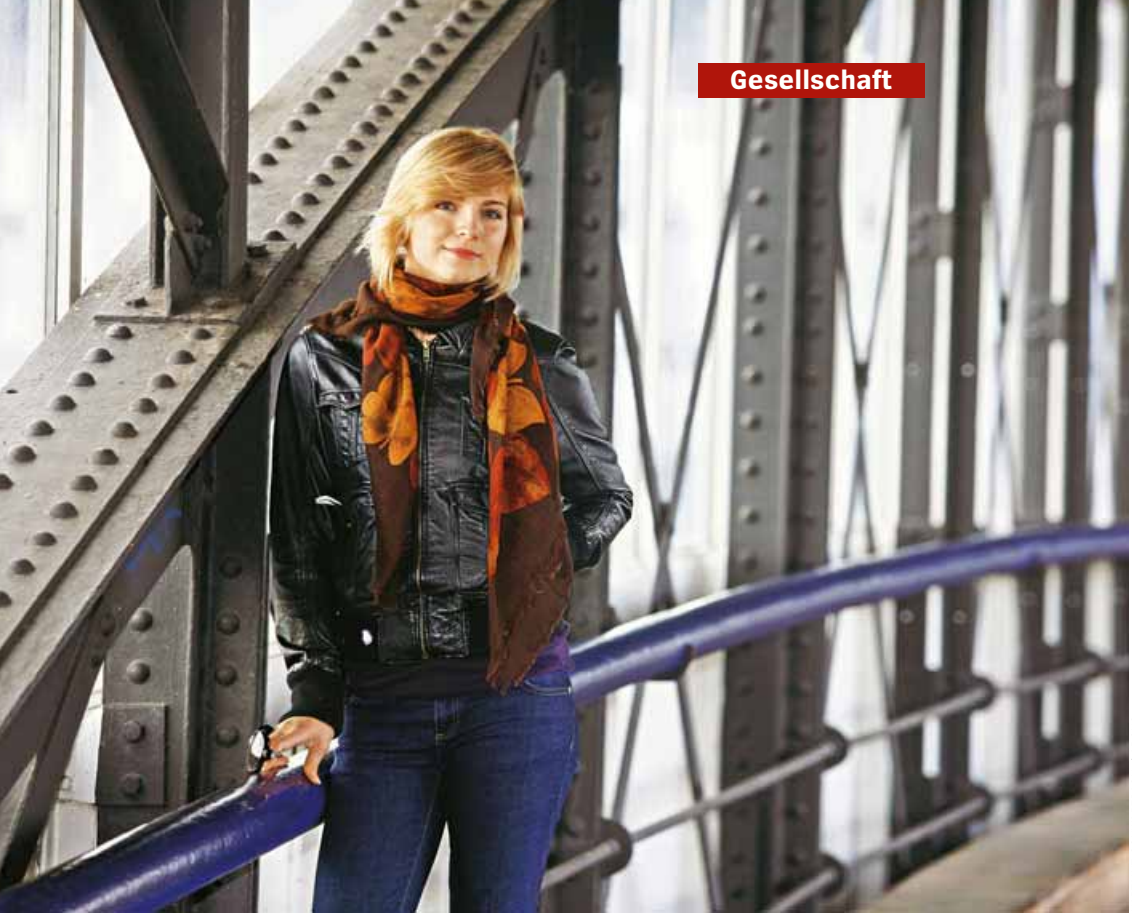
Die Freundin dieses toten Heimwerkers, Marjorie Diehl-Armstrong, wiederum sitzt bereits im Gefängnis – sie hatte kurz vor Wells' Pizza-Fahrt einen anderen Freund, ihren Geliebten, erschossen. Den Leichnam fand die Polizei in der Tiefkühltruhe, als sie das Haus beim Funkturm durchsuchte.

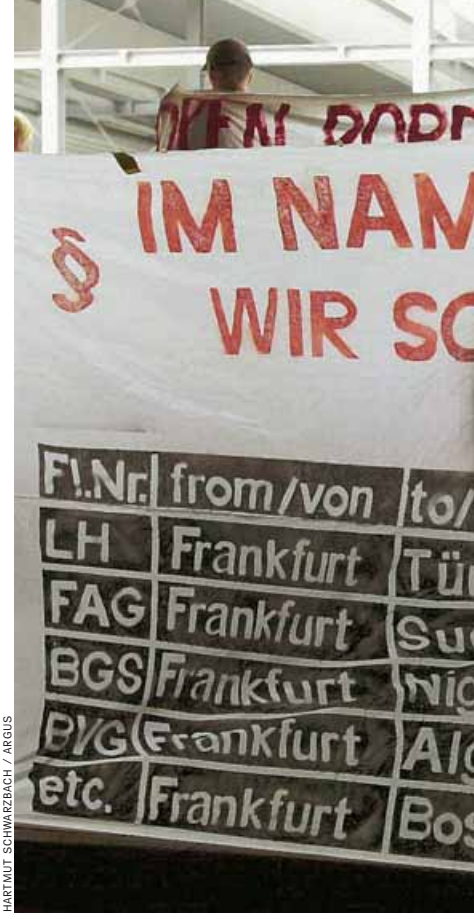
Sie sitzt in Haft, 20 Jahre, für den Mord an ihrem Liebsten, doch wie finster (und verwirrend) ihre Pläne tatsächlich waren, das ist, so berichten die Ermittler, erst seit kurzem klar. Ihren Freund habe Marjorie Diehl-Armstrong umgebracht, sagte Staatsanwältin Mary Beth Buchanan am vergangenen Mittwoch, damit er den Pizza-Bomben-Plan nicht verrate.

Das Geld aus der Bank habe sie gebraucht, um einen weiteren Komplizen zu bezahlen – den habe sie als Killer für ihren Vater ausgesucht. Warum sie den töten wollte, ist den Ermittlern noch nicht klar.

Sie bestreitet die neuen Vorwürfe; mit dem Tod des Pizza-Bombers, lässt sie wissen, habe sie nichts zu tun. Jetzt droht ihr lebenslänglich; nicht auf Mord lautet die Anklage, denn Wells, sagt die Staatsanwältin, sei eingeweiht gewesen.

Er sei Teil der Verschwörung gewesen. Vermutlich habe er nicht geglaubt, dass Diehl-Armstrong und ihre Kumpane Ernst machen würden. ANSBERT KNEIP





HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Russin Sorokina in Hamburg, Demonstranten am Flughafen Frankfurt am Main: *Sie darf noch bis zum 31. Juli, neun Uhr früh, in Deutschland*

ABSCHIEBUNG

Der perfekte Flüchtling

Viele Ausländer leben illegal in Deutschland, arbeiten als Putzfrau oder Kellner. 180 000 sind namentlich bekannt und befristet geduldet. Die Russin Maria Sorokina ist eine von denen, die hoffen, der Abschiebung zu entgehen. *Von Christoph Scheuermann*

Der Mann klappt den Aktendeckel auf, er fingert das oberste Blatt aus dem Ordner und hält es dicht vor die Lesebrille. Auf dem Blatt stehen Nummern, hinter jeder Nummer steht ein Name, hinter jedem Namen ein Land, Nigeria, Iran, Afghanistan. Die neuen Fälle, diese Woche sind es sieben.

Wolfgang Kramer legt den Zettel beiseite und beugt sich über den Ordner. Er will finden, wonach er zwischen den Namen und Nummern immer sucht: nach Ausländern, denen der Aufenthalt laut Gesetz gewährt werden kann, aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen. Weil sie begabt sind, intelligent – und dem Land nutzen könnten.

Er sucht eine zweite Maria.

Deutschland hat Ansprüche an seine Ausländer, sie sollen gutes Deutsch sprechen, wenig kosten, tüchtig sein, vielleicht tüchtiger als die Deutschen selbst. Es sieht aus, als suchte das ganze Land den guten Ausländer, den idealen Flüchtling. Gleichzeitig sind rund 180 000 Menschen nur geduldet und von Abschiebung bedroht. Sie müssen weg, auch die Fleißigen. Das Ausländerrecht macht keine Ausnahmen für Talente, Alte, Kinder, Kranke.

Deshalb gibt es die Härtefallkommission, deshalb gibt es diesen Mann.

Die weißen Haare hat er nach hinten gekämmt. Er spricht gern und viel, in jedem zweiten Satz versucht er eine Pointe anzubringen. Er zieht dann die Augenbrauen hoch und legt eine Pause ein, damit sein Gegenüber Zeit zum Schmunzeln hat. Der 77-Jährige durchkämmt die Petitionen von Ausländern, einmal die Woche, er arbeitet für den Vorsitzenden des Petitionsausschusses der Hamburger Bürgerschaft. Die meisten Menschen, deren Akten vor Kramer liegen, befinden sich kurz vor der Ausweisung. Sie wollen in Deutschland bleiben, sie schreiben 400 Beschwerden jedes Jahr, allein in Hamburg. Kramer macht sich für die CDU-Fraktion ein Bild von den Ausländern, und wenn er zufrieden ist mit dem Bild, übergibt die Fraktion die Akte vielleicht der Härtefallkommission. Die kann eine Empfehlung aussprechen und damit möglicherweise eine Abschiebung verhindern. Es ist ein langer Weg bis zum gesicherten Aufenthalt in Deutschland, er führt vorbei an Beamten und Politikern, die mit vielen Bedenken warten. Kramer steht am Anfang dieses langen Weges, er ist der Filter seiner Partei, der CDU.

Sieben Petitionen also an diesem Nachmittag. Im Aktenzimmer des Eingabendienstes summt ein Kühlschrank, an den Wänden stehen graue Regale. Herr Thiele von nebenan hat heute keine Thermoskanne auf den Tisch gestellt, also kaut Kramer seinen Schokoriegel ohne Kaffee.

Für viele Petitionen braucht er nur ein paar Minuten. Er liest nicht mehr Zeile für Zeile, sondern diagonal. Hat er aus dem Geschichtsstudium. Wenn er in der Akte sieht, dass jemand Heroin verkauft oder bei der Einreise einen gefälschten Pass ge-

BORIS ROESSLER / DPA

bleiben, dann wird sie „gebucht“

zeigt hat, notiert Kramer „nicht abhilfefähig“. Drogenhändler, Passfälscher, Täuscher im Allgemeinen seien keine Leute, die man sich als Einwanderer wünsche, sagt er.

Er wünscht sich junge Leute mit ausgezeichneten Noten in der Schule, zielstrebig, die hier studieren und später, wer weiß, Flugzeugingenieur werden. „Wir haben einen sehr großen Mangel an Flugzeugingenieuren.“ Kramer hat Ansprüche an die Ausländer, er ist ein bisschen wie das ganze Land.

Er war einmal stellvertretender Direktor der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung, danach vier Jahre Abgeordneter der CDU in der Hamburger Bürgerschaft, danach war er nichts mehr, nur noch Rentner. Er bot seine Hilfe an. Kramer nennt sich selbst den „One-Dollar-Man“ der Hamburger CDU-Fraktion, obwohl er nicht bezahlt wird und nur von seiner Rente lebt.

Seine Ärzte sagen, behauptet Kramer, er habe das Gehirn eines 45-Jährigen, aber den Körper eines 90-Jährigen. Beim Laufen schlurfen seine Schuhe über den Boden. Von weitem sieht es aus, als bewege sich die Welt um ihn herum in normalem Tempo, nur Kramer laufe in Zeitlupe.

Ab und zu kann er mit der Härtefallkommission eine Abschiebung verhindern, wenn es gut läuft für Kramer, dann sind es sechs Fälle in einem Jahr. Er hat oft noch Kontakt mit den Ausländern, für die er sich einsetzt. Es kann sein, dass Wolfgang Kramer sonntags in dem Esszimmer einer kroatischen Familie sitzt, geschmortes Schweinefleisch serviert bekommt und zum Nachtisch Buchteln mit Marmelade.

Vor einem Jahr, er beugte sich mal wieder über Akten, sah er die Petition 285/06. Name der Petentin: Sorokina, Maria; geboren in Wladiwostok, Russland. Er las, dass sie vor acht Jahren nach Hamburg gereist war, mit ihrer Mutter. Jetzt sollte das Mädchen nach Russland abgeschoben werden. Er betrachtete die Akte genauer.

In der Stellungnahme der Ausländerbehörde war die Rede von „falschen Angaben“ und einem „Verwirrspiel“. Mutter und Tochter waren offenkundig damit beschäftigt, mit Hilfe von Tricks ihre Ausweisung zu verhindern. Dann sah Kramer die Schulnoten des Mädchens.

Er dachte nach. Er will kein Gnadenrecht für Ausländer, die die Behörden täuschen. Wer den Staat hintergeht, hat kein Recht auf Asyl, davon ist er überzeugt. Einerseits.

Andererseits: kann ein junges Mädchen mit guten Zensuren mit voller Absicht gegen Gesetze verstoßen, von denen es vermutlich nie gehört hat?

Kramer suchte sich die Nummer aus der Akte. Ein paar Tage später wartete er abends bei seinem Italiener. Das Mädchen kam zu ihm an den Tisch. Tach, sagte er, Wolfgang Kramer, ich bin von der CDU. Er wollte die Version des Mädchens hören. Maria erzählte.

Ihr Vater war Seemann, er fuhr nach Singapur, Australien, Indien, sie bekam ihn oft sechs Monate lang nicht zu Gesicht. Marias Mutter, Mitgliedsausweis Nummer 21115324 der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, studierte Philosophie und Geschichte. Die Familie besaß eine Wohnung am Stadtrand von Wladiwostok, Maria hatte einen Cockerspaniel und einen Platz auf der Privatschule, vormittags russische Fabeln, nachmittags Ballett. Es war ein glückliches Familienleben, Maria war das Töchterchen.

Dann verlor ihr Vater seinen Arbeitsplatz.

Auf einmal sah sie ihn jeden Tag. Er trank, bis er wütend wurde. Manchmal brüllte er so laut durch die Wohnung, dass sie sich die Ohren zuhielt. Die Eltern trennten sich, Maria blieb bei ihrer Mutter.

Sie mussten für sich selbst sorgen. Ihre Mutter verkaufte Autos für Toyota, arbeitete als Angestellte einer Bank, ein anderer Mann schenkte ihr aus Liebe ein ganzes Restaurant, das kurz darauf in Flammen aufging. Das glückliche Familienleben war vorbei.

Im Urlaub verliebte sich ihre Mutter in einen Deutschen, einen Mann aus Hamburg. Sie sah in ihm bald die Chance auf ein neues Leben, auf eine Familie, ein glückliches Leben weit weg von Wladiwostok. Am 1. Juni 1999 landete Maria an Bord einer Passagiermaschine aus Moskau in Hamburg, da war sie zwölf Jahre alt.

Ihre Mutter heiratete den Deutschen, sie bekam die Aufenthaltserlaubnis, befristet auf ein Jahr. Maria ging auf die Gesamtschule, dann auf das Gymnasium. Sie lernte Deutsch so leicht wie Fahrradfahren. Nach dem Unterricht saß sie manchmal mit den anderen Mädchen aus ihrer Klasse auf der Bank, sie redeten und ließen den Bus an sich vorüberfahren. Sie gewöhnte sich daran, eine Deutsche zu sein.

Nach einem Jahr trennte sich die Mutter von ihrem Mann, es hatte wieder Streit gegeben. Sie hätte zwei Jahre bei ihm bleiben müssen, um eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, jetzt hatten Mutter und Tochter kein Recht mehr, hier zu sein. Maria verlor ihren Status als legale Einwanderin, wie man etwas verliert, von dem man nicht weiß, dass man es besitzt. Aus dem Töchterchen wurde eine Illegale, ohne dass sie es recht wahrnahm.

Dann kamen die Briefe, Maria las das Wort „Verfügung“. Damit fing es an.

Wenn sie heute mit ihren Freundinnen Cappuccino trinken geht, reden sie über Theaterstücke und über die Frage, was sie beim Abi-Ball tragen werden. Maria überlegt bei einer Camel Light, welches Lied sie sich während der Zeugnisverleihung in der Aula wünschen soll. „Heartbeats“ des schwedischen Sängers José González?

Maria hat grüne Augen, blonde, kinnlange Haare und ein Profil bei dem Internet-Portal „MySpace“. Sie hat keine Arbeitserlaubnis. Sie trägt zur schwarzen Lederjacke rote Halbschuhe und ein rotes Halstuch mit weißen Punkten. Sie bekommt kein Geld vom Staat. Wovon sie lebt, ist ihr Geheimnis. Sie mag Rockmusik und Jazz und will später Schauspielerin

werden oder Anwältin. Sie schaut regelmäßig auf ihr Handy und verabschiedet sich mit Tschüssi! Sie ist wie viele 20-jährige deutsche Mädchen.

Sie ist die ideale Ausländerin.

Maria darf noch zwei Wochen, bis zum 31. Juli, neun Uhr früh, in Deutschland bleiben. Um 9.01 Uhr erlischt die Gültigkeit ihrer Duldung, Nummer T2640103. Sie lebt wie alle anderen Geduldeten in der Angst, dass bald alles vorbei sein könnte. Sie flüchtete nicht, wie viele andere, vor Granaten, sie muss nicht zurück in ein zerbombtes Haus. Ihre Mutter lebt noch immer in Hamburg, sie hat einen neuen Mann gefunden, sie hat eine Aufenthaltserlaubnis. Maria ist nicht verzweifelt, sie möchte hierbleiben, bei ihren Freunden, ihrer Mutter, in ihrem Leben zwischen Cappuccino und Musik von schwedischen Sängern. Sie sagt, sie habe sich an den Gedanken gewöhnt, dass Deutschland sie zurückschicken will.

Genauer gesagt, nicht Deutschland will sie zurückschicken, sondern ein Mann, der in der Ausländerbehörde der Stadt Hamburg sitzt, Abschnitt E443/11, erste Etage. Er ist für Maria Sorokinas Abschiebung zuständig. Seinen richtigen Namen darf man nicht schreiben, es habe Anfeindungen gegen Mitarbeiter der Behörde gegeben, sagt sein Chef. Eigentlich darf man ihn auch gar nicht treffen, er soll nur existieren für das Publikum. So nennt die Behörde die Ausländer, die sie später abschiebt.

Der Sachbearbeiter, kurze Haare, eckige Brillengläser, bedient das Publikum aus der Russischen Föderation. Zu ihm und seinen Kollegen von E443 kommen Menschen, die hier geduldet sind, Menschen im Graubereich zwischen Bleiben und Gehen, Kriminelle, Familien, Kinder. Oft hört er Schreien und Weinen durch seine Tür, manchmal sitzt die Angst sogar direkt vor seinem Schreibtisch und knetet in der Hand ein Taschentuch.

Der Beamte führt die Gesetze aus, er exekutiert, was die Politik beschlossen hat. Er ist das Gegenstück zu Wolfgang Kramer, ihn interessieren nicht die Gründe, warum Menschen bleiben dürfen, sondern weshalb sie gehen müssen. Wenn im Gesetz steht, dass jemand ausgewiesen werden soll, der sich illegal in Deutschland aufhält, dann muss der Beamte das vollstrecken. Ganz gleich, ob an einem 20-jährigen Mädchen oder einem Schwerverbrecher.

Manchmal aber korrigieren die Politiker ihre alten Entscheidungen.

Die neue Entscheidung sickert dann von oben in die Verwaltung, durch die Etagen, bis nach unten, zu dem Beamten in den ersten Stock. So sollte es sein.

Am 7. August 2006 verlängerte die Hamburger Härtefallkommission Marias Duldung um zwölf Monate, die Politiker hatten beschlossen, sie dürfe in Hamburg noch ihr Abitur machen. Am 28. August bestellte der Sachbearbeiter sie per Fax zu sich und nahm ihre Fingerabdrücke ab. Im November 2006 bekam sie einen Brief von der Behörde, Abschnitt E440/1, Rückführungsangelegenheiten. Ihre Ausweisung sei „aus generalpräventiven Gründen erforderlich“, schrieb ein Kollege des Sachbearbeiters. „Es darf nämlich bei anderen Ausländern nicht der Eindruck entstehen, dass trotz illegalen Aufenthalts … ausländerrechtliche Maßnahmen nicht ergriffen werden.“ Maria müsse das Land verlassen.

Vielleicht haben die Beamten die neue Entscheidung der Politiker in der Härtefallkommission nicht bemerkt. Vielleicht sickern die Entscheidungen manchmal zu langsam durch die Etagen. Drei Monate später zog die Behörde die Ausweisungsverfügung zurück.

Wolfgang Kramer, Petitionsmann, kennt die Ausländerbehörde sehr gut. In wichtigen Fällen besucht er die Beamten selbst, er geht dann aber nicht in den ersten Stock zu dem Sachbearbeiter, er nimmt den Aufzug in die sechste Etage, dort sitzt der Chef der Behörde. Er telefoniert viel, ab und zu trifft er einen Staatsrat. Es ist seine Art von Diplomatie, sie hat mit Beharrlichkeit zu tun, die Kramer-Diplomatie. Was kann er sonst tun, ohne Amt und ohne Mandat? Manchmal werde er gefragt, sagt Kramer, was die vielen Ausländer machen, die den Kramer nicht kennen. Er antwortet dann, es gebe auch noch andere gute Menschen außer ihm.

Er sucht Ausländer, die begabt sind und intelligent und dem Land nutzen können.

Seine Wohnung in der Hamburger Innenstadt ist voller Bücher und Akten. Die Ordner hat er von außen mit verschiedenen Farben gekennzeichnet. Seitdem seine Frau vor zehn Jahren starb, lebt er allein. Kinder hat er nicht, keine eigenen jedenfalls, er sei für manche seiner Fälle aber der Wahl-Opi, sagt er. An der Wand hängt der Kalender von 1997. Es ist oft still in seiner Wohnung, vielleicht lädt er deshalb gern Besuch zu sich ein, kauft zu dem Anlass einen guten spanischen Rotwein. An diesem Abend soll Maria kommen, aber sie erscheint nicht. Also erzählt Wolfgang Kramer von dem türkischen Jungen, seinem ersten Fall, den er Anfang der Achtziger durchgebracht hat, nun ja, er hat es

Petitionsprüfer Kramer, Ausländerbehörde in Hamburg, Russin Sorokina, Freundinnen: *„Ich will nicht ausreisen, ich will an die Ostsee“, sagt*

wenigstens versucht. Er zahlte dem Jungen den Deutschunterricht, und der Leiter der Ausländerbehörde versprach Kramer per Handschlag, mit der Abschiebung zu warten. Der Junge wollte aber nicht bleiben. „Nach einem Jahr ist er zurück in seine Heimat.“ Kramer hat erst mal keine Ausländer mehr betreut. Stattdessen begann er damit, „systematisch die Türkei zu bereisen“.

Es klingelt an der Tür. Kramer schaut auf seine Armbanduhr. „War noch Falafel essen“, sagt Maria. Er guckt mit einer Mischung aus Freude und Missbilligung und scheint für einen kurzen Moment zu überlegen, ob er etwas sagen soll, aber dann sitzt er nur da und sagt gar nichts.

FOTOS: HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

sie dem Beamten in der Behörde

Maria holt Wein aus der Küche, sie mag den trockenen spanischen nicht, nur den süßen aus Italien. Sie haben nicht viel gemeinsam. Maria lebt in den Tag hinein, Kramer lebt mit Akten. Maria liebt Vanille Macchiato im „Balzac“, Kramer geht am liebsten ins „Café Lindtner“.

Maria bereitet sich auf ihr schriftliches Deutsch-Abi vor, Arnold Zweig, „Das Beil von Wandsbek“, 620 Seiten. Sie mag das Buch nicht, zu viel Gerede, der Autor komme einfach nicht zum Punkt. Aber sie schaffe es bis zur Prüfung, sagt sie, sie lese schließlich nicht mehr Zeile für Zeile, sondern diagonal. Hat sie von Kramer.

Kramer hilft ihr bei der Vorbereitung, er will, dass sie ein gutes Abitur macht, er hat Ansprüche an die Russin. Einmal in der Woche treffen sie sich und diskutieren. Für den Politiker ist es auch eine Chance, Maria zu sehen.

Maria sagt, Wolfgang Kramer sei der erste Mensch gewesen, der ihr wirklich helfen konnte, mit den Beamten, den vielen Briefen. Kramer wirkt wie der zufriedene Großvater, der seiner Enkelin nichts übelnimmt, nicht einmal die 27 Minuten Verspätung. Er hat sie gern in seiner Nähe. In gewisser Weise ist er auf sie angewiesen, genau wie sie auf ihn. „Herr Kramer ist ein alter Mann, er braucht eine junge Seele“, sagt Marias Mutter.

Maria möchte nicht zurück nach Russland. Kramer will, dass sie in Hamburg zur Uni geht, auch wenn sie niemals Flugzeugingenieurin wird. Sie haben ein gemeinsames Ziel, wenigstens das.

Ein paar Tage später sitzt er im Saal der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Ausschuss für Soziales. Es geht um ein Integrationsleitbild, um Ausländer, Kramers Spezialgebiet. Maria ist auch da, sie möchte ihn reden hören, den Politiker, allerdings hat sie noch eine wichtige Verabredung.

Kramer spricht von dem Schulentwicklungsplan und der Bezirksverwaltungsreform, Worte mit vielen Silben, er kennt sich aus mit ihnen. Die SPD sagt, sie wolle die „christliche Tradition“ aus der Einleitung streichen. Kramer will das drinhaben. Nach zähem Ringen schlägt er vor, den Satz um die „christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung“ zu erweitern. Jemand hinter ihm sagt leise: Wolfgang, bitte.

Manchmal wird Wolfgang Kramer selbst zum Härtefall für seine Partei. Die Mittel der Politik sind ihm vertraut, vor allem das Mittel der Zermürbung. Er versucht, das System mit der einzigen Waffe zu bekämpfen, die er hat: mit Argumenten.

Nach einer Stunde muss Maria weg. Heidi Klum wählt mit ihrer Jury gleich „Germany’s Next Topmodel“.

Es sind die guten Momente in Marias Leben als Geduldete in Deutschland, die Fernsehabende mit ihren Freundinnen. Die schlechten Momente finden statt hinter einer weißen Gittertür in der ersten Etage der Ausländerbehörde.

Der Wachmann drückt auf einen Knopf, dann kann Maria durch das Drehkreuz. Sie will mit Freunden an die Ostsee fahren, ein bisschen Urlaub nach den Prüfungen. Ihre Duldung gilt allerdings nur für Hamburg, deshalb muss sie die Behörde um Erlaubnis bitten. In dem Büro sitzt ein Beamter, grüne Weste, gemütlicher Bauch. Sie brauche eine Genehmigung zum Verlassen der Stadt, sagt Maria.

„Ich bin aber für Abschiebungen zuständig“, sagt der Beamte.

„Bin ich dann falsch hier?“, fragt Maria.

„Nein. Ich kann Ihnen aber nicht viel Hoffnung machen. Ihnen ist bewusst, dass Sie aus Deutschland wegmüssen?“

Er erzählt Maria von der Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise, sie nickt, sie möchte nicht darüber reden, sie will nur drei Tage ans Meer. An der Wand stehen Regale voller Akten, die Fälle aus Vietnam und Pakistan. Die Tür zum Nebenzimmer ist offen, Maria hört eine Stimme, die von ihrem Sachbearbeiter. Er redet mit einer Frau, geboren in Grosny, Tschetschenien, Kriegsflüchtling. Sie unterschreibt gerade einen Zettel: „Mir ist bekannt, dass ich vollziehbar ausreisepflichtig bin. Für die Organisation meiner Ausreise wurde mir vier Wochen Zeit gegeben.“

Dann steht Marias Sachbearbeiter im Türrahmen. „Sie haben meinem Kollegen gesagt, dass Sie freiwillig ausreisen“, sagt er. „Wenn Sie nicht freiwillig ausreisen, werden Sie gebucht.“

„Gebucht?“, fragt Maria.

„Gebucht heißt, ich schiebe Sie dann ab. Sie müssen aus Deutschland ausreisen.“

„Ich will nicht ausreisen, ich will an die Ostsee.“

Nach einer halben Stunde gibt er ihr ein gestempeltes Papier. Sie darf aus Hamburg weg, 260 Kilometer. Drei Tage lang.

Am Ende besteht Maria ihr Abitur mit der Note 2,8. Kramer ist zufrieden, obwohl er sich ein besseres Ergebnis erhofft hat. Beide können nicht sagen, wie es weitergeht, aber Wolfgang Kramer hat, wie immer, Strategien. Erstens will er Maria bei der Hamburger Uni als Härtefall unterbringen, sie hat sich für das Jurastudium beworben. Zweitens lässt er über Marias Anwalt einen Antrag stellen nach § 104a Aufenthaltsgesetz. Der Artikel sieht vor, dass einem langfristig Geduldeten eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, falls er gut integriert ist. Und wenn, drittens, all das schiefgeht, wird Kramer mit Maria eine neue Eingabe an den Petitionsausschuss formulieren.

Maria wünscht sich, dass eine der drei Strategien funktioniert. Sie vertraut auf Kramer, das gibt ihr die Sicherheit. Sie wird hier studieren, daran glaubt sie fest, nebenbei wird sie arbeiten und Geld verdienen. Sie wird sich bemühen, genau wie eine Deutsche, vielleicht noch ein wenig mehr. Sie wird beschäftigt sein. Wenn alles gutgeht, wird sie nicht mehr so viel Zeit haben für Wolfgang Kramer. ◆

Der Supertürke

Ortstermin: Im Berliner Kanzleramt inszeniert Angela Merkel den zweiten Integrationsgipfel ihrer Amtszeit.

Er ist aus Istanbul angereist. Das Flugzeug hat ihn am Abend vorher nach Berlin gebracht, und jetzt, am Donnerstagvormittag, steht Kemal Sahin an der Pforte des Bundeskanzleramts.

Den Ausweis, sagt der Pförtner.

Es passiert nicht oft, dass ein Türke ins Kanzleramt will. Alle paar Jahre kommt der türkische Ministerpräsident zu Besuch. Unter den Ausländern in Deutschland aber gibt es wenige, die in der Gesellschaft so weit nach oben klettern, dass sie sich in den Schaltzentralen der Macht tummeln.

Die Deutschen mögen Weltmeister sein im Urlaubmachen, sie mögen Exportweltmeister sein und begnadete Tierschützer, aber Integrationsweltmeister sind sie nicht.

Deshalb soll Kemal Sahin heute kommen. „Teilnehmer“, sagt Sahin, er zeigt seinen Pass, der Pförtner nickt ihn rein. Es ist Integrationsgipfel im Kanzleramt.

Die Teilnahme von Sahin war in den Tagen vor Gipfelbeginn noch wichtiger geworden, denn es drohte ein Gipfel ohne Türken zu werden. Vier Verbände waren zu Hause geblieben, weil ihnen das neue Zuwanderungsrecht nicht passt. Und dann hatte die türkische Zeitung „Hürriyet“ Frau Merkel auch noch „blanken Rassismus“ vorgeworfen.

MARCO-URBAN.DE

Unternehmer Sahin, Integrationsbeauftragte Böhmer: *Orientalische Gläser*

Es war also wichtig, dass Leute wie Sahin teilnehmen. Es sollte auch konstruktive Türken auf diesem Gipfel geben, nicht nur beleidigte. Es sollte Multikulti-Bilder mit der Kanzlerin geben, und es hätte nicht gut ausgesehen, wenn nur schlechtgelaunte Türken in die Kameras geguckt hätten.

Merkels Integrationsbeauftragte Maria Böhmer hatte Sahin vor zwei Tagen extra in Istanbul angerufen. Ob er denn auch sicher komme? Schöne Grüße von der Frau Kanzlerin. Man freue sich. Kemal Sahin glaubte, dass seine Meinung gefragt sei.

Er holt sich im Erdgeschoss sein Namensschildchen ab und sticht es ans Sakko. Sahin trägt einen eleganten Anzug, ein hellblaues Einstecktuch, die Glatze wie poliert. Er hat in Deutschland ein großes Unternehmen aufgebaut und trägt ein prächtiges Lächeln im Gesicht. Er ist eine Art Supertürke.

Sahin steht jetzt im ersten Stock des Amts neben den Vertretern anderer Minderheiten, neben Afrikanern, Vietnamesen, Russisch-Orthodoxen, Griechisch-Orthodoxen oder der Ostlinken Petra Pau. Kellner servieren Tee aus orientalischen Gläsern, die gibt es sonst nicht im Kanzleramt.

Dann geht es nach nebenan, in den Konferenzsaal. Es gibt drei Bankreihen in Ringform, ein kleiner Ring in der Mitte, ein mittlerer drum herum, ein dritter außen. Es sieht aus wie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Die Kanzlerin möchte anfangen, aber Kemal Sahin steht im Saal zwischen all den Deutschlandvertretern und all den Migrantenvertretern und wirkt hilflos. Seine Augen flitzen über die 87 Namensschilder, er kann seinen Platz nicht finden.

„Ich möchte Sie gern zum Integrationsgipfel begrüßen“, sagt Merkel, als Sahin endlich seinen Sitz entdeckt. Vor ihm auf der Tischplatte liegt eine dicke Broschüre, sie heißt „Nationaler Integrationsplan“. Der Plan enthält 400 neue Maßnahmen, schöne Ideen, vage Versprechen, wenig Konkretes. Es fehlt ein wenig der Bezug zum echten Leben.

Kemal Sahin wuchs in Taslipinar auf, einem Dorf in Anatolien. Seine Eltern waren Hirten, und seine Brüder stiegen jeden Tag mit den Ziegen auf die Berge. Auch Kemal hütete Ziegen, aber dass er jetzt hier, in der Nähe der Kanzlerin, sitzt, liegt daran, dass er beim Ziegenhüten Bücher las. Er war gut in der Schule, er bekam ein Stipendium für ein Studium der Ingenieurskunst in Deutschland.

Sein Vermieter verbot ihm, sonntags Wäsche im Garten aufzuhängen. Aber er konnte Freundinnen haben, ohne ihnen gleich die Ehe versprechen zu müssen. Sahin lernte, dass Integration zwar nerven kann, aber unterm Strich von Vorteil ist.

Er war klug und ehrgeizig, und am Ende hatte er ein vorzügliches Diplom, aber keine Chance, als Ingenieur in Deutschland zu arbeiten. Er sollte wieder gehen.

Es war Anfang der Achtziger, die Bundesrepublik suchte noch immer nur billige Arbeitskräfte, einfache Menschen, vom Land, ohne Bildung. Auch deshalb gibt es heute Parallelgesellschaften in Deutschland, Ghettos und Integrationsgipfel.

Um nicht abgeschoben zu werden, machte sich Sahin damals selbständig. Er eröffnete einen kleinen Laden, verkaufte T-Shirts, Gebetsteppiche, Schnickschnack. Der Laden wuchs heran zu einem Konzern mit 12 000 Mitarbeitern und Niederlassungen in 16 Ländern.

Kemal Sahin hätte an diesem Nachmittag im Kanzleramt viel darüber erzählen können, was wichtig ist für eine erfolgreiche Integration.

Nach zweieinhalb Stunden ist der Gipfel beendet, es folgt eine Pressekonferenz. Angela Merkel sagt, dass das heute ein Meilenstein in der Integrationspolitik gewesen sei. In der Politik gibt es jede Woche Meilensteine. Es geht nicht kleiner.

Kemal Sahin steht in der letzten Reihe des Pressesaals und reckt den Hals. Er hört, wie Merkel sagt, dass man jetzt nicht mehr über Migranten rede, sondern mehr mit ihnen. Das sei das Tolle.

Eben, im Konferenzsaal, hatte Sahin sich die ganze Zeit über zu Wort gemeldet. Er wollte seine Erfahrung einbringen, die Früchte seines Lebenswegs, er wollte betonen, wie wichtig Bildung gerade für Einwanderer ist. Aber er kam nicht an die Reihe. Zu viele Migranten im Saal und zu wenig Zeit.

MARKUS FELDENKIRCHEN

PRODUKTPIRATERIE

Schutzlos gegen Kopierer

Obwohl mehr als ein Drittel der deutschen Unternehmen, die in China Geschäfte machen, dort zum Opfer von Produktpiraten wird, lässt nur eine Minderheit ihre Erzeugnisse mit Patenten oder anderen Rechten schützen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Aktionskreises Deutsche Wirtschaft gegen Produkt- und Markenpiraterie (APM) unter rund 650 Unternehmen, die in China Waren herstellen oder verkaufen. Demnach klagen 39 Prozent über chinesische Kopien – am stärksten betroffen sind Firmen aus den Sparten Umwelttechnik, Konsumgüter-, Automobil- und Bauindustrie. Das Risiko, abgekupfert zu werden, steigt dabei mit einer eigenen Fertigung oder einem Verkaufsbüro in Fernost erheblich; die Schäden können laut APM immens, im Einzelfall sogar ruinös sein. Gleichwohl haben selbst von den betroffenen Unternehmen 48 Prozent bis heute keine Schutzrechte

REA / LAIF

Schuhladen in Peking

eintragen lassen, unter den noch nicht betroffenen Firmen waren es sogar 79 Prozent. Der APM, eine Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Markenverbandes und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, vermutet als Ursache vor allem eklatante Informationslücken über den chinesischen Markt. Zwar sei es schwierig, sich mit Schutzrechten in China gegen Kopierer durchzusetzen, ohne angemeldete Rechte sei ein deutsches Unternehmen allerdings chancenlos.

ROLAND WEIHRAUCH / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

AIR BERLIN

LTU-Piloten stimmen über Ausstand ab

Erneuter Ärger droht der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin. Bei ihrer neuen Tochter LTU könnte es kurz vor der offiziellen Eingliederung in den Konzern zum Streik der Piloten kommen – auf dem Höhepunkt der Urlaubssaison. Die Cockpit-Mitarbeiter dort sind deutlich besser organisiert als ihre Kollegen bei der Mutter und verhandeln mit der LTU-Geschäftsführung schon seit längerem über einen neuen Tarifvertrag. Neben einer Gehaltserhöhung von sechs Prozent fordern die LTU-Crews unter anderem längere Ruhezeiten und einen weiteren Ausbau ihrer Flotte. Nachdem die Gespräche Ende Juni scheiterten, hat die Pilotengewerkschaft Cockpit (VC) ihre LTU-Mitglieder am Freitag vergangener Woche zur Urabstimmung aufgerufen. Votieren bis zum Ablauf der Frist am 6. August mindestens 70 Prozent der befragten Flugzeugführer für Kampfmaßnahmen, könnten auch große Reiseveranstalter unter dem Ausstand leiden. Der Langstrecken-Carrier fliegt deren Gäste unter anderem nach Thailand, Kuba oder in die Dominikanische Republik.

FINANZEN

Weniger Subventionen

Die Finanzhilfen des Bundes werden von derzeit 5,8 Milliarden Euro auf rund 5 Milliarden Euro im Jahr 2011 sinken. Das geht aus Berechnungen des Bundesfinanzministeriums (BMF) für den neuen Subventionsbericht hervor, der Anfang August im Bundeskabinett beschlossen wird. „Wesentlichen Anteil an dem Rückgang haben die Hilfen für das Wohnungswesen“, heißt es in einer internen Vorlage des BMF. Sie sinken in den nächsten vier Jahren von jetzt einer Milliarde Euro um 330 Millionen Euro. Im nächsten Jahr wird der Bund für direkte Subventionen 5,6 Milliarden Euro ausgeben. Der größte Anteil entfalle mit 62,6 Prozent auf die gewerbliche Wirtschaft, der Wohnungsbau bekomme 15,6 Prozent, die Landwirtschaft 12,8 Prozent, heißt es in dem Papier. Seit 1998 haben sich die direkten Unterstützungszahlungen aus der Bundeskasse nahezu halbiert. Damals gab der Bund 11,4 Milliarden Euro an direkten Subventionen aus. Bei den Steuervergünstigungen dominiert noch immer die Eigenheimzulage. Sie schlägt im kommenden Jahr mit Steuermindereinnahmen von 1,9 Milliarden Euro zu Buche.

JOCHEN TACK / IMAGO

Eigenheimbau

NIEDRIGLÖHNE

Union gegen neue Job-Zuschüsse

In der Union wachsen die Vorbehalte gegen das Vorhaben von Arbeitsminister Franz Müntefering, Geringverdienern einen sogenannten Erwerbstätigenzuschuss zu zahlen. Der Plan berge die Gefahr „hoher Mitnahmeeffekte“, erhöhe „die Zahl der Transferempfänger“ und mache „die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe rückgängig“ heißt es in einer Analyse der Unionsfraktion. Insbesondere wenden sich die Experten von CDU und CSU dagegen, den Zuschuss ohne Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse auszuzahlen und aus Überschüssen der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit zu finanzieren. Dies berge „fiskalische Risiken“, bessere den Bundeshaushalt „zu Lasten der Beitragszahler“ auf und lasse nur „geringe Beschäftigungseffekte bei hohen Kosten“ erwarten. So entstünden bei zusätzlichen Ausgaben von rund 3,7 Milliarden Euro lediglich 21 000 neue Vollzeitarbeitsplätze, so das Papier. Entsprechend beliefen sich die Kosten pro neugeschaffenem Job auf rund 175 000 Euro. „Der Erwerbstätigenzuschuss hat keine Priorität“, so der zuständige CDU-Arbeitsmarktexperte Ralf Brauksiepe. Das Konzept Münteferings sieht vor, Arbeitnehmern mit Verdiensten bis 1300 Euro (2000 Euro bei Verheirateten) Teile der Sozialbeiträge zu erstatten. Dadurch soll es für Langzeitarbeitslose attraktiver werden, niedrigbezahlte Jobs anzunehmen. Die Große Koalition will das Konzept bei der nächsten Sitzung des Koalitionsausschusses im August beraten.

SABINE WENZEL / AGENTUR FOCUS

Friseursalon

Gegendarstellung

In Ihrem Artikel „Gewagtes Projekt“ (Der Spiegel 13/2007, S. 72), der sich mit dem Projekt einer Ferienanlage befasst, das die Port Olpenitz GmbH auf dem Gelände des Marinestützpunkts Olpenitz an der Ostsee realisieren will, teilen Sie mit, dass der Vater des Geschäftsführers der Port Olpenitz GmbH, Herbert Harm, als Planer tätig werden soll und fahren wörtlich fort: „Doch Ende der achtziger Jahre war Harm senior schon beim Verkauf von nicht fertiggestellten Häusern aus finnischen Bauelementen unternehmerisch gescheitert.“

Hierzu stellen wir fest: Herbert Harm war an dem Verkauf nicht beteiligt. Er war damals als Architekt ausschließlich für die Planung zuständig.

Weiter teilen Sie mit: „Mit Steuergeldern soll das abgelegene Areal an die Autobahn angeschlossen werden.“

Hierzu stellen wir fest: Dass das Gelände an die Autobahn angeschlossen werden soll, war uns bisher nicht bekannt und zu keinem Zeitpunkt Gegenstand der Verhandlungen mit der öffentlichen Verwaltung.

Weiter heißt es: „Vergangenes Jahr kündigte die Stadtverwaltung von Preetz bei Kiel einen Vertrag mit Harm junior wegen angeblich nicht erbrachter Leistungen und finanzieller Unregelmäßigkeiten beim Bau einer – im Vergleich zu Olpenitz winzigen – Seniorenwohnanlage. Jaska Harm bestreitet die Vorwürfe, der Markt habe sich verändert.“

Hierzu stellen wir fest: Der Vertrag wurde nicht wegen angeblich nicht erbrachter Leistungen und finanzieller Unregelmäßigkeiten gekündigt. Seine Wirksamkeit war vielmehr an die auflösende Bedingung baurechtlicher Genehmigungen geknüpft, die nicht erteilt wurden.

Berlin, 15. Mai 2007
Jaska H. Harm
Geschäftsführer
der Port Olpenitz GmbH

KOSTEN SPAREN

Tchibo will mit Hilfe einer Ökobilanz Sparpotentialen in der Logistik auf die Spur kommen.

ANDREAS HERZAU / LAIF

Tchibo-Zentrallager (in Bremen), BASF-Werk (in Ludwigshafen): *Wer zu spät reagiert, den bestraft der Kunde*

UMWELTPOLITIK

Ritt auf der grünen Welle

Ausgerechnet ihr Profitstreben treibt immer mehr Konzerne in den Klimaschutz. Weil die Politik die Emissionsgesetze verschärft und Energie so teuer wie selten zuvor ist, wird Nachhaltigkeit plötzlich zum Wirtschaftsfaktor. Doch wie lange hält das neue Bewusstsein?

Umweltbeauftragte widmen ihre ganze Aufmerksamkeit gewöhnlich schutzbedürftigen Geschöpfen wie dem brütenden Wachtelkönig. Winfried Häser, Ökostratege der Deutschen Post, kümmert sich um eine andere, höchst sensible Spezies: den nadelgestreiften Finanzanalysten.

Regelmäßig besucht Häser die professionellen Geldanleger internationaler Geldhäuser wie Credit Agricole oder HSBC und präsentiert ihnen, was der weltweit tätige Bonner Logistikkonzern alles für den Klimaschutz tut. Wie weit die Post mit dem Abbau der CO_2-Emissionen gekommen sei, fragen ihn die Investoren dann beispielsweise. Oder wie viele der 130 000 konzerneigenen Fahrzeuge bereits mit Biokraftstoffen angetrieben würden. Solche Zahlen findet die Finanzwelt neuerdings hochspannend.

Welch ein Wandel: Früher begehrten höchstens einige Umweltbewegte auf Hauptversammlungen über solche Fragen Auskunft. Die Kritiker hielten meist nur wenige Aktien, Finanzchefs und Vorstandsvorsitzende nahmen die Querköpfe nicht sonderlich ernst.

Heute interessieren sich Leute dafür, die über Milliarden-Investments entscheiden. Sie arbeiten bei Banken und Fondsgesellschaften und suchen nach attraktiven Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital.

Die Herren des Geldes haben nicht die Absicht, die Welt zu retten. Sie wollen vor allem eines: Profit – und den möglichst krisensicher.

Das neue Umweltinteresse der mächtigen Investoren ist das wohl deutlichste Zeichen dafür, welchen Stellenwert der Klimawandel und seine Folgen mittlerweile in der Wirtschaft einnehmen. Das Thema ist in den Vorstandsetagen angekommen, und zwar nicht nur bei bekannten Überzeugungstätern wie dem Versandhändler Otto oder dem Babynahrungsfabrikanten Hipp.

Quer durch die Branchen überprüfen Unternehmen inzwischen ihr Geschäft darauf, wie nachhaltig und umweltbewusst sie wirtschaften. Das tun auch sie nicht aus reiner Nächstenliebe – sie sind schlicht gezwungen, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen: auf schärfere Umweltgesetze und auf weiter steigende Preise für Kohle, Gas, Öl und Strom. Zugleich entdecken einige auch die Möglichkeit, ganz neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Klimaschutz wird zum wichtigen Wettbewerbsfaktor. Deshalb suchen Unternehmen nach Strategien, wie sie künftig damit umgehen.

Konzerne wie Allianz, Deutsche Telekom, Bayer oder BASF setzen sich konkrete Ziele, um wie viele Tonnen sie ihre CO_2-Emissionen verringern wollen. Sie richten Nachhaltigkeitsabteilungen ein und geben verbindliche Umweltleitlinien heraus. Sie organisieren sich in neuen Verbänden wie der Initiative „2°“, die sich der Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter verschrieben hat.

Und sie legen durchaus Wert darauf, dass ihr Engagement nicht im Verborgenen bleibt. In Werbekampagnen präsentieren sich manche Firmen bereits derart ökobewegt, als wäre ihr Geschäftszweck nicht mehr die Produktion von Autos oder Kraftwerken, sondern die Erzeugung von sauberer Luft. Oder ist es bloß heiße Luft?

DaimlerChrysler preist seinen Kleinstwagen Smart als „CO_2-Champion“, verdient aber sein Geld mit Karossen, die teil-

DDP / ULLSTEIN BILD

EMISSIONEN VERMEIDEN

BASF hat seine CO_2-Emissionen seit 1990 über 30 Prozent gesenkt und will den Ausstoß noch weiter verringern.

RIKA / PICTURE-ALLIANCE / DPA

GESCHÄFTSFELDER AUFBAUEN

Bosch bündelt in einem neuen Unternehmensbereich umweltschonende Produkte.

Bosch-Produktion (in Brasilien): *„Auf ökologische Fragen eine technische Antwort“*

weise dreimal so viel Kohlendioxid ausstoßen.

RWE verkündet, „weniger CO_2 durch Innovationen“ sei „eine Idee von RWE“ – auf die der Stromversorger aber gerade erst gekommen sein muss: Noch stößt kein anderes deutsches Unternehmen mehr Kohlendioxid aus.

Manch einen beschleicht da der Verdacht, dass es eher ums grüne Etikett gehen mag als um die gute Tat. Ist das neue Ökobewusstsein also wirklich ernstgemeint oder alles nur ein Bluff?

Das Thema, so viel steht fest, ist mehr als nur eine Modeerscheinung: „Nachhaltigkeit entwickelt sich zu einem zentralen Bestandteil der Unternehmensstrategie“, meint Martin Koehler, Senior-Partner der Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group. „Die Nachfrage ist so stark, dass wir unsere Experten weltweit in einer Praxisgruppe gebündelt haben.“

Die Kunden wollen vorbereitet sein, schließlich verändern sich gerade grundlegend die Bedingungen, unter denen sie wirtschaften.

Für Versorger, die künftig Emissionsrechte erstehen müssen, wird der CO_2-Ausstoß ihrer Kraftwerke zum entscheidenden Kostenpunkt. Die Automobil- und die Luftfahrtindustrie haben sich auf immer härtere Umweltnormen einzustellen, die chemische Industrie auf weit höhere Strompreise. Selbst für Lebensmittelhersteller verteuern sich Rohstoffe wie Mais oder Weizen, die auch zur Energieerzeugung genutzt werden; die OECD rechnet mit einem Preisanstieg der Agrarprodukte von 20 bis 50 Prozent in den kommenden zehn Jahren.

Die globale Erwärmung sei eine „tektonische Kraft, die – wie die Globalisierung oder die Alterung der Gesellschaft – langsam, aber gewaltig die ökonomische Landschaft verändert“, heißt es in einer Studie der Investmentbank Lehman Brothers.

In den USA ist die grüne Welle längst in Gang gekommen. Unternehmen wie General Electric (GE), DuPont oder Wal-Mart prüfen all ihre Abläufe und Prozessketten auf Umweltverträglichkeit, mit weitreichenden Folgen: „Wenn Wal-Mart seine 60 000 Zulieferer ‚bittet‘, an der Verpackung zu sparen, dann beeinflusst das weltweit das Produkt- und Verpackungsdesign“, erklärt der US-Berater Andrew Winston.

Auch in Deutschland loten immer mehr Unternehmen die Möglichkeiten aus, wie sie ihren Betrieb auf Nachhaltigkeit trimmen können. Bei Tchibo beispielsweise ist ein Team gerade damit beschäftigt, die globalen Warenströme des Handelshauses zu erfassen. Es rekonstruiert, wo all die Duschvorhänge, Frotténandtücher oder Haarbürsten herkommen, wo sie hingehen und wie viel Emissionen dabei entstehen. Das Unternehmen erstellt die Ökobilanz, um Sparpotentialen auf die Spur zu kommen.

„Das ist eine Heidenarbeit“, sagt der Logistik-Chef Kay Middendorf. Aber auch eine lohnende, denn die Transportkosten werden in zehn Jahren noch mal um die Hälfte steigen, schätzt der Manager. Middendorf hat sogar schon überlegt, ob nicht die Containerschiffe, die seine Waren bewegen, einige Knoten langsamer fahren könnten. Das würde die Emissionen halbieren. Doch da machen die Reeder bislang nicht mit.

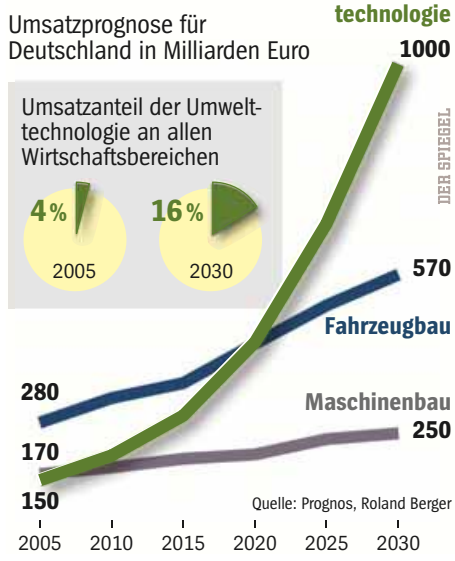
Sich auf den Klimawandel einzustellen bedeutet für die Wirtschaft freilich nicht nur Verzicht.

Der Stahlproduzent ThyssenKrupp etwa leidet zwar unter den hohen Energiepreisen, doch er profitiert zugleich vom Windkraft-Boom: Die Dortmunder Tochter Rothe Erde ist Weltmarktführer im Geschäft mit Großwälzlagern.

Oder Bosch: Das Stuttgarter Unternehmen investiert schon 40 Prozent seiner Forschungsausgaben in Produkte, mit denen die Nutzer Umwelt und Ressourcen schonen können, zum Beispiel in Geo- und Solartechnik. Bosch-Chef Franz Fehrenbach baut zurzeit einen ganz neuen Unternehmensbereich auf, in dem er das Geschäft mit der Effizienz bündeln will. Er möchte „auf ökologische Fragen technische Antworten“ geben: „Die Zeiten sind vorbei, in denen es bloß Nischen-

Branche der Zukunft

Umsatzprognose für Deutschland in Milliarden Euro



STEFAN OELSNER / KEYSTONE

Börse (in Frankfurt am Main): *Die Herren des Geldes wollen Profit – und den möglichst krisensicher*

märkte für die regenerativen Energien gab.“

Auch Siemens hat auf dem Gebiet einiges zu bieten, Energie und Effizienz gehören seit den Gründungstagen zum Kerngeschäft des Konzerns. Die Münchner sind führend auf so unterschiedlichen Feldern wie Kraftwerksbau, Bahnfahrzeuge oder Beleuchtungstechnik. Aber wer weiß das schon?

Während der US-Rivale GE seit Jahren seine „Ecomagination“-Kampagne fährt und GE-Chef Jeffrey Immelt keine Gelegenheit auslässt, sein Unternehmen als grünen Riesen anzupreisen, beginnt Siemens gerade erst damit, sich als Problemlöser für den Klimawandel zu begreifen. Der zurückgetretene Vorstandschef Klaus Kleinfeld hatte die strategische Neuausrichtung bereits eingeleitet, sein Nachfolger Peter Löscher, früher ein GE-Mann, will sie offensichtlich fortsetzen: Der Klimawandel sei eine der wichtigen Herausforderungen für das Unternehmen, betonte er erst kürzlich.

Den Akteuren am Kapitalmarkt ist es nur recht. Früher galt: Wer in nachhaltig wirtschaftende Unternehmen investiert, kann sich an seinem guten Gewissen erfreuen, aber kaum an einer hohen Rendite. „Nachhaltigkeit und Performance standen oft im Widerspruch“, sagt Holger Boschke von der Dresdner Bank. Doch das habe sich geändert. Jetzt versprechen diese Firmen auch ordentliche Gewinne.

Gerade Pensionsfonds, die langfristig rentable Anlagen suchen, orientieren sich nun neu. Knut Kjaer, Chef des norwegischen Pensionsfonds, der inzwischen mehr als 220 Milliarden Euro aus den Ölerlösen des Landes verwaltet und damit die weltweite Nummer eins ist, hat ethisch und ökologisch zweifelhafte Firmen aus dem Portfolio entfernt. Das ist die erklärte Politik des Fonds. Auch Henri de Castries, Chef der Axa-Gruppe, eines der weltgrößten Vermögensverwalter, ist bewusst, dass die Risiken des Klimawandels für viele Branchen „genauso wichtig wie Zinsraten und Wechselkursrisiken“ sind.

Fragt sich nur, wie es sich ermessen lässt, ob ein Unternehmen tatsächlich nachhaltig wirtschaftet. Nur darauf zu schauen, wie sich die CO_2-Emissionen entwickeln, wäre zu simpel. Trennt sich ein Konzern von einem energieintensiven Teil, wie Henkel einst von der Chemietochter Cognis oder GE kürzlich von seiner Plastiksparte, verbessert es seine Ökobilanz automatisch, ohne dass sich in der Summe etwas geändert hat.

Präzisere Antworten versucht das Carbon Disclosure Project (CDP) zu geben, eine Gruppe von 280 Großinvestoren, die insgesamt mehr als 40 Billionen Dollar verwalten. Es fordert die größten Konzerne der Welt auf, ihre Klimarisiken offenzulegen und Vermeidungsstrategien zu erläutern. Daraus ermittelt das CDP einen sogenannten Climate Leadership Index mit den 50 Unternehmen, die sich nachhaltig um Klimaschutz bemühen. Er soll Investoren als Leitfaden dienen.

Die Liste birgt Überraschungen. Vertreten sind auch Bayer und BASF, obwohl die Chemieindustrie bei vielen noch unter Generalverdacht steht. Erst vor kurzem geißelte der BASF-Vorstandschef Jürgen Hambrecht die Berliner Klimapolitik noch als „Angstmache“. Doch die deutschen Branchenriesen haben ihre Emissionen seit 1990 bereits um über 30 Prozent gesenkt und wollen den Ausstoß in den kommenden Jahren weiter reduzieren.

Nachhaltigkeits-Ratings wie CDP in London oder SAM (Sustainable Asset Management) in Zürich sind mittlerweile gängige Instrumente, um Unternehmen zu bewerten. Entsprechend mühen sich die Firmen, ein gutes Bild abzugeben.

Manche machen es sich allerdings etwas einfach. Sie kaufen Zertifikate von Agenturen wie Climatepartner oder Atmosfair, die mit dem Geld zum Beispiel in Solar-, Wasserkraft- oder Windenergieprojekte investieren. Damit wollen die Unternehmen exakt jene Mengen an Treibhausgasen einsparen, die sie zuvor emittiert haben, und sich so „klimaneutral“ machen. Die Deals gleichen bisweilen einem modernen Ablasshandel.

Inzwischen schmücken sich selbst Rockkonzerte mit dem Label, aber auch Fernsehgeräte, Computer, Flugreisen und sogar Banken wie Credit Suisse oder Barclays. In den USA war „climate neutral“ das Wort des Jahres 2006.

Kritiker monieren, dass diese Methode bestenfalls eine Notlösung sein könne. Regine Günther vom WWF begrüßt zwar grundsätzlich solche Initiativen, beurteilt aber etwa die Aufforstungsprogramme, die manche Agenturen anbieten, höchst skeptisch: „Da ist unheimlich viel Unsinn dabei.“

Fraglich ist auch, ob die Beträge überhaupt ausreichend sein können, den ökologischen Schaden auszugleichen. Wer über „Climatefriends“ online Goldschmuck beim Juwelier Christ kauft, der kann einen „Klimabeitrag“ von 4,5 Prozent des Umsatzes leisten. Ein bescheidener Tribut, wenn man bedenkt, dass für jedes Gramm Gold nach Rechnung des Wuppertal Instituts mehr als eine halbe Tonne Rohstoffe bewegt werden müssen. Und da ist der immense Wasserverbrauch nicht einmal miteingerechnet.

Wie eine Alibiveranstaltung wirken auch die Bemühungen der Öl- und Gasindustrie: „Wir nehmen die Sorge um das Klima sehr ernst“, beteuert Kurt Döhmel, der Deutschland-Chef von Shell. Tatsächlich investieren Shell oder BP seit Jahren in erneuerbare Energien. Doch die Summen sind kaum der Rede wert, verglichen mit den Milliarden, die die Unternehmen in ihr dreckiges Kerngeschäft stecken: die Förderung und den Verkauf von Öl und Gas, das verbrannt wird und die Luft verschmutzt.

Damit verdienen sie ihr Geld, und daran soll sich so bald nichts ändern. Auch 2050, erwartet Döhmel, werden noch 80 Prozent des Energiebedarfs aus fossilen Brennstoffen gedeckt.

Noch größere Schwierigkeiten mit ökologischen Standards kommen auf die Versorgerwirtschaft zu. Laut WWF stehen in Deutschland sechs der zehn klimaschädlichsten Kohlekraftwerke Europas, vier davon gehören RWE. Dennoch planen die Stromkonzerne den Bau von fast 30 weiteren Anlagen, die mit Kohle befeuert werden.

Sie setzen darauf, bald eine technische Lösung zu finden, um CO_2 abzutrennen und endzulagern. Bis es so weit ist, werden noch viele Jahre vergehen. Und ob sämtliche Neubauten nachgerüstet werden können, steht in den Sternen.

Gelingt es RWE und Co. aber nicht, die Emissionen zu drosseln, kann es auch für die deutschen Versorger ausgesprochen teuer werden. In der kommenden Phase des Emissionshandels von 2008 an werden die Regierungen die Verschmutzungsrechte knapper bemessen als zuletzt, derzeit kosten sie bereits mehr als 20 Euro je Tonne CO_2.

THOMAS KIENZLE / AP

Fehrenbach

SCHULZ / ECOPIX.DE

Löscher

FRANK DARCHINGER

Hambrecht

Konzern-Lenker
Milliarden im dreckigen Kerngeschäft

Energiewissenschaftler wie der Berliner TU-Professor Georg Erdmann können sich vorstellen, dass die Preise auch mal über 100 Euro schießen werden – ein solches Niveau würde für RWE einen betriebswirtschaftlichen GAU bedeuten.

Solche Szenarien lassen ahnen, wie massiv der Klimawandel ins operative Geschäft eingreift. Wer zu spät reagiert, den bestraft der Kunde. Das muss die deutsche Autoindustrie derzeit schmerzhaft erfahren.

Toyota hat den energiesparenden Hybridantrieb serienreif entwickelt. Das kostete zwar zunächst Milliarden. Aber jetzt gilt die japanische Marke, die ein solides, aber eher biederes Image besaß, plötzlich als umweltfreundlich und technologisch führend. Sie könnte mit dem Slogan eines deutschen Herstellers werben: Vorsprung durch Technik.

Am Ende bleibt freilich die Frage, ob Nachhaltigkeit die Wirtschaft tatsächlich auch nachhaltig verändern wird. Ausgerechnet in der Werbebranche herrscht Skepsis, ob die grüne Konjunktur anhält. „So etwas gab es schon einmal“, sagt Peter Haller, Seniorchef von Serviceplan, der größten inhabergeführten Werbeagentur Deutschlands.

1970 gründete er das Unternehmen, einige Jahre später, als die Ölpreise in die Höhe schossen, bestimmte die Debatte um die Grenzen des Wachstums das öffentliche Bewusstsein. Das Thema sei dort jedoch schnell wieder verschwunden, je mehr Terrorismus und Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewannen, erinnert sich Haller.

Damals allerdings entspannte sich die Lage auf den Energiemärkten schnell wieder. Das ist heute, im dritten Jahr von Preisen jenseits der 40-Dollar-Marke pro Barrel Öl, nicht absehbar. Weiter steigende Energiekosten werden die Unternehmen eher noch stärker dazu zwingen, ihre Energieeffizienz zu verbessern und damit den Klimaschutz zu stärken. Und die EU wird den Druck auf die Wirtschaft durch schärfere Umweltgesetze im Zweifel weiter erhöhen.

Deshalb glauben viele Manager, dass es diesmal anders kommen wird als Anfang der siebziger Jahre. Bosch-Chef Fehrenbach ist sicher: „Das wird uns die nächsten Jahrzehnte beschäftigen.“

Dietmar Hawranek, Alexander Jung

NIR ELIAS / REUTERS / CORBIS

Container im Hafen von Shanghai
Halb Asien ist im Kaufrausch

AKTIEN

Verpasste Party

Rund um den Globus feiern die Börsen neue Höchststände. Besonders beliebt sind die Aktien deutscher Konzerne, die als Globalisierungsgewinner gelten.

Die Banken waren vorbereitet auf die neue Traummarke von 8151 Punkten, die der Deutsche Aktienindex am vergangenen Freitag erreichte. Still und heimlich hatten sie ihre Prognosen vom Jahresanfang über die künftigen Aktienkurse einkassiert und durch deutlich optimistischere Zahlen ersetzt.

Ursprünglich hatte die Deutsche Bank für das Jahresende 7200 Dax-Punkte anvisiert. Als der Boom an den Finanzmärkten diese Marke schon im April durchstoßen hatte, gab der Chef-Anlagestratege der Bank, Klaus Martini, ein neues Kursziel aus: 8500 Punkte. Die Commerzbank hatte am Jahresanfang optimistisch mit 7400 Punkten für Ende des Jahres gerechnet, nun sind es ebenfalls 8500.

„Der Trend ist dein Freund“, pflegte der Altmeister und Börsenguru André Kostolany zu sagen. Er brauchte dafür keine gewichtigen Studien. Wenn es hoch geht, geht es weiter hoch, gehört zu den paradoxen, aber vergleichsweise erfolgreichen Börsenweisheiten.

Wie zuletzt Ende der neunziger Jahre steigen die Kurse weltweit mit immer schwindelerregenderem Winkel nach oben. Wettbegeisterte Chinesen, die vom Wirtschaftsboom ihres Landes profitieren wollen, stürmen die Börsen und verdoppelten im Durchschnitt ihren Einsatz seit Jahresanfang. Halb Asien ist im Kaufrausch.

In den USA steht der Immobilienmarkt wegen abenteuerlicher Finanzierungen durch die Banken in manchen Regionen kurz vor dem Zusammenbruch. Die Kurzfristzinsen jenseits des Atlantiks liegen fast wieder so hoch wie im Boom- und Crashjahr 2000. Doch an der Wall Street zitterten die Händler nur ein, zwei Wochen. Dann feierten sie umso beseelter am vergangenen Donnerstag einen neuen Rekord.

Auch in Deutschland wurde die Börsenparty vor allem von den Ausländern gefeiert. Bei Industrie-Ikonen wie Siemens oder BASF gehören ihnen mehr als die Hälfte der Unternehmensanteile.

Im Ausland hatte sich schneller als im eigenen Land herumgesprochen, dass die großen Konzerne Globalisierungsgewinner sind. Zahlen der Deutschen Bundesbank belegen, dass Ausländer hierzulande im Jahr 2006 netto Aktien im Wert von 37,5 Milliarden Euro gekauft haben. Allerdings nutzten viele Profi-Anleger dann ab März die gestiegenen Kurse, um Gewinne mitzunehmen. Zwischen März und Mai verkauften Ausländer per Saldo deutsche Aktien im Wert von 40 Milliarden Euro.

Und was heißt das für die Mehrzahl der Privatanleger, die bisher die Party verpassten? Kommen sie zu spät, wenn sie jetzt erst einsteigen?

Noch immer wirken die Schockwellen nach, die der Crash des Jahres 2000 in den Depots hinterlassen hat. Seit Oktober vergangenen Jahres haben die vorsichtigen Deutschen Aktienfonds im Wert von netto über elf Milliarden Euro zurückgegeben, weil die Einstiegskurse der wilden Börsenjahre wieder in Sicht kamen.

Gern verweisen die Experten auf einen entscheidenden Unterschied zum Jahr 2000. „Aktien sind immer noch billig“, sagt Jörg Krämer. Mit dem 13fachen des prognostizierten Jahresgewinns seien die durchschnittlichen Bewertungen nicht in astronomische Höhen gestiegen. Der Chefvolkswirt der Commerzbank geht davon aus, dass die Gewinne der Unternehmen 2007 um 11 und 2008 gar um 12 Prozent munter weiter steigen werden.

„In Deutschland steht der von den Konsumenten getragene Aufschwung noch bevor“, sagt Holger Schmieding. Der Chefvolkswirt der Bank of America ist voller Optimismus, dass die steigenden Löhne und die geringere Arbeitslosigkeit in Deutschland erst in Zukunft ihre positive Wirkung entfalten werden.

In den USA rechnen Schmieding und seine Kollegen mit empfindlichen Rückschlägen insbesondere für den Finanzsektor. „Die Finanzierungskrise im Wohnungsbau kostet in den USA ein Prozent des Wachstums“, sagt er.

Doch wenn die Kurse nach oben gehen, erscheinen auch Unsicherheitsfaktoren plötzlich in einem rosigen Licht. Schmieding glaubt fest daran, dass die US-Konjunktur 2008 umso kräftiger anspringt.

Auch die Tatsache, dass viele Anleger den hohen Kursen misstrauen, findet Commerzbank-Experte Krämer gut. „Die müssen dann irgendwann kaufen“, sagt er. Genug Pessimisten gibt es. Ungewöhnlich viele Profis haben an der Terminbörse Eurex Put-Optionen gekauft, die massiv im Wert steigen, wenn es einen Crash gibt.

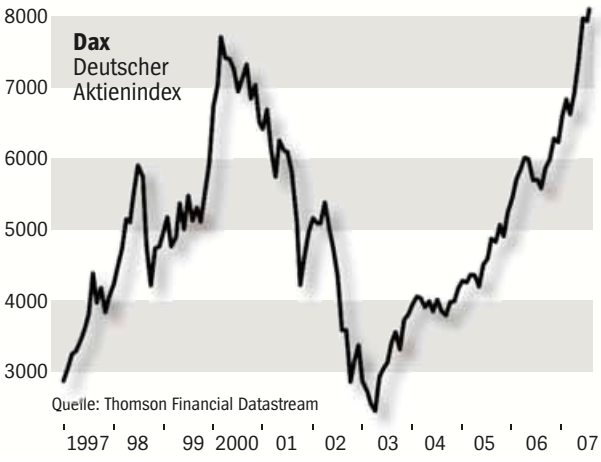
„Es ist ganz wichtig, dass uns die Skepsis erhalten bleibt“, sagt Henning Gebhardt. Dennoch wünscht sich der Fondsmanager von der größten deutschen Fondsgesellschaft DWS natürlich nichts sehnlicher als eine Renaissance der Aktienfonds bei den Privatanlegern.

Der Fondsmanager setzt zurzeit vor allem auf Industrie- und Chemiewerte. „Aktien gehören in jedes Portfolio“, sagt Gebhardt, „bis 2010 kann der Dax 10 000 Punkte erreichen.“

CHRISTOPH PAULY

Zu neuen Höhen

Wertentwicklung an wichtigen Aktienmärkten



INDEX	WERTENTWICKLUNG SEIT ANFANG 2007	2003
Dax Deutschland	+22 %	+178 %
Dow Jones USA	+11 %	+66 %
FTSE 100 Großbritannien	+8 %	+70 %
Nikkei Japan	+4 %	+110 %
Hang Seng Hongkong	+14 %	+145 %
Bovespa Brasilien	+30 %	+411 %

LÖHNE

Heillos verfahren

Der Tarifkampf der Lokführer stößt bei den Bürgern auf Sympathie. Das macht ihre Gewerkschaft noch entschlossener – und einen Kompromiss noch schwieriger.

Was die jüngsten Tarifgespräche bei der Bahn erbringen würden, wussten Zeitungsleser bereits im Vorhinein. In großformatigen Inseraten hatte Konzernchef Hartmut Mehdorn seinen aufmüpfigen Lokführern mitgeteilt, dass er zu keinen Zugeständnissen bereit sei. Die Zuglenker, so lautete die Botschaft, sollten den Abschluss der übrigen Bahngewerkschaften „anerkennen".

Entsprechend absehbar war der Verlauf der Verhandlungsrunde am vergangenen Freitag. Der Bahnvorstand bot den Lokführern mehr Gesundheitsschutz und schonendere Schichtpläne an. In der entscheidenden Lohnfrage aber kamen sich beide Seiten keinen Zentimeter näher. „Es begann frostig", sagt ein Teilnehmer, „und endete eisig."

Im Tarifkonflikt der Bahn haben sich die Verhandlungspartner in eine ausweglose Lage manövriert. Manfred Schell, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), fordert üppige Gehaltssteigerungen. Seine Klientel fühlt sich im Vergleich zu den übrigen Bahnbeschäftigten unterbezahlt. Konzernchef Mehdorn dagegen hat mit den Großgewerkschaften Transnet und GDBA vereinbart, genau das zu verhindern. Macht er Zugeständnisse, so sieht ihr Deal vor, muss der Lokführer-Abschluss auf alle übrigen Bahnangestellten übertragen werden.

Zielgerichtet läuft der Konflikt auf die nächste Eskalationsstufe zu. Gibt es diese Woche keine Einigung, droht ein unbefristeter Streik, der den Zugverkehr im Land empfindlich stören und das Betriebsklima beim größten Staatsunternehmen des Landes dauerhaft ruinieren könnte. Die Lokführer verpatzten die Story für den Börsengang, maulte Mehdorn.

Dass die Zugführer einlenken, ist unwahrscheinlich. Zwar mutet ihre Forderung nach Gehaltssteigerungen von bis zu 31 Prozent monströs an. Doch in der Bevölkerung stößt sie durchaus auf Sympathie: Nach einer Forsa-Umfrage haben mehr als zwei Drittel der Bürger Verständnis für das Vorgehen der Gewerkschaft.

Tatsächlich fallen die Gehälter, die der Staatskonzern den Piloten seiner ICE- oder Regionalexpresszüge zahlt, eher bescheiden aus – sogar im Vergleich zur privaten Konkurrenz, wie das Beispiel zweier Lokomotivführer zeigt. Gregor Gemulla und Markus Mikluschka absolvierten 1998 gemeinsam ihre Ausbildung. Mikluschka arbeitet noch immer bei der Deutschen Bahn in Hannover, Gemulla lenkt seit bald vier Jahren Züge des privaten Bahnkonkurrenten Metronom zwischen Hamburg und Göttingen beziehungsweise Bremen.

Gemullas Grundgehalt lag im vergangenen Monat bei 2313 Euro brutto – und damit bereits 171 Euro über dem Höchstgehalt bei der Deutschen Bahn für angestellte Lokführer. Sein Kollege Mikluschka verdient lediglich 2050,22 Euro im Monat. Inklusive Zuschläge brachte der Alleinverdiener mit zwei Kindern beispielsweise im April insgesamt 2265 brutto nach Hause, auch in anderen Monaten ist es nicht viel mehr. Netto blieben gerade einmal 1725 Euro übrig – und das bei permanenten Nachtschichten und Wechseldiensten.

„Wenn ich nicht mindestens 25 Nachtstunden pro Monat fahre und entsprechende Zulagen bekomme, liegt das Nettogehalt auch schon mal bei nur 1500 Euro", klagt Mikluschka. Um einigermaßen über die Runden zu kommen, jobbt er nebenbei als Hausmeister in einem Kindergarten.

Dass sich an dieser Situation etwas ändert, konnte er bislang nicht hoffen. Er ist 30 Jahre alt und erreicht in Kürze die höchste Einkommensstufe. Bei 2142 Euro brutto Grundgehalt ist bei der Deutschen Bahn AG Schluss – für immer.

Geht es nach Konzernchef Mehdorn, soll sich daran nichts Wesentliches ändern. Was die Lokführer fordern, schwäche die Bahn „im Wettbewerb", so Arbeitsdirektorin Margret Suckale.

Der Vergleich mit der Konkurrenz hinkt nicht nur im Fall von Gemulla und Mikluschka. Denn die meisten der privaten Eisenbahngesellschaften wie Connex, Metronom, Arriva oder der Güterspezialist Rail4Chem haben Haustarifverträge mit der GDL abgeschlossen, die mindestens das Niveau der Deutschen Bahn erreichen, oft liegen sie sogar deutlich darüber.

Auch innerhalb des Bahnkonzerns verdienen nicht alle, die das Gleiche leisten, gleich viel oder wenig. Denn 34 Prozent der insgesamt 19 900 Lokomotivführer sind noch Beamte aus der Zeit, bevor die Bahn 1994 privatisiert wurde. Sie verdienen zum Teil bis zu 850 Euro brutto mehr im Monat als ihre nicht verbeamteten Kollegen.

Wo in dem heillos verfahrenen Konflikt ein Kompromiss liegen könnte, ist deshalb unabsehbar. Vergangene Woche kursierten zwei mögliche Lösungen: Entweder bietet die Bahn zu den von der Transnet und der GDBA ausgehandelten 4,5 Prozent ein großes Paket an Bonuszahlungen und Sozialleistungen für das Fahrpersonal an. Oder Mehdorn akzeptiert einen höheren Tarifabschluss und nimmt in Kauf, diesen auch den übrigen Gewerkschaften zuzugestehen.

Die Zugführer jedenfalls scheinen zu allem entschlossen. Ihre Gewerkschaft, so streuen ihre Funktionäre seit Wochen, gehöre zu den reichsten des Landes.

MICHAEL SAUGA, JANKO TIETZ

PATRICK PLEUL / DPA

Lokführer im Regionalzug: *Die nächste Eskalationsstufe angesteuert*

MICHAEL WALLRATH / ACTION PRESS

Kontrahenten Schell, Mehdorn
Schonende Schichtpläne

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Es ist eine wunderbare Zeit“

Jamie Dimon, 51, Vorstandsvorsitzender der amerikanischen Großbank J. P. Morgan Chase, über gerechte Millionengehälter, die Gefahren für die Finanzmärkte durch Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften – und die Gründe, warum er vielleicht in Europa eine Bank übernehmen will

Banker Dimon

WERNER SCHUERING

J. P. Morgan Chase ist mit einer Marktkapitalisierung von 169,2 Milliarden Dollar einer der großen US-Finanzkonzerne. In Deutschland treten die Amerikaner vor allem als eine der führenden Investmentbanken auf. Ihre Banker berieten DaimlerChrysler unlängst beim Verkauf von Chrysler und arrangierten mit anderen Banken die Finanzierung für den Erwerber Cerberus in Höhe von über 60 Milliarden Dollar. Beim Weiterverkauf des Medienkonzerns ProSiebenSat.1 an Finanzinvestoren vertraten sie die Interessen des Medienunternehmers Haim Saban. Zurzeit lässt sich die Deutsche Börse von J. P. Morgan beim Kauf der auf 2,8 Milliarden Dollar taxierten New Yorker Optionsbörse International Securities Exchange beraten.

SPIEGEL: Mr Dimon, das US-Magazin „Fortune“ hat Sie „den härtesten Kerl an der Wall Street“ genannt. Fühlen Sie sich treffend beschrieben?

Dimon: Das war eine nette Schlagzeile, stimmt aber trotzdem nicht. Natürlich muss ich manchmal harte Entscheidungen fällen. Das ist mein Job. Aber die Leute müssen ihrem Chef auch vertrauen können. Sie wissen bei mir, dass ich sie unterstütze, wenn die Zeiten mal härter werden.

SPIEGEL: Für diesen Job erhielten Sie im vergangenen Jahr inklusive Bonus 27 Millionen Dollar, einige Ihrer Angestellten kassierten sogar noch mehr. Sind Sie und Ihre Leute das wert?

Dimon: Ökonomisch betrachtet: ja. Wenn eine große Firma die falschen Chefs hat, wird es für viele Angestellte böse enden. Daher ist es richtig, einem guten und qualifizierten Management eine Menge Geld zu zahlen.

SPIEGEL: Täuscht der Eindruck, dass gelegentlich die Millionen auch ohne entsprechende Gegenleistung der Manager gezahlt werden?

Dimon: Natürlich gibt es schlimme Exzesse. Manche Unternehmenschefs bekommen nur deshalb zwei- bis dreimal so viel Gehalt wie sonst üblich, weil sie einen goldenen Fallschirm ausgehandelt haben oder der Besitzer ihrer Firma wechselt. Es gibt riesige Optionsprogramme, die nichts mit der Leistung der Manager zu tun haben.

SPIEGEL: Die Lokführer in Deutschland haben gestreikt. Sie machen einen verantwortungsvollen Job und verdienen trotzdem weniger als 40 000 Dollar im Jahr. Ist das gerecht?

Dimon: Es ist ein großer Fehler, immer zu vergleichen. Jeder ist mit bestimmten Fähigkeiten geboren. Der eine ist großgewachsen, der andere dick oder dünn. Ich weiß nicht, ob die Forderungen der Lokführer gerechtfertigt sind. Aber sie sind nicht deshalb gerechtfertigt, weil jemand anders mit einem völlig anderen Berufs- und Anforderungsprofil mehr Geld verdient.

SPIEGEL: Selbst an der Wall Street gibt es Stimmen, die eine Obergrenze für die Gehälter bei den Investmentbanken festlegen wollen.

Dimon: Da wird der falsche Baum angebellt. Wir bewegen uns in einem sehr kompetitiven Markt. Wenn meine Banker auf der anderen Seite der Straße deutlich mehr Geld verdienen, werde ich sie verlieren. Zudem gibt es nun eine harte Konkurrenz von Beteiligungsgesellschaften und Hedgefonds, die mit noch mehr Geld locken. Aber wir sollten auch nicht so laut darüber klagen, wenn wir viel Steuern zahlen müssen. Es lässt sich durchaus argumentieren, dass wir von der Gesellschaft mehr als andere profitieren.

SPIEGEL: Sie profitieren vor allem von der aktuellen Fusionswelle. Im ersten Halbjahr wurden Übernahmen im Wert von unglaublichen 2397 Milliarden Dollar weltweit angekündigt.

Dimon: Es ist sicherlich eine wunderbare Zeit für Investmentbanken. Wir sind nahe an einem zyklischen Hoch, und die Zahl der Übernahmen wird auch mal wieder zurückgehen. Aber in 20 Jahren werden wir noch viel besser dastehen. Die Unternehmen brauchen Beratung. Die von uns angebotenen finanziellen Instrumente werden immer ausgefeilter. Wir setzen auf Wachstum.

SPIEGEL: Die deutsche Regierung ist besorgt darüber, dass riesige Staatsfonds aus China oder Russland sensible Industriezweige aufkaufen. Teilen Sie deren Sorgen?

Dimon: Regierungen müssen sich sicherlich genau anschauen, welche Ziele die Staatsfonds verfolgen. Sind sie unabhängig? Verhalten sie sich wie normale Investoren? Es gibt staatliche Gesellschaften aus Singapur oder Kuweit, die rein wirtschaftliche Interessen verfolgen. Die wollen einfach nur Geld verdienen, beispielsweise für ihr staatliches Pensionssystem.

SPIEGEL: In den USA wurde bereits die Übernahme von Häfen durch eine arabische Gesellschaft aus sicherheitspolitischen Gründen untersagt. Was haben Sie Bundesfinanzminister Peer Steinbrück während Ihres Gesprächs hier in Berlin geraten?

Dimon: Wenn es um die Verteidigungsindustrie oder die Sicherheit eines Landes geht, kann ich den Wunsch einer Regierung nach Kontrolle verstehen. Aber wenn Sie den Ruf aller möglichen Leute nach Protektion erhören, kommen Sie in Teufels Küche. Ich halte es für einen Fehler, ökonomische Entscheidungen zu politisieren.

SPIEGEL: Ein Herzensanliegen der Bundesregierung ist die Regulierung der Hedgefonds, deren Ausbreitung die Stabilität der Finanzmärkte bedrohen könnte. Auch ein Thema bei Steinbrück?

Dimon: Es geht Herrn Minister Steinbrück nicht um Regulierung, sondern um Transparenz. Aber über Details möchte ich nicht reden, da bitte ich um Verständnis.

SPIEGEL: Eine Tochterfirma von J. P. Morgan Chase gilt als die größte Hedgefonds-Gesellschaft der Welt, mit einem verwalteten Vermögen von 34 Milliarden Dollar. Ist das nicht hochriskant?

Dimon: Wir haben unsere Risiken im Griff…

SPIEGEL: … das sagt jeder der über 9000 Hedgefonds, und dann gibt es immer wieder spektakuläre Pleiten.

Dimon: In der Tat gehen viele Hedgefonds bankrott. Auf dem Weg der natürlichen Auslese verschwinden jedes Jahr 20 Prozent. In Zukunft werden sich große, gut gemanagte Fonds herauskristallisieren.

New Yorker Börse

STEPHEN CHERNIN / GETTY IMAGES

Die weltgrößten Banken

Marktkapitalisierung in Milliarden Dollar

Citigroup	261,4
Bank of America	219,8
HSBC	217,0
Barclays-ABN Amro*	189,6
ICBC	178,8
China Construction Bank	172,2
J.P. Morgan Chase	**169,2**
UBS	127,8
Royal Bank of Scotland	121,7
Bank of China	121,5

Nettogesamtertrag..... 61,4 Mrd. $
Jahresüberschuss..... 14,4 Mrd. $
Eigenkapitalrendite..... 20 Prozent
Mitarbeiter..... 174 360

* geplant; Quelle: Thomson Financial Datastream; Geschäftsbericht 2006

DER SPIEGEL

Banken wie J. P. Morgan können ihnen ein Siegel der Seriosität verleihen und ein gewisses Niveau an Risikosteuerung oder Rechnungslegung gewährleisten.

SPIEGEL: Auch wenn Investmentbanken das Geschäft von Hedgefonds betreiben, kann das mächtig schiefgehen. Zwei Fonds Ihrer Kollegen von Bear Stearns standen kurz vor der Pleite.

Dimon: Sie kollabierten, weil sie zu hohe Risiken eingegangen waren.

SPIEGEL: Ihre Bank war zusammen mit Citigroup und Merrill Lynch der Auslöser für die Krise, weil Sie von den Hedgefonds mehr Geld sehen wollten.

Dimon: Der Kollaps hatte nichts damit zu tun. Wenn Hedgefonds hohe Verluste machen und dann illiquide werden, ist das allein ihr Fehler. Es ist ganz normal, dann mehr Kapital zur Absicherung der Geschäfte zu verlangen. Die beiden Hedgefonds waren hochverschuldet, investierten in illiquide Papiere und hatten nur eine kurzfristige Finanzierung.

SPIEGEL: Es ging immerhin um drei Milliarden Dollar. War das ein Unfall oder der Beginn einer fundamentalen Krise?

Dimon: Es ist normal in unserer Welt, dass Ideen auch einmal scheitern. Es gibt noch andere Hedgefonds, die zu hohe Risiken eingehen.

SPIEGEL: Umso schlimmer. Immerhin befindet sich der US-Markt für Hypotheken mit schlechter Bonität, der auch den beiden angesprochenen Fonds die herben Verluste bescherte, gerade in beängstigenden Turbulenzen.

Dimon: Sie müssen den Finanzmarkt von der realen Ökonomie trennen. Die finanziellen Verluste sind aus Finanzmarktsicht bislang kein Problem, sie verteilen sich auf die Käufer von Kreditderivaten, Banken und Hedgefonds. Die aktuelle Krise wirkt sich aber auch auf den realen Markt aus. Weniger Menschen können Häuser kaufen, die Hauspreise sinken.

SPIEGEL: Könnte sich daraus eine Rezession entwickeln?

Dimon: Die Lage ist schlimmer, als die Leute glauben. Aber die Dimension reicht nicht aus, um eine Rezession auszulösen. Die US-Ökonomie ist groß und in der glücklichen Situation, dass der Rest der Welt wächst. China, Japan und Europa werden stärker, das wirkt sich positiv auf die USA aus. Zudem gibt es bislang keine Anzeichen für eine Schwäche des privaten Konsums.

SPIEGEL: Ihre optimistische Sicht der Finanzmärkte wird von vielen Regierungen nicht geteilt. Sie fürchten eine Krise des globalen Finanzsystems, wenn möglicherweise mehrere Hedgefonds zusammenbrechen – mit gewaltigen Folgen auch für die reale Wirtschaft.

Dimon: Natürlich müssen die Regulatoren das systemische Risiko im Auge haben, das entsteht, wenn viele Hedgefonds pleite gehen. Die Kontrollsysteme der Banken sind zwar mittlerweile viel besser, aber die Hedgefonds sind sehr viel größer geworden. Die Regierungen müssen sich fragen, ob sie genug Informationen beisammen haben.

SPIEGEL: Das fragen sie ja. Ihre Antwort: nein.

Dimon: Die Aufseher der Finanzmärkte sollten sich zusammensetzen. Das kann nur international gelöst werden. US-Finanzminister Henry Paulson arbeitet an Vorschlägen, wie gute Praktiken für die Branche definiert werden sollten.

SPIEGEL: Viele Hedgefonds haben sich bisher auch gegenüber der US-Regierung geweigert, Informationen über ihre Investitionen preiszugeben.

Dimon: Aber was wollen denn die Regulatoren genau wissen? Geben Sie mir ein Beispiel.

SPIEGEL: Sie interessiert beispielsweise, wo genau die Fonds investieren.

Dimon: Aber warum? Vernünftiger wären Angaben über die Verschuldung der jeweiligen Fonds. Damit lässt sich die Stabilität des Finanzsystems besser beurteilen. Informationen zu einzelnen Investitionen und mögliche Verbote machen jedoch keinen Sinn. Der Staat sollte nicht bestimmen, wer was kaufen darf.

SPIEGEL: Aber auch viele Aktionäre verurteilen das extreme Kurzfristdenken vieler Hedgefonds.

Dimon: Es gibt Bedenken, richtig. Da kann man darüber nachdenken, ob es bei Aktien für kurzfristige Investoren gewisse Stimmrechtsbeschränkungen geben sollte, beispielsweise eine Mindesthaltefrist von sechs Monaten. Das müssen die Unternehmen aber selbst regeln, nicht der Gesetzgeber.

SPIEGEL: In Deutschland stößt das Treiben der Hedgefonds und der Private-Equity-Gesellschaften auf heftige Kritik, sie werden als Heuschrecken tituliert. Verstehen Sie das?

Dimon: Ich verstehe nicht, warum in gewissen Fällen das Geld des einen Investors besser sein soll als das Geld des anderen Investors. Aber ich teile die Bedenken, wenn es um sehr aggressiven Aktivismus und Insider-Transaktionen der Hedgefonds geht. Mit solchen Leuten machen wir keine Geschäfte.

WERNER SCHUERING

Dimon (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Die Banken werden vorsichtiger“

SPIEGEL: J. P. Morgan investiert nicht nur in Hedgefonds, sondern auch fünf Milliarden Dollar in die hauseigene Beteiligungsgesellschaft One Equity Partners. Wollen Sie das Geschäft ausbauen?

Dimon: Wir wollen unser Engagement auf zehn Prozent des Eigenkapitals begrenzen. Wenn wir gute Sachen sehr billig kaufen könnten, würde ich mit dem Limit nach oben gehen. Aber die Preise sind schon sehr hoch.

SPIEGEL: One Equity interessiert sich für die Autoindustrie. Sie sollen mit Ford über den Kauf von Land Rover und Jaguar verhandeln. Was ist an diesen Gerüchten dran?

Dimon: Normalerweise kaufen wir zusammen mit Partnern Firmen auf und bilden danach stärkere Einheiten. Das kann auch im Autogeschäft Sinn machen. Zu potentiellen einzelnen Transaktionen kann ich aber nicht Stellung nehmen.

SPIEGEL: Viele Private-Equity-Giganten wie etwa Blackstone sind seit kurzem an der Börse oder planen einen Börsengang. Die Gründer machen schnell Kasse. Naht das Ende des Private-Equity-Booms?

Dimon: Ich weiß nicht. Aber der Markt ist sicherlich an einem Wendepunkt angelangt. Das gilt insbesondere für die Fremdfinanzierung.

SPIEGEL: In den ersten beiden Quartalen dieses Jahres betrug etwa das Volumen von hochriskanten Spezialkrediten, die die Geldgeber kaum fällig stellen können, 105 Milliarden Dollar. In den zehn Jahren zuvor waren es insgesamt nur 32 Milliarden Dollar. Wann platzt diese Blase?

Dimon: Ich würde es nicht eine Blase nennen. Im Vergleich zum ganzen Weltfinanzsystem ist das nur ein kleiner Teil. Wenn man es einzeln betrachtet, dann bergen diese Kredite natürlich Risiken, die weit größer sind als früher. Die Verschuldungsgrade sind höher, viele Deals sind riskanter. Aber die Risikoprämien steigen bereits. Und für einige hochriskante Finanzierungen lassen sich gar keine Geldgeber mehr finden.

SPIEGEL: Sind Sie bei J. P. Morgan auch vorsichtiger geworden?

Dimon: Wir schauen uns jeden Kredit einzeln an. In letzter Zeit haben wir durch die genaue Prüfung viele Geschäfte verloren. Dieser Trend wird sich verstärken. Die Banken werden vorsichtiger …

SPIEGEL: … und gleichzeitig immer größer. Die britische Bank Barclays, die sich auch von Ihrem Institut beraten lässt, will gerade die niederländische Großbank ABN Amro übernehmen. Was bedeutet die anhaltende Konsolidierung für Sie?

Dimon: Ich sage meinen Aufsichtsräten, dass wir in Zukunft in den USA härtere Konkurrenz von europäischen Banken, aber auch von indischen und chinesischen Banken bekommen werden. Also müssen wir schneller besser werden.

SPIEGEL: Wollen Sie in die Schlacht eingreifen und eine europäische Bank übernehmen?

Dimon: Wir wollen nächste Woche die Deutsche Bank kaufen …

SPIEGEL: Für wie viel?

Dimon: Spaß beiseite. Als Investmentbank gehören wir zu den größten Playern der Welt und wachsen fast nur intern: mehr Händler, mehr Banker, mehr Systeme, mehr Länder. Aber wir haben kein internationales Privatkundengeschäft, das ist unsere größte strategische Lücke. Hier könnten wir eine Akquisition tätigen.

SPIEGEL: In Europa?

Dimon: Möglicherweise.

SPIEGEL: Und wann?

Dimon: Das wird von den Möglichkeiten und Preisen abhängen. Noch vor einem Jahr waren wir zu einer großen Übernahme nicht fähig, wir hatten weder das Management noch die Systeme. Jetzt sind wir zwar stark genug, aber zuerst müssen sich im Zuge der weiteren Konsolidierung größere Einheiten bilden. Die könnten dann für uns als Übernahmeziel interessant werden, aber das wird wohl eher ein Thema für meinen Nachfolger sein.

SPIEGEL: Mr Dimon, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Christoph Pauly und Beat Balzli im Berliner SPIEGEL-Büro.

THE IMAGE WORKS / VISUM

US-Immobilien (in Nevada): *„Die Lage ist schlimmer, als die Leute glauben“*

DIENSTLEISTUNGEN

Aufträge aus dem Netz

Internet-Portale für die Vergabe von Handwerker- und Dienstleistungsaufträgen verzeichnen gigantische Zuwachsraten. Der Erfolg lockt Investoren an.

N. LIPKA / BLICKWINKEL

Handwerker (auf der Insel Föhr): *Hammer in die Hand genommen*

Ingo Endemann hat alle Höhen und Tiefen der Internet-Ära hautnah miterlebt – den kometenhaften Aufstieg von Dampfplauderern zu Börsenstars, den Absturz ins Nichts, die Wut geprellter Anleger und den mühsamen Wiederaufstieg. Endemann war immer mittendrin und selbst lautstarker Teil der Geschichte.

Endemann!! Internet AG – mit zwei Ausrufezeichen – nannte er großspurig seine Minifirma, die unter anderem eine Suchmaschine namens Abacho entwickelt hatte. Rund 15 Millionen Euro steckten ihm die Börsianer 1999 in die Tasche und erlebten mit der Aktie einen kurzen Höhenflug und einen langen Katzenjammer.

Vergangene Woche war Endemann, 38, wieder obenauf. Für 16 Millionen Euro kaufte ihm die Verlagsgruppe Holtzbrinck seinen Anteil an dem inzwischen in Abacho AG umbenannten Unternehmen ab. Mit weiteren 40 Millionen will Holtzbrinck die Kleinanleger auszahlen.

Viel Geld für eine Firma, die zuletzt einen Verlust von 1,2 Millionen Euro bilanzierte – bei einem Umsatz von gerade mal 4,4 Millionen Euro. Doch Abacho hat eine Perle im Portfolio – die Tochter My-Hammer.de, die sich dank gigantischer Werbeausgaben als Nummer eins unter einer neuen, schnell wachsenden Form von Auktionsplattformen etabliert hat: die Auftragsvergabe an Handwerker per Internet.

Die Idee der Dienstleistungsauktionen basiert auf dem Konzept von Ebay – nur umgekehrt. Privatleute beschreiben im Internet möglichst genau die zu erledigenden Arbeiten und geben einen Höchstpreis an, den sie bezahlen wollen. Handwerker, die Interesse an dem Auftrag haben, unterbieten den Preis. Nach getaner Arbeit können beide Seiten Bewertungen, zum Beispiel über Qualität, Zuverlässigkeit oder Zahlungsmoral, ins Netz stellen.

Die Transparenz bringt allen Vorteile: Verbraucher können oft 30 Prozent und mehr sparen. Betriebe finden Aufträge, von denen sie sonst nie erfahren hätten, und die Internet-Firma profitiert von den Vermittlungsprovisionen. Selbst die Schwarzarbeit werde eingedämmt, heißt es, denn die Auktionen würden von Finanzämtern mit großem Interesse verfolgt.

Neu war die Idee nicht mehr, als Endemann 2005 den Hammer in die Hand nahm. Schon Ende der neunziger Jahre hatten Tüftler mit Internet-Plattformen für Handwerker und Dienstleistungen experimentiert. 2003 bekam das Thema dann Schwung. Unter Namen wie undertool.de oder kallekanns.de ging gleich ein halbes Dutzend Dienstleistungsportale online. Inzwischen buhlen rund 20 Internet-Firmen um die Gunst von Auftraggebern und Handwerkern. Und „jeder“, sagt Endemann, „träumt von einem zweiten Ebay“.

Längst haben die einst scheinbar unangreifbaren Adressbuchverlage die Gefahr für das Quasi-Monopol ihrer gelben Seiten erkannt und beteiligten sich kurzerhand an Portalen wie blauarbeit.de oder jobdoo.de. Und obwohl die ersten Auktionshäuser schon wieder aufgeben, kommen ständig neue hinzu. So gingen erst im Februar der Axel-Springer-Verlag und die Deutsche Telekom gemeinsam mit dem Portal Profis.de an den Start.

Sie alle lockt ein riesiger Markt. Rund 483 Milliarden Euro setzten die knapp 950 000 Handwerksbetriebe in Deutschland 2006 um. Etwa die Hälfte der Einnahmen stammt von privaten Auftraggebern.

Gleichzeitig ist der Konkurrenzkampf deutlich härter geworden, seit die Bundesregierung das Handwerksrecht novelliert hat. So kamen seit 2004 mehr als 60 000 Handwerksbetriebe hinzu. Zudem drängen immer mehr Konkurrenten aus Polen und anderen neuen EU-Staaten ins Land.

Obwohl die Handwerkskammern die Gefahr von Dumping-Angeboten im Netz wittern, ist das Interesse der Bürger groß. Einige tausend Betriebe, so schätzen Experten, bekommen ihre Aufträge inzwischen ausschließlich aus dem Netz. Immerhin wurden bei blauarbeit.de seit 2005 schon Aufträge im Wert von 75 Millionen Euro vergeben. Branchenprimus Endemann rechnet damit, dass über My-Hammer im laufenden Jahr bereits ein Auftragsvolumen von rund 200 Millionen Euro verteilt wird – viermal so viel wie 2006.

Auktionsportale im Internet: *„Jeder träumt von einem zweiten Ebay“*

Längst werden die Portale nämlich nicht nur von Privatleuten frequentiert. Auch Architekten, Wohnungsbaugesellschaften und andere große Firmen haben die Vorteile der Online-Ausschreibungen erkannt. Selbst Millionenaufträge wie die Sanierung eines ganzen Wohnkomplexes oder der Bau einer Solaranlage für 2,1 Millionen Euro wurden dort schon vergeben.

Für Endemann ist das erst der Anfang. Schon träumt er sich wieder in Milliarden-Regionen. „Ein Prozent der privaten Dienstleistungsaufträge“, also rund 2,4 Milliarden Euro, „werden in drei Jahren bei uns unter den Hammer kommen“, sagt der Mann aus Neuss.

Möglich erscheint das durchaus. Doch selbst wenn Endemann das Ziel erreicht, wäre die Firma von Ebay-Dimensionen noch Lichtjahre entfernt. An Provisionen könnte My-Hammer.de dann nämlich allenfalls 100 Millionen Euro kassieren – Ebay verbucht fast sechs Milliarden Euro Umsatz.

KLAUS-PETER KERBUSK

JOCHEN ZICK / KEYSTONE (GR.); TESCHNER, ANKE / ACTION PRESS (KL.)

Kausch

TV-SENDER

Sat.1 spart an Information

Die Mitarbeiter der Sendergruppe ProSiebenSat.1 müssen sich auf schlechte Nachrichten gefasst machen. Während Konzernchef Guillaume de Posch auf der Hauptversammlung am Dienstag noch einmal für die gerade vollzogene Fusion mit dem TV-Konzern SBS werben wird, sollen im Laufe der Woche Details zum anstehenden Personalabbau bekanntgemacht werden. Dem Renditedruck der neuen Eigentümer, den Finanzinvestoren KKR und Permira, sollen dabei vor allem die Informations- und Nachrichtenprogramme zum Opfer fallen. Beim kriselnden Kanal Sat.1 soll etwa die quotenstarke Sendung „Sat.1 am Mittag“ laut einem Insider ganz wegfallen – die rund 35 Mitarbeiter sind angeblich leicht zu kündigen, ihre Verträge laufen im November aus. Gestrichen werden sollen auch „Sat.1 am Abend“ und „Sat.1 News – Die Nacht“, bei der „Blitz“-Redaktion stehen womöglich ebenfalls Kürzungen an. Mit Nachrichtenchef Thomas Kausch verhandelt der Sender derzeit über seine Entlassung. Von den Plänen zum Jobabbau seien konzernweit bis zu 200 Mitarbeiter betroffen, heißt es im Haus, davon etwa 60 bei Sat.1 – das entspräche dort rund einem Viertel der Belegschaft. An diesem Montag wird der Betriebsrat vorab informiert, für Freitag ist eine Betriebsversammlung in Berlin geplant. Hatten Finanzchef Lothar Lanz und Permira-Deutschland-Chef Thomas Krenz vor Monaten noch versichert, es werde keinen Jobabbau geben, räumt inzwischen selbst de Posch ein, dass ein solcher Schritt bevorstehe. Er will die Rendite in den nächsten Jahren von derzeit 22,2 Prozent auf bis zu 30 Prozent steigern, auf dem Konzern lasten zudem über vier Milliarden Euro Schulden. Durch die Integration von SBS, die im Konzern unter dem Arbeitstitel „One World“ betrieben wird, sollen weitere Stellen wegfallen. Trotz der Sparpläne will sich der Aufsichtsrat auf der Hauptversammlung etwas höhere Gehälter genehmigen lassen: Künftig soll jedes Mitglied 100 000 Euro im Jahr fest bekommen, die variable Vergütung entfällt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter kassieren dann künftig je 200 000 Euro. Zum Vergleich: 2006 verdienten von den 15 Mitgliedern des Gremiums 9 unter 100 000 Euro.

ARD

„Die fetten Jahre sind lange vorbei“

Der neugewählte NDR-Intendant Lutz Marmor, 53, über seine Pläne für den Norddeutschen Rundfunk

KLAUS GOERGEN / AP

SPIEGEL: Vor Ihrer Wahl hat es politisches Gerangel gegeben. Ist der NDR dadurch beschädigt?
Marmor: Das sehe ich nicht. Denn nun ist ein Ergebnis herausgekommen, das die Unabhängigkeit der Gremien von äußerer Einflussnahme stärkt. Aber Unabhängigkeit muss immer wieder neu erkämpft werden.
SPIEGEL: Ministerpräsident Christian Wulff hat gleich nach der Wahl gelobt, Sie stünden für Kostenbewusstsein. Sind Sie der Sparkommissar?
Marmor: Ein radikaler Sparkurs ist nicht angesagt. Aber die fetten Jahre der ARD sind lange vorbei. Mehr denn je müssen wir bei allem, was wir tun, die Gebührenzahler im Blick haben.
SPIEGEL: Ihr Vorgänger Jobst Plog steht für die Strategie, auch große Namen einzukaufen, die Geld kosten.
Marmor: Was Jobst Plog erreicht hat, war sehr erfolgreich. Die Moderatoren passen zu uns und kommen ja ursprünglich auch von uns. Auch künftig werden wir Talente aus dem eigenen Nachwuchs fördern. Wichtig ist, dass wir den Kontakt zu den jungen Leuten wieder stärker bekommen.
SPIEGEL: Wie wollen Sie das schaffen?
Marmor: Nicht durch radikale Verjüngung. Aber im Fernsehen müssen wir uns stärker als bisher den 25- bis 49-Jährigen zuwenden – ohne die Älteren zu verlieren. Da müssen wir eine vernünftige Balance hinkriegen. Wir bekommen schließlich von allen Gebührenzahlern Geld. Deshalb müssen wir auch Programm für alle machen.

PROZESSE

„Monitor“ unterliegt

Fotograf Christian Schroth hat einen Prozess gegen das WDR-Polit-Magazin „Monitor“ gewonnen. Das hatte unter dem Titel „Gekaufte Randale“ über die Gewalt an der Berliner Rütli-Schule berichtet und suggeriert, Schroth habe einem Schüler Geld gezahlt, damit er sich steinewerfend ablichten lasse.

CHRISTIAN SCHROTH

Schroth-Foto

Schroths Bild war in der „B.Z“ und anderen Tageszeitungen sowie im SPIEGEL abgedruckt worden. Die Sendung überschreite „die Grenzen zulässiger Verdachtsberichterstattung“, urteilte das Kammergericht Berlin. Die Zeugen seien zum Teil nicht glaubhaft, ihre Aussagen widersprüchlich und eidesstattliche Versicherungen sogar falsch. Für einen Fotografen aber sei der Verdacht, manipulierte Bilder abzuliefern, existenzbedrohend.

TV-Vorschau

Herzentöter

Montag, 22.45 Uhr, ARD

Der Spreewald ist mehr als seine Gurken: Allerhand Sumpfgeister scheinen in diesem mit Nachtsichtgerät gedrehten Roadmovie ihr Unwesen zu treiben. Bauer Hanusch (Paul Fassnacht) hat sich mit den Vorkommnissen arrangiert. Nicht so der junge Autoknacker Kobja (Xaver Hutter), der sich mit dem frisch gestohlenen Porsche im Morast festfährt. Und auch nicht die betrunkene Schauspielerin Julia (Katja Flint) auf der Rückbank. Der Debüt-Langspielfilm von Bernd Heiber (Buch und Regie) ist ein seltenes, hervorragend besetztes Juwel im Fernseh-Unterhaltungssumpf, in dem sonst nur die Gurken gedeihen.

Im Schatten der Blutrache

Dienstag, 22.45 Uhr, ARD

„Du bist kein Mann mehr, du bist ein Europäer – wie eine Frau bist du!“, muss sich der Bielefelder Kurde Adil von seinem Schwager sagen lassen,

STEFAN REISS FILM / SWR

Szene aus „Im Schatten der …“

weil er seiner Frau in der Küche hilft. Das war, bevor seine Schwester Gülnaz die Scheidung einreichte und damit eine blutige Familienfehde auslöste. Zwei Jahre lang begleiteten Jana Matthes und Andrea Schramm die verängstigte Einwandererfamilie: Adil, der als Familienältester täglich um sein Leben fürchtet, den kleinen Bruder, der bereits wegen Mordes im Gefängnis sitzt, und Gülnaz’ Tochter, die trotz der Heirat mit einem Kurden von öffentlichen Auftritten als Sängerin träumt. Die bewegende Dokumentation wirkt wie ein trauriger Krimi ohne Auflösung. Noch beeindruckender aber erzählt sie von Menschen, die an der Kluft zwischen europäischer Emanzipation und kurdischer Tradition zerbrechen.

Das Kind, die Kommune und der Guru

Dienstag, 23.25 Uhr, Arte

Sie ist 13, da liegt ein fremder Mann in ihrem Bett: Maroesja, Tochter einer Bhagwan-Anhängerin, wächst in Kinderkommunen verschiedener Länder auf. Sexueller Missbrauch von Minderjährigen wird in den Hippie-Gemeinden der Sekte ebenso praktiziert wie totgeschwiegen. Während die Erwachsenen ihren Guru und „die totale Freiheit“ bejubeln, sind die Kinder und Jugendlichen sich selbst überlassen. Zwei Jahrzehnte später versucht Regisseurin Maroesja Perizonius mit dieser Dokumentation, das Trauma ihrer Kindheit zu verarbeiten. Ein steiniges Vorhaben: Noch immer entzieht sich die Mutter, mit Vorwürfen konfrontiert, der Verantwortung und gleicht einem emotionalen Eisklotz.

WDR

Szene aus „Castells, lebende Türme“

Castells, lebende Türme

Donnerstag, 23.15 Uhr, WDR

87 Minuten über katalanische Menschen, die mit ihren Körpern lebende Türme bauen – kennt der Doku-Ingrimm keine Grenzen? Wie falsch. Gereon Wetzel, 34, entfaltet in seinem Hochschulabschlussfilm einen wunderbar liebevollen Bilderbogen über das Zusammenspiel von Irrsinn und Heimat, nicht eine Minute zu lang. Warum sich starke Männer, hübsche Mädchen und leichte Kinder voller Leidenschaft zu Leibestürmen aufrichten, wissen sie selbst wohl nicht. Sie tun es eben seit 200 Jahren. Und sie reden ohne Ende darüber. Was für wunderbare Bilder, wenn so ein Menschencampanile für kurze, zittrige Sekunden steht. Oder zusammenstürzt und ein Einheimischer weiß: „Die Schwerkraft war schuld.“

TV-Rückblick

Trolle, Fjorde und ein Postschiff

3. und 10. Juli, ZDF

Was ist es einem Urlauber aus Aschaffenburg wert, einen Pottwal zu sehen? Vier Stunden Fahrt auf einem stark schaukelnden Ausflugsboot, Seekrankheit inklusive. Dann endlich sprühen drei Pottwale Luft-Wasser-Fontänen in den Himmel, und zurück geht es zur „Finnmarken“, einem Kreuzfahrtschiff, das normalerweise ein Postschiff der Hurtigruten-Linie ist. Spektakuläre Bilder zerklüfteter Fjorde und den Alltag auf der „Finnmarken“ haben die Filmemacher Ulli Rothaus und Bodo Witzke in ihrer zweiteiligen Dokumentation festgehalten. Zum Glück entschieden sie sich für den unaufgeregten Stil einer klassischen Reisereportage und ließen so Zeit und Raum für die Ereignisse: Desinfektionsaktion an Bord nach einer Magen-Darm-Virus-Epidemie, abgehärtete Grenzsoldaten, die bei vier Grad Wassertemperatur ins Meer springen, und „Stalins letzte Rote Armee“, Millionen roter Königskrabben. Solche schnörkellosen Reportagen sind bei Zuschauern beliebter als aufgedonnerte und viel teurere Doku-Dramen wie „Momella – Eine Farm in Afrika“ oder „Oman – Abenteuer in Arabien“. Denn „Trolle, Fjorde und ein Postschiff“ erreichte auf diesem Sendeplatz einen Marktanteil von 17 Prozent, „Momella“ hatte nur 11 und „Oman“ 10 Prozent. Und obwohl das Durchschnittsalter der Kreuzfahrer bei 62 Jahren liegt, haben sich mehr jüngere Zuschauer diese Sendung angesehen als die angeblich so modernen Doku-Dramen. Man darf sich, hoffentlich, auf ein Comeback der rein journalistischen Reportage freuen.

MANFRED HORENDER / ZDF

Hurtigruten-Schiff „Finnmarken“

INTERNET

Jedem sein eigenes Netzwerk

Nach den Erfolgen von MySpace, Facebook und YouTube ist jetzt die Zeit der Nachahmer gekommen. In der bunten Online-Welt ist längst alles im Überfluss vorhanden, neue Ideen dagegen werden knapp. Und wie bei jeder Bewegung entsteht nun auch um das Web 2.0 eine Protestkultur.

Das Internet ist auf den Hund gekommen. Zum Beispiel auf Cubby aus Jersey City bei New York. Der dreijährige Spitz ist der größte Star auf dogster.com, einer Art MySpace für die Hundewelt, wo eigentlich alles ganz ähnlich wie bei Herrchen und Frauchen funktioniert. Scharfe Fotos und ein ansprechendes Profil bringen die meisten Clicks. Bei Spitzenreiter Cubby sind es schon rund 250 000.

Auch Katzenfreunde (catster.com) müssen nicht länger auf ein eigenes Social Network für ihre Lieblinge verzichten. Foren und Instant Messenger zum Übertragen von Nachrichten in Echtzeit sind selbstverständlich inklusive, lange Freundeslisten ein absolutes Muss: Katze Mercy aus San Jose, Kalifornien, ist zurzeit die beliebteste Mieze, mit weltweit zuletzt 15 315 „friends“ in ihrem Profil.

Zwei Phasen hat das Web 2.0 in seiner etwa drei Jahre alten Geschichte schon erlebt. Erst wurde es als Teenager-Spielzeug belächelt. Dann flossen auf einmal Hunderte von Millionen Dollar, manchmal sogar Milliardensummen in junge Start-up-Unternehmen wie MySpace und YouTube.

Jetzt ist die Zeit der Nachahmer gekommen. Gründer und Risikokapitalgeber spekulieren auf die nächste geniale Geschäftsidee, den nächsten großen Milliarden-Deal. Die Zahl von Netzwerken, Video- und Fotoseiten ist kaum noch zu überschauen.

Kleine Firmenzentralen wie die von Dogster- und Catster-Chef Ted Rheingold in San Francisco produzieren Jubelmeldungen am laufenden Band: über explodierende Nutzerzahlen und neue Finanzierungsrunden.

All das klingt vertraut – wie aus der Spätphase der New Economy. Auch damals waren Tiere auf einmal der große Hit: 80 Millionen Dollar sammelte pets.com, ein defizitärer Online-Futterversand, noch im Frühjahr 2000 an der Wall Street ein. Es war der letzte große Börsengang. Dann krachten überall die Kurse zusammen. Pets.com stellte den Betrieb ein und wurde zum Symbol der „dot.com-bubble“.

Ist es wieder so weit? Steht schon der nächste Crash bevor?

Vor einer überzogenen „Investment-Party“ im Silicon Valley warnt bereits die „Financial Times“. „Ist Web 2.0 eine weitere Blase?“, fragt das „Wall Street Journal“ besorgt.

Ein Börsencrash wie im Jahr 2000 ist allerdings nicht zu erwarten, schon weil bislang kaum Web-2.0-Firmen an der Wall Street gehandelt werden. Die Technikkosten sind viel geringer, die Reichweite bei Menschen mit Internet-Anschluss ist deutlich höher als in den späten neunziger Jahren. Und es werden auch kaum noch Werbemillionen nutzlos verbrannt: Die Kundschaft soll sich von allein vernetzen – und am besten die Website gleich mitentwickeln, Anwendungen testen, neue Funktionen entwerfen. Beta-Version statt Businessplan.

Vieles also ist anders als beim letzten Hype. Kommt es zur Krise, bleibt sie wohl auf die Gründer und ihre Investoren beschränkt. Trotzdem steigt die Nervosität. „Die Dinge sind ein bisschen zu heiß geworden“, sagt TechCrunch-Blogger Michael Arrington, einer der einflussreichen Strippenzieher im Silicon Valley.

Vom Kontakteknüpfen bis zum Heimvideo fürs weltweite Publikum – in der bunten Welt des „user generated content“, wo die Nutzer für die Inhalte selbst sorgen, ist längst alles im Überfluss vorhanden. „Auf jede gute Idee kommen drei oder vier finanzierte Start-ups“, sagt Arrington.

Beispiel Videos: Neben YouTube sind inzwischen mindestens 30 weitere Anbieter am Start – mit hoffnungsvollen Venture-Capital-Gebern im Hintergrund.

Ihnen allen dürfte die Zahl 1,65 Milliarden Dollar vor Augen stehen. Für diese Summe hatten die YouTube-Erfinder Steve Chen und Chad Hurley ihr Unternehmen nur 20 Monate nach der Gründung an Google verkauft.

Oder Diashows: Nach dem großen Erfolg von Flickr ist irgendwo die Idee entstanden, dass Nutzer ihre privaten Fotos in einer Art Dauerschleife über ihren Computer-Bildschirm laufen lassen könnten. Mit Slide, FilmLoop, RockYou und Photobucket kämpfen mindestens vier Firmen allein um diesen Nischenmarkt.

Von Rating-Seiten wie Qype oder Yelp, auf denen Konsumenten vom Handwerker bis zur Eckkneipe so gut wie alles rezensieren können, sind gleich mehrere Dutzend auf Kundenfang. Ein Dauerbrenner: Seiten wie Hot or Not, die nach einem einfachen Prinzip funktionieren – man lädt sein Foto hoch und lässt das Weltpublikum über die eigene Attraktivität abstimmen. Egal ob doctoroogle.com oder RateMyTeachers, fast jedes Interessengebiet ist inzwischen abgegrast.

Netzwerke und Blogs im Internet
„Was machst du gerade?“

Auch das Frage-Antwort-Geschäftsmodell wurde schon oft kopiert. Jemand stellt eine Frage wie „Macht es Sinn, sich zu verlieben?“ ins Netz, und wer will, gibt seinen Senf dazu: Die simple Idee wurde unter anderem von Yahoo, wer-weiss-was.de, Askville und Answerbag übernommen. Immerhin: Mit Google hat sich der erste bereits aus dem „Answer“-Business zurückgezogen. Not so hot.

Und selbst in der Old Economy sind die Instrumente der MySpace-Welt inzwischen höchst beliebt. Unternehmen wie die Schuhfirma Dr. Martens und Procter & Gamble (Pampers, Gillette, Ariel) legten sich schon ein eigenes „social network“ zu.

Unternehmensberater ziehen mit Vorträgen über Enterprise 2.0, Leadership 2.0 und Management 2.0 durchs Land. Vom Saft-Blog der Kelterei Walther bis zum Wurst-Blog von Metzger Freese kämpfen längst auch Klein- und Mittelständler mit „user generated content“ um Kunden.

Gut 100 Milliarden Dollar Risikokapital flossen in den besten Zeiten in die New Economy. Dann kam der Zusammenbruch, die Venture-Capital-Firmen des Silicon Valley drehten den Geldhahn zu.

Mit dieser Zurückhaltung ist es längst vorbei. Voriges Jahr spekulierten die Hightech-Investoren wieder mit rund 30 Milliarden Dollar auf den nächsten großen Deal. Und davon profitiert die junge Web-2.0-Industrie. 167 Geschäftsideen rund um Social Networks, Podcasts, Blogs und Wikis – das sind Seiten, die von den Nutzern nicht nur gelesen, sondern auch online geändert werden können – wurden nach Angaben von Dow Jones VentureOne 2006 mit frischem Risikokapital versorgt. Insgesamt waren es gut 844 Millionen Dollar. Das ist doppelt so viel wie im Jahr zuvor.

Jagt zu viel Kapital zu wenig guten Ideen hinterher? „Es gibt viel zu viele genetisch gestörte MySpace- und YouTube-Klone. Bis auf wenige Ausnahmen werden alle scheitern“, sagt Todd Dagres. Er ist Gründer des Risikokapitalunternehmens Spark Capital, seit über zehn Jahren im Geschäft und mit der Videoseite Veoh selbst am Boom um „user generated content“ beteiligt.

„Web-2.0-Firmen haben es schwer, langfristige Werte aufzubauen“, sagt Dagres. Weil die Eintrittsbarrieren ins Geschäft kaum vorhanden sind, sei es so gut wie unmöglich, unverwechselbare Anwendungen und Wettbewerbsvorteile auf Dauer zu halten.

In hohem Tempo suchen die Investoren deshalb nach dem nächsten Hype, der nächsten weltweiten „Killer-Application“. In diesem Frühjahr beispielsweise war Micro-Blogging an der Reihe. Mit der simplen Frage „Was machst du gerade?“ wendet sich Twitter aus San Francisco ans Publikum. „Werde gleich ein Sandwich essen“, „habe eben ein Bankkonto eröffnet“, „disappointed by german lady. Oh! Love is so hard …“: Im Sekundentakt laufen bei Twitter per Handy oder Computer Antworten aus aller Welt im 140-Zeichen-Format ein.

Vom „nächsten Milliardengeschäft“ und einer „neuen Ära im Netz“ war umgehend

REDUX / LAIF

Facebook-Gründer Zuckerberg (2. v. l.), Kollegen: *Milliarden-Offerte abgelehnt*

die Rede. Doch die Aufregung scheint sich wieder zu legen. Im Ranking der beliebtesten Websites dümpelt das defizitäre Twitter – zu Deutsch: zwitschern – seit Wochen bereits ungefähr bei Platz 604. Nachahmer wie Jaiku oder das deutsche Texteln (Slogan: „Einfach drauflosschreiben“) kämpfen schon um dasselbe Geschäft.

Echte Senkrechtstarter allerdings hat es seit MySpace, YouTube und Facebook kaum mehr gegeben. Das erfolgreiche Trio regt bis heute die Phantasie der Nachwuchs-Entrepreneure an.

Vor allem Facebook sorgt seit längerem für Spekulationen: Firmengründer Mark Zuckerberg, 23, hatte sein Netzwerk vor gut drei Jahren als Harvard-Student ursprünglich für Kommilitonen auf dem eigenen Campus konzipiert – und dann zügig auf Universitäten in den Vereinigten Staaten und später weltweit ausgedehnt. Mittlerweile ist die Plattform für jedermann geöffnet.

Für geschätzte 750 Millionen Dollar hatte sich laut Branchenberichten zunächst Viacom um die Firma beworben, Yahoo bot etwas später schon eine Milliarde Dollar an. Facebook lehnte ab. Mittlerweile, so Zuckerberg und seine Geschäftspartner, sei die Firma acht Milliarden Dollar wert.

Selbst News-Corp-Eigner Rupert Murdoch, der MySpace vor zwei Jahren aus heutiger Sicht zum Schnäppchenpreis von 580 Millionen Dollar ergatterte, ist alarmiert: „Im Moment gehen alle zu Facebook“, beschwerte er sich vor wenigen Wochen.

Dabei ist MySpace bis heute eine Erfolgsgeschichte. Die Werbeeinnahmen stiegen zuletzt auf 25 Millionen Dollar pro Monat. Das im August 2003 gegründete Netzwerk gehört neben Yahoo und Google zu den größten Websites der Welt. Schon rund 190 Millionen Mitglieder haben sich ein Profil zugelegt. Ihre Gemeinschaft wächst im 24-Stunden-Rhythmus um die Bevölkerung einer mittelgroßen Stadt – jeden Tag kommen etwa 250 000 neue MySpacer hinzu.

Davon träumt auch die nächste Gründergeneration. Wenn es nach ihrem Willen geht, werden künftig nicht nur Teens und Twens eifrig Profile ausfüllen, Unmengen Freunde sammeln und im Sekundentakt Nachrichten verschicken – sondern Leute aus wirklich jeder Gesellschaftsschicht und Altersgruppe.

Da gibt es Bakespace, für Leute, die gern backen. Oder CarDomain für Auto-Freaks. Tschetschenen treffen sich bei Amina, Südkoreaner auf Cyworld. Horrorfreunde organisieren sich bei Vampirefreaks. Und Liberale über das Social Network von myFDP – dort können sogar Nichtmitglieder ein Profil aufsetzen und zum Beispiel über einen „FDP Messenger“ wie ein MySpace-Teenager kommunizieren oder via „Wiki Liberal“ am Parteiprogramm mitschreiben; bislang allerdings nur im Bereich Kultur.

Marc Andreessen ist einer der wichtigsten Pioniere des modernen Internet. Er ist Mitgründer von Netscape und brachte 1993 im Alter von 22 Jahren den ersten massentauglichen Web-Browser auf den Markt. 1998 wurde Netscape für mehr als vier Milliarden Dollar an AOL verkauft.

Jetzt versucht er, die Welt der sozialen Netzwerke zu revolutionieren. Er glaubt, dass es geschlossenen Systemen wie MySpace ähnlich wie AOL und Compuserve in den neunziger Jahren ergehen könnte. „Am Ende entschieden die Leute, dass sie nicht in umzäunten Gärten leben wollten, sondern in einer Welt von Millionen Internet-Seiten.“

Deshalb hat er mit Ning eine Art Meta-MySpace gegründet: Über 75 000 Netzwerke sind auf dieser Plattform seither entstanden, Kontaktbörsen zu Themen wie Pinguine, Baby-Namen oder die Rockband Smashing Pumpkins. „Die Leute wollen nicht einfach nur anderen Welten beitreten“, sagt er, „sondern eigene erschaffen.“

Jedem sein eigenes Netzwerk.

Was aber, wenn die heißumworbenen User mit der Zeit ihr Interesse am selbstgeschaffenen Content verlieren? Könnte es sein, dass die gefeierte Web-2.0-Generation irgendwann leichte Erschöpfungssymptome zeigt – vom allgegenwärtigen Podcasten, Bookmarken, Bloggen und Profile aufsetzen?

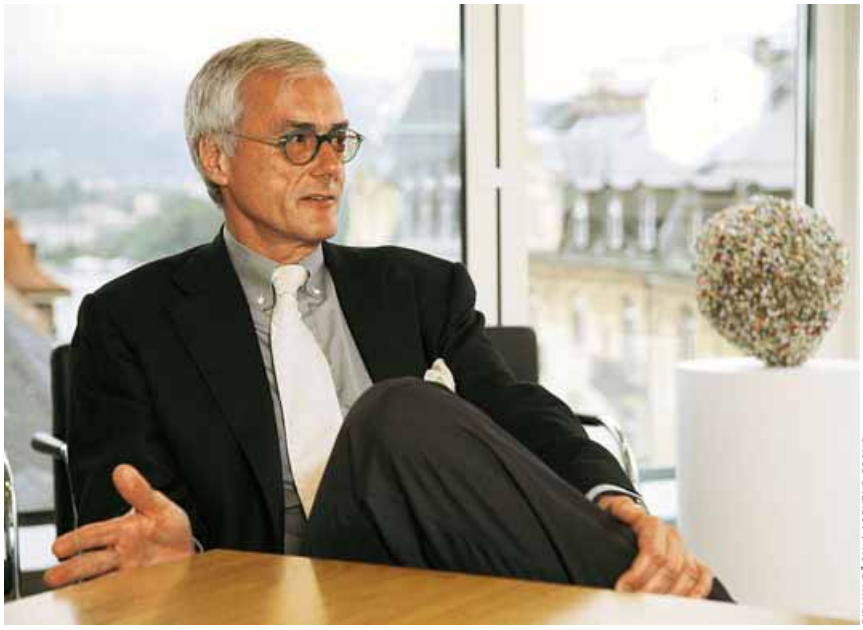
Wie bei jeder großen Bewegung wächst auch um MySpace, YouTube und Co. jetzt eine Protestkultur. Deren Anführer, Andrew Keen, war früher selbst ein Silicon-Valley-Unternehmer. Jetzt hat er in einer vielbeachteten 200-Seiten-Polemik (Untertitel: „Wie das heutige Internet unsere Kultur umbringt“) seine Abrechnung mit dem Web 2.0 vorgelegt. Von „digitalem Darwinismus“ ist da etwa die Rede, vom Überleben des Lautesten und Meinungsstärksten unter den Bloggern. Oder von einer beklagenswerten „Youtubifizierung der Politik“.

Auf sanfteren Widerstand setzt dagegen der Herausgeber eines Magazins für digitales Publizieren („Upload“), Jan Tißler aus Schwerin. Für gestresste Internet-User hat er einen „Web-2.0-Ruheraum“ eingerichtet.

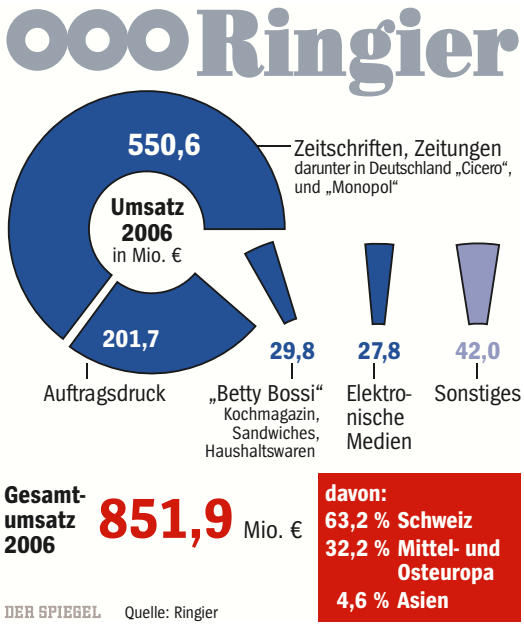
„Entspannen Sie sich. Hier müssen Sie nichts tun. Sie melden sich nicht an, Sie laden nichts hoch, Sie kommentieren nicht, Sie knüpfen keine Kontakte ... Genießen Sie diesen seltenen Moment der Einsamkeit“, heißt es auf seiner wohltuend leeren Internet-Seite (alleinr.de).

Am Ausgang gibt es freilich schon wieder jede Menge Content: Bislang 114 Leser schrieben Kommentare über den Sinn der Aktion.

Frank Hornig



PIRMIN RÖSLI / AGENTUR FOCUS



Verleger Ringier: *„Solange Unabhängigkeit ein Vorteil ist, möchte ich die behalten“*

PRESSE

„Ihr überschätzt uns“

Der Schweizer Verleger Michael Ringier, 58, über die Konkurrenz in Zeiten von Gratis- und Internet-Kultur, die Beziehung zu Springer und die Aufgaben von Ex-Kanzler Gerhard Schröder

SPIEGEL: Herr Ringier, was machen Boulevardzeitungen heute eigentlich falsch?
Ringier: Ach, so viel oder wenig wie andere Blätter auch.
SPIEGEL: Es scheint eher mehr zu sein: Die Verkaufszahlen bröckeln kräftiger als bei seriösen Tageszeitungen. Auch Ihr Flaggschiff „Blick“ hat in den letzten Jahren ein Fünftel seiner Auflage verloren.
Ringier: Der Boulevard hat sich lange damit gerettet, dieselben Nachrichten nur lauter und bunter zu verpacken. Das funktioniert nicht mehr. Fernsehen ist ja nur noch Boulevard, das Internet und die Gratiszeitungen bewegen sich in die gleiche Richtung.
SPIEGEL: Wie wollen Sie sich in diesem Verdrängungskampf behaupten?
Ringier: Eine Boulevardzeitung muss heute von vorn bis hinten exklusives Material haben. Ein Bildchen von Pamela Anderson ist heute schon um die Welt gegangen, bevor wir anfangen zu drucken. Wir müssen größeren Aufwand treiben, aber bekommen immer weniger Geld dafür.
SPIEGEL: Macht es denn in Zeiten von Gratis- und Internet-Kultur überhaupt noch Spaß, Verleger zu sein?
Ringier: Aber sicher! Die Verlage klagen ja in der Regel auf sehr hohem Niveau. Wir müssen nur heute härter darum kämpfen, dass es uns auch in Zukunft gutgeht.
SPIEGEL: Man könnte derzeit aber auch den Eindruck gewinnen, dass Sie die Lust verlieren. Sie haben vor kurzem das verlustreiche Wirtschaftsmagazin „Cash“ eingestellt und fast alle TV-Zeitschriften veräußert. Machen Sie die Braut hübsch für einen Verkauf?
Ringier: Nein, sicher nicht. Wir haben „Cash“ eingestellt, weil wir keine Chance mehr gesehen haben. Wir haben in den vergangenen Jahren über 30 Millionen Franken reingesteckt – und das in der Hochkonjunktur. Wie wollen wir dann in einer Rezession damit überleben? Die Schweiz ist ein kleiner Markt, da ist die Refinanzierung von Journalismus schwierig.
SPIEGEL: Das gilt aber doch längst auch für große Märkte.
Ringier: Stimmt. Ich habe einige Rezessionen überlebt, da hat man sich geduckt und versucht, den Laden wieder fit zu kriegen, und bei der nächsten Hochkonjunktur hat man mehr Geld verdient als vorher. Jetzt ist das anders. Weder Hubert Burda noch ich, noch Mathias Döpfner wissen, was der 18-Jährige von heute in zehn Jahren macht. Wir können alle nur spekulieren.
SPIEGEL: Nur dass Ringier mit gut 850 Millionen Euro Umsatz relativ klein ist. Können Sie ohne Partner überhaupt bestehen?
Ringier: Ich habe immer gesagt, ich bin lieber mit 50 Prozent an etwas Erfolgreichem beteiligt, als dass ich etwas zu 100 Prozent mitschleppe.
SPIEGEL: Wäre Springer da nicht ein guter Kandidat? 2002 standen Sie schon kurz vor einer Fusion. Jetzt haben Sie Springer Ihre TV-Blätter und den Abo-Stamm von „Cash“ verkauft. Bändeln Sie wieder an?
Ringier: Springer ist seit vielen Jahren ein befreundetes Haus. Nur: Springer ist viel zu groß für eine Partnerschaft. Die würden uns natürlich gern übernehmen, das verstehe ich auch. Das kommt für uns aber nicht in Frage. Solange Unabhängigkeit ein Vorteil ist, möchte ich die behalten.
SPIEGEL: Hätten Sie und Ihre Schwestern den Verlag damals verkauft, hätten Sie dafür fast ein Drittel der Springer-Aktien bekommen. Finanziell hätte sich das gelohnt. Ärgern Sie sich heute?
Ringier: Na gut, ich wäre vielleicht reicher. Aber dafür wäre ich nur Aufsichtsrat gewesen und hätte einmal im Jahr mit einem Chefredakteur essen dürfen; der hätte nett zugehört und dann doch gemacht, was er für richtig hält. Das ist nicht meine Vorstellung von einem Verleger. Hier haben wir eine andere Kultur. Wir diskutieren jeden Tag intensiv über Journalismus. So etwas aufzugeben ist schwer.
SPIEGEL: Immer mehr Medienunternehmen werden von Finanzinvestoren übernommen. Ist der klassische Verleger da nicht ohnehin eine aussterbende Gattung?
Ringier: Vielleicht schon. Man muss sich allerdings in Acht nehmen vor der Romantisierung des Verlegers. Aber wäre ich Chef eines börsennotierten Konzerns, hätte man mich für meine Investitionen in Osteuropa sicher rausgeschmissen. Als wir 1992 nach Rumänien gingen, haben alle gesagt: Du spinnst. Und als wir „Cicero“ in Deutschland gründeten, hat man uns ausgelacht.
SPIEGEL: Mit „Cicero“ und dem Kunst-Blatt „Monopol“ sind Sie in Deutschland in der absoluten Nische tätig. Ist Ihnen die Luft hier zu dünn, um mehr zu wagen?
Ringier: Wenn „Cicero“ und „Monopol“ profitabel sind, was nicht mehr lange dauert, denken wir sicher auch an neue Titel.

SPIEGEL: Warum trauen Sie sich denn nicht mit der Idee einer Gratiszeitung nach Deutschland? In einigen Ländern sind Sie damit doch erfolgreich gestartet.

Ringier: Das hätte man viel früher machen müssen. Jetzt ist die Verteidigungsbereitschaft der Verlage dort auf dem absoluten Maximum. Deswegen gibt es auch kein deutsches Gratisblatt: Jeder weiß, wenn er das macht, kostet es einige hundert Millionen. Das wird eine Schlacht, an der ich nicht beteiligt sein möchte. Die Frage ist, ob irgendwann jemand die Lawine lostritt. Die hängt da, jetzt muss einer den Knallfrosch hineinschmeißen, dann kommt sie herunter.

SPIEGEL: In der Schweiz boomen Gratisblätter. Auch Sie sehen Ihre Zukunft dort darin, den Journalismus zu verschenken.

Ringier: Gratiszeitungen habe ich selbst nicht wirklich ernst genommen, ich habe nicht gedacht, dass die Leute damit zufrieden sind. Inzwischen wissen wir, dass das völlig falsch war, und machen auch mit.

SPIEGEL: Während Sie in der Schweiz Titel verkaufen oder einstellen, heben Sie in Osteuropa und Asien immer neue aus der Taufe. Ist wirklich nur noch in diesen Ländern das große Geld zu holen?

Ringier: Wir verdienen auch in der Schweiz noch sehr gutes Geld. Man darf sich auch nicht täuschen: In Osteuropa wird mit einer Verzögerung das Gleiche passieren wie im Westen, aber wir haben dort mehr Zeit, die Veränderung mitzugestalten. Boulevardblätter etwa sind dort noch richtig neu. Die sind dort zeitgleich mit Handy und Internet auf den Markt gekommen.

SPIEGEL: In China sind Sie seit zehn Jahren präsent. Manch anderer westlicher Medienkonzern denkt inzwischen frustriert an einen Rückzug. Sie auch?

Ringier: Wenn man nach China will, kann man nicht nach amerikanischer Manier sagen: Nach drei Jahren will ich Gewinn machen. Das lassen die Spielregeln dort nicht zu. Es gibt weder Eigentum noch Pressefreiheit, das ist für einen Verleger nicht gerade eine optimale Ausgangsposition. Mit gewissen Titeln machen wir aber schon sechs- oder siebenstellige Gewinne.

EDDY RISCH / KEYSTONE ZÜRICH / DPA

Verteilerin mit Ringier-Gratisblatt „Heute“
„Wir verdienen sehr gutes Geld“

SPIEGEL: In Russland hat sich Springer an zwei Wirtschafts- und Politikmagazine gewagt. Ist das auch ein Markt für Sie?

Ringier: Wir haben uns das ein paarmal angeschaut: Wir trauen uns nicht. Wir sind vor allem ein Zeitungsverlag. Und Zeitungmachen in Russland ist mir schlicht und einfach zu gefährlich.

SPIEGEL: Dabei haben Sie sogar Ex-Kanzler Gerhard Schröder als Berater engagiert, damit er sich für Ringier in Russland und anderen Ländern als Türöffner betätigt. Hat sich die Investition Schröder gelohnt?

Ringier: Ich habe irgendwann beschlossen, darüber eigentlich nicht mehr reden zu wollen. Ich rechne auch nicht, was uns Herr Schröder gebracht hat. Es funktioniert wunderbar mit ihm, wir haben es spannend zusammen.

SPIEGEL: Aber was macht denn Schröder nun hier? Zigarre im Büro rauchen?

Ringier: Ein bisschen mehr schon, rauchen könnte ich auch allein. Wir waren etwa gerade zehn Tage in Vietnam und China.

SPIEGEL: Sie haben lange in Deutschland gelebt und gelten als deutsch-affin. Warum giften die Schweizer Medien seit Monaten so massiv gegen die Deutschen im Land?

Ringier: Die eigenartige Beziehung zwischen der Schweiz und Deutschland ist ein klassisches Boulevardthema. Beide haben gewisse Klischees, und hinter dem Klischee stimmt ja auch immer etwas: Den knorzigen Schweizer, den kleinen Gnom, gibt es ja genau wie den großsprecherischen Deutschen. Nur überschätzt ihr uns: Die Deutschen halten ja die Schweiz für viel paradiesischer, als sie ist. Dafür ist sie viel interessanter, als ihr glaubt.

SPIEGEL: Sie verdienen Ihr Geld in der Schweiz nicht mehr nur mit Journalismus. Unter der Marke des Kochmagazins „Betty Bossi“ verkaufen Sie sogar Sandwiches.

Ringier: Verlage haben heute die Chance, ihre Produkte zu Markenfamilien zu machen. Wir haben mit „Gesundheit Sprechstunde“ die größte Gesundheitsplattform Europas: Wir kombinieren Zeitschrift und TV-Sendungen und haben ein Gesundheitsschiff mit 18 Spitälern an Bord.

SPIEGEL: Wie bitte?

Ringier: Ja, wir schippern da jedes Jahr an die 1000 Leute durchs Mittelmeer. Und mit „Betty Bossi“ habe ich 250 000 Gemüseschäler verkauft, damit habe ich mehr verdient als mit so manchem Magazin.

SPIEGEL: Das klingt eher nach einer Kapitulationserklärung des Journalismus.

Ringier: Mit Journalismus hatten Kochmagazine, bei allem Respekt vor ihren Leistungen, auch vorher wenig zu tun. Wenn ich den Leuten einen tollen Gemüseschneider verkaufe, habe ich ihnen guten Service geboten. Aber es muss passen. Der SPIEGEL kann natürlich keine Gemüseschäler verkaufen.

INTERVIEW: ISABELL HÜLSEN, THOMAS SCHULZ

LIBYEN

Blutgeld statt Tod

Bald schon könnte die Tragödie um fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt ausgestanden sein. Durch einen „für alle Seiten akzeptablen“ Deal stellt die Gaddafi-Stiftung eine endgültige Lösung des jahrelangen Justizdramas in Aussicht. Seit 1999 sitzen die ausländischen Helfer in einem libyschen Gefängnis, weil ihnen vorgeworfen wird, sie hätten 426 Kinder vorsätzlich mit dem HI-Virus infiziert – seither sind 56 gestorben. Obwohl der Prozess von internationalen Experten schon vor Jahren als Farce entlarvt wurde, bestätigte Libyens Oberster Gerichtshof noch einmal die Todesurteile gegen die Angeklagten. Doch hinter den Kulissen finden mittlerweile Verhandlungen statt, die auf libyscher Seite Seif al-Islam al-Gaddafi führt, der zweitälteste Sohn des Machthabers Muammar al-Gaddafi. Im Austausch gegen das Leben der Krankenschwestern und des Arztes sollen die Europäische Union, die USA und bulgarische Firmen nun allen HIV-infizierten Kindern eine medizinische Betreuung in Libyen oder im Ausland sowie Medikamente bis an ihr Lebensende garantieren; zusätzlich soll eine moderne Klinik in Bengasi aufgebaut werden. Der Handel beruht auf islamischem Recht: Danach kann, wenn die Angehörigen eines Opfers dem Täter verzeihen, Mord durch „Blutgeld“ gesühnt werden. Bulgarien hatte eine solche Entschädigung bislang abgelehnt, da dies einem Schuldgeständnis gleichkäme.

REUTERS (L.); LYNSEY ADDARIO / CORBIS (R.)

Angeklagte in Tripolis, Seif al-Islam al-Gaddafi

Von einem fairen Prozess konnte nie die Rede sein. Ein Gutachten des französischen Entdeckers des Aids-Erregers, Luc Montagnier, das die HIV-Infektionen der Kinder auf die miserablen hygienischen Verhältnisse in dem betroffenen Krankenhaus zurückführte, war vom Gericht verworfen worden. Jahrelang hetzte die staatlich gelenkte Presse zudem gegen die „ausländischen Teufelinnen“, die mit amerikanischen und israelischen Geheimdiensten in Verbindung stünden. Erst jüngst veröffentlichte die „Tripoli Post“ ein diffamierendes Foto, das eine der Schwestern in spärlicher Kleidung mit halbnackten, offenbar beschwipsten Freunden an einem libyschen Strand darstellen soll. Um den Volkszorn anzuheizen, wurde den Bulgarinnen stets auch Ehebruch und sündiges Verhalten vorgeworfen. Indes sagte Abdullah al-Maghrabi, der Vorsitzende einer Anwältevereinigung, welche die Interessen der Familien vertritt, er halte die Todesstrafe für gerecht, werde die „höheren Interessen“ seines Staates aber mittragen.

EUROPA

Amt ohne Befugnis

Die EU kann sich nicht über die Zuständigkeit des Anti-Terror-Koordinators einigen. Der Posten, nach den Bombenattentaten in Madrid 2004 geschaffen, ist seit März unbesetzt. Offiziell zog es den bisherigen Amtsinhaber, den früheren niederländischen Innenstaatssekretär Gijs de Vries, „aus persönlichen Gründen“ zurück nach Den Haag. Tatsächlich trieb ihn wohl tiefe Frustration über die mangelnden Befugnisse aus dem Amt. De Vries hatte keinen Zugriff auf wichtige Informationen der europäischen Sicherheitsbehörden. Er musste sich mit dem Wenigen begnügen, was die Dienste ihm freiwillig überließen, anordnen konnte er nichts.

ANNA-MARIA ROMANELLI / EUP-IMAGES

Terrorexperte de Vries, Solana

Mehr Macht soll allerdings auch sein Nachfolger nicht bekommen – wenn es nach dem Willen mächtiger EU-Länder geht, allen voran Großbritannien. Außerdem hat der EU-Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, der direkte Chef des Anti-Terror-Koordinators, wenig Interesse an einem Konkurrenten im Wettlauf um die öffentliche Aufmerksamkeit. Der künftige Aufklärer solle deshalb, so ein Solana-Sprecher, lediglich „aus der Helikopter-Perspektive“ Informationen darüber sammeln, wie Terroristen sich finanzieren oder Mitglieder rekrutieren und daraus „mittelfristig orientierte Strategien“ entwerfen. Damit wäre die Stelle „schlicht überflüssig“, kritisiert die Bundesregierung die Solana-Vorstellungen. Inzwischen wächst der Unmut im EU-Parlament. Entweder der Anti-Terror-Koordinator bekomme „das richtige Werkzeug“, um seinen Job zu machen, fordert der FDP-Sicherheitsexperte Alexander Alvaro, oder man könne „die ganze Show gleich lassen“.

YEVGENY KONDAKOV (L.); GALLI / LAIF (R.)

Gouverneurin Matwijenko

St. Petersburg

RUSSLAND

„Eine Perle der Weltkultur“

Walentina Matwijenko, 58, Gouverneurin von St. Petersburg und Russlands mächtigste Politikerin, über den Raketenstreit mit den USA und Frauen in der Politik

SPIEGEL: St. Petersburg trägt den Beinamen „Fenster zum Westen“. Nun weht ein recht kalter Wind aus Russland nach Europa. Wie können die Spannungen verringert werden?

Matwijenko: Dramatisieren Sie das nicht. Alle in meinem Land verstehen, dass Russland nicht ohne Europa auskommt und umgekehrt Europa nicht ohne Russland. Wir sind auf Zusammenarbeit angewiesen.

SPIEGEL: Der Konflikt um die geplante amerikanische Raketenabwehr in Polen und Tschechien ist aber keine Petitesse.

Matwijenko: Natürlich haben Amerika und Russland unterschiedliche Interessen. Trotzdem sind beide strategische Partner. Es wird eine Lösung geben. Wir jedenfalls setzen auf Dialog. Wir hauen nicht mehr mit dem Schuh aufs Pult wie einst Nikita Chruschtschow. Präsident Wladimir Putin hat gute Vorschläge gemacht. Wichtig ist, dass am Ende nicht nur die Amerikaner zufrieden sind, sondern auch das russische Volk.

SPIEGEL: Eine Frau regiert Deutschland, wann ist es in Russland so weit?

Matwijenko: Vielleicht in 15 bis 20 Jahren, zumindest sind wir Frauen dann echte Konkurrenten.

SPIEGEL: Sie werden schon jetzt als Nachfolgerin des Präsidenten gehandelt.

Matwijenko: Das schmeichelt mir nicht, es stört mich aber auch nicht. Ich habe diesen Ehrgeiz nicht und will in St. Petersburg voranbringen, was ich begonnen habe.

SPIEGEL: Kaum hat Sotschi die Winterspiele 2014 zugesprochen bekommen, wollen Sie die Sommerolympiade nach St. Petersburg holen.

Matwijenko: Wir haben gezeigt, dass wir Großveranstaltungen wie das G-8-Treffen vor einem Jahr erfolgreich durchführen können, wir werden uns in jedem Fall für 2020 bewerben. Unsere Wirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2007 um rund 13 Prozent, vier internationale Autokonzerne bauen bei uns Fabriken. Wir investieren in die Infrastruktur. St. Petersburg ist eine Perle der Weltkultur und die europäischste Stadt Russlands.

TAIWAN

Zug zur Uno

Präsident Chen Shui-bian setzt ein umstrittenes Zeichen für die Eigenständigkeit Taiwans. In einem Referendum will er die Bevölkerung entscheiden lassen, ob er die Aufnahme in die Uno unter dem Namen „Taiwan“ beantragen soll. Als „Republik China“ ist die Insel seit 1971 nicht mehr Mitglied der Vereinten Nationen. Damals hatte die internationale Gemeinschaft die Volksrepublik China als einzige Vertretung anerkannt. Alle Versuche Taiwans, wieder Mitglied der Weltorganisation zu werden, scheiterten am Widerstand Pekings, das die Insel als Teil seines Reiches betrachtet. Falls sich Taipeh für unabhängig erklären sollte, droht China mit einem militärischen Angriff. Das Referendum erzürnt nicht nur Peking, sondern auch den engsten Verbündeten der Insel, die USA, die Spannungen in Ostasien verhindern wollen. Sowohl Peking als auch die US-Regierung setzen dabei auf Chens möglichen Nachfolger. Beide Kandidaten – Frank Hsieh von der Demokratischen Fortschrittspartei und Ma Ying-jeou von der nationalistischen Kuomintang – wollen das Verhältnis mit dem Reich der Mitte verbessern. Die Wahl steht im März 2008 an.

SAM YEH / AFP

Präsident Chen

BRASILIEN

Mit deutscher Hilfe

Deutsche Techniker und Ingenieure sollen Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva helfen, seine ehrgeizigen Atompläne zu verwirklichen. Brasília drängt in Berlin auf eine Neuauflage des umstrittenen deutsch-brasilianischen Nuklearabkommens, das vor zweieinhalb Jahren ausgesetzt wurde. Da dem Land kompetentes Personal fehlt, soll Deutschland die Wartung des Druckwasserreaktors Angra 3 im Bundesstaat Rio de Janeiro überwachen, dessen Bau die Regierung jetzt beschlossen hat. Die Anlage entspricht dem Reaktor Angra 2, der von der Siemens-Tochter KWU auf demselben Gelände errichtet wurde. Dort steht auch Angra 1, von den USA gebaut und ein Dauerstörfall. Die Pläne für Angra 3 wurden nicht verwirklicht, weil die Finanzierung nicht gesichert war. 60 Prozent der Teile sind schon auf dem Gelände eingelagert. Experten wie der ehemalige Minister für Forschung und Technologie, José Goldemberg, kritisieren Lulas Atompläne als überteuert und unrealistisch. Schon die Finanzierungskosten für Angra 2 hatten sich vervierfacht auf über sieben Milliarden Euro. Die Bauzeit betrug 25 Jahre, es gilt als teuerstes Atomkraftwerk der Welt. Für Angra 3 hat die Regierung Baukosten von 2,8 Milliarden Euro veranschlagt, der Reaktor soll schon 2013 ans Netz gehen. Mit dem Atomstrom will Lula einer Energiekrise wie im benachbarten Argentinien vorbeugen, wo es derzeit fast täglich zu Stromausfällen kommt. Außerdem möchte er den Bau eines atomgetriebenen U-Boots forcieren, „ein reines Prestigeprojekt“, kritisiert Goldemberg. Um Berlin für seine Atompläne zu gewinnen, will Lula den Deutschen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Biokraftstoffe anbieten, auf dem Brasilien neben den USA weltweit führend ist.

RALF HIRSCHBERGER / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Atomreaktoren Angra 1 und 2

AUSTRALIEN

Gläserne Gäste

Mit hochmoderner Datentechnik wollen die Einreisebehörden in Canberra ihre Kontrollen verfeinern, obwohl sie schon die bisherigen für „die wirksamsten der Welt“ halten. Bereits jetzt verlangt „Down Under“ von allen Ausländern ein Visum – so dass sie von Australiens Botschaften in ihren Herkunftsländern gefiltert werden können. Von September an sollen Einreisende nun bei der Ankunft am Flughafen noch intensiver und umfassender geprüft werden. Die Regierung befürchtet wegen ihres Engagements für Washingtons Anti-Terror-Feldzug islamistische Vergeltungsschläge.

ROHAN KELLY / NEWSPIX

Geplantes Kontrollsystem in Sydney

Kernstück der Gefahrenabwehr ist eine Datenbank, welche die Sammlungen der Bundespolizei, des Einwanderungsministeriums und des Geheimdienstes Asio vernetzt und erweitert. Sie soll künftig DNA-Profile, Fingerabdrücke und andere biometrische Merkmale speichern. Angestrebt wird auch eine ausführliche Dokumentation von Reisegewohnheiten und anderen Verhaltensmustern, der Religionszugehörigkeit, der Mitgliedschaft in Organisationen sowie eventueller Vorstrafen.

SPIONAGE

Entschleiertes Geheimnis

Ein russisches Militärteleskop konnte jetzt eines der bestgehüteten Geheimnisse der US-Rüstung lüften: Dem laser-optischen Zentrum im Gebiet Altai gelangen erstmals Aufnahmen eines amerikanischen Lacrosse-Satelliten. Die vom National Reconnaissance Office (NRO) betriebenen Himmelsspäher (Stückkosten: eine Milliarde Dollar) galten viele Jahre als so „top secret“, dass nicht einmal ihre Existenz in Washington bestätigt wurde. Aus einer Entfernung von 800 Kilometern aufgenommen, zeigen die verschwommenen Aufnahmen deutlich eine riesige Radarantenne von etwa acht Meter Durchmesser, mit der das NRO weltweit Aufklärung betreibt. So überfliegen Lacrosse-Satelliten täglich acht- bis neunmal iranische Atomanlagen und verfolgen Fahrzeuge von Terrorverdächtigen in abgelegenen Regionen Pakistans, Afghanistans, Irans und des Irak. Der 15 Meter lange 15-Tonner, dessen erstes Modell 1988 vom Spaceshuttle „Atlantis“ im All ausgesetzt wurde, kann aus 700 Kilometer Höhe noch Objekte von gut einem halben Meter Größe erkennen – und das sogar bei Nacht und durch dichte Wolkendecken hindurch. Die dabei gewonnenen Zieldaten sind so präzise, dass sie bereits für Angriffe benutzt wurden.

Die Macht der Ohnmacht

Tibetischer Gottkönig, Friedensnobelpreisträger, spiritueller Superstar, von Chinas Kommunisten gehasst, im Westen verehrt: Der Dalai Lama, der jetzt Deutschland besucht, ist hier populärer als der deutsche Papst, der Buddhismus genießt mehr Sympathien als das Christentum. Was hat die Religion zu bieten? Und wer ist der Mensch hinter dem Klischee? *Von Erich Follath*

Drei unterschiedliche Orte, drei unterschiedliche Versionen des Dalai Lama: Dharamsala im Norden von Indien, Toronto in Kanada, Brüssel.

Nachtschlafende Zeit in der kleinen Stadt an den Hängen des Himalaja, Zentrum seines Exils seit nun schon 48 Jahren. „Little Lhasa“ ruht. Um halb vier Uhr morgens haben auch die fleißigsten der tibetischen Marktfrauen in Dharamsala ihre Stricknadeln aus der Hand gelegt, die cleveren Heiler und Wahrsager ihre letzten gutgläubigen Touristen versorgt; die Kinder, die erst in den vergangenen Wochen die gefährliche Flucht über die hohen Pässe geschafft und dabei ihre Eltern verloren haben, sind eingeschlummert.

Dies ist die Stunde, in der der Dalai Lama aufsteht, seine Kunststoff-Flip-Flops überstreift und Meditationsübungen macht, in uralten, auf Palmblättern vervielfältigten Texten liest – bevor er sich auf das Laufband seines Fitnessgeräts begibt und den Trainingscomputer kontrolliert. Konsequent kosmopolitisch dann auch das Frühstück des Wanderers zwischen Welten und Zeiten: frischgemahlener tibetischer Gerstenbrei, gemischt mit abgepacktem amerikanischem Haselnussmüsli; dazu indische Zeitungen und die Morgennachrichten der BBC über den Fernsehsatelliten.

Er seufzt. Wieder steht ihm ein Tag bevor, prall gefüllt mit Terminen, mit Wünschen und Erwartungen, wie man sie eben einem Gottkönig und wiedergeborenen „Buddha des Mitgefühls“ entgegenbringt. Er mag keinen Personenkult. „Alle Erleuchteten sind voll des Wissens, aber sie haben von nichts eine Ahnung“, sagt er, nur mit einem Hauch von Koketterie. „Am liebsten würde ich in Pension gehen, am liebsten wäre ich ein einfacher Mönch.“

Das ist der private Dalai Lama: liebenswert, selbstironisch, fehlbar – und oft erstaunlich selbstkritisch.

In der kanadischen Millionenstadt Toronto verschwindet er fast auf der großen Bühne des Messegeländes am Rande der Autobahn, wiegt den Oberkörper wie in Trance, ein spiritueller Kapitän allein auf hoher See.

ALISON WRIGHT / CORBIS

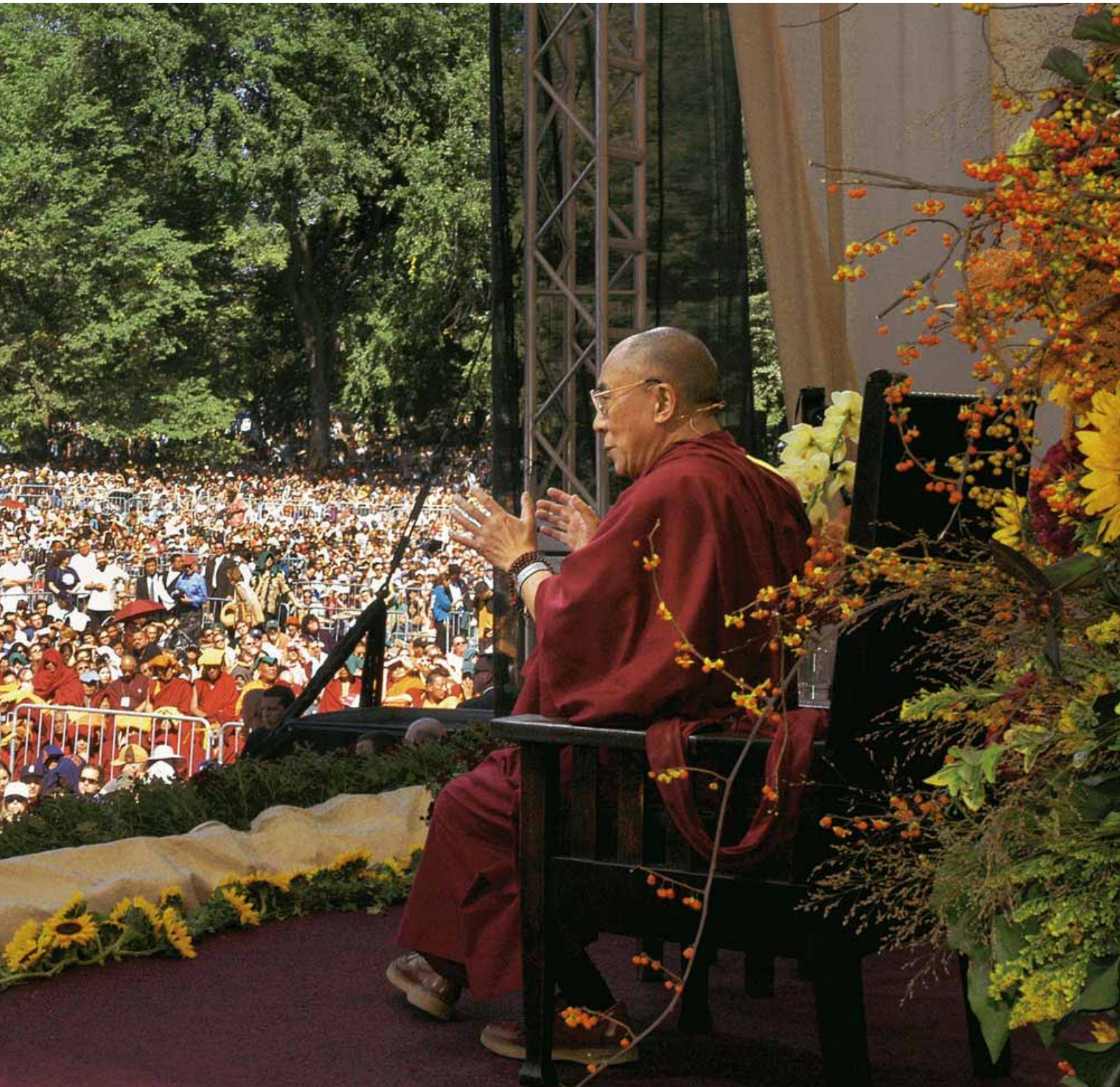
Dalai Lama im New Yorker Central Park (2003)
„Für die Instant-Erleuchtung eine Spritze“

Als die Besucher dann in die Halle strömen, wird er zum Menschenfischer, zieht die Gläubigen und die Nur-Neugierigen in seinen Bann. Zur Hochform aber läuft der Dalai Lama, oft schüchtern und zögerlich, erst beim Gespräch im kleinen Kreis auf.

Wie man denn möglichst schnell zur Erleuchtung komme, fragt einer, der sich als Medizinstudent vorstellt. „Für die Instant-Erleuchtung brauchen Sie eine Spritze“, sagt Tibets Gottkönig, ohne eine Miene zu verziehen. Dann erläutert er, wieder ganz ernst, einige der Grundzüge des Buddhismus, die Überwindung des Leids durch Selbsterkenntnis, die Welt ohne einen Schöpfer, an den man blind glauben muss, die Lehre der Eigenverantwortlichkeit. „Versuchen Sie es zunächst mit einer Religion aus Ihrem Kulturkreis, beispielsweise mit dem Christentum, bevor Sie sich an die komplexen Rituale des tibetischen Buddhismus heranwagen“, sagt er zur Verblüffung seiner Zuhörer. „An Rituale, aus denen Sie sich nicht beliebig heraussuchen können, was Ihnen gefällt.“

Das ist der spirituelle Dalai Lama: liberal gegenüber anderen Religionen, im Umgang mit seinen Glaubensbrüdern gelegentlich von einer an Joseph Ratzinger erinnernden dogmatischen Schärfe.

Alle warten auf ihn beim Treffen der EU-Politiker in Brüssel, die Prominenz ist vollzählig zum gesetzten Essen eingetroffen. Er aber geht voller Gemütsruhe erst mal in die Küche, plaudert mit den Köchen über ihr Gehalt, die Probleme der Kinder, die Pensionskasse. Blickt in die Töpfe und lässt sich alle Speisen erklären. Dann erst erzählt er den Gastgebern seine Anliegen: vom „kulturellen Genozid“ spricht er, den die chinesischen Besatzer in Tibet anrichteten, von seiner Hoffnung auf die Rückkehr. Er schwört die EU-Kommissionsmitglieder darauf ein, doch seine Heimat nicht zu vergessen, und erzählt von tibetischen



Opfern: „Wir haben unseren Anspruch auf die Unabhängigkeit aufgegeben und Zugeständnisse angeboten, jetzt ist Peking am Zug. Aber was immer auch passiert, Gewaltlosigkeit bleibt mein oberstes Gebot.“

Wie so oft beim Dalai Lama – nicht unbedingt was er sagt, sondern wie er es sagt, überzeugt die Zuhörer. Ihm nimmt man sein Engagement ab. Er verkörpert, was er verkündet. Er lebt, was er lehrt: Der Dalai Lama ist so etwas wie der Gegenentwurf zum „klassischen“ Politiker. Womöglich empfinden es auch die europäischen Kommissare so: Sie klatschen ihm begeistert zu. Jeder im Saal weiß, dass die Wahrscheinlichkeit, dass er seine Heimat noch einmal wiedersieht, gegen null geht, dass sich die Staaten der Welt mit der mächtigen Volksrepublik China arrangieren und lukrative Wirtschaftsbeziehungen pflegen wollen.

Das ist der politische Dalai Lama: kompromissbereit, aber fast chancenlos in seinem Kampf um ein wahrhaft autonomes Tibet, ein sympathischer Sisyphos vom höchsten Bergmassiv der Welt – wohl auch wegen des Mitleidseffekts so beliebt.

Am Donnerstag wird der Religionsführer mit den verschiedenen Gesichtern zu einem zehntägigen Besuch in Deutschland erwartet. Gemessen an seinen häufigen 24-Stunden-Auftritten weltweit ist es ein ausgedehnter Auslandsaufenthalt. In Hamburg wird er den Ersten Bürgermeister Ole von Beust treffen und sich – trotz Protestnoten aus Peking, die vor einer Aufwertung des „Verräters“ gewarnt haben – ins Goldene Buch der Hansestadt eintragen dürfen. Er wird im Tennisstadion am Rothenbaum (Kapazität: 10 000 Plätze), wo sonst Roger Federer aufschlägt, Vorträge über den Buddhismus und „Die Praxis der Gewaltlosigkeit“ halten, bevor er nach Freiburg weiterfährt.

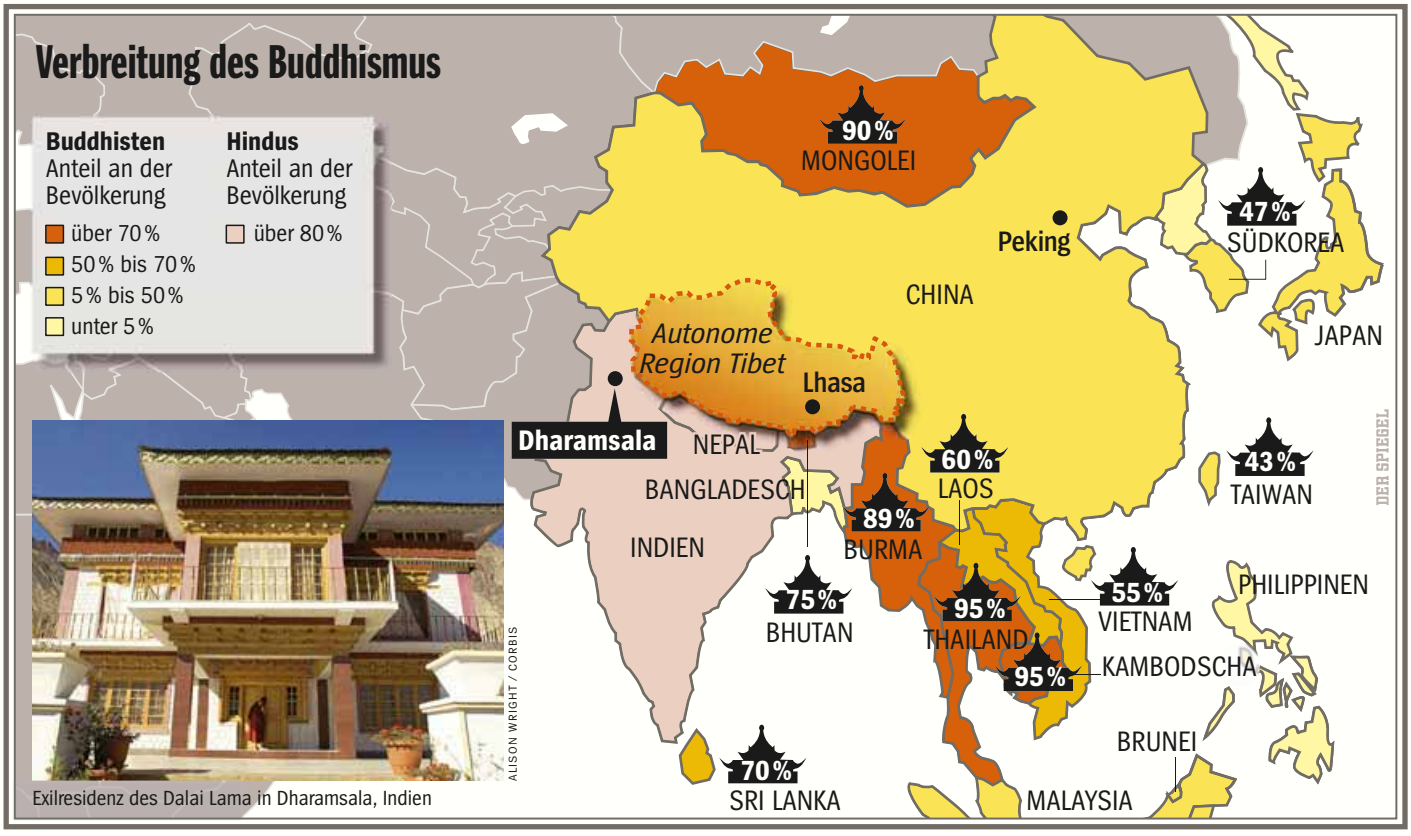
Mehr als 30 000 Besucher aus aller Welt werden erwartet. Auf sämtlichen Kanälen laufen Vorberichte, Galerien veranstalten Sonderschauen mit den eindrucksvollsten Fotos aus seinem Leben, im Szenekino Abaton sind Tibet-Filmwochen angesagt. Von einer regelrechten „Dalai-Lama-Mania“ wie bei einem Popstar berichten die Veranstalter. Kein Wunder – wir Deutschen, wir sind nicht nur Papst. Wir sind jetzt auch Dalai Lama.

In kaum einem anderen Land fühlt sich der Religionsführer nach eigenem Bekunden so wohl wie in Deutschland, „fast heimisch“. Und die Bundesbürger überschütten ihn im Gegenzug geradezu mit Sympathie und Zuneigung. Sie fühlen sich von dem warmherzigen, stets lächelnden Mönch mit dem kahlen Schädel, der dunkelroten Kutte, der altmodischen Goldrandbrille und den Impfnarben am Oberarm, diesem seltsamen Heiligen mit den zum Segen vor der Brust erhobenen Händen, sogar mehr angesprochen als vom bayerischen Pontifex.

Eine vom SPIEGEL Anfang Juli bei TNS Forschung in Auftrag gegebene Meinungsumfrage hat verblüffende Ergebnisse gebracht: Der tibetische Gottkönig ist in Deutschland populärer als der deutsche Papst: 44 Prozent nennen ihn „ein Vorbild“, für Benedikt XVI. entscheiden sich 42 Prozent. Bei den Befragten mit Abitur und den jungen Leuten unter dreißig generell ist der Vorsprung des Dalai Lama gegenüber dem Stellvertreter Christi wesentlich größer – in diesen Bevölkerungsgruppen erwartet sich mehr als jeder Zweite sogar konkrete „Ratschläge“ für sein Leben von dem charismatischen Mönch aus dem Himalaja-Reich. Die Deutschen finden den Buddhismus sympathischer als den hierzulande verbreiteten Glauben: 43 Prozent nennen die fernöstliche Religion „die friedlichste“, gefolgt vom Christentum (41 Prozent); weit abgeschlagen – bei gerade mal einem Prozent – landet in dieser Rangliste der Islam.

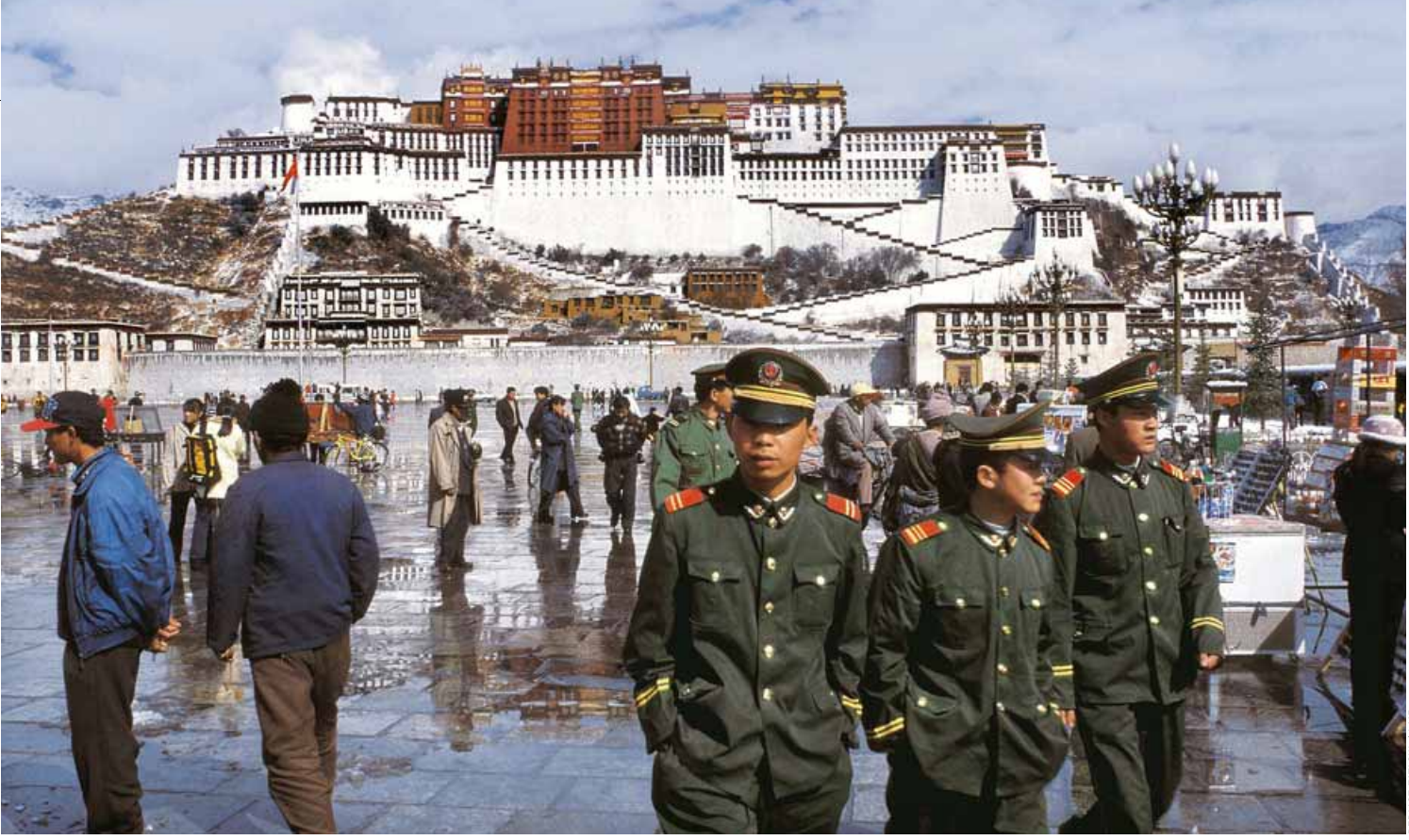
Schnöder Materialismus und Geiz-ist-geil-Ideologie sind offensichtlich in manchen Kreisen passé, Lamaismus gilt als en vogue, überall im Westen. Unterhaltungsgrößen und Menschenrechtler haben mit ihrem Engagement für den Dalai Lama und seinen Freiheitskampf auf dem Dach der Welt einen gemeinsamen Nenner gefunden, seltsame Bet-Genossen: Hollywood trifft Robin Wood.

Die Filmdiva Sharon Stone hat ihr Haus über dem Sunset Boulevard mit fernöstlichen Devotionalien geschmückt und nennt Audienzen beim Dalai Lama „ihr höchstes Glück“. Goldie Hawn und Uma Thurman fühlen sich ebenso zu der fernöstlichen Lehre hingezogen wie Orlando Bloom, Oliver Stone und Tina Turner. Auch das Ex-Material-Girl Madonna gibt sich längst spirituell, Gerüchte besagen, sie könne sich nach Jahren der Beschäftigung mit kabbalistischen Praktiken nun dem Buddhismus zuwenden, sich zu den zahlreichen an-



ALISON WRIGHT / CORBIS

Exilresidenz des Dalai Lama in Dharamsala, Indien



DERMOT TATLOW / LAIF

Potala-Palast, chinesische Soldaten in der tibetischen Hauptstadt Lhasa: *Angst vor einem „kulturellen Genozid“*

deren prominenten Tibetschwestern gesellen – Glaubens-„Hopping“ ist in Kalifornien weitverbreitet und für manchen eine oberflächliche Freizeitdroge.

Über solche Zweifel erhaben ist Richard Gere („Ein Mann für gewisse Stunden“), der fast so häufig in Dharamsala wie in den USA zu finden ist und als enger Freund des Dalai Lama ein Buddhistisches Zentrum nach dem anderen gründet. Oscar-Preisträger Martin Scorsese, spezialisiert auf sensible Filme über gesellschaftliche Außenseiter, hat mit „Kundun“ seinem Vorbild Dalai Lama schon 1997 ein Denkmal gesetzt.

In Deutschland hat die Buddhismus-Begeisterung eine lange Tradition – ein Großteil der Denkerelite beschäftigte sich schon ab dem 18. Jahrhundert mit dem fernöstlichen Gedankengebäude, von Kant bis Hegel, von Schelling bis Schopenhauer. Eine regelrechte Welle – verbunden mit der Person des charismatischen Dalai Lama und seinem Friedensnobelpreis 1989 – schwappte dann im vergangenen Jahrzehnt durchs Land.

Das Lebenshilfewerk „Die fünf Tibeter“ stand fast 400 Wochen auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, das Kaufhaus C&A stellte Winterkleidung als „Tibetkollektion“ vor, das Haus Guerlain warf als Duft der Saison ein Parfum namens „Samsara“ auf den Markt (und übersah, dass dieser buddhistische Begriff vor allem das „Leiden“ symbolisiert). Heute hat die Dalai-Lama-Begeisterung neben gestandenen Fans wie dem ehemaligen Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und dem Bergsteiger-König und Ex-Europaparlament-Grünen Reinhold Messner auch jüngere Menschen erreicht; als Dalai-Lama-Bewunderer outen sich Intellektuelle wie der Regisseur Florian Henckel von Donnersmarck oder Sportler wie der Ex-Fußballnationalspieler Mehmet Scholl. Die Popsängerin Nadja Benaissa von der Girlgroup No Angels sieht in dem Tibeter den „Jesus der Neuzeit“. Und Dr. Motte, der Techno-DJ und Erfinder der Berliner Love Parade, sagt, den „Dalai Lama muss man einfach mögen, den lieben wir alle“.

Weltweit gibt es rund 450 Millionen Buddhisten – nach dem Christentum, dem Islam und dem Hinduismus bilden sie die Weltreligion Nummer vier, vorherrschend in Südostasien, wo Thailands Junta mit dem Gedanken spielte, den Buddhismus zur Staatsreligion zu machen. Mehr als eine Viertelmillion Deutsche werden inzwischen buddhistischen Gruppen zugerechnet, und dabei treibt der Boom manchmal auch sumpfige Blüten – die Zahl der sympathisierenden Sinnsuchenden dürfte um ein Vielfaches höher sein: Buddhismus bedarf nicht der Organisation, der Institution. Gerade darin liegt ja unter anderem seine Attraktion, sein Charme.

Faszination Buddhismus: Nirwana-Hoffnung statt Dschihad-Drohung – und keine Inquisition.

Es sind vor allem Angehörige der „gehobenen“, gutverdienenden Kreise, die sich angezogen fühlen: Politiker und Professoren, Manager und Mimen, Werbetexter und Wirtschaftsbosse. Der Buddhismus gilt ihnen als anziehendste Weltreligion, als Glaube, der das Individuum kaum zu etwas nötigt, der viel Spielraum zum eigenen Denken lässt, auf Andersdenkende in der Regel nicht hinabschaut. Zweieinhalb Jahrtausende weitgehende Friedfertigkeit statt grausamer Inquisition, stets heiter wirkende Mönche statt präpotenter Kirchenfürsten, Nirwana-Hoffnung statt Dschihad-Drohung, meditative Überzeugungsarbeit statt missionarischer Bekehrung; Schuld und Sühne Begriffe aus einer anderen, strafenden Glaubenswelt, der Mensch allein Schöpfer seines Schicksals: Kann daran etwas falsch sein?

Und ist nicht der Dalai Lama der perfekte Repräsentant dieser sanften Weltmacht, eine unantastbare höchste moralische Instanz, zuständig für die Grundfragen der Menschheit wie Lebenssinn, Glück, Gerechtigkeit, Frieden? Ein postmoderner Engel mit urzeitlichen, in Wiedergeburten stets reinkarnierten Wurzeln? Ein letzter gemeinsamer Nenner für Begeisterungsfähige und Skeptiker, Ohnmächtige und Übermächtige, Neurotiker und Naturburschen – eine Art Trostpflaster für die in Globalisierungsgewinner und -verlierer zersplitternde Erde?

Schon seine Titel unterscheiden ihn von allen anderen Menschen: „Ozean der Weisheit“ bedeutet der aus dem Mongolischen stammende Titel Dalai Lama. Als „Herr des Weißen Lotus“ und „Unvergleichlichen Meister“ verehren ihn Buddhisten in aller Welt. Eine seiner tibetischen Bezeichnungen lautet „Das wunscherfüllende Juwel“. Und die offizielle

Anrede bleibt allein ihm und dem Papst der Katholiken vorbehalten – „Seine Heiligkeit“.

Was für ein Leben, was für eine Karriere: geboren vor nunmehr 72 Jahren im tibetischen Dorf Taktser, 1100 Kilometer von Lhasa entfernt, als neuntes Kind einer Bauernfamilie. Entdeckt als Wiedergeburt des früheren Dalai Lama von einer Mönchsdelegation, nach mystischen Ritualen. Mit fünf Jahren auf dem Löwenthron. Aufgewachsen als spirituelles und politisches Oberhaupt der Tibeter im Brennpunkt internationaler Verwicklungen. Als Gesprächspartner gesucht auch vom Großen Vorsitzenden Mao – da ist er 19. Zum dramatischen Abschied vom Potala-Palast gezwungen, an der Seite von CIA-trainierten Untergrundkämpfern, die ihn im März 1959 über reißende Ströme und 5000-Meter-Pässe schleusen – da ist er 23 Jahre alt. Prominentester Asylant der Welt, Prophet der Gewaltlosigkeit, rastloser Reisender für die tibetische Sache und schließlich Friedensnobelpreisträger.

Pekings Propaganda macht ihn zum Staatsfeind Nummer eins. Im Westen wird er von Politikern mal überschwenglich begrüßt, mal peinlich gemieden. „Die nicht an der Macht sind, schmücken sich in der Regel gern mit mir“, hat er einmal gesagt. „Wenn sie Kanzler oder Präsidenten sind, wechseln sie auf Pekings Befehl in der Regel die Seiten – nicht ohne mich ihrer Sympathie zu vergewissern.“

Ein Medienstar ohne Berührungsängste, der auch dem „Playboy“ mal ein Interview gewährte, der gegen eine Spende zuließ, dass Apple mit seinem Konterfei für Computer warb, und – gar zu großzügig – unter seinem Namen Dutzende Bücher veröffentlichen lässt, die er, sagenhaft seicht sind manche Texte, gar nicht gegengelesen haben kann: Tenzin Gyatso alias Dalai Lama Nummer 14 ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Welt – und bleibt trotz seiner fast permanenten Präsenz auf allen Kanälen eine der geheimnisvollsten, der unfassbarsten.

Häufig hat er in der Vergangenheit seine Botschaft bewusst im Dunkeln gelassen, spielte mit den Erwartungshaltungen seines Gegenübers, ein Meister des Ungefähren. „Ich bin für Sie, was Sie wollen, das ich für Sie bin“, sagte er einmal in einem Interview. Erst in den vergangenen Monaten, da er nach einer schweren, aber weitgehend überwundenen Krankheit ernsthaft über seinen Rückzug aus dem öffentlichen Leben nachdenkt, hat er begonnen, eine Bilanz zu ziehen und von seinem Vermächtnis zu erzählen. Es wird für viele seiner Anhänger, aber auch für seine Feinde, überraschende Erkenntnisse bringen, liebgewordene Klischees zerstören – das Ende der Dalai-Lama-Missverständnisse besteht auch darin, dass Seine Heiligkeit nicht mehr für jeden alles sein will, kein Gott mehr der großen und kleinen Dinge.

Dalai Lama (1939), Eltern, Geschwister (1940): *Mit zwei Jahren als Wiedergeburt erkannt*

KEYSTONE-FRANCE / LAIF (L. O. + U.); SCHERL / SÜDD. VERLAG (O. R.)

KP-Führer Mao, Dalai Lama (1954): *Der Gottkönig wurde zum „halben Marxisten“*

Aber woran denkt er, wen bewundert er, was will er wirklich?

Verstehen lässt sich die letzte, entscheidende Phase im Leben des Dalai Lama, seine Suche nach einem Erben, der das Erreichte bewahrt und das Unfertige vollendet, nicht durch Beobachtungen an seiner Seite im Westen. Sondern nur durch den Besuch seiner wichtigsten Lebensstationen: Lhasa, Dharamsala, Peking.

●

Die alte Frau in der tibetischen Landestracht und mit der kleinen Gebetsmühle in der Hand geht die vierspurige Schnellstraße in die falsche Richtung, den Autos entgegen. Vielleicht ist es sogar gut so. Denn auf diese Weise sehen die Fahrer der chromblitzenden Buick und Toyota, die spätnachmittags in Lhasas Außenbezirken unterwegs sind, die Pilgerin wenigstens von vorn: Alle paar Meter wirft sie sich auf den Asphalt, kniet nieder und misst dann mit der ganzen Länge ihres Körpers den Boden, wiederholt das Ritual. Stoisch und unbeirrt arbeitet sie sich langsam Richtung Jokhang-Tempel, fünf Kilometer entfernt. Sie ist noch immer unterwegs, als die Sonne längst untergegangen ist, die ersten Bars, Karaoke-Clubs und als Friseursalons getarnten Bordelle ihre grellen Neonlichter angeknipst haben. Eine einsame Gläubige aus einer versunkenen Welt.

Lhasa bedeutet „Geheiligte Erde“. Doch in diesen Tagen wirkt die Hauptstadt der chinesischen „Autonomen Region Tibet“ eher profan. Hochhäuser kratzen am Himmel der 3700 Meter hoch gelegenen Siedlung. 17 Stockwerke hat das neue Handelshaus, ein Ungetüm aus Stahl und Glas, 13 Stockwerke zählt das Polizeihauptquartier. Überall wird gehämmert, geklopft, geschweißt. Es entstehen neue Kasernen für die allgegenwärtigen Soldaten der chinesischen Armee, Supermärkte, Schnellrestaurants. Wirtschaftlich ist es den Tibetern noch nie so gut gegangen in ihrer Geschichte wie jetzt – und spirituell selten so schlecht.

Lhasa hatte 1959, als der Dalai Lama aus seinem Amtssitz fliehen musste, nach dessen Schätzung „etwa 30 000 Einwohner, davon 10 Ausländer“. Heute zählt die Stadt etwa 400 000 Einwohner, davon sind weit mehr als zwei Drittel „Ausländer“: Chine-

KEYSTONE-FRANCE / LAIF

Dalai Lama in Lhasa (1957): *„Unser Glaube zwingt uns nicht zur Rückständigkeit“*

sen aus allen Provinzen des „Mutterlandes“ haben die heilige Stadt überfremdet, teils zwangsangesiedelt, teils angelockt von Steuergeschenken der KP.

„Die neue Eisenbahn, Straßen, Abwasserkanäle, Elektrizität, das alles ist wichtig“, sagt ein alter Tibeter, der sich als einer der wenigen offen zu reden getraut. „Aber nichts ist wirklich etwas wert ohne Selbstbestimmung, ohne echte Religionsfreiheit. Die Partei macht Tibet zu einem spirituellen Disneyland mit ein paar Mönchen. Wir sind schon jetzt Fremde in der Heimat.“ Ob sein Enkel, der in der Schule nur noch Chinesisch lernt und spricht, auch so denkt – das allerdings vermag er nicht zu sagen.

„Ozean der Weisheit“, „Herr des Weißen Lotus“ – am liebsten wäre er ein einfacher Mönch.

Der Dalai Lama in seinem Exil auf der anderen Seite des Himalaja-Massivs hat eine durchaus ambivalente Einstellung zu den tibetischen Klagen, die ihm übermittelt werden. Bessere Lebensbedingungen achtet er keinesfalls gering und fordert seine Landsleute auf, „so fleißig wie die tüchtigen chinesischen Kaufleute“ zu sein. „Nirgendwo steht geschrieben, dass unser Glaube uns zur Rückständigkeit zwingen soll – ganz im Gegenteil.“ Auch die „Himmelsbahn“, die nun in Rekordgeschwindigkeit und über Rekordhöhen täglich Tausende nach Lhasa bringt, hat der Gottkönig inzwischen als potentiellen Motor des Fortschritts akzeptiert. Allerdings sieht er die Gefahr, dass Peking so auch Tibets Bodenschätze leichter plündern und noch mehr chinesische Soldaten und Siedler aufs Dach der Welt bringen kann. Er hat von Plänen gehört, Lhasa auf 700 000 Einwohner aufzustocken.

Im mächtigen Potala-Palast, dem „Sitz der Götter“ seit dem 17. Jahrhundert, dem Ort seiner einsamen Jugend, sind alle Erinnerungen an den heutigen 14. Dalai Lama getilgt. Dafür sind an vielen Stellen Überwachungskameras installiert. Die kommunistischen Allesplaner aus Peking wollen wegen des Touristenansturms – vor allem chinesische Intellektuelle und Künstler haben den „Tibet-Chic“ entdeckt – allen Ernstes einen Miniaturnachbau des Potala errichten, am Fuße des jetzigen, mit Lichteffekten, Hightech-Soundsystem. Damit hätten sie dann endgültig alles unter Kontrolle, selbst spontane Pro-Dalai-Lama-Aktionen könnten im Keim erstickt werden.

War der Palast, hinter dessen Mauern über die Jahrhunderte ganz und gar unheilig intrigiert, gefoltert und sogar gemordet wurde – manche Gottkönige sollen vergiftet worden sein –, wenigstens für die Privilegierten ein angenehmer Ort?

Der heutige Dalai Lama verneint das. Bitterkalt und schlecht beleuchtet seien seine Zimmer gewesen. Die einzigen Spielgefährten waren kleine Mäuse, die nach seinen Erinnerungen „auf den Gardinen flink hin und her gesprungen sind“ und „ihren Urin heruntertröpfeln“ ließen, während er sich „unter seinen Decken vergrub“. Später freundete sich der kleine Junge mit seinem Personal an, vor allem die Ausfeger erzählten ihm vom wahren, vom harten Leben jenseits der Palastmauern, von den Ungerechtigkeiten der Großgrundbesitzer, der Willkür der Äbte. Seine strengen tibetischen Lehrer beschränkten sich auf die religiöse Ausbildung, von anderen Ländern und der Weltgeschichte erfuhr der Knabe erst, als er den österreichischen Abenteurer Heinrich Harrer 1946 zu Gesicht bekam.

Er fand Zinnsoldaten in der Vorratskammer, spielte Krieg. Später schmolz er sie ein und machte Mönchsfiguren aus ihnen. Er entdeckte im Fundus seines Vorgängers einen alten Filmprojektor. Dem handwerklich Begabten gelang es, das Ding in Gang zu bekommen. Er sah die Inthronisierung des britischen Königs George V. („langweilig“), einen Trickfilm mit aus Eiern schlüpfenden Tänzerinnen („ungewöhnlich“) und war enorm fasziniert von einem Streifen über das harte Leben britischer Bergarbeiter – „solche Lebensbedingungen hatte ich mir nicht vorstellen können“. Das waren seine ersten Ansätze eines sozialen Gewissens.

Als Teenager, erinnert sich der Dalai Lama, ist er oft auf das Dach des Palastes geschlichen, zu seinem geliebten Teleskop: Großartig war der Blick von dort oben über ganz Lhasa, aber ihn interessierte vor allem ein Dorf namens Shöl in seinem Blickfeld, wo die staatliche Haftanstalt lag – Aufenthaltsort dieser anderen Ge-

„Wir sind alle gläsern“

Mit Akupunktur und Eieruhr – wie Deutschlands Buddhisten ihren Glauben leben

Am Anfang hat Annette Kirsch mit der Eieruhr meditiert. Zuerst für die Dauer eines weichen, dann die eines harten Eis. Inzwischen kann sich die zierliche Blondine an guten Tagen 75 Minuten lang nur mit „Chenresig“, Buddha des Mitgefühls, beschäftigen. Doch sie sagt: „Die Erleuchtung ist noch so weit weg.“

Das passt zur aktuellen Meditationsaufgabe der 38-Jährigen: „Mich in Geduld üben“. In ruhigen Stunden analysiert sie: „Was macht mich wütend? Warum? Dann kann ich im Ernstfall das Ruder selbst in die Hand nehmen.“ Was nach einer goldenen Managementregel klingt, ist eine von zahlreichen Weisheiten des Buddhismus. Und sie fügt sich wie viele andere Merksätze scheinbar perfekt in die heutige, nach Disziplin schreiende Zeit.

BERND BODTLÄNDER

Buddhistin Kirsch (im Tibethaus Frankfurt): *Kein Glück wird ewig dauern*

Annette Kirsch, aufgewachsen in einem „modernen christlichen Elternhaus“, später Leiterin einer Firmgruppe und Mitglied der Kirchenband, arbeitet im Tibethaus in Frankfurt am Main seit dessen Gründung im Herbst 2005. Sie koordiniert Teestunden und Yoga-Kurse. Dafür hat sie einen gutdotierten Job als Verlagsmanagerin aufgegeben, zuletzt leitete sie ein Team von zwölf Mitarbeitern. Die unter der Schirmherrschaft des Dalai Lama stehende Einrichtung im Studentenviertel Bockenheim fügt sich in eine Reihe von Dependancen in Neu Delhi, New York, Barcelona und London.

Der Buddhismus – vor allem seine späte, tibetische Variante – ist in Deutschland so populär wie nie zuvor. Nicht zuletzt aufgrund Seiner Heiligkeit. Selbst Annette Kirschs katholische Mutter empfindet Sympathie für den charismatischen Mann.

Von 130 000 Deutschen buddhistischen Glaubens geht die Deutsche Buddhistische Union (DBU) aus, hinzu kommen 120 000 hier lebende Asiaten. Die meisten Konvertiten sind wie Annette Kirsch: jung, dynamisch, überdurchschnittlich gebildet. Die Anzahl buddhistischer Gruppen ist in den vergangenen 30 Jahren von 15 auf mehr als 600 angewachsen. Wobei die Zahlen nur vage die tatsächliche Verbreitung des Glaubens widerspiegeln. Denn: Wer zählt die „einsam ziehenden Nilpferde“, wie es ein Gleichnis formuliert, die nach dem Kirchenaustritt ihren Privatbuddhismus pflegen?

Von „einer Mode“ weiß „Hue khai“ zu berichten, „selbst die Werbung hat Tibeter als Testimonials entdeckt“. Getauft wurde die 55-Jährige auf den Namen Eleonore Hamm. Ihr buddhistischer Name heiße übersetzt „Weisheit durch Stolz“. Aber je nach Tonhöhe bedeute das vietnamesische „khai“ auch etwas ganz anderes: „Einmal habe ich mich als „Mein Name ist ‚Weisheit durch Salat‘ vorgestellt. Da lagen alle am Boden vor Lachen.“ Der Glaube sei mindestens genauso kompliziert, aber das vermag Eleonore Hamm, nicht abzuschrecken. Die Gymnasiallehrerin engagiert sich seit drei Jahren in der „Pagode Phat Hue“ vom Verein der Deutsch-Vietnamesischen-Buddhistischen Gemeinde im Frankfurter Osten.

Das mit bunten Fahnen geschmückte Kloster liegt in einer alten Druckerei an einem Autobahnzubringer, mitten im Industriegebiet. Draußen donnern Laster vorbei, im Gebetsraum mit den goldenen Buddha-Statuen trommeln kahlrasierte Mönche im Mantra-Takt.

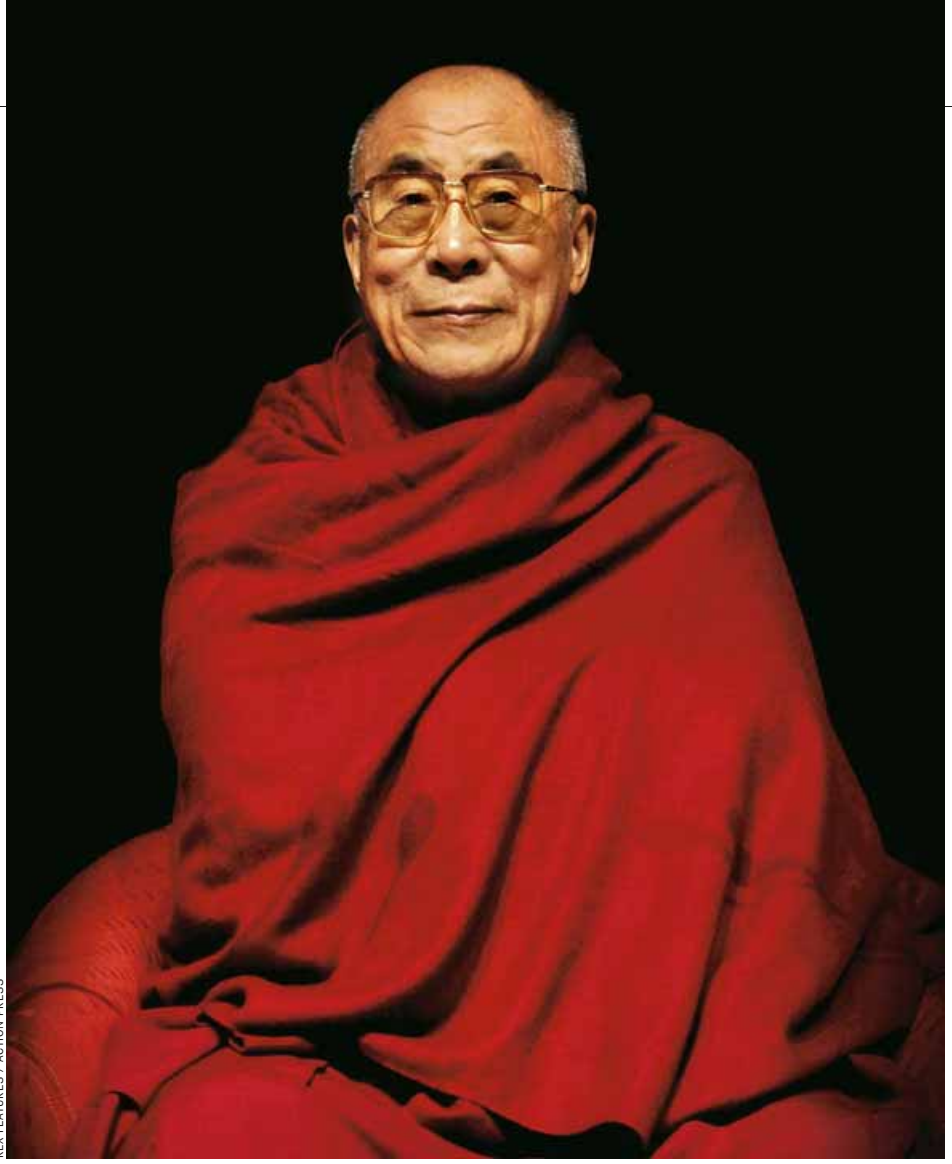
Es ist Regenzeit in Asien, „eine besonders intensive Phase der Rezitation und Meditation“, erklärt Eleonore Hamm. Sie trinkt Ananas-Zitronen-Saft und strahlt wie eine Lottofee, die gerade selbst den Jackpot geknackt hat. „Aber sogar das Hochgefühl eines Lottogewinns verfliegt“, wirft die Pädagogin zwinkernd ein, als Buddhist müsse man zuerst begreifen: „Alles ist ständig veränderlich. Kein Glück wird ewig dauern.“

Und nach dieser pessimistischen Grundeinstellung verzehren sich weltweit Millionen? Hamm, fesche Kurzhaarfrisur, rahmenlose Brille, lächelt geduldig: „Aber es ist die Realität – wenn wir uns dem öffnen, können wir alle Blockaden abbauen.“

Bei ihr wurden diese zuerst durch Akupunktur gelöst – eine Praxis für Traditionelle Chinesische Medizin ergänzt das Angebot der Pagode. Der Zen-Meister Thich Thien Son, Abt des Klosters und ein Mann mit tiefgründigem Blick, hat Hamm auf Anhieb fasziniert. „Er kann jeden Menschen so sehen, wie er wirklich ist. Für ihn sind wir alle gläsern.“

So unübersehbar der Trend, so komplex ist die Lehre des Buddhismus bei näherer Betrachtung. Westliche Religionswissenschaftler glauben daher nicht an eine langfristige Begeisterung auf diesen Breitengraden. Früher oder später werde der „deutsche Romantiker“ feststellen, dass der wahre Buddhismus Arbeit macht – und ernüchtert zu Billigangeboten der Esoterik und des New Age zurückkehren, zur Erlösung light mit Kristallwasser und Klangschalen.

SIMONE KAISER



REX FEATURES / ACTION PRESS

UMFRAGE: DALAI LAMA

„Welche Religion ist für Sie die friedlichste?“

Buddhismus	43 %
Christentum	41 %
Islam	1 %

Spontane Antwort: „Alle gleich friedlich“: 8 %

„Immer wieder werden der Dalai Lama und Papst Benedikt als Vorbilder für Jugendliche genannt. Wer wäre für Sie ein Vorbild?“

Dalai Lama 44 %

Anhänger von:	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne
	32	51	62	44	86

Papst Benedikt 42 %

CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne
58	36	28	39	8

10 % Weiß nicht

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 3. und 4. Juli; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Der 14. Dalai Lama im Exil: *„Ich bete für Chinas KP-Führer“*

fangenen, die allerdings nicht wie er in einem goldenen Käfig saßen, sondern mit schweren Holzscheiben um den Hals über den Hof geführt wurden. Eine der ersten Amtshandlungen des zum Staatsoberhaupt ernannten 15-Jährigen: Er begnadigte die Häftlinge von Shöl. Und er versuchte, die von seinem Vorgänger begonnene Demokratisierung weiter voranzutreiben.

Die Vergangenheit seines Heimatlandes sieht er heute im Exil durchaus kritisch, die Verklärung des jahrhundertelang von der Außenwelt abgeschlossenen Tibet zu einem „Shangri-la“, in dem angeblich alle glaubensglücklich in einer harmonischen Gesellschaft lebten, die Natur schonten und den Frieden mit den Nachbarn pflegten – er hält nichts von dem Mythos.

Zu seinem Vermächtnis gehört auch, dass er die Fehler des alten Reichs anprangert. „Es gab himmelschreiendes Unrecht, die tiefe Ergebenheit in den Buddhismus hatte Schattenseiten, es ging den Äbten oft nur um Prunk, um Einfluss. Das alles aber entschuldigt die heutigen Besatzer in keiner Weise.“ An sozialer Gerechtigkeit hätten die Chinesen nie Interesse gehabt, meint er, stets kalte Machtpolitik betrieben. „Sonst hätten sie meine Reformen nicht gebremst und mich ins Exil gezwungen.“

Lhasa heute: Es ist nach den schlimmen Übergriffen chinesischer Militärs unmittelbar nach der Flucht des Dalai Lama 1959, den tausendfachen Morden in der Kulturrevolution ab 1966, nach den brutal niedergeschlagenen Demonstrationen Ende der Achtziger friedhofsruhig in der Stadt. Die Kultur mag dem Untergang geweiht sein, der Konsum gedeiht. Neue Restaurants müssen Rausschmeißer beschäftigen, damit Kunden nicht zu lange bleiben und die Wartenden an die Reihe kommen. Und es gibt immer mehr Palmen auf dem Dach der Welt, sie sind grasgrün, leuchten aber nachts auch rosa. Jede trägt fünf Kokosnüsse, ihre Stämme sind abwaschbar – chinesisches Plastik, durch und durch.

So ganz haben die KP-Machthaber es dann doch nicht geschafft, Tibets Metropole zur Dalai-Lama-freien Zone zu machen, seine – als Poster und Karten verbotenen – Porträts ganz auszumerzen. In seinem ehemaligen Sommerpalast, der heute ein Museum ist, zeigen Wandmalereien den Gottkönig. Und der privat angeheuerte Führer flüstert zum Abschied: „Versuchen Sie ihm mitzuteilen, dass wir ihn lieben und immer lieben werden – Wunscherfüllendes Juwel, wir warten auf dich.“

●

Diesmal wehen Nebelschwaden die Gebirgssträßchen herunter, schlagen aufs Gemüt: Dharamsala leidet an seiner permanten Unfertigkeit, an der Melancholie des Exils. Aus verhängten Wohnzimmern klingen hohle Fernsehstimmen, Hundegebell und das Zischen von Dampfkochtöpfen. Unter Plastikplanen kauernd, basteln Tibeterinnen an den Mala, Gebetskränzen mit 108 Perlen. Greise mit Gesichtsfalten wie Jahresringe sitzen im fahlen Licht einer Gaststätte und knabbern an klebrigen Süßigkeiten. Auf einem Hinterhof spielen Kinder auf kreidegestricheltem Asphalt „Himmel und Hölle“. Selbst die Hooligans, die sonst aus purer Langeweile mit ihren Hondas die engen Straßen entlangrasen und Touristinnen begrapschen, nehmen eine Auszeit. Nur im Café Shambhala kauen einige zottelige Späthippies auf ihren Yak-Burgern und sehen selbst aus wie Yaks in Menschenkleidern.

Dharamsala mit seinen rund 20 000 Einwohnern ist manchmal traurig, häufig hek-

„Wir Christen müssen missionieren“

Benediktinerabt Notker Wolf über die Unterschiede zwischen Papst und Dalai Lama

CARLO LANNUTI

Wolf, 67, ist Chef des ältesten katholischen Ordens mit gut 800 Abteien und Klöstern, in denen 25 000 Nonnen und Mönche leben. Der im Allgäu geborene Wolf mit Amtssitz in Rom gilt als streitbarer Christ, sein Buch „Worauf warten wir? – Ketzerische Gedanken zu Deutschland“ wurde zum Bestseller.

SPIEGEL: Herr Abtprimas, die Deutschen sehen im Christentum eine weniger friedfertige Religion als im Buddhismus. Sind Sie überrascht?

Wolf: Nicht wirklich. Uns hängen immer noch die Inquisition, die Hexenverbrennungen an – Verfehlungen, die wir seit langem hinter uns gelassen und bereut haben.

SPIEGEL: Sie kennen den Dalai Lama und Papst Benedikt XVI. persönlich. Was unterscheidet die beiden spirituellen Superstars unserer Zeit?

Wolf: Ich habe den Dalai Lama vor einem Jahrzehnt kennengelernt, ich empfand ihn als eine beeindruckende Persönlichkeit. Mit dem Papst verbindet mich seit langem eine Freundschaft, die mich allerdings nie von kritischen Bemerkungen abgehalten hat. Wir sehen uns mehrmals im Jahr. Benedikt XVI. bietet Orientierung, darauf haben die Menschen gewartet.

SPIEGEL: Für die meisten Deutschen ist der tibetische Dalai Lama eher ein Vorbild als der deutsche Papst. Muss Sie das nicht um den Schlaf bringen?

Wolf: Benedikt ist ein brillanter Denker, und er scheut keine Konflikte. Ich finde ihn wunderbar politisch unkorrekt, etwa, wenn er dem Abendland die Diktatur des Relativismus vorwirft und Glaubensgrundsätze nicht zur Diskussion stellen lassen will. Da bin ich voll an seiner Seite. Gleichzeitig habe ich den Eindruck, dass er dem Menschen zu sehr misstraut, weil er ihn gleich als potentiellen Sünder sieht, als einen, der sofort über die Stränge schlägt, wenn man ihm seine Freiheiten lässt. Aber Freiheiten sind wichtig.

SPIEGEL: Und der Dalai Lama gilt im Gegensatz dazu vielen als Musterbeispiel für Toleranz, der Buddhismus als eine Religion, die keine letzte Autorität kennt, die sympathisch undogmatisch daherkommt.

Wolf: Dem Dalai Lama gelingt es sehr gut, das Friedfertige, das Humane seiner Religion zu verkörpern.

SPIEGEL: Auch dadurch, dass er gegenüber seinen westlichen Anhängern oft im Ungefähren bleibt, mit einer eher allgemein gehaltenen Botschaft von Liebe und Glück?

Wolf: Ja. Im Gegensatz dazu sieht der Papst in seinem Glauben die Befreiung des Menschen, die wirkliche Erlösung vom Bösen. Die katholische Kirche ist eine Institution, und schon das Wort Institution ist in Deutschland generell negativ besetzt. Das ist seit den unseligen 68er Zeiten so.

SPIEGEL: Die 68er sind jetzt auch noch schuld an der Krise der katholischen Kirche in Deutschland?

Wolf: Es gibt diese Zusammenhänge. In der Logik unserer 68er gehört ja beides zusammen: der aus den angeblichen Fesseln der Zivilisation befreite Mensch zum einen und die gnädige höhere Macht, der er sich anvertrauen kann, zum anderen – der Staat wird’s schon richten. Für mich stellt die deutsche Kulturrevolution deshalb einen ebenso gravierenden Bruch mit der abendländischen Tradition dar wie die Französische Revolution. Damals war Gott durch die Vernunft abgelöst worden, nicht mehr die Religion setzte fortan den absoluten Maßstab, sondern die Philosophie.

SPIEGEL: Was man auch als Fortschritt sehen kann.

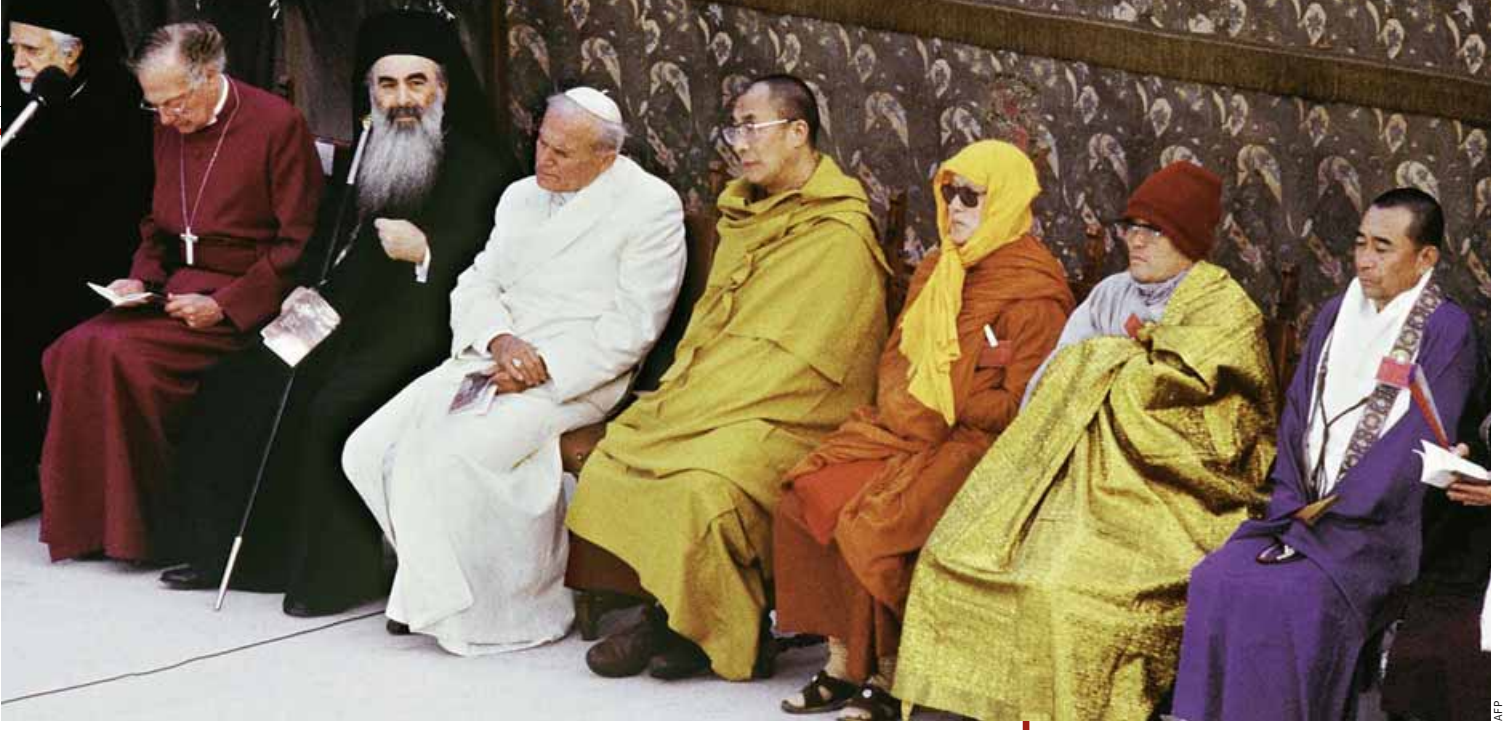
Wolf: 1968 hat man dann auch noch die Vernunft verstoßen, an ihrer Stelle die Natur auf die Altäre gesetzt und die Freiheit individualisiert. Seither leben wir in einer Welt ohne Gott, ohne Jenseits, ohne Väter und ohne eine vernünftige Vorstellung dessen, was Freiheit ist. Darunter leiden wir. Der unaufhaltsame Ausbau des Sozialstaats ist das beste Beispiel dafür, wie man sich aus Gerechtigkeitsfanatismus und Versorgungsmentalität sein eigenes Gefängnis bauen kann. Auch die kriminelle Selbstbereicherung unserer Manager spiegelt die Mentalität der Schamlosigkeit, deren Wurzeln tief in den 68er Humus hineinreichen. Freiheit braucht eine Verankerung – im Verantwortungsbewusstsein, im Gewissen, in der Scham.

SPIEGEL: Und deshalb warnen Sie vor einem Buddhismus, der zum Ausprobieren einlädt, dessen Begründer Siddharta jedem das Recht zugestand, bei seiner spirituellen Suche zu anderen Erkenntnissen zu kommen als er selbst?

Wolf: Ich glaube, wir haben ein verklärtes, ein naives Bild von dieser Religion. Es mag für den Dalai Lama und seine Ausprägung des tibetischen Buddhismus zutreffen, was Sie in Sachen Toleranz und Infragestellung der Glaubensgrundsätze gesagt haben, obwohl ich von tibetischen Klöstern in Europa schon ganz andere Dinge gehört habe – weite Teile des realexistierenden Buddhismus präsentieren

JOHANNES EISELE / DDP

Papst Benedikt XVI. (in München 2006)
„Er misstraut dem Menschen zu sehr“



AFP

Papst Johannes Paul II., Dalai Lama (M.) in Assisi (1986): *„Verklärtes Bild“*

sich auf jeden Fall ganz anders. Unsere Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen darf nicht auf Idealisierung beruhen, wenn sie von Dauer sein soll. Ich weiß, wovon ich spreche. Ich habe einen Monat lang in verschiedenen japanischen Zenklöstern mit buddhistischen Mönchen zusammengelebt.

SPIEGEL: Und waren abgestoßen von dieser strengen Variante des Buddhismus?

Wolf: So will ich es nicht sagen. Ich habe unter den Mönchen in Japan wunderbare Menschen getroffen. Aber ich habe in ihren Klöstern auch dogmatischen Starrsinn und überholten Traditionalismus erlebt. Es wurde ein absoluter Gehorsam abverlangt, den ich meinen Benediktiner-Ordensbrüdern niemals zumuten könnte.

SPIEGEL: Unbestreitbar ist doch: Der Buddhismus drängt sich nicht auf, er missioniert nicht. Der Dalai Lama sagt sogar, eine ethische Grundhaltung sei wichtiger als jede Religionszugehörigkeit. Ist diese Grundhaltung nicht sympathisch?

Wolf: Doch, ist sie.

SPIEGEL: Warum missionieren Christen denn im Gegenzug weltweit, auch in China? Sollten wir nicht akzeptieren, dass den Menschen dort der Konfuzianismus, der Daoismus und eben der Buddhismus geistig näherstehen?

Wolf: Der Papst sieht die Mission als Verkündigung und Bezeugen der Botschaft Jesu Christi, als die Zuwendung Gottes zur Welt. Das ist eine universelle Botschaft, und ich weiß nicht, warum ich diese Botschaft von der barmherzigen Liebe anderen vorenthalten soll. Das hat nichts mit aufzwingen zu tun – in diesem Sinn sollen, müssen wir Christen missionieren.

SPIEGEL: Dem Dalai Lama liegt sehr am Dialog zwischen den Religionen. Ihnen auch?

Wolf: Papst Johannes Paul II. hat diesen Dialog sehr gefördert, denken Sie an das Treffen in Assisi 1986, Benedikt ist da skeptischer. Beide haben sich gegen Kriege engagiert und für weltweite Menschenrechte. Alle Religionen verfügen meiner Meinung nach über ein großes Friedenspotential, genauso wie jede ein kriegerisches Potential birgt. Aber fundamentale Unterschiede zwischen den Religionen dürfen nicht aus Harmoniesucht zerredet werden.

SPIEGEL: Benedikts Credo ist …

Wolf: … bloß kein Wischiwaschi. Auch ich halte nichts davon, sich seinen Lebenssinn bei allen möglichen Kulturen zusammenzusammeln und sich aus diesen Versatzstücken eine multikulturelle Patchwork-Identität zu basteln. Was soll dabei herauskommen als eine oberflächliche Einheitsweltanschauung? Für uns Christen darf es keine Selbstzweifel, keine Kompromisse, keine Anbiederung geben.

SPIEGEL: Das sehen Buddhisten anders?

Wolf: Nicht alle. Ich weiß beispielsweise von meinen Freunden, den japanischen Mönchen: Sie wollen in mir gar keinen Pseudobuddhisten finden, sondern einen überzeugten Christen – mit fundamentalen Gegenpositionen.

SPIEGEL: Können Sie uns den zentralen Unterschied zwischen einem Christen und einem Buddhisten erklären?

Wolf: Ein Buddhist strebt an, dass seine Individualität im Nirwana erlischt. Für uns Christen bedeutet Selbstverwirklichung dagegen die Erfüllung der Person in Gott – wenn wir Ihn suchen, dann um uns selbst zu finden, nicht zu verlieren. So gesehen bezweckt der Buddhismus das genaue Gegenteil dessen, was wir Christen anstreben.

Interview: Erich Follath, Alexander Smoltczyk

tisch, selten wirklich gefährlich. Doch 1997 erschütterten drei Morde im unmittelbaren Umfeld des Dalai Lama die tibetische Exilgemeinde. Der Gottkönig hatte eine weitreichende dogmatische Entscheidung getroffen: Er hatte kraft seiner absoluten Autorität in Glaubensdingen den Kult um die Schutzgottheit Dorje Shugden verboten und so manche tibetische Gemeinde vor den Kopf gestoßen.

Der „Donnerkeil“ ist eine besonders blutrünstige, schreckenverbreitende Figur in dem an Schreckensgestalten nicht armen tibetischen Pantheon. Vor allem konservative Religionsfundamentalisten hatten wütend protestiert, aber der Dalai Lama blieb bei seinem Bann. Daraufhin wurden ein enger Freund und dessen zwei Schüler niedergemetzelt. Die mutmaßlichen Täter konnten über die Grenze nach China entkommen – was manche fragen ließ, ob von dort wohl Hintermänner die Fäden gezogen hatten.

Dharamsala ist eine Enklave, ein Puppenstubenstaat mit einem eigenen Parlament, mit sieben Ministerien und einem Premier. Sie unterstehen dem Staatsoberhaupt Dalai Lama, der einmal gescherzt hat: „Für mich sind die Götter das Oberhaus, die Minister das Unterhaus.“ Die Verfassung von 1991 richtet sich nach der Uno-Menschenrechtserklärung. Es wird demokratisch gewählt, allerdings stehen nur Personen zur Wahl, keine Parteien.

„Eine Farce“, sagt Kalsang Phuntsok, 43, der zornige Chef des Tibetan Youth Congress, „die Parlamentarier sind von gestern, wir sind die wichtigste politische Kraft der Zukunft. Und wir kämpfen weiter um einen eigenen Staat.“

Natürlich respektierten er und seine Freunde den Dalai Lama, sagt Jugendführer Phuntsok. Aber der Gottkönig habe schon zu viele Kompromisse gemacht. „Wir müssen den Kampf selbst in die Hand nehmen. Denn zurzeit sind wir so etwas

LANNINO / ANSA / DPA (L.); ALBERTO PIZZOLI / AFP (R.)

Dalai Lama, amerikanische Hollywood-Stars Gere, Thurman: *„Ich bin für Sie, was Sie wollen, das ich für Sie bin“*

wie die Pandabären der internationalen Politik, jeder mag uns, keiner tut etwas für uns.“ Die Politik der Gewaltlosigkeit ist für ihn nicht in Stein gemeißelt. „Wenn die Unabhängigkeit durch den Tod von 1000 Chinesen erreicht würde, wäre es das denn nicht wert? Nur ist es so: Im Moment nützt uns Gewalt nichts, ist kontraproduktiv. Das muss aber nicht für alle Zeit so bleiben.“ Als politisches Vorbild nennt der Feurige einen Guerillakämpfer aus einer anderen Welt – Ché Guevara.

Eines der größten und bestgehüteten Geheimnisse von Dharamsala ist das tibetische Staatsorakel. Gegenüber dem Kloster Nechung am Ortsrand mit seinen bunten Gebetsfahnen führt eine Wendeltreppe hinauf in den zweiten Stock eines unscheinbaren Gebäudes: Hier lebt der Mann, den der Dalai Lama fragt, sollte er einmal nicht weiterwissen. Wenn der Mann, der das Orakel ist, in Trance spricht, dann folgt sogar der Gottkönig.

Der Ehrwürdige Thupten Ngodup, 49, hat äußerlich so gar nichts von einem mysteriösen Medium. Weinrote Kutte, orangefarbenes Unterhemd, zwei kleine Schoßhunde, die sich zu ihm kuscheln. „Jetzt, zu dieser Stunde, bin ich ein ganz normales menschliches Wesen ohne jede Auffälligkeit“, sagt der Mann im Rang eines Vizeministers liebenswürdig, ohne sich aus seinem Schneidersitz zu erheben. „Aber ich kann auf Wunsch in Trance fallen.“

Wann wird ein Staatsorakel zur Aktion gebeten, wie funktioniert es? Und wie kam Ngodup zu seinem Job?

Schon seit dem achten Jahrhundert diene das Staatsorakel dem religiösen Führer, über den jeweiligen „Kuten“ („Medium“) könne Seine Heiligkeit mit Dorje Drakden, der wichtigsten Schutzgottheit der Tibeter, kommunizieren, erzählt Ngodup. Manchmal habe das Orakel auch schon geholfen, nach dem Tod eines Dalai Lama, den richtigen Nachfolger, die Wiedergeburt, zu finden. Eine große Verantwortung.

Ngodup ist mit seinen Eltern während der Kulturrevolution aus seiner Heimat über die Berge geflohen. Sie arbeiteten im Straßenbau, er kam als Zwölfjähriger ins Kloster. Fiel durch seinen Fleiß auf, später auch durch seine Designkünste. Er entwarf für den 14. Dalai Lama das Logo zum Friedensnobelpreis. Noch beliebter machten ihn andere Zeichenkünste. Seit er einmal einen Comic in die Hand bekam, kann er eine perfekte Mickey Mouse. Nach dem Tod des früheren Staatsorakels wurde ein Nachfolger gesucht, keine Aufgabe, für die man sich einfach so bewirbt. Aber der junge Mann hatte schon über Jahre intensive Träume von der Schutzgottheit, fiel mit blutender Nase öfter in Trance, wonach er von Erscheinungen berichtete. Nach langen Prüfungen durch den 14. Dalai Lama wurde er schließlich 1987 als Staatsorakel ausersehen.

Einer der Höhepunkte des meist im Februar beginnenden tibetischen Kalenders ist die Hauptbefragung des Orakels; dann werden mit Safran veredelte Weizenkörner geworfen, dem Mann wird ein 41 Kilogramm schweres Gewand übergestülpt. Begleitet von Trommeln und Zimbeln und mächtigen Hörnern, benebelt von Weihrauchschwaden taucht das Medium in eine andere Bewusstseinswelt. Tanzt und torkelt und lallt schwer zu entschlüsselnde „Anweisungen“, die auf Tonband aufgenommen werden.

„Wir Tibeter sind die Pandabären der Weltpolitik, jeder mag uns, keiner tut etwas für uns.“

„Mein Herz schlägt schneller nach dem Erwachen, und ich muss mehrfach auf die Toilette“, sagt Ngodup, als erstatte er Bericht auf einem Urologenkongress. „Aber ich kann mich im Nachhinein an nichts mehr erinnern.“

Der Dalai Lama wohnt in einem eher bescheidenen Haus, bewacht von indischem Militär wie seiner tibetischen Leibgarde, bezahlt wird das größtenteils von Spenden reicher ausländischer Gönner. Er sagt: „Ich weiß, dass Ihnen das mit dem Orakel befremdlich vorkommt. Aber ich habe an Wegkreuzungen meines Lebens immer das Orakel befragt und bin nie enttäuscht worden – es entschied in der Nacht, als ich aus Lhasa fliehen musste, ebenso richtig wie später hier im Exil.“

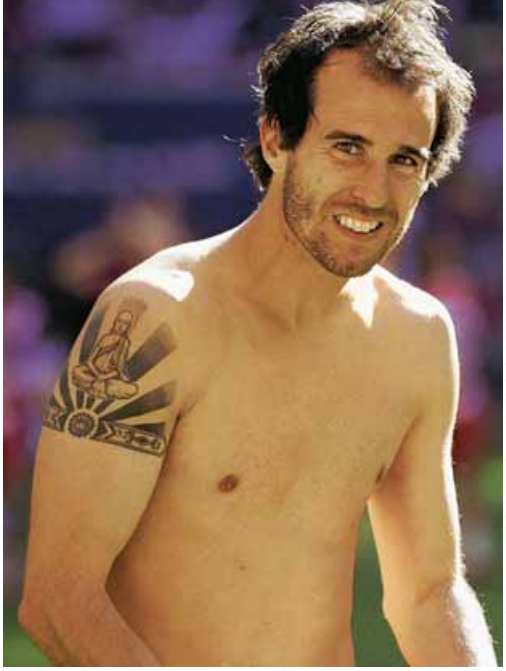
Hatte er, der sich mit Quantenphysik beschäftigt, der in Harvard Vorträge an der Seite von Neurologen hält und mit Begeisterung Uhren zerlegt und wieder zusammenbaut – von der Rationalität, der Mechanik der Dinge überzeugt –, wirklich nie Zweifel? „Nein“, sagt er. „Aber ich will Sie nicht von Ihrer Skepsis abbringen. Es gibt Dinge, die ich einfach glaube. Ich hatte übrigens aber auch immer Probleme mit dieser Vorstellung von der jungfräulichen Geburt …“

So wie der Vatikan die Existenz von Wundern überprüfen lässt, so könne man ja auch eines Tages dem Staatsorakel und seinen Sprüchen auf den Grund gehen, schlägt Seine Heiligkeit zum Abschied vor. Schon eine seltsame Religion, dieser tibetische Buddhismus: mal erhellend, mal obskur. Schon ein seltsamer Ort, dieses Dharamsala: mal M.I.T., mal Mittelalter.

●

Wo genau die beiden jungen Männer in Pekings Umgebung wohnen, die als spirituelle Stellvertreter des Dalai Lama gelten dürfen, ist ein Staatsgeheimnis. Den einen hätschelt die Partei und hält ihn weitgehend von der Öffentlichkeit fern, weil sie ihn politisch instrumentalisieren will; den anderen hat sie regelrecht gekidnappt, er bleibt verschollen. Die Geschichte um die Panchen Lamas ist ein Thriller, ein bisschen „Da Vinci Code“, viel „Der Name der Rose“. Nur eben real.

Im Mai 1995 hat der Dalai Lama in seinem indischen Exil den kleinen Jungen



MAGICS / ACTION PRESS (L.); CHRISTIAN BAUER / ACTION PRESS (R.)

Ex-Fußball-Nationalspieler Scholl, No-Angels-Popsängerin Benaissa: *„Er ist der neue Jesus“*

Gedhun Choekyi Nyima als Wiedergeburt des verstorbenen Panchen Lama erkannt (oder bestimmt, je nach Weltanschauung) – der Abt des Klosters in Shigatse in Tibet hatte ihm über Mittelsmänner bei Nacht und Nebel Fotos verschiedener Kandidaten nach Dharamsala geschickt. Traditionell helfen Tibets Gottkönige bei der Bestimmung ihrer geistlichen Stellvertreter, umgekehrt spielen die Panchen Lamas („Kostbare Lehrer“) in der Auffindung der reinkarnierten Nummer eins eine große Rolle. Der Gottkönig fühlte sich also zu seinem Handeln berechtigt – heute ist er nicht mehr so sicher, ob er alles wieder so machen würde. „Aber ich wusste damals nicht, dass ich Leben gefährde.“

Die politischen Führer der Volksrepublik waren empört: Sie hatten nicht damit gerechnet, dass der ihnen verhasste 14. Dalai Lama noch einmal in zentrale tibetische Vorgänge eingreifen konnte. Sie ließen den Sechsjährigen mitsamt seinen Eltern durch Geheimpolizisten aus seinem Dorf entführen und brachten ihn nach Peking. Seitdem verweigern die Behörden jede Auskunft über den Jungen, obwohl ausländische Delegationen sich immer wieder nach einem Lebenszeichen, einem Aufenthaltsort erkundigen. Es gehe Choekyi gut, er erhalte die Ausbildung eines normalen Bürgers, ließ die KP nur verlauten; man habe ihn vor der Dalai-Lama-Clique schützen müssen und wolle ihn heute vor falscher Propaganda bewahren.

Im April 2007 hat Choekyi, der oft als „jüngster politischer Gefangener der Welt“ bezeichnet wurde, irgendwo seinen 18. Geburtstag gefeiert – „wenn er denn noch lebt“, wie der Gottkönig beim Interview in Dharamsala sagt.

Wenige Monate nach der Entscheidung von 1995 ist die politische Führung der Volksrepublik selbst aktiv geworden: Sie suchte einen eigenen Panchen Lama aus. Er stammt aus demselben tibetischen Distrikt Lhari wie sein Konkurrent, ist aber das Kind zweier als zuverlässig geltenden Parteimitglieder, die den Buddhismus eher nebenbei betrieben. Um dem Prozess einen Anschein religiöser Legitimität zu geben, griffen die Machthaber auf alte tibetische Rituale zurück und ließen bei einer feierlichen Zeremonie aus einer goldenen Urne Lose ziehen – eine Weltpremiere: die

Wiedergeburt von kommunistischen Gnaden. „Du sollst ein religiöser Führer der neuen Generation werden“, rief dem Kleinen der damalige Staatschef Jiang Zemin bei einem Bankett zu. „Unterstütze stets die Führung der Partei, ehre das Mutterland und den Sozialismus!“

Gyaltsen Norbu erhielt eine von der Partei überwachte buddhistische und ideologische Erziehung. Pekings Führer versuchen schon heute gelegentlich, ihn den tibetischen Gläubigen näherzubringen. Mit mäßigem Erfolg. Bei einem Besuch seines „Heimatklosters“ Tashilhunpo in Shigatse reagierten die Mönche kühl, bei einem anderen Auftritt wurde der heute 18-Jährige von Gläubigen sogar beschimpft. Es ist offensichtlich schwierig, den etwa sechs Millionen Tibetern einen von der KP sanktionierten Panchen Lama aufzudrängen – und damit droht auch die von der politischen Führung so weitsichtig geplante Einflussnahme auf die Wahl des nächsten Gottkönigs zu scheitern.

Aber wird es nach dem jetzigen 14. Dalai Lama überhaupt noch einen neuen geben? Oder ist der Kreislauf der Wiedergeburten abgeschlossen?

„Vielleicht gibt es ja bald sogar zwei Dalai Lamas, einen von Pekings Gnaden und einen, den das tibetische Volk in seinem Herzen trägt“, sagt der König-ohne-Land in seinem Exil. Und spricht dann erstmals detailliert über sein Vermächtnis: Er kann sich vorstellen, dass der nächste – der wahre – Dalai Lama außerhalb Tibets gefunden werden könnte, in der indischen Exilgemeinde, aber auch irgendwo im Westen. Es gehe weder um seine Person noch um die Institution. „Das Volk wird entscheiden, ob es noch weiterhin einen Dalai Lama geben muss.“ Der Friedensnobelpreisträger selbst will sich nach und nach zurückziehen, sich seinen rein spirituellen Aufgaben widmen; er bezeichnet sich, trotz seines extensiven Reiseprogramms, heute schon als „halbpensioniert“.

Der Dalai Lama macht Chinas Führung ein überraschendes Angebot: „Sollten wir nach Tibet zurückkehren können und herrschte in Lhasa ein gewisses Maß an Freiheit, spätestens dann würde ich nicht mehr das Oberhaupt der tibetischen Regierung sein wollen, würde ich meine historische Autorität der Regierung vor Ort unterordnen. Es wird dann um meine Person keine Konflikte mehr geben.“ Voraussetzung seiner Abdankung: „Im Fall einer demokratischen Entwicklung sollten der Dalai Lama und alle Mönche nicht in Parteipolitik verwickelt sein, die Institutionen von Religion und Politik vollständig getrennt werden. Wichtig ist, dass es Meinungsfreiheit gibt, eine Herrschaft des Gesetzes, Rechtssicherheit.“

MANUEL BAUER / AGENTUR FOCUS

Der Gottkönig beim Morgensport: *„Vielleicht gibt es bald zwei Dalai Lamas“*

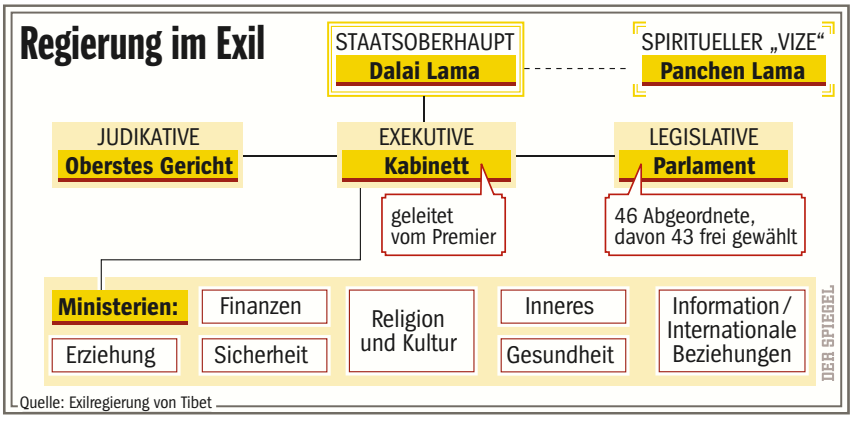
Geht das überhaupt, das Gottkönigtum an der Garderobe ablegen wie einen Mantel, den man nicht mehr braucht? Werden das die Tibeter akzeptieren?

In der Volksrepublik China feiern Buddhismus, Konfuzianismus und Daoismus gerade eine erstaunliche, staatlich geförderte Renaissance. Das ideologische Schlagwort heißt „harmonische Gesellschaft“ („hexie shehui“). Die Partei will die Menschen ablenken von der täglichen Disharmonie, den skandalösen Gegensätzen, der Kaderwillkür – all den Phänomenen, die der rasante Wirtschaftsaufschwung mit sich bringt. Sie braucht eine Ersatzideologie für den diskreditierten Kommunismus und eine Ergänzung zum real existierenden Manchester-Kapitalismus. Sie sucht einen neuen Kitt für die Gesellschaft – und dabei setzt sie vor allem auf den Buddhismus, eine Lehre, die in ihrer weichgespülten, von Peking bevorzugten Variante gut zum neoliberalen Zeitgeist passt.

Siddharta Gautama hat nie den gesellschaftlichen Umsturz propagiert. Der Buddha konnte gut mit den Mächtigen, war auf Ausgleich bedacht. Er regte kritische Nachfragen an, aber er lenkte den Blick nach innen. Er stellte sein spirituelles Gedankengebäude stets in Frage, aber nicht das gesellschaftliche System, außer einige seiner Auswüchse im Kastenwesen. Er wollte die Weltüberwindung, nicht die Weltverbesserung.

Der Dalai Lama aber geht über diesen Urbuddhismus hinaus. Auch er predigt Nächstenliebe, Toleranz, Mitgefühl als zentrale Bestandteile der Lehre – und scheut bei seinen Reden im Westen nicht vor Platitüden zurück („Die bösen Gedanken sind unsere wirklichen Feinde“). Aber in seinen politischen Aussagen im kleinen Kreis ist er konkret. Verurteilt etwa den Irak-Krieg als Konzept von gestern: „Die Vorstellung von einem einseitigen Sieg hat historisch ihre Gültigkeit verloren, heute bringt ein Waffengang nur noch Verlierer hervor.“

Er gibt sich als „halber Marxist“ zu erkennen: „Buddhismus und Marxismus wei-



AP (L.); AFP (R.)

Panchen-Lama-Konkurrenten Choekyi, Gyaltsen
Religiöser Führer der neuen Generation

sen gemeinsame Grundzüge auf, auch wenn das im Alltag sogenannter kommunistischer Staaten selten erkennbar geworden ist. Der Urmarxismus hat sich ernsthaft mit der Frage beschäftigt, wie man den Ertrag aus der Arbeit gerecht verteilen kann – das entspricht dem Gebot meiner Religion."

Mao hat ihn in frühen Jahren geprägt, stundenlang haben sie sich unterhalten, der damals 19-Jährige war durch die Verleihung hoher Parteiwürden geschmeichelt. Er schickte dem Großen Vorsitzenden nach seiner Rückkehr aus der Hauptstadt 1955 eine getrocknete tibetische Rose. „Auch ich vermisse Sie und lege aus meiner Heimat eine Blume bei", säuselte Mao zurück. Erst später hat der Dalai Lama begriffen, wie zynisch der Parteichef mit ihm umging.

Der Gottkönig beobachtet die Entwicklungen in China genau. „In den letzten 15, 20 Jahren hat sich die Volksrepublik radikal verändert, die Politiker scheinen entideologisiert und primär am Machterhalt interessiert. Ich bete für sie, ich glaube, sie können es gebrauchen. Denn alles in allem würde ich heute sagen: Ich bin ein besserer Kommunist als sie."

In der gegenwärtigen Religions-Renaissance sieht der Dalai Lama eine Hoffnung, will seine baldige Rückkehr nach Tibet nicht ausschließen. Die Fakten sprechen eher dagegen. Die sechste Gesprächsrunde zwischen Repräsentanten der Exilregierung und KP-Funktionären ist gerade ohne Annäherung der Standpunkte zu Ende gegangen. Und dass ausgerechnet der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der den Dalai Lama als „Freund" bezeichnet, jetzt erstmals mit einer Delegation Tibet besuchen darf, ist zweifelsohne bemerkenswert – politische Zugeständnisse Pekings sind damit kaum verbunden.

Der Dalai Lama träumt von der Pensionierung – und einer Demokratie ohne Gottkönig.

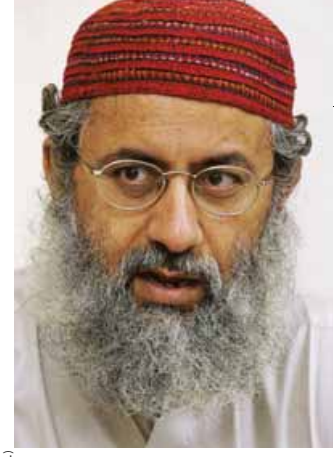
Die Ausübung religiöser Rituale ist heute überall in China und also auch in Tibet gestattet – allerdings nur im privaten Rahmen. Ein Religionsführer, der wie der Dalai Lama auch als politische Figur Einfluss hat, ist und bleibt für Peking „spirituelle Umweltverschmutzung". Das könnte allenfalls ein Totalrückzug des Gottkönigs ins Private aufweichen.

Manchmal wirkt der 14. Dalai Lama in diesen Tagen so, als wolle er den alten Sponti-Spruch umsetzen: Du hast keine Chance, also nutze sie. Vielleicht spürt er auch, wie einsam der unbeirrbare Glaube an das Gute im Menschen ihn als Spieler auf der internationalen politischen Bühne macht, wie populär aber unter den „normalen" Menschen. So rollt er den riesigen tibetischen Mühlstein immer wieder den chinesischen Berg hinauf.

Ohne seinen übermächtigen Gegner wäre er womöglich nur ein lokaler Heiliger am Rand der Welt, erst in der Opposition zu Peking konnte er seine Botschaft vom gewaltlosen Widerstand schärfen. Er ist auch deshalb so begehrt, beliebt und mächtig, weil er ohnmächtig ist. Und weil er neben seinen politischen Misserfolgen auch seine persönlichen Fehler nicht verschweigt. Seinen gelegentlichen ganz und gar unbuddhistischen Jähzorn etwa, den er von seinem Vater geerbt habe.

Viele Menschen im Westen suchen einen spirituellen Tröster, einen Buddha unserer Zeit, einen Gott zum Anfassen – und glauben, ihn im Dalai Lama, diesem Menschen mit Schwächen, gefunden zu haben. „Wenn das so ist, sagt es wohl mehr über Sie aus als über mich", meint er und beobachtet aus dem Augenwinkel die Reaktion, die sein Satz auslöst, wie so oft funkeln seine Augen vor guter Laune.

Und dann ertönt wieder sein ansteckendes, dröhnendes, alles umwerfendes Lachen. Ein Mann wie eine Mischung aus Mahatma Gandhi, Karl Marx – und Groucho Marx. Ein weiser Clown. ◆



KHALID TANVEER / AP (L.); AAMIR QURESHI / AFP (O.); BANARAS KHAN / AFP (U.)

Trauerzug mit Ghazi-Sarg, Islamisten-Führer Abdul Rashid Ghazi (o. r., im Mai), Präsident Musharraf: *Provokationen aus dem Paralleluniversum*

PAKISTAN

Hass als Hauptfach

Mit der Räumung der Roten Moschee in Islamabad verschaffte sich Präsident Perez Musharraf Respekt. Al-Qaida droht nun mit Racheakten.

In jungen Jahren galt Abdul Rashid Ghazi als Trotzkopf, was bei einem Sohn des kriegerischen Mazari-Stammes aus Pakistans Nordwesten auch ein gewisses Kämpferherz vermuten ließ. Er brach die Koranschule ab, die sein Vater Abdullah für ihn bestimmt hatte, und er weigerte sich, einen gottgefälligen Fusselbart zu tragen, als er in das Alter kam. Stattdessen schor er sich die Wangen glatt.

Dann bekam er doch die Kurve: Abdul Rashid studierte Internationale Beziehungen in Islamabad und arbeitete anschließend im Bildungsministerium. Nachdem der Vater, Gründer der Roten Moschee, 1998 von rivalisierenden Islamisten ermordet worden war, wandelte Abdul Rashid sich sogar zur religiösen Autorität, zum Maulana.

Gemeinsam mit seinem Bruder Abdul Aziz übernahm er die Leitung der Roten Moschee, von wo aus beide lautstark die US-Invasion in Afghanistan kritisierten. Jetzt, für ein paar Tage im Juli, lenkten sie sogar die Blicke der ganzen Welt auf sich – indem sie dem Widerstand gegen Präsident Pervez Musharraf ihr Gesicht gaben und mit Hunderten Gefolgsleuten der Staatsgewalt erbitterte Gefechte lieferten.

Abdul Aziz flüchtete zwar bald in Frauenkleidern und wurde nach seiner Festnahme als „Maulana Feigling“ zum Gespött der Massen, Abdul Rashid hingegen wählte die tragische Heldenrolle. „Mein Märtyrertum ist gewiss“, verkündete er, als die Moschee sturmreif gebombt war. „Wir vertrauen auf Allah, dass unser Blut zu einer Revolution führen wird.“

Von „Genozid“ und „nackter Aggression“ soll er noch in seinem letzten Telefonat geredet haben, bevor die Verbindung abbrach. Im Inneren der Glaubensfestung habe es plötzlich derart gequalmt, erklärten Zeugen, dass kaum noch die Hand vor Augen zu sehen gewesen sei. Wenige Stunden nach Ghazis Tod rückte die Armee dann endgültig in seinen Führerbunker ein, es war am vergangenen Mittwoch um vier Uhr früh, und die „Operation Stille“ hinterließ ein Leichenfeld – und dazu ein paar entscheidende Fragen:

Wurde der offenbar schwerverletzte Abdul Rashid tatsächlich von den eigenen Leuten getötet, wie verbreitet wird, per Gnadenschuss? Dann wäre er im engsten Wortsinn gar kein Märtyrer – was Musharraf gefallen würde.

Waren auch ausländische Kämpfer in der Moschee, etwa Usbeken und afghanische Taliban, wie es heißt? Warum äscherte man dann die ersten Toten derart hektisch ein, dass nicht einmal ihre Angehörigen sie sehen und identifizieren konnten?

Welches Ausmaß hatte der Aufstand gegen Musharrafs westliche Wertewelt wirklich? Von 75 Toten sprachen offizielle Stellen zuletzt; die Presse, deren Arbeit stark behindert wurde, wusste indes von mindestens 800 bestellten Leichentüchern und ähnlich vielen leeren Grabstellen auf den für die Bevölkerung kurzerhand gesperrten Friedhöfen H-8 und H-11.

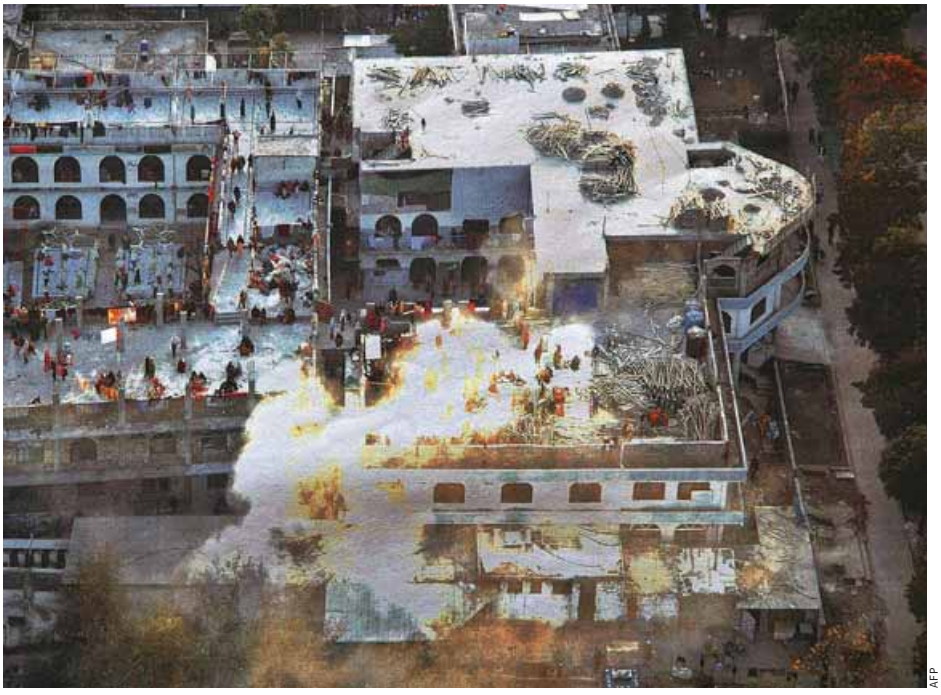
Das größte Fragezeichen steht hinter Musharraf selbst. Kurz vor den Feierlichkeiten zum 60. Gründungstag der Nation am 14. August ist mit ihm kaum noch Staat zu machen. Der Einfluss des obersten Armeechefs, der sich als Präsident partout nicht von seiner Generalsuniform trennen will, ist ebenso begrenzt wie die Macht des Apparats, den er führt. Ohne seine Armee und ohne Rückendeckung aus den USA, die George W. Bush während der jüngsten Krise betonte, wären seine Tage wohl schon gezählt.

Nur mit einem Kraftakt hat Pervez Musharraf noch einmal verhindert, dass ihn die radikalen Rechtsgelehrten blamieren. Seine harte Gangart verschafft ihm nicht nur im Ausland, sondern auch bei der einflussreichsten Partei des Landes, der

PPP, und bei der großen Mehrheit der gemäßigten Muslime einstweilen wieder Respekt.

In Islamabad, das war deutlich, hat er das Sagen, in Lahore auch. Aber in Karatschi oder in den halbautonomen Stammesprovinzen sieht das schon anders aus. In den unruhigen Grenzgebieten zu Afghanistan, woher viele Koranschüler der Roten Moschee stammen, mobilisierte Musharraf vorige Woche deshalb vorsorglich Truppen. Dort macht nämlich der nächste radikale Maulana mit markigen Parolen Tausende Anhänger mobil, und gegen diesen Fazlullah, sagt man, seien die Ghazis Waisenknaben. Er sei so erzreaktionär, dass er nicht im Fernsehen auftrete, weil dort auch Frauen zu sehen seien.

Einem einigermaßen funktionierenden und von den maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen akzeptierten Gemeinwesen ähnelt Pakistan immer weniger. Es besitzt die Atomwaffe, den außenpolitischen Trumpf par excellence, aber nicht einmal die Zahl der Koranschulen, der Madrassen, ist der Regierung wirklich bekannt; von 13 500 spricht der Innenminister, ausländische Fachleute gehen von 20 000 aus.



AFP

Umkämpfte Koranschule in Islamabad: *Kraftakt gegen die drohende Blamage*

Pakistan ist noch kein gescheiterter Staat, steht aber auf der Kippe. Die religiösen Eiferer würden ihm am liebsten flächendeckend die Scharia verordnen, denn für die 156 Millionen Bürger existiert nicht einmal ein verbindliches Recht. Auch deshalb konnte die Regierung Ghazis Provokationen nicht länger dulden: Dass dieses pakistanische Paralleluniversum der Madrassen und Moscheen eigenmächtig Recht setzt, kann kein säkularer Präsident hinnehmen.

Trotz ihres Eintretens für die Scharia sind Maulanas wie Abdul Rashid Ghazi jedoch keine eindimensionalen, gestrigen Gestalten; das wäre ein Missverständnis. Ghazi gehörte zur religiös orientierten Intelligenz, er war, wie viele seiner Kollegen, ein konkurrenzbewusster Berufstätiger mit moderner Ausbildung, der sich zum Heilsspezialisten entwickelt hatte. Der Technikdozent Irfan Raza beispielsweise von der Nicon-Hochschule in Islamabad, der den Aufrührer privat kannte, nennt ihn „hochgebildet“. Die Sicherheitskräfte hätten Ghazi „ausgenutzt, als sie ihn noch brauchten“, meint Raza, „und als er überflüssig wurde, musste er sterben“.

Raza spielt auf die Beziehungen zwischen Militär und Geheimdienst ISI einerseits sowie den Madrassen andererseits an. Sie führten in den achtziger Jahren zu einer Islamisierung der Gesellschaft und zur systematischen Förderung des Gotteskriegertums. In Kaschmir drohte damals ständig ein Zusammenprall mit Indien, in Iran hatte Ajatollah Ruhollah Chomeini die Macht übernommen, der Irak war Schauplatz des ersten Golfkriegs, und in Afghanistan saßen die Sowjets.

Pakistan fühlte sich umzingelt. Also stellten Armee und ISI, unterstützt vom Pentagon, Geld und Wissen zur Verfügung, um aus Bauernjungen Mudschahidin zu formen, fromme und flexible Eingreiftrupps, die pakistanischen Interessen dienen. Angeblich bis zu 60 Techniken der Sabotage, des Tötens und des Folterns seien den zukünftigen Gewalttätern in bestimmten Koranschulen beigebracht worden, sagt der Pakistan-Experte Boris Wilke von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. 50 Millionen Dollar hätten die USA zwischen 1984 und 1994 beigesteuert, hauptsächlich für die Region Peschawar.

Etwa anderthalb Jahrzehnte lang waren die Madrassen für Islamabads Militär-Elite nützlich, auch der einäugige afghanische Taliban-Führer Mullah Omar wurde in Pakistan ausgebildet. Doch seit Musharraf unter amerikanischem Druck den Taliban seine Unterstützung entzogen hat und sie bekämpft, wenngleich bisher eher halbherzig, wenden sich Koranschulen gegen ihn.

Sie sind dort präsent, wo der Staat versagt, vor allem gewährleisten sie Sozialfürsorge und Ausbildung für die Ärmsten. Sie haben den Status unabhängiger Privatfirmen, mit entsprechenden Steuervergünstigungen. Sie bieten gratis Unterkunft und einen streng traditionellen Unterricht – dafür können die Maulanas, so sie radikal gepolt sind, ungehindert indoktrinieren. Für eine Minderheit der vielleicht 1,5 Millionen Koranschüler ist Hass auf den Westen ein Hauptfach.

Nach seinem Putsch 1999 hat Musharraf dieses Schulwesen zunächst gefördert, um sich die Gunst der Islamgelehrten und des mit ihnen verbandelten Geheimdienstes zu sichern. Nach seinem proamerikanischen Schwenk 2001 allerdings wollte er es stärker an die Kandare nehmen. Allmählich formierte sich der Widerstand der Ghazis und Fazlullahs, den Musharraf, eine weitere Amtszeit im Visier, nicht länger tolerieren will.

„In jeder Ecke des Landes“ werde der Extremismus jetzt knallhart bekämpft, erklärte er vergangenen Donnerstag markig und schwang sich auch gleich zum Oberlehrer auf, der ausgerechnet den koranfixierten Islamisten bescheinigte, vom „richtigen Weg des Glaubens abzuweichen“.

Prompt schworen Qaida-Terroristen, die angeblich auch in der Roten Moschee vertreten waren, Rache. „Dieses Verbrechen kann nur durch Buße oder Blut gutgemacht werden“, verkündete Aiman al-Sawahiri, der ägyptische Arzt, der neben Osama Bin Laden die Leitfigur des Netzwerks ist, per Video.

Musharrafs Jubelfeiern im August könnten ungemütlich werden.

In der Gartenstadt Islamabad waren Ende voriger Woche vorsichtshalber noch an jeder Straßenecke des Krisenviertels G-6 schwerbewaffnete Soldaten postiert, während Journalisten gruppenweise zur „Lal Masjid“, der Roten Moschee, gebracht wurden, um in dem bereits desinfizierten Komplex Gefechtsspuren zu begutachten. Die Ausgangssperre wurde nach neun erregenden Tagen eines lokal begrenzten Bürgerkriegs vorsichtig gelockert, doch nur vereinzelt trauten sich die Leute wieder auf die Straßen.

„Schauen Sie sich das an“, sagt Rana Waqas vom Restaurant „Savor Food“ und zeigt auf seine leeren Tische, an denen um diese Zeit, zur Hauptverkehrszeit, normalerweise kein Platz frei ist: „Hier spukt es.“

Rüdiger Falksohn, Padma Rao, Tobias Schreiter

TÜRKEI

Wie Olivenöl und Wasser

Siegesgewiss geht die Partei von Premier Erdogan in die Parlamentswahlen am Sonntag. Sie profitiert von der Schwäche ihrer Gegner: Während Intellektuelle vor einem Gottesstaat warnen, kämpft die alte kemalistische Elite um ihre Privilegien, und die PKK lässt Waffen sprechen. *Von Walter Mayr*

TARIK TINAZAY (L.); CHRYSSA PANOUSSIADOU / PANOS (R.)

Industrieller Alaton, Moschee-Besucherinnen vor der Hagia Sophia in Istanbul: *„Diktatur mit sechs Diktatoren“*

Wo Istanbul ganz Westen ist, liegt das Viertel Ortaköy. Der Nobel-Nachtclub „Reina“ bespielt hier das Bosporus-Ufer, Restaurants servieren hart an der Wasserkante, und auf Wunsch verteilen Szenewirte am frühen Morgen an nur noch eingeschränkt Fahrtüchtige zur Tarnung „türbans“ – Kopftücher, wie sie sittsame Musliminnen tragen.

Die letzten Nachtschwärmer sind kaum verschwunden, da betritt hoch über der Uferstraße, im Gebäude der alten Psychiatrischen Anstalt, wo Jordaniens geisteskranker Ex-König Talal letzte trübe Tage im Exil verlebte, ein Grandseigneur alten Stils sein Büro.

Ishak Alaton, beinahe 80, ist millionenschwerer Chef der Alarko-Holding und einer der angesehensten türkischen Industriellen. Zugleich zählt er zu den diskreten Fürsprechern der seit 2002 amtierenden Regierung unter Premier Recep Tayyip Erdogan und ihres Programms, dem das Etikett „gemäßigt islamistisch“ anhaftet.

Alaton, Nachfahr vertriebener sephardischer Juden aus Cádiz, lässt sich davon nicht beirren. Unverdrossen predigt er die Vorteile westlicher Werte, fördert politische Stiftungen, den Austausch der Kulturen, den Dialog zwischen den Konfessionen. Und inspiziert mit ungezügelter Spottlust die Frontlinien der Schlacht um die Errungenschaften der türkischen Republik.

„Die Türkei ist eine Diktatur, aber mit immerhin sechs Diktatoren“, sagt Alaton: „Die Vorsitzenden der größten Parteien bestimmen alles in diesem Land.“ Wer nur Premier Erdogan und seine religiösen Mitstreiter kritisiere, der übersehe, dass etwa

Deniz Baykal, Chef der Republikanischen Volkspartei und Oppositionsführer, seiner politischen Natur nach „ein Faschist“ sei – harte Hand gegenüber der eigenen Partei, weiche Knie vor der Armee.

Westliche Werte, so findet Alaton, der eigenwillige Kosmopolit aus Ortaköy, müssten im Großen wie im Kleinen, also auch im Alltag, verteidigt werden. Nicht zuletzt deshalb klemmt er sich, im brütenden Istanbuler Sommer, bisweilen ein Klappschild ans Jackett. „Bitte nicht küssen – Hände schütteln!“ steht da unter dem Deckel zu lesen. „Verschwitzte türkische Männer“ mit Schnauzbart und Drang zum brüderlichen Wangenkuss, sagt Alaton lächelnd, ließen sich anders nicht auf Distanz halten.

Entschieden entspannt wirkt der Großindustrielle im Vorfeld der Parlamentswahlen am kommenden Sonntag, die einen noch deutlicheren Triumph der alleinregierenden „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) versprechen als 2002. Gäbe es, wie Istanbuls liberale Zirkel nicht müde werden zu behaupten, im Lager von Premier Erdogan wirklich eine Geheimagenda für den langen Weg durch die Verfassungsinstanzen hin zum islamischen

Gottesstaat – Alaton wäre der Erste, der gut daran täte, die Koffer zu packen.

Alaton aber denkt nicht daran. Er vertraut seinem Geschäftssinn, Gespür und nicht zuletzt dem Wort des ehemals bekennenden Islamisten Erdogan – der ihn, den jüdischen Philanthropen und Freigeist, inzwischen respektvoll „Abi“ nennt, älterer Bruder. Und der Rat bei ihm sucht.

„Die Minarette sind unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, die Moscheen unsere Kasernen und die Gläubigen unsere Soldaten“ – mit den öffentlich rezitierten Dichterworten des Panturkisten Ziya Gökalp hat Erdogan, damals erfolgreicher Bürgermeister von Istanbul, sich vor zehn Jahren vorübergehend ins Abseits und – wegen Volksverhetzung – ins Gefängnis manövriert. Drei Jahre nach seiner Freilassung aber erobert er bereits, nach eigenen Angaben nun geläutert, mit der neugegründeten AKP die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament. Im März 2003 wird er Premier.

Sein Zögling habe sich als lernwillig erwiesen, sagt Alaton: „Die EU-Annäherung entsprach anfangs nicht Erdogans Überzeugungen; wir waren dann in der Lage, ihm beizubringen, dass er nur so seine Armee in den Griff kriegen kann.“

Wie weit der Weg zu diesem Ziel noch ist, hat die kaum verhohlene Putschdrohung des türkischen Generalstabs gezeigt – am 27. April via Internet ausgestoßen für den Fall, dass Außenminister Abdullah Gül zum Präsidenten gewählt werden sollte. Jener Gül, dessen Befähigung fürs höchste Staatsamt am Ende weniger zählte als die Frage, in welcher Garderobe seine Frau, eine gläubige Muslimin, die laizistische Republik bei offiziellen Anlässen zu vertreten gedenke.

„Eine beschämende Angelegenheit“, einem „Coup“ ähnlich, sei die Einmischung der Armee gewesen, zürnt der Bosporus-Patrizier Alaton. Die Debatte darüber, ob die Kopfbedeckung der potentiellen Präsidentengattin das Selbstverständnis der Republik gefährde, sei künstlich „ins Zentrum der politischen Konfrontation“ gerückt worden.

Der Stoff, aus dem die Alpträume moderner Türkinnen sind, ist ein quadratisches Tuch, aus Viskose oder Polyester zumeist, handelsübliche Kantenlänge ein Meter zehn. Eng wie eine Regenhaut um den Kopf geschlungen, mit Stecknadeln solide befestigt, tragen gläubige Musliminnen den „türban“ zum bodenlangen Mantel selbst jetzt, bei sengender Hitze, am Taksim-Platz zu Istanbul.

BOZOGLU / DPA

Ehepaar Erdogan: *Der Stoff, aus dem die Alpträume moderner Türkinnen sind*

Noch sind sie in dieser Gegend in der Minderheit, Pionierinnen der kalkulierten Normabweichung vom modischen Mainstream. Bauch-, Bein- oder Schulterfreies dominiert rund um das große Denkmal von 1928, das Kemal Pascha „Atatürk“, den „Vater der Türken“ und Begründer der Republik, mit zwei Bronzestatuen würdigt, über denen seitlich Medaillons prangen. Auf dem einen blickt eine noch verschleierte Frau nach Westen; auf dem anderen späht eine bereits Unverschleierte mit offenem Haar nach Osten.

Die Gleichberechtigung der Frau, ihre Befreiung aus osmanisch-überkommener Unmündigkeit, zählt zum Grundinventar des republikanischen Wertekanons – zum Symbol geronnen durch das Verbot, in Schulen, Universitäten, Ämtern Kopftuch zu tragen. Wer an diesem Verbot rüttle, heißt es im kemalistischen Establishment, rüttle am Vermächtnis Atatürks, am Gerüst der modernen, laizistischen Türkei.

Dazu gehören, außer der strikten Trennung von Staat und Religion, weitreichende Vollmachten für die Armee und ein Lebensstil, den Atatürk mit diktatorischen Mitteln verordnet und mit Konsequenz vorexerziert hat: Rakitrinkend, tangotanzend und spärlich bekleidet sonnenbadend, schleifte er die Bastionen der Rechtgläubigen. Inzwischen aber hat sein Vermächtnis an Strahlkraft verloren.

Was das System Erdogan stark macht, sind die Schwächen seiner Gegner: Über die zur Ersatzreligion erhobene Staatsdoktrin des Säkularismus hinaus fehlen ihnen Ideen, um sich den religiösen Pragmatikern entgegenzustellen. Es ist, als hätten sich die Abwehrkräfte der Demokratie im Kampf an der Einheitsfront gegen den Islamismus erschöpft.

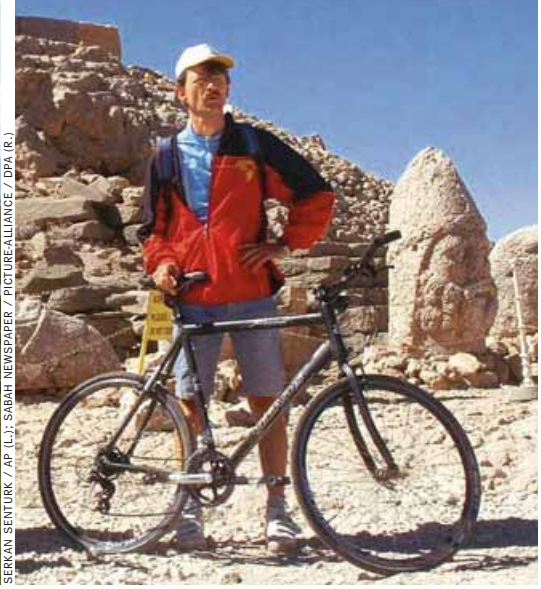
Und so spüren jene, die sich „weiße Türken“ nennen, Abkömmlinge führender Istanbuler Familien zumeist, wie aus den Trümmern der einst im Handstreich zerschlagenen osmanischen Ordnung wieder etwas wächst, dem weder mit Logik noch mit Gewalt beizukommen ist: die Sehnsucht des Volkes nach Transzendenz.

Die „weißen Türken“ seien selbstgefällig und satt geworden, sagt Mehmet Umur: „Sie sind säkular und halten sich deshalb schon für modern.“ Umur betreibt in einem Kellergeschoss des Trendbezirks Beyoglu den Club „Jezair“, wo bei Weißwein und gefüllten Nudeltaschen die urbane Opposition gegen den Islamismus nahezu unter sich ist.

Bis Egemen Bagiş das Lokal betritt, Erdogans außenpolitischer Berater und Verbindungsmann zum Weißen Haus in Washington. Bagiş ist 37, Absolvent des Baruch College in New York und eine der Geheimwaffen aus dem kosmopolitischen Lager, die Premier Erdogan in den vergangenen Jahren für die AKP rekrutiert hat.

„Euer Bruder Tayyip gehört zu den schwarzen Türken“, den Deklassierten, hatte Erdogan seinen Anhängern noch 1998 zugerufen. Inzwischen besteht er darauf, dass seine Partei nicht mehr AKP, sondern „Ak Parti“ gerufen werde, was so viel heißt wie: „weiße Partei“. Einer wie Bagiş, der keine Schwellenängste kennt und Wahlkampf auch im „Jezair“ nicht scheut, passt da ins Konzept. Er sieht die lange Tafel in der Mitte des Saals, wo gerade die Führungsriege des Rotary-Clubs tagt, und ist gleich mittendrin.

„Die verschiedenen Lager kommen sich näher“, sagt der „Jezair“-Betreiber Umur. Und Şerif Mardin, der Doyen der türkischen Soziologen-Zunft mit Meriten in Harvard, Princeton und Oxford, spricht vom „Milieudruck“, den Migranten aus rückständigeren Gegenden der Türkei auf ihre neue Umgebung ausübten: „Die Men-



SERKAN SENTURK / AP (L.); SABAH NEWSPAPER / PICTURE-ALLIANCE / DPA (R.)

Geske-Beerdigung in Malatya (am 20. April), Übersetzer Geske: *Handtuch im Mund, der Körper übersät mit 156 Messerstichen*

schen sind mehr unterwegs als früher, ehemalige kulturelle Enklaven platzen auf wie Eiterblasen."

Mardins Soziogramm der Verschiebungen in der türkischen Gesellschaft legt den Schluss nahe, dass die AKP einer Doppelstrategie folgt. Mit ihrer Charme-Offensive im Lager der bürgerlichen Intelligenz, der Wirtschaftskapitäne und Oppositionsparteien, kämpft sie um den Zuspruch der Eliten. Das Volk in den aufgeplatzten „Eiterblasen", in den Armenbezirken am Ufer des Goldenen Horns und in den „Gecekondus", den Slums am Rande der Stadt, läuft ihr von selbst zu.

Wo der Seemannssohn Recep Tayyip Erdogan geboren wurde, in einem Holzhaus an der Altyumak-Straße 15, Stadtteil Kasimpaşa, da wirkt das Istanbul der Nachtclubs, Designer-Tempel und Galerien bereits wie eine sündige Versuchung aus vergangener Zeit. In Kasimpaşa kauern Frauen grüppchenweise im schwarzen Çarşaf, der türkischen Ausgabe des Tschador, vor den Häusern. Der Alkoholverkauf im Viertel wurde schon vor Jahren und ohne behördliche Anordnung eingestellt.

Es ist mehr als eine Fußnote der Geschichte, dass ausgerechnet hier in Kasimpaşa, dem alten „Tal der Quellen", die Truppen von Sultan Mehmed II. im Mai 1453 ihre Boote über den Berg schleppten vor dem entscheidenden Angriff auf das christliche Konstantinopel.

Als ob das Volk unterbewusst den Spuren seiner verdrängten Geschichte folgte, siedeln vor allem rund um die islamischen Kultstätten entlang dem Goldenen Horn nun die Strenggläubigen – in Eminönü, wo ein Barthaar des Propheten gezeigt wird; in Eyüp, wo der Bannerträger Mohammeds begraben liegt, der im siebten Jahrhundert vor den Mauern Konstantinopels den Tod fand; oder in Fatih, wo dem Vernehmen nach der spätere Präsident Turgut Özal wie der spätere Premier Erdogan vom Scheich der Iskender-Pascha-Moschee in Geheimnisse des verbotenen Nakşibendi-Ordens, einer mächtigen sufistischen Muslim-Bruderschaft, eingeweiht wurden.

In der Basarstraße des Çarşamba-Viertels von Fatih stellen Frauen, deren schwarzer Überwurf nur noch einen Streifen Haut zwischen Nasenlöchern und Stirn freilässt, inzwischen die erdrückende Mehrheit. Die räumliche Distanz zum weltlichen Istanbul ist bewusst gewählt. „Die Türkei ist eine Flasche", heißt es dazu bei der Frauenrechtsorganisation Akder: „Islamischer Lebensstil und westlicher Lebensstil sind wie Olivenöl und Wasser" – sosehr die Republikführer auch zu schütteln versuchten, jede Vermischung sei ausgeschlossen.

Jenseits von Istanbul hat der Wille zur Abgrenzung, hat die Angst vor allem Andersartigen ein weniger eindeutiges Gesicht. Es gibt Städte, in denen vermengt sich die Angst vor den Islamisten mit der Angst vor dunklen Machenschaften des Staats und vor den eigenen Nachbarn.

So eine Stadt ist Malatya.

Malatya, gut 1000 Kilometer östlich von Istanbul, Welt-Hauptstadt des Aprikosenanbaus, 385 000 Einwohner, davon bis zu ein Drittel Angehörige der alevitischen Minderheit. Eine Stadt am Schnittpunkt, „im Osten des Westens gelegen, im Westen des Ostens", sagen sie hier.

Der tiefe Staat lenkt den Lauf der Dinge notfalls mit Gewalt um.

In Malatya starb am 18. April Tilman Geske, ein deutscher Übersetzer, der sich mit Frau und drei Kindern in der Stadt niedergelassen hatte. In seinem Büro im Zirve-Verlag, neben zwei ermordeten türkischen Christen, wurde er gefunden. Ein Handtuch in den Mund gestopft, der Körper übersät mit 156 Messerstichen, die Hände auf den Rücken gefesselt und die Haut von den Fingern abgezogen.

Fünf Täter wurden ausfindig gemacht, Abiturienten auf dem Sprung zur Universität. Sie lebten in Wohnheimen der Ihlas-Stiftung, die sich die Versöhnung von Islamismus und türkischem Nationalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Die Täter sind polizeibekannt – zwei Tage vor den Morden waren sie wegen Schießübungen beim Fußballstadion festgenommen, aber umgehend wieder freigelassen worden.

Zu Tilman Geskes Begräbnis auf dem „Friedhof der Ungläubigen" erschienen über 100 Trauergäste. Kein Regierungsvertreter aus Ankara war darunter, auch nicht der Bürgermeister von Malatya. Der türkische Staat, das ist die Botschaft, hat mit dem Blutbad im Zirve-Verlag nichts zu tun.

Genau das aber bestreitet Şenel Karataş. Sorgsam geschminkt und im schulterfreien, engen Top sitzt die Vorsitzende des Vereins für Menschenrechte von Malatya in ihrem Büro und sagt: „Der Mord an Tilman Geske lief nach dem gleichen Modell ab wie der Mord an dem Journalisten Hrant Dink und der an dem Priester Andrea Santoro. Dahinter steckt, mit hundertprozentiger Sicherheit, der tiefe Staat."

„Derin devlet", der tiefe Staat, ist die türkische Faustformel für alles, was ohne Billigung des Staats nicht geschehen sein kann und mit Billigung des Staats nicht geschehen sein darf. Es ist das Synonym für ein Netzwerk dunkler Kräfte aus ehemaligen wie amtierenden Angehörigen von Staatsapparat, Armee, Justiz und Geheimdiensten, die den Lauf der Dinge im Land notfalls mit Gewalt umlenken, sobald es ihnen nötig erscheint.

Immer wieder führen Spuren dabei nach Malatya. Der hier geborene Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca gehörte Ende der siebziger Jahre einer Kontra-Guerilla an, die vom Staat gefördert wurde. Der beim Volk populäre, unabhängige Bürgermeister von Malatya, Hamid Fendoglu, starb 1978, in einer Zeit staatlicher Kampagnen zur Bekämpfung der erstarkten Linken, durch einen Bombenanschlag. Der Verdacht sollte auf die traditionell linksorientierten Aleviten fallen, und der Plan ging auf: Häuser und Wohnungen der Minderheit fielen dem „Volkszorn" zum Opfer, aus einem politischen wird so ein scheinbar religiöser Konflikt, und neben Tausenden Aleviten verlassen nun auch die Armenier die Stadt.

IRFAN UCAR (L.); MUSTAFA OZER / AFP (R.)

Begräbnis von Kurden-Anwalt Dogan in Cizre, PKK-Kämpfer beim Training: *„Wir sind mit unserem Blut, unserem Leben, mit dir, Öcalan“*

Das Geburtshaus von Hrant Dink, dem im Januar 2007 ermordeten Kämpfer für Demokratie und Menschenrechte, steht bis heute wie ein Mahnmal im alten Armenierviertel von Malatya. „Die Löwen attackieren eine Herde, und dann isolieren sie ein einziges Tier und greifen an“, sagte Dink am Tag vor seinem Tod.

Malatya heute ist „eines von drei Zentren des radikal-islamischen Fundamentalismus in der Türkei“, sagt Ibrahim Göçmen, einer der profiliertesten Journalisten der Stadt. Die AKP errang bei der Parlamentswahl 2002 fünf von sieben Mandaten und will am kommenden Sonntag noch zulegen. Die Saat aus Fremdenhass, Gewalt und politischer Repression, die der tiefe Staat über Jahrzehnte hinweg gelegt hat, ist aufgegangen. Die Religiösen fahren nur die Ernte ein.

Was das System Erdogan so stark macht, sind die Schwächen seiner Gegner: die Schuld für die Auswüchse in ihrem Land suchen sie überall. Bei den „Reaktionären“ (Islamisten), bei den „Separatisten“ (Kurden), bei den Amerikanern und der EU. Nur nicht da, wo am kaltblütigsten gezündelt wird – im Bauch des Staates selbst.

Schuld am Vormarsch der Fundamentalisten in der Türkei seien „Europa und die USA“, sagt Fatih Hilmioglu, Facharzt von Rang und Rektor von immerhin 17 000 Studenten an der Universität Malatya: „Sie nehmen türkische Extremisten auf und tun nichts gegen deren Umtriebe.“

Allein die buchstabengetreue Auslegung der Lehre Atatürks, mit dessen Bildnis in drei Varianten sein Büro geschmückt ist, tauge zur Abwehr der islamistischen Gefahr, sagt Hilmioglu. Und deshalb werde er auch in Zukunft Kopftücher auf dem Universitätsgelände nicht dulden: „Diese Leute kennen kein Halten. Erst sind die Universitäten dran, dann Schulen, Behörden. Am Ende haben wir hier die Scharia.“

Die fanatischste, machtvollste Wahlkundgebung, die die Türkei seit Jahren gesehen hat, findet in Cizre statt, im kurdischen Südosten. An die hunderttausend fluten die Straßen, Männer unter der gescheckten Kefiye oder unter Leinentüchern, die sie nach Fellachen-Art lose über dem Kopf tragen, Frauen im schwarzen Çarşaf, lautes Geheul ausstoßend, säumen wie eine Mauer die Straße nach Norden, und mittendrin: die Kandidaten. Sie haben Zeige- und Mittelfinger zum Victory-Zeichen gespreizt, sie lassen sich feiern wie Popstars, hinter verspiegelten Sonnenbrillen und staubigen Autofenstern, die unabhängigen kurdischen Bewerber für einen Sitz im Parlament zu Ankara.

Es sieht so aus, als sei es ihr Tag. Doch das ist ein Irrtum. Die Menge brüllt: „Wir sind mit unserem Blut, unserem Leben, mit dir, Öcalan.“ Und: „Im Berg und auf der Ebene, PKK ist überall.“ Und: „PKK ist das Volk, und das Volk ist hier.“ Nun sieht es plötzlich so aus, als sei es der Tag der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und ihres seit acht Jahren einsitzenden Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Doch auch das ist ein Irrtum.

Ein offener Pritschenwagen, umzingelt von fanatisch Trauernden, vorwärts und seitwärts drängelnden Männern und Frauen in allen Farben und Trachten des kurdischen Landstrichs, teilt nun die Menge. Auf der Ladefläche ein hellbrauner Sarg, darin die Leiche von Orhan Dogan, dem kurdischen Juristen, Menschenrechtler, Politiker. Seit 2004 erst wieder in Freiheit, nach über zehn Jahren Haft in türkischen Gefängnissen wegen angeblicher Kollaboration mit der PKK, stirbt er am 29. Juni 2007 an den Folgen eines Herzinfarkts.

Den Fall der Bauern von Yeşilyurt, die 1989 durch türkische Militärs gezwungen wurden, sich gegenseitig Exkremente in den Mund zu stopfen, hat Dogan als Anwalt bis vor den Europäischen Gerichtshof getragen; am Ende des Verfahrens stand ein Schuldspruch gegen den türkischen Staat. Das Massaker beim Newroz-Fest 1992 in Cizre, bei dem das Militär mehr als hundert Bewohner der Stadt niedermetzelte, hat er überlebt, dazu mehrere Attentate. Deshalb wird nun Dogans Begräbnis zu einer so erschütternden wie verstörenden Demonstration ungebrochenen kurdischen Aufruhrs.

Mehmet Öcalan ist da, der Bruder des PKK-Chefs und einer der wenigen, die den lebenslang Inhaftierten im Inselknast von Imrali besuchen dürfen. Auch der PKK-Veteran Seydi Firat ist da, Guerillaführer im irakischen Grenzgebiet von 1981 bis 1999, inzwischen Mitglied einer „Friedensinitiative“. Firat sagt: „Früher habe ich von da oben, vom Cudi-Berg, hier heruntergeschaut. Jetzt schaue ich von hier unten hinauf.“ Er lässt offen, ob er den Perspektivwechsel begrüßt.

Schließlich Bahros Galali, Abgesandter der PUK, der Kurden-Partei des irakischen Präsidenten Dschalal Talabani. Galali sagt, der massive türkische Truppenaufmarsch in diesen Tagen rund um Cizre, die Gefahr eines türkischen Einmarschs in den Nordirak zur Bekämpfung der dort konzentrierten PKK-Verbände, beunruhige ihn nicht: „Wir haben sehr viele Panzer gesehen in unserem Leben. Wir haben keine Angst.“

Die Zeichen jedenfalls stehen auf Sturm. Mehr als hundert Tote im jeweils feindlichen Lager reklamieren PKK wie türkische Armee allein seit Beginn dieses Jahres. Für die Rechte ihres Volkes kämpfen die Kurden nun wieder an zwei Fronten. Vom Rückzugsgebiet der PKK-Guerilla in den irakischen Kandil-Bergen und von den Parteizentralen aus, wo die Hoffnung zu Hause ist, bis zu 30 unabhängige kurdische Abgeordnete könnten unter Umgehung der Zehn-Prozent-Hürde am Sonntag ins Parlament geschleust werden.

„Auch dieser Ministerpräsident, Erdogan, hat gesagt: Das kurdische Problem ist mein Problem, und ich werde es lösen; auch er hat es nicht getan“, sprach Orhan Dogan kurz vor seinem Tod. Jetzt, da Dogans Leichnam in der noch spätabends erstickenden Hitze auf dem Friedhof von Cizre in die Grube gleitet und selbst die „Öcalan“-Sprechchöre für einen Moment verstummt sind, klingen die Worte noch einmal nach.

Wie ein düsteres Vermächtnis. ◆

GROSSBRITANNIEN

Was der Butler sah

Weltrekord an der Memoiren-Front: Zwölf Tage nach dem Rücktritt Tony Blairs veröffentlicht dessen engster Mitarbeiter seine Tagebücher.

Es ist der Abend vor Dianas Beerdigung. Die ganze Woche über war Alastair Campbell, Tony Blairs Kommunikationsdirektor, damit beschäftigt, die verschnarchten Royals auf Trab zu bringen. Die hatten sich in der schottischen Einöde von Balmoral verschanzt, anstatt gemeinsam mit ihren Untertanen um die „Volksprinzessin“ zu trauern. Er gab das Kommando aus, nach London zu kommen, sich dem Volk zu zeigen und die vermodernden Blumenberge vor den Palästen zur Kenntnis zu nehmen. Er schrieb der Queen sogar ins Redemanuskript, dass sie nicht nur als Herrscherin, sondern eben auch „als Großmutter“ besonders schmerzlich berührt sei.

Nun beschließt er, diese Nacht in der Residenz seines Dienstherrn in der Downing Street zu verbringen, obwohl er die Räume dort „ein bisschen miefig, nicht sehr anheimelnd“ findet; Blair-Sohn Euan muss sein Zimmer räumen. Campbell schaut fern, gemeinsam mit dem Chef.

So sieht er an diesem 5. September 1997, wie der Sarg der Prinzessin von der königlichen Kapelle in den drei Kilometer entfernten Kensington-Palast überführt wird. Er sieht, wie die Massen zum Sarg drängen. „Das habe ich gemacht“, brüstet er sich vor dem Premier.

Für solch erfolgreiche Regie will er zehn Jahre später öffentlich belobigt werden, zumindest aber – Vorschuss: eine Million Pfund – noch einmal abkassieren. Ganze zwölf Tage nach dem Rücktritt Blairs brachte Campbell, 50, seine Tagebuchaufzeichnungen auf den Markt – jedenfalls den ersten Teil davon, 350 000 von insgesamt zwei Millionen Wörtern*. Die Bibel, Altes plus Neues Testament, kam noch mit etwa 800 000 Wörtern aus.

Campbell stand dem Mann, der im Buch als „TB“ auftaucht und sich vorgenommen hatte, Großbritannien und ganz Europa zu modernisieren, neun Jahre lang, von 1994 bis 2003, ziemlich nahe. Mit ihm können die Leser Tony Blair bei der Arbeit über die Schulter schauen. Freund und Feind haben ja Campbell bestätigt, er sei nicht nur Blairs Alter Ego, sondern auch dessen Zauberkünstler – der beste britische Spindoctor überhaupt.

Wissen wir nun mehr über Tony Blair? Nein und ja. Um der Tory-Opposition keine Munition zu liefern, hat Campbell alle Schreiduelle entfernt, die sich Blair und sein ewiger Rivale Gordon Brown lieferten. Was dringeblieben ist, reicht aus, um schlimmste Annahmen zu rechtfertigen.

BEN CURTIS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Tagebuch-Titel, Vertraute Campbell, Blair: *„Tiefer Egoismus“*

Gestrichen hat er auch vielerlei Episoden auf diversen Gipfeltreffen von G 7/G 8 und der EU. Was bleibt, ergibt den Eindruck, dass es dort primär um Fragen der Hackordnung gegangen ist: „Clinton berichtete TB, Kohl betrachte ihn als seinen natürlichen Nachfolger für die wichtigste Führungsposition in Europa.“

Offenbar sah Nachfolger Gerhard Schröder das anders. Blair habe sich nach dem ersten Treffen mit dem neuen Kanzler beklagt, schreibt Campbell, es mache „keinen Spaß, wenn ein Deutscher einem die Eier quetscht, der von einem Franzosen dazu angestiftet wurde“.

Was dem Buch fehlt, ist jeder Blick über den Tellerrand hinaus. Campbell, von Haus aus ein erfolgreicher Boulevard-Journalist, dem auch Gegner bestätigen, er sei unfähig, einen langweiligen Satz zu schreiben, richtete im Job den Blick ausschließlich auf die Medien: Wie setze ich Blair in Szene? Welches Schlagwort fasst welche Stimmung am besten zusammen? Am glücklichsten ist der große Manipulator, wenn er den Londoner Chefredakteuren die Schlagzeilen diktieren kann.

Deshalb erfährt der Leser auch auf 794 Seiten wenig über Weltpolitik in der Ära Blair, aber er erfährt präzise, warum die Briten in der ersten Amtszeit nicht der Eurozone beigetreten sind: weil nämlich die Pressesprecher von Blair und Brown ohne ausreichende Rückversicherung eine Unterredung zwischen Premier und Schatzkanzler falsch interpretierten und eine entsprechende Mitteilung der Londoner „Times“ steckten – so ähnlich hat sich in Berlin einst die Mauer geöffnet. Blair und Brown hätten einen „Tobsuchtsanfall“ bekommen, Campbell musste zugeben, dass er „Mist gebaut“ hatte.

Überhaupt scheint der Ton in der Downing Street eher kernig-kerlig gewesen zu sein. Campbell gibt zu, dass er Blairs Umgangssprache gesäubert habe, ansonsten fliegen die Obszönitäten locker durch das alte Gemäuer. Den größten Spaß bereitet es dem Chronisten, Londons politische Kaiser ohne Kleider zu zeigen – mitunter sogar wörtlich. Etwa in jener Szene in Blairs Zimmer, wo der – auf Staatsbesuch in Tokio – versucht, japanische Ausdrücke zu üben. Blair sitzt auf dem Bett, trägt eine Unterhose sowie – gegen die Erdbebengefahr – einen Sicherheitshelm und sonst nichts.

Am Ende zeigt dieses dicke Tagebuch die Ära Blair aus der Perspektive des Butlers – und führt zu einer überragenden Erkenntnis: wie schnell Politik auf den Hund kommen kann, wenn sie sich nur noch darum dreht, auf welche Weise die Mitspieler ihre Rivalen austricksen können.

Das wird schließlich auch TB zu viel. Er habe es satt, beschwert er sich bei seinem Zampano Campbell über die Zustände in der Regierungszentrale, „immer eure Egos auseinandersortieren zu müssen“.

Und der zeigt, wenn schon keine Besserung, dann zumindest Einsicht: „Tiefer Egoismus“, überlegt er einmal im Beisein von Cherie Blair, zeichne offenbar jeden bedeutsamen Politiker aus. „Wer wüsste das besser als du“, schießt die zurück.

HANS HOYNG

* Alastair Campbell: „The Blair Years“. Hutchinson-Verlag, London; 794 Seiten; 25 Pfund.

IRAK

Alptraum am Tigris

Noch einmal ruft Präsident George W. Bush die Iraker zur Versöhnung und die Amerikaner zur Geduld auf. Die Kriegsherren in Bagdad setzen aber längst andere Prioritäten.

Am Saadun-Boulevard lag früher das Stadtbüro der Lufthansa, noch heute hängt das Firmenschild mit dem Kranich an der zerschossenen Fassade. Die Reisebüros und Fluggesellschaften, die sich traditionell an diesem Straßenzug ballten, sind seit langem geschlossen. Aber schräg gegenüber hat eine Filiale der Dar-al-Salam-Bank offen, und dort, so hieß es am vorigen Mittwoch, hätten drei Wachmänner 282 Millionen Dollar gestohlen.

Einen Tag lang schwirrte die monströse Zahl durch Bagdad. Im Grunde sei das gar nicht so furchtbar viel Geld, rechnete ein irakisch-amerikanischer Internet-Dienst rasch vor. Der Betrag reiche ja nicht einmal aus, auch nur 24 Stunden lang den Betrieb der US-Armee im Irak zu finanzieren. 375 Millionen Dollar kostet der Einsatz jeden Tag, mehr als 11 Milliarden im Monat, rund 135 Milliarden im Jahr.

In Wahrheit betrug die Beute der Bankräuber nur 388 000 Dollar, eine schöne Beute, zugegeben, aber im Irak und auch in Amerika stellt man momentan gern größere Rechenexempel an. Das Spiel lenkt ab von den Toten, den verstümmelten Soldaten, den Kriegswitwen, den drängenden Fragen nach dem Sinn und dem Ende des amerikanischen Alptraums am Tigris.

Energisch trat US-Präsident George W. Bush am vorigen Donnerstag vor die Kameras, um dem Kongress einen ersten Zwischenbericht seit dem Beginn der Truppenaufstockung im Februar vorzulegen. Die kleinen Wortgefechte mit den Journalisten, die ihn sonst passabel über die Tortur seiner Pressekonferenzen retten, gingen ihm diesmal nervös und verlegen von den Lippen.

Die Botschaft fiel nüchtern und dennoch erstaunlich selbstbewusst aus, Bush hielt sich an seinen Zahlen wie an einer Feuerleiter fest. „Messbare Fortschritte“ in der Sicherheitslage, „Mängel bei der nationalen Versöhnung“, eine „junge Demokratie, die jetzt greift“, ein „Nebel an Gewalt“, aus dem der Irak langsam heraustrete – 8 der 18 Kriterien, die der Kongress im Mai aufgestellt habe, seien zufriedenstellend, 8 nicht zufriedenstellend erfüllt, 2 derzeit nicht eindeutig zu bewerten. Am Ende entscheide der Bericht des Irak-Kommandeurs General David Petraeus und des US-Botschafters Ryan Crocker im September darüber, wie es weitergehen solle und könne.

Natürlich ist der Glaube, Sicherheit lasse sich mathematisch quantifizieren, überaus trügerisch. Auch dass die Zahl der Toten abnehme, ist schon öfter behauptet und wenig später widerlegt worden; Aufständische und Terroristen passten sich bisher noch immer veränderten Gegebenheiten an. „Whack a mole“ nennen US-Soldaten das Katz-und-Maus-Spiel, das sie seit vier Jahren von einer Ecke des Landes in die andere führt: „Hau den Maulwurf.“

Noch schwieriger ist es, den politischen Fortschritt – oder dessen Gegenteil – zu messen. Immer unübersichtlicher wird die Verflechtung der diversen Machtzentren im Irak. Was nach einem eindeutigen Interessenkonflikt zwischen Schiiten, arabischen Sunniten und Kurden aussah, ist zu einem chaotischen Puzzle geworden, dessen Teile sich nur schwerlich fügen.

Premierminister Nuri al-Maliki, auf den Bush gesetzt hatte, ist überfordert. Und gerade um ihn dreht sich der Konflikt zwischen dem Weißen Haus, dem Kongress und Bagdad. Malikis Regierung, sagt der republikanische Senator John Warner aus Virginia, „leistet keine Führung, die das Opfer unserer Streitkräfte wert ist“. Warner ist eine Autorität in militärischen Dingen und politisch unverdächtig. Wie er wenden sich mehr und mehr Republikaner vom Präsidenten ab.

Vor zwei Monaten erst übernahm Maliki die Führung seiner eigenen Gruppe, der Islamischen Daawa-Partei. Seither kämpft er nicht nur mit Terror, Widerstand und politischen Gegnern, sondern auch gegen seinen Parteifreund und Vorgänger Ibrahim al-Dschaafari, der, anders als er, gegen eine Auflösung der schiitischen Milizen ist und auf größeren Abstand der Schiiten zu den Kurden drängt.

Zugleich ist eine der wichtigsten und berechenbarsten Figuren der irakischen Politik von der Bildfläche verschwunden: Abd al-Asis al-Hakim, der Führer der Schiitenpartei Hoher Islamischer Rat des Irak. Er leidet an Lungenkrebs und zog sich zur Behandlung nach Teheran zurück. An seine Stelle trat sein Sohn Ammar al-Hakim – Iraker vergleichen ihn wegen seines grellen Gehabes und seiner Geschäftstüchtigkeit mit Saddam Husseins Sohn Udai.

EMILIO MORENATTI / AP (L.); REUTERS (R.)

Regierungschefs Maliki, Bush (im November 2006), Selbstmordanschlag in Bagdad: *„Hau den Maulwurf“*

Der aufstrebende Schiitenführer leitet die Mihrab-Stiftung, ein millionenschweres Wirtschaftsimperium, das unter anderem das lukrative Geschäft mit schiitischen Pilgern aus Iran, Bahrein und Saudi-Arabien im Südirak kontrolliert. Die Stiftung besitzt Hotels, Transport- und private Sicherheitsfirmen. Dieses Gut zu sichern und zu mehren ist Hakims leitendes Motiv.

Zu einer weiteren Macht ist unterdessen die Fadila-Partei herangewachsen, die sich im Frühjahr aus der schiitischen Allianz in Bagdad löste und nicht nur den Regierungsrat der Provinz Basra dominiert, sondern vor allem das Ölgeschäft im Südirak. Da der Terror im Norden die Ölfelder von Kirkuk weitgehend trockenlegt, erwirtschaftet derzeit nur die Southern Oil Company nennenswerte Gewinne, und deren obere Ränge sind nicht dem Premierminister gegenüber loyal, sondern der Führung der Fadila-Partei.

Sowohl Maliki als auch sein Vorvorgänger Ijad Alawi buhlen um die Gunst dieser Fadila-Partei – Maliki, um den Kern des Schiitenblocks zu erhalten, Alawi, um eine säkulare Allianz gegen die Islamisten Maliki und Hakim zu schmieden. Das Rennen ist offen, und während Washington noch zu „nationaler Versöhnung“ aufruft, denken die Parteiführer im Südirak bereits an die für Dezember geplanten Wahlen zu den Provinzräten. Dort gilt es, Stimmen und Pfründen zu sichern.

„Lauwarm“ nennt die „New York Times“ die Haltung des US-Präsidenten gegenüber Maliki. Zumindest in einer politischen Strategie scheinen die beiden sich aber noch einig zu sein: der Isolation des schiitischen Volkstribuns Muktada al-Sadr und seiner Miliz, der Mahdi-Armee. Immer schärfer hat Maliki in den vergangenen Wochen Sadr angegriffen, was im Irak als doppeltes Signal verstanden wird: grünes Licht für die Amerikaner, Sadrs Kohorten im täglichen Straßenkampf auszuschalten, und eine Geste an die Sunniten, um wenigstens eine ihrer kleinen Parteien dauerhaft an Malikis Koalition zu binden.

Diese Strategie birgt jedoch ein enormes Risiko. Sadr hat, wie seine schiitischen Konkurrenten, erheblichen ökonomischen Einfluss im Südirak, seine Partei kontrolliert dort die Häfen und damit den Schmuggel. Und er hat, worüber außer ihm nur die Kurden im autonomen Norden verfügen: eine breite Basis in der Bevölkerung. Muktada al-Sadr ist der einzige Politiker des Irak, der einen Volksaufstand auslösen kann.

Fürs Erste hat Amerika die Entscheidung vertagt, wie es im Irak politisch und militärisch weitergehen soll. Der Präsident, der sich gern „Entscheider“ nennt, macht sich erstaunlicherweise abhängig von General Petraeus, der in zwei Monaten sein Resümee vorlegen soll. BERNHARD ZAND

ANDREAS LORENZ / DER SPIEGEL

Staudamm-Gegner Fu, Ehefrau
„Viele trauen sich nicht zu mir“

CHINA

Haus am Hang

Fu Xiancai führte den Kampf gegen den Drei-Schluchten-Staudamm an. Die KP hält ihn nach wie vor für gefährlich – obwohl er inzwischen gelähmt ist.

Vor wenigen Tagen ist Fu Xiancai aus einer Pekinger Klinik in sein Dorf Yangguidian am Drei-Schluchten-Damm zurückgekehrt. „Seitdem ich wieder zu Hause bin, geht es mir besser. Ich habe ein wenig zugenommen“, sagt der gelähmte Bauer und Aktivist. Weit über ein halbes Jahr ließ er sich in der Hauptstadt behandeln, was ihm offenbar gutgetan hat: Er braucht zum Beispiel keinen Gurt mehr, um sich im Rollstuhl halten zu können.

Zu Hause übt er nun jeden Tag zu stehen, „damit die Knochen und die Muskeln nicht zu schwach werden“. Seine Frau und einer der Söhne helfen ihm dabei. Sie hieven ihn aus seinem Rollstuhl und schnallen ihn auf den mit Polstern präparierten Tisch im Wohnzimmer fest. „Zweimal zehn Minuten mache ich das“, sagt Fu. Er trainiert zu sitzen, ohne umzufallen.

Der Bauer Fu Xiancai, 48, erlangte weltweiten Ruhm, weil er gegen den Drei-Schluchten-Damm protestierte, das umstrittene Mammutprojekt, mit dem die Regierung den Yangtze staut, um Strom zu gewinnen. Spätestens im Jahr 2009 soll das riesige Bauwerk endgültig fertig sein, sollen die letzten Turbinen eingebaut sein. Dutzende Städte, Dörfer und Fabriken sind versunken, über 1,2 Millionen Menschen mussten ihre Häuser verlassen.

Die brutale Modernisierung macht öfter aus friedlichen Bürgern Rebellen. In Shanghai starb Chen Xiaoming, der wie Fu aus seinem Haus vertrieben worden war und dagegen protestierte. Wegen Störung der öffentlichen Ordnung erhielt er zwei Jahre Haft. Er war schwerkrank, wurde offenbar gefoltert und starb am 1. Juli im Gefängnis.

Fu forderte mit Eingaben an die Regierung für sich und viele andere Bauern angemessene Entschädigung. Die Funktionäre zweigten von dem Geld für die Umsiedler Millionen ab, behauptete er. Seine Familie habe lediglich rund 2000 Euro anstatt der zugesagten 12 100 erhalten.

Von seinem neuen Haus, einem dreistöckigen Bau mit orangefarbenen Türen, ist ein riesiger provisorischer Damm und die Ortschaft Zigui zu sehen. Als er am Vormittag des 8. Juni 2006 auf einem Pfad hinunterging, stürzte er einen rund vier Meter tiefen Abhang hinab auf eine Betonplatte. Er sei überfallen worden, sagt Fu, ein Anschlag auf sein Leben. Er sei ausgerutscht, die Geschichte vom Attentat habe er frei erfunden, sagt die Polizei (SPIEGEL 32/2006).

Fu bleibt auch ein Jahr nach dem Unglück bei seiner Version: „Ich bin in den Nacken und auf das Bein geschlagen worden.“ Es habe Zeugen des Überfalls gegeben, sie seien aber, so vermutet Fu, von der Polizei zum Schweigen gebracht worden.

Kurz vor dem verhängnisvollen Sturz hatte Fu der ARD ein kurzes Interview gegeben und damit in den Augen der lokalen Funktionäre eine Todsünde begangen. Die Behörden halten ihn auch heute noch für gefährlich. Sie warnten Freunde und Mitstreiter, ihn zu besuchen. „Viele trauen sich nicht mehr, zu mir zu kommen“, sagt Fu. Andere schleichen im Dunkeln herbei. Mit einigen Freunden hat er einen Brief an die Uno entworfen: „Wir wollen wieder auf das Problem der Umsiedler am Drei-Schluchten-Damm aufmerksam machen.“

Sein Haus steht an einem Hang, davor verwittern ein paar Schuppen. In der Nähe fließt ein Bach, auf dem Flocken treiben. Neu ist die kleine Rampe, auf der Fu mit dem Rollstuhl ins Haus fahren kann. Im Wohnzimmer hängt ein rotes Plakat, auf dem Staatsgründer Mao Zedong und sein Premier Zhou Enlai zu sehen sind.

Die Familie Fu kann sich noch über Wasser halten. 13 300 Euro liegen auf dem Spendenkonto, das die ARD für ihn eingerichtet hat: „Wir zahlen, solange wir können, doch das Geld ist endlich“, sagt der Pekinger Korrespondent Jochen Graebert.

Und dann? Fus Ehefrau Gao kann nicht arbeiten, weil sie sich um ihren Mann kümmern muss. Sohn Fu Bing fand nach dem Studium an der Pekinger Universität keine Stelle. Der zweite Sohn Jinlong arbeitet in einer Glasfabrik. Rund 105 Euro erhält die Familie im Jahr für ihr verpachtetes Land. ANDREAS LORENZ

Der König von Okavango

Global Village: Ein deutscher Wirt belebt seit mehr als 30 Jahren das Kneipenleben in Namibia.

Fort Namutoni, die 1903 fertiggestellte deutsche Feste, strahlt kalkweiß in die namibische Savanne hinein. Eine Herde Giraffen galoppiert vorbei, daneben grasen friedlich Zebras. Sanft biegen sich Schirmakazien im Wind. Plötzlich knattert ein Landrover mit deutschen Touristen heran. Sie sehen aus wie Models der neuesten Safari-Kollektion aus dem Versandhauskatalog. Wenn sie ein Tier erblicken, kreischen sie und schieben ihre Köpfe durch die Dachluke.

„Eine Schande“, stöhnt Gunnar Sanjath und verzieht leidend das Gesicht. Namutoni, die ehemalige deutsche Polizeistation, dient als Lodge für Besucher des Etosha-Nationalparks in Namibia. Zurzeit wird umgebaut, noch sauberer, noch komfortabler, noch teurer soll alles werden. „Welch eine Verschwendung!“, klagt der Mann. „Was man hier alles machen könnte!“ Er trägt eine dunkle Sonnenbrille, denn Malaria-Medikamente haben seine Augen angegriffen, das linke Auge ist fast blind.

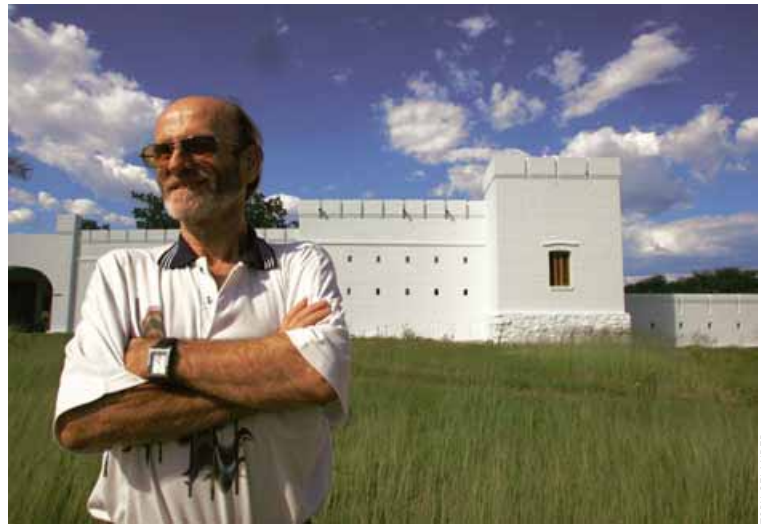
Gunnar Sanjath, 53, weiß, was er aus Namutoni machen würde. Zuerst würde er diese gutgekleideten Gäste aus Übersee ausfliegen, diese Möchtegern-Hemingways, die abends an der Bar mit spitzen Lippen am Amarula-Likör nippen und damit prahlen, wie sie neben einem Gnu ein Rad wechseln mussten.

Gunnar würde riesige Boxen aufstellen und jeden Abend die Regler der Stereoanlage bis zum Anschlag hochdrehen. Und dann liefe die ganze Zeit diese anzügliche Kongo-Rumba, die die Schwarzen so gern hören, und das Bier flösse in Strömen. Wo jetzt abends schwarze Diener in weißer Livree Kudu-Geschnetzeltes und Springbock mit Preiselbeeren zum Pinotage aus Stellenbosch servieren, würden sich in schwülen Fruchtbarkeitstänzen erhitzte Leiber aneinander reiben.

Gunnar weiß, wie man so etwas macht, er hat Erfahrung. Er ist Wirt, und als Wirt ist er so etwas wie ein Rächer der Geschundenen und Entrechteten in Namibia.

Er war 22 Jahre alt, als er im heimischen Augsburg auf eine Anzeige der südafrikanischen Regierung stieß. Das weiße Apartheid-Regime, international geächtet, suchte damals händeringend weiße Siedler. Der Flug wurde bezahlt, drei Wochen Kost und Logis waren frei, Hilfe bei der Arbeitssuche garantiert.

Gunnar, der gelernte Dieselmechaniker, fand sich in Kapstadt wieder, das war im Jahr 1975. Ein Jahr lang zog er mit wucherndem Hippiebart und wallender Mähne durch die Kaschemmen der Hafenstadt und genoss das Leben, bevor er aufbrach nach Norden, ins von Südafrika besetzte Gebiet des heutigen Namibia, vormals eine deutsche Kolonie. Eigentlich wollte er in den Busch und nicht in die Bar. Doch der Vorsatz hielt nicht lange, denn es gab da eine Kneipe in Windhuk, die nicht richtig lief.



TOBY SELANDER

Wirt Sanjath: *„Ich habe da einen Plan“*

Windhuk war damals schon ein trostloser Flecken zwischen Walfischbucht und Omaheke-Halbwüste. Über der Stadt thronte ein teutscher Reitersoldat aus Bronze, und unten, in den Gassen rund um die Kaiserstraße, soffen abends ein paar einsilbige Buren, die unter sich bleiben wollten. Zur Abwechslung hauten sie irgendwelchen Deutschen dann und wann aufs Auge. Aber das war schon fast das einzige Vergnügen, das sie sich in ihrem monotonen Südwester-Dasein gönnten. Farbige und Schwarze durften gar nicht erst in die Kneipe rein, so war es Gesetz. „Only For Whites“ stand auf dem Schild, und die „Kaffern“ blieben draußen.

„Was machen wir bloß?“, jammerte eines Tages der Inhaber des „Van Riebeeck Clubs“ angesichts der drohenden Pleite. „Wir brauchen dringend eine Idee!“ Worauf Gunnar nur sagte: „Ich habe da einen Plan, lass mich nur machen.“ Gunnar durfte machen.

Bald schon dröhnte aus den Boxen Kongo-Rumba, und das Bier floss in Strömen. Auf der Tanzfläche rieben sich erhitzte Leiber aneinander, und an der Tür hing ein Schild: „Only For Non-Whites“. Nach der Apartheid-Gesetzgebung war das legal, solange die Rassen getrennt blieben. Gunnar wurde Manager des Ladens, er tanzte und soff mit den anderen. Vielleicht war es die schönste Zeit seines Lebens.

Jeden Abend bildeten sich nun lange Schlangen vor der Kneipe. Die meisten Gäste waren Arbeiter, die einen Berechtigungsschein hatten, sich in der „weißen“ Innenstadt aufzuhalten. Die „Blankes“ mussten draußen bleiben. Doch irgendwann bereiteten ein paar Rassisten der Anarchie ein Ende und setzten den Laden in Brand.

Bewegte Zeiten. Ende 1989 verließen die Südafrikaner das Land. Der Staat Namibia entstand unter Führung der ehemaligen Widerstandsbewegung Swapo. Gunnar Sanjath zog nach Norden, in ein Kaff namens Rundu in der Region Okavango an der angolanischen Grenze. Seinen neuen Laden nannte er „Haus Bavaria“, und die Schwarzen nannten ihn den König von Okavango. Doch als der Frieden nach Angola kam, blieben die Gäste aus.

In Tsumeb, 270 Kilometer weiter südwestlich, versuchte er noch einmal sein Glück. Er kaufte eine alte Kirche, baute seine Boxen auf und spielte jeden Abend die geliebte Musik. „Gunnar’s Social Club“ hieß sein Shabeen, wie sie die Schuppen im Township nennen. Doch die Zeit der Party war vorbei. Es kamen nur noch Säufer und Diebe.

Wenn Gunnar in seinem alten Laden vorbeischaut, dann sieht er ein paar müde Gesichter und auch die Einschusslöcher in der Wand. Die vollbusige Alte hinterm Tresen erkennt ihn wieder. „Wollen wir noch einmal die Rumba spielen?“, fragt sie. Und Gunnar sagt: „Ein letztes Mal.“

THILO THIELKE

CHINA

Fall ins Nichts

Vor acht Jahren hat die Chinesin Ai Dongmei den Peking-Marathon gewonnen, vor wenigen Wochen klagte sie im Internet, sie müsse die Medaillen ihrer Karriere verkaufen, um zu überleben: „Mein Leben ist verzweifelt.“ Während Chinas Spitzensportler Millionen an Prämien und Werbeeinnahmen einstreichen, fallen weniger prominente Athleten nach dem Ende ihrer Karriere häufig ins Nichts. Weil sie von klein auf jeden Tag trainieren und die Sportverbände ihre Schulbildung oft vernachlässigen, sind sie für gute Jobs nicht ausreichend qualifiziert. Ai, mittlerweile Mutter einer Tochter, und ihr Mann, ebenfalls Ex-Marathonläufer, mussten sich als Straßenhändler in Peking durchschlagen, auch weil ein Trainer willkürlich Preisgelder und Gratifikationen einbehalten hatte. Erst nachdem Ai den Skandal öffentlich gemacht und damit ein Jahr vor Beginn der Olympischen Spiele in Peking das chinesische Sportsystem in Frage gestellt hatte, zahlte ihr Sportverband umgerechnet knapp 24 000 Euro aus. Ein Sportausrüster hatte ihr zuvor aus der gröbsten Not geholfen und einen kleinen Laden in einem Einkaufszentrum eingerichtet.

IMAGINECHINA

Ai Dongmei mit Tochter

Savage

COURT MAST / AP

RUDERN

„Nur einen Sonnenhut“

Die Engländerin Roz Savage, 39, über ihren Versuch, den Pazifik allein in einem Ruderboot zu überqueren

SPIEGEL: Am Donnerstag beginnt Ihre Reise, 6300 Seemeilen, drei Etappen von San Francisco über Hawaii und Tuvalu nach Australien. Wie lange werden Sie unterwegs sein?
Savage: Für jeden Abschnitt brauche ich etwa zweieinhalb Monate. Ich rudere acht Stunden am Tag, in vier Schichten. Los geht’s morgens um fünf. In die Koje gehe ich mit Sonnenuntergang.
SPIEGEL: Was passiert mit dem Boot, wenn Sie schlafen?
Savage: Es treibt – hoffentlich in die richtige Richtung.
SPIEGEL: Wie ernähren Sie sich?
Savage: Müsliriegel, getrocknete Früchte und gefriergetrocknetes Gemüse. Außerdem habe ich an Bord Bohnen gepflanzt, die sind wichtig gegen Skorbut. Pro Tag verbrauche ich rund 4000 Kilokalorien. An Bord ist auch eine kleine Maschine, die Meerwasser entsalzt.
SPIEGEL: Was für Kleidung tragen Sie?
Savage: Nur einen Sonnenhut. Das Boot ist so labil, dass man da nicht rumturnen sollte, um sich beispielsweise die Hose zum Pinkeln runterzuziehen. Deswegen rudere ich nackt.
SPIEGEL: Wie halten Sie Verbindung zum Festland?
Savage: Ich habe zwei Laptops für E-Mails und Wetterbericht dabei und ein Satellitentelefon, mit dem ich meine Mutter täglich anrufe.
SPIEGEL: Haben Sie keine Angst?
Savage: Natürlich ist der Trip gefährlich, aber bei einem Unwetter etwa habe ich zu viel zu tun, um Angst zu haben.
SPIEGEL: Vergangenes Jahr haben Sie als Generalprobe den Atlantik überquert, da sind Ihnen alle Ruder gebrochen.
Savage: Sie waren aus Kohlefaser, ich habe sie notdürftig mit Klebeband repariert. Diesmal nehme ich Holzruder.

SCHACH

Fritz gegen Bach

Johann Sebastian Bach könnte bald dasselbe Schicksal blühen wie Wladimir Kramnik. Im Duell „Mensch gegen Maschine“ unterlag der Schachweltmeister aus Russland im Dezember dem Computerprogramm „Deep Fritz“ mit 2:4. Nun nehmen es die Fritz-Erfinder aus Hamburg mit den großen Komponisten auf. Sie haben eine Software entwickelt, die in 20 Sekunden ein zweiminütiges Musikstück schreibt, für eine komplette Band. Egal, wie aufwendig das Arrangement ist, ob Pop oder Streichquartett – nach vier Klicks ist das Werk fertig. Angegeben werden muss nur, welche Art Musik man spielen möchte, für welches Instrument und wie gut man es beherrscht. Danach komponiert „Ludwig“, so heißt das Programm, frei drauflos. „Die Algorithmen im Schach und in der melodischen Komposition sind verwandt“, sagt Matthias Wüllenweber von der Firma Chessbase. In der Kompositionslehre gebe es „legale Züge für den nächsten Ton“, der Aufbau eines Musikstücks gleiche dem einer Schachpartie: „Das Intro ist die Eröffnung, es gibt bei beiden ein Mittelspiel, beide haben eine Hookline, ein sich wiederholendes Muster, das den Wiedererkennungswert ausmacht.“ Mozart hat bis kurz vor der Uraufführung an der „Zauberflöte“ geschrieben, das Programm fängt schon an zu spielen, während es noch komponiert.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Alles nur für mich“

Formel-1-Chef und Milliardär Bernie Ecclestone über den neuen Superstar Lewis Hamilton, die zunehmende Ehrlichkeit im Alter und die vergeblichen Versuche, seine Töchter zur Sparsamkeit zu erziehen

SPIEGEL: Mister Ecclestone, mit 76 Jahren sind Sie einer der reichsten Briten, Ihr Vermögen wird auf über zwei Milliarden Pfund geschätzt, das Geschäft mit der Formel 1 läuft bestens. Trotzdem reisen Sie nächstes Wochenende zum Großen Preis von Europa auf dem Nürburgring. Haben Sie keine Hobbys?
Ecclestone: Mein Geschäft ist mein Hobby. Es ist das, was ich am besten kann und am liebsten mache. Ich wüsste nicht, warum ich mich aufs Sofa setzen sollte.
SPIEGEL: Sie zitieren gern das Motto: Erst stellst du dich auf eigene Füße, dann wirst du reich und danach ehrlich. Ihre Frau Slavica sagt, Ihr Problem sei, dass Sie immer noch versuchen, reich zu werden.
Ecclestone: Ich mache das bestimmt nicht mehr, um Geld zu verdienen.
SPIEGEL: Wie nah sind Sie der Ehrlichkeit denn schon gekommen?
Ecclestone: Jeder ist so ehrlich, wie er es sich leisten kann. Glücklicherweise bin ich inzwischen in der Lage, mir das ziemlich oft leisten zu können.
SPIEGEL: Klingt nach Unabhängigkeit.
Ecclestone: Unabhängig war ich schon immer. Ich habe nie Wert darauf gelegt, dass andere Leute über mich sagen: Oh, ist das ein toller Typ! Ich kandidiere nicht als Bürgermeister. Wenn sich jemand an mir oder meiner Arbeitsweise stört, arbeiten wir halt nicht zusammen.
SPIEGEL: Sie sind als Sohn eines Fischkutterkapitäns aufgewachsen, auch Ihre Frau stammt aus bescheidenen Verhältnissen. Hat Sie das geprägt?
Ecclestone: Ja. Wenn ich den Raum verlasse, schalte ich das Licht aus, und wenn ich etwas kaufe, schaue ich nach einem Rabatt. Ich hasse Verschwendung.
SPIEGEL: Was bedeutet Ihnen Geld?
Ecclestone: Was mich daran reizt, ist, es zu verdienen. Luxus an sich bedeutet mir nichts, auch wenn ich mir einige luxuriöse Dinge zugelegt habe, ein Flugzeug zum Beispiel, das ich für mein Geschäft nutze, ein Boot für den Urlaub, aber darauf habe ich bisher erst ein paar Tage verbracht. Wahrscheinlich ist es Unsinn, und ich sollte es verkaufen. Und in das Haus, das ich vor ein paar Jahren erworben habe, sind wir nie eingezogen.
SPIEGEL: Eine Zwölf-Schlafzimmer-Villa in Kensington, für 50 Millionen Pfund.
Ecclestone: Es war zu groß. Ich habe es wieder verkauft.
SPIEGEL: Wie haben Sie Ihren Töchtern Tamara und Petra beigebracht, dass Geld nichts Naturgegebenes ist?
Ecclestone: Es war sehr schwierig. Ich habe immer versucht, ihnen den Wert von Geld begreiflich zu machen. Dass sie sich beim Kaufen fragen: Wie viel Zeit müsste man normalerweise aufwenden, um sich das leisten zu können?
SPIEGEL: Stimmt es, dass Sie sogar die Handy-Rechnungen kontrolliert haben?
Ecclestone: Ja. Nicht die Nummern, aber die Kosten einzelner Gespräche.
SPIEGEL: Hat es etwas genutzt?

NEIL WILDER / CORBIS OUTLINE

Unternehmer Ecclestone, mit Geschäftspartnern und Familie: *„Schon immer unabhängig“*

Das Gespräch führten Redakteur Detlef Hacke und Mitarbeiter Daniel Pontzen.

Ecclestone: Nein. Viele Eltern versuchen, ihren Kindern ein leichteres Leben zu ermöglichen, als sie es selbst hatten. Ich glaube mittlerweile, dass das ein Fehler ist.

SPIEGEL: Ihre Tochter Tamara bewundert Paris Hilton. Ist sie auf dem richtigen Weg?

Ecclestone: Ich hoffe nicht, dass sie ihr nacheifert. Sie würde es hassen, im Gefängnis zu sitzen.

SPIEGEL: Sind Ihre Töchter Fans von Lewis Hamilton? Mit 23 und 18 Jahren sind sie genau in der Zielgruppe.

Ecclestone: Das glaube ich nicht. Sie interessieren sich nicht für die Formel 1. Aber er hat ja genug andere Fans.

SPIEGEL: Kaum war Michael Schumacher zurückgetreten, da kam Hamilton. Ist er schon der neue Superstar?

Ecclestone: Es ist ja kein Zufall, dass Sie von ihm sprechen und nicht von Heidfeld oder Rosberg. Er hat schon jetzt eine unglaubliche Resonanz in den Medien. Warum? Seine Leistungen sind exzellent, erstens. Zweitens ist er ein gutaussehender Typ. Drittens ist er nahbar, er öffnet sich gegenüber Fans und Medien.

SPIEGEL: Was sagt es über die Formel 1 aus, wenn ein 22-jähriger Neuling auf Anhieb der Schnellste ist?

Ecclestone: In erster Linie sagt das etwas über den Fahrer aus. Er war in seinen ersten neun Rennen neunmal auf dem Podium. Das ist beeindruckend.

SPIEGEL: Ist er schon reif für den Titel?

Ecclestone: Er hat zwölf Punkte Vorsprung in der Meisterschaft. Mathematisch gesehen hat er die besten Chancen.

SPIEGEL: Hamilton gilt wie seine jungen Kollegen als extrem fokussiert und erfolgsorientiert. Wie unterscheidet sich diese Generation von früheren?

Ecclestone: Ach, kein Vergleich. In den siebziger und achtziger Jahren gab es viele, die auch außerhalb des Cockpits als Typen aufgetreten sind. Heutzutage gilt für die meisten: Sobald sie mit ihrem Job fertig sind, gehen sie nach Hause. Zum einen, weil sie zu viel Geld besitzen, zum anderen, weil sie Angst haben.

SPIEGEL: Wovor?

Ecclestone: Davor, das Falsche zu sagen oder zu tun. Heute werden die Fahrer viel stärker von ihren Teams und deren Sponsoren bestimmt. Was dabei herauskommt, ist eine Generation von Konformisten.

SPIEGEL: Andererseits scheint Hamilton bereits genau zu wissen, wie man sich geschickt äußert. Als ihn in Monaco die Teamstrategie den möglichen Sieg kostete, ließ er sich seinen Unmut deutlich anmerken. Die britische Presse hetzte daraufhin tagelang gegen McLaren-Mercedes.

Ecclestone: Hamilton ist sehr intelligent. Er weiß, was er sich erlauben kann und was nicht.

SPIEGEL: Leidtragender des Trubels um den jungen Engländer ist dessen Teamkollege, Weltmeister Fernando Alonso, der ebenfalls neu ist bei McLaren-Mercedes.

Ecclestone: Was heißt hier Leidtragender? Er fährt das gleiche Auto. Er hat einfach eine schlechte Phase.

SPIEGEL: Aber schon jetzt bleibt ihm nur eine Nebenrolle.

Ecclestone: Stellen Sie sich vor, Sie wären letzte Saison sein Manager gewesen und hätten gesehen, dass ihn ein Teamkollege erwartet, der vorher noch nie einen Grand Prix gefahren ist – Sie hätten deswegen wohl kaum von dem Wechsel abgeraten. Es ist eben unglücklich gelaufen für Fernando. Das war unvorhersehbar.

SPIEGEL: Einst hatten Sie sich für die Formel 1 einen erfolgreichen deutschen Fahrer, einen Schwarzen, einen Chinesen und eine Frau gewünscht. Dann tauchte erst Michael Schumacher auf, jetzt Hamilton.

Ecclestone: Ist Hamilton wirklich schwarz? Ich würde eher sagen, er sieht so aus, wie Leute aussehen wollen, wenn sie aus dem Urlaub kommen.

SPIEGEL: Mal ehrlich: Haben Sie das überhaupt jemals so gesagt?

Ecclestone: Hm, wahrscheinlich.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die anderen Wünsche noch in Erfüllung gehen?

Ecclestone: Eines Tages wird wohl ein Chinese mitfahren, das ist wahrscheinlicher als eine Frau. Das Problem ist, dass sie vermutlich niemals richtig ernstgenommen werden würde.

SPIEGEL: Warum nicht?

Ecclestone: Weil sie kaum gleich zu Beginn einen Platz in einem der Top-Autos bekommen würde. Wenn sie irgendwo im hinteren Feld führe, würde sie jeder bloß als Accessoire der Formel 1 betrachten. Sie bräuchte schon eine so erstklassige Rennfahrerausbildung wie Hamilton.

SPIEGEL: Neben dem Fahrerfeld ändert sich der Rennkalender. 2008 kommen Valencia und Singapur als Austragungsorte hinzu, 2009 Abu Dhabi, weitere Kandidaten sind Indien und Südkorea. Zurzeit gibt es 17 Grand Prix, werden es bald 25 sein?

HOCH ZWEI / IMAGO

Imola (2003)

CAHIER PAUL-HENRI-EPE / GAMMA

Nachwuchsstar Hamilton in Monza (2006)

CAHIER PAUL-HENRI-EPE / GAMMA / STUDIO X

Rennstallchef Flavio Briatore (2005)

OLIVER WEIKEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Töchter Petra, Tamara (r.), Ehefrau Slavica (2007)

EUGENE HOSHIKO / AP

Vertragsabschluss in Shanghai (2002)

ADAM JAN / AFP

König Hamad Ibn Issa al-Chalifa in Bahrain (2005)

Ecclestone: Nein. Wir müssen sehen, wie viele wir brauchen, eine exakte Zahl kenne ich selber noch nicht.
SPIEGEL: Es finden immer mehr Rennen in Asien statt, aber immer weniger in Europa: In Deutschland und Italien jeweils nur noch eins, bald werden vielleicht auch Magny-Cours und Silverstone gestrichen.
Ecclestone: Wir wollen eine Weltmeisterschaft austragen, keine Europameisterschaft.
SPIEGEL: Entwurzeln Sie damit nicht die Formel 1?
Ecclestone: Wir haben mit Valencia gerade ein Europa-Rennen ergänzt, Istanbul ist vor zwei Jahren hinzugekommen. Dass wir früher fast nur hier gefahren sind, lag daran, dass es anderswo nicht möglich war. Hätte ich in den Achtzigern vorgeschlagen, nach China zu gehen, die Leute hätten mich für verrückt erklärt.
SPIEGEL: Liegt die Orientierung gen Osten nicht vor allem daran, dass die Europäer nicht mehr das von Ihnen verlangte Startgeld aufbringen können? Die deutschen Rennveranstalter machen große Verluste, zuletzt hieß es aus Magny-Cours, man könne sich den Grand Prix nicht mehr leisten.
Ecclestone: Magny-Cours will weitermachen, ich habe vorhin noch eine E-Mail bekommen, in der sie das schreiben. Wir werden sehen, was passiert.
SPIEGEL: Außerdem zeichnet sich ein Trend hin zu Strecken inmitten von Metropolen ab. Was gefällt Ihnen so daran?
Ecclestone: Wenn ich das Hotel verlasse und sofort an der Strecke bin, finde ich das toll. Schätze, das wird auch vielen Fans und den Herren Journalisten gefallen.
SPIEGEL: Sollen die Rennen einfach mehr Spektakel bieten?
Ecclestone: Wir sind Teil der Unterhaltungsindustrie. Wie viel Spektakel am Ende herauskommt, hängt von den Veranstaltern ab.
SPIEGEL: Wie sieht es mit anderen Kandidaten für Stadtrennen aus? Die Pläne für London sind ad acta gelegt, aber Sie waren kürzlich in Las Vegas und Paris.
Ecclestone: In Las Vegas hat man uns signalisiert, dass die Strecke wahrscheinlich nicht über den Strip führen könnte, vorbei an den großen Hotels. Dann lassen wir es eben bleiben. Ein Wüstenrennen brauchen wir nicht, das haben wir schon in Bahrein.
SPIEGEL: Und Paris?
Ecclestone: Dort wäre die wahrscheinlichste Option, ins Euro Disney zu gehen. Die Infrastruktur ist perfekt, es gibt viele gute Hotels, Zuganbindung und eine Autobahn.
SPIEGEL: Viele Fahrer beklagen das erhöhte Unfallrisiko bei Stadtkursen.
Ecclestone: Keiner der Fahrer wird zur Teilnahme gezwungen.
SPIEGEL: Seit Ayrton Sennas Tod 1994 haben sich die Sicherheitsstandards drastisch erhöht – und plötzlich geht man in die Städte, wo es kaum Auslaufzonen gibt und es schwierig ist, Verunglückte zu bergen.
Ecclestone: Stadtrennen werden nicht gefährlicher sein als die übrigen. Wo gab es denn den letzten schweren Unfall?

JACQUES BOISSINOT / AP

Kubica-Unfall in Montreal: *„Ein Restrisiko bleibt immer“*

SPIEGEL: In Kanada, wo BMW-Pilot Robert Kubica abflog.
Ecclestone: Auf einem normalen Kurs also, und da ist das Auto an der Wand gelandet, obwohl es riesige Auslaufzonen gibt. Ein Restrisiko bleibt immer. Ob ein Fahrer das eingehen will oder nicht, liegt bei ihm.
SPIEGEL: Auch Nachtrennen unter Flutlicht, in Asien und Australien, werden diskutiert.
Ecclestone: Richtig. Die Rennen würden dann in Europa zu einer vernünftigen Sendezeit übertragen. Die Fans sind sicher dankbar, wenn sie nicht mehr um vier Uhr morgens aufstehen müssen.
SPIEGEL: Alonso hält das für Unsinn.
Ecclestone: Aha. Auch zu gefährlich?
SPIEGEL: Ja. Manche fürchten zum Beispiel einen Stromausfall.
Ecclestone: Dann wäre es schwierig weiterzufahren, richtig. Aber seien Sie sicher: Wir werden nicht so dumm sein, das zuzulassen. Wenn wir so etwas einführen, wird es funktionieren.
SPIEGEL: Wollen Sie auch mit 80 noch arbeiten?
Ecclestone: Ich habe keinen Zeitpunkt ins Auge gefasst, wann ich aufhöre.
SPIEGEL: Haben Sie sich schon mal Gedanken über einen Nachfolger gemacht?
Ecclestone: Nein, darüber sollen sich andere den Kopf zerbrechen.
SPIEGEL: Gibt es wenigstens jemanden, dem Sie die Aufgabe zutrauen?
Ecclestone: Ich bin sicher, es gäbe Leute, die den Job besser machen würden als ich.
SPIEGEL: Sie kokettieren. Nie war Ihre Macht so groß wie jetzt, weil die Autohersteller ihre Drohung fallengelassen haben, eine eigene Rennserie aufzuziehen. Jeder Nachfolger würde es schwer haben.
Ecclestone: Erstens, meine Macht war immer gleich groß. Zweitens, natürlich müsste ein Nachfolger seinen eigenen Weg finden. Ich habe in den letzten 35 Jahren viele enge Verbindungen aufgebaut, weltweit. Die Leute wissen, dass sie sich bei mir auf einen Handschlag verlassen können.
SPIEGEL: In Kürze soll Ihre Biografie auf den Markt kommen, mit drei Jahren Verspätung allerdings.
Ecclestone: Das wird noch ein bisschen dauern. Ich habe dem Projekt sowieso nur zugestimmt, weil ich die Autorin seit Jahrzehnten kenne. Ich persönlich lege keinen großen Wert auf das Buch. Was bringt es mir zurückzuschauen? Am besten wäre, die Biografie käme erst heraus, wenn ich in meinem Garten unter dem Rasen liege.
SPIEGEL: Warum?
Ecclestone: Es wäre wahrscheinlich besser für einige Leute, mit denen ich zu tun hatte und zu tun habe.
SPIEGEL: Die Queen will Sie, so heißt es, zum Ritter schlagen.
Ecclestone: Halt! Falls es mir angeboten würde, läge es ja erst mal an mir, ob ich überhaupt annähme.
SPIEGEL: Wäre „Sir Charles Bernard Ecclestone“ keine angemessene Anrede?
Ecclestone: Nein.
SPIEGEL: Aha.
Ecclestone: Schauen Sie, worum ging es ursprünglich bei dieser Auszeichnung? Die Queen belohnt jemanden, der etwas Ehrenhaftes für das Land getan hat. Und nun schauen Sie sich jene Leute an, die heutzutage mit so einem Titel herumlaufen. Für ihr Land haben die alle nichts getan.
SPIEGEL: Sondern?
Ecclestone: Sie hatten Erfolg. Mehr nicht. Das Gleiche gilt für mich: Habe ich das, was ich in den letzten Jahrzehnten getan habe, für das Land getan? Nein, ich habe das alles nur für mich getan.
SPIEGEL: Das klingt jetzt aber stark nach dem letzten Teil Ihres Mottos.
Ecclestone: Nach Ehrlichkeit? Sie sehen, ich arbeite daran.
SPIEGEL: Mister Ecclestone, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DOPING

Ganoven statt Helden

ARD und ZDF wollen bei der Tour de France ihre Vergangenheit als Jubelperser des Radsports bewältigen – ein kompliziertes Unterfangen.

Monica Lierhaus hat's gut. Im vergangenen Jahr hat sie den größten Teil der Übertragungen bei der Tour de France moderiert. Diesmal ist sie erst ab der 14. Etappe dabei. Dann will sie „kritisch wie fair" berichten, ihre Arbeit sei „ein schmaler Grat zwischen Unschuldsvermutung und Generalverdacht". Die ARD-Moderatorin Lierhaus hat's gut, weil sie bis zum 22. Juli, wenn die Tour in den Pyrenäen ankommt, nur beobachten muss, wie schwierig diese Aufgabe ist.

Jahrelang haben ARD und ZDF die Tour de France ungefiltert übertragen, sie haben Helden verehrt, blind für die Abgründe des Radsports – jetzt sind sie dabei, ihre Vergangenheit zu bewältigen, sie wollen kritisch sein und eine neue Glaubwürdigkeit schaffen.

Das Dilemma der Reporter: Sie müssen distanziert sein, dürfen aber die Emotionalität nicht verlieren. Sie dürfen nicht anklagen, obwohl jeder Ausreißversuch Zweifel weckt, jede Tempoverschärfung am Berg, jeder Sieg. Jeder Held kann auch Ganove sein.

Das Ergebnis ist Krampf. Während der ersten Tour-Tage hatte man oft das Gefühl, als ob eine Eieruhr auf dem Pult der Moderatoren stünde, die den Takt vorgab für Doping-Kommentare; gut gemeint das alles, aber in Wahrheit stellte sich nur eine Frage: Warum wird überhaupt noch übertragen?

ARD-Programmdirektor Günter Struve hält die Art der Kommentierung für eine „verständliche Form der Überreaktion". Zwar sind die Reporter angehalten, sich nicht mehr wie Fans zu verhalten, aber „das sportliche Ereignis darf auch nicht zugeschüttet werden mit Bemerkungen über Doping". Das werde sich „im Laufe des Rennens sicher einpegeln".

Teile des Publikums haben sich in den vergangenen Jahren ohnehin vom Radsport verabschiedet. Die Quoten liegen auf niedrigem Niveau bei gut zehn Prozent. Struve sagt, in der Gunst der Zuschauer sei der Radsport „beispiellos abgesunken". Nur der Spartenkanal Eurosport lockt bisweilen mehr als doppelt so viele Zuschauer an wie 2006, die meisten von ihnen vermutlich Fans, die nur wenig von Doping hören wollen.

„Das Bemühen besonders der ARD, nicht länger als Hofberichterstatter und Jubelperser zu gelten, lässt das Pendel ins andere Extrem ausschlagen", sagt Josef Hackforth, Professor für Sport, Medien und Kommunikation in München. „Das ist ein Eiertanz, ein verbaler und journalistischer Handstand auf der Rasierklinge."

Es ist nicht lange her, dass die ARD Jan Ullrich 195 000 Euro im Jahr für Interviews zahlte, an deren Wahrheitsgehalt es gewisse Zweifel hätte geben können. Und es ist auch nicht lange her, dass das Erste das Team Telekom sponserte, und der ehemalige Sport-Chef Hagen Boßdorf an Ullrichs Autobiografie mitschrieb.

Wie groß die Unsicherheit ist, zeigt der Umgang mit einem ARD-Auftritt des gesperrten Radprofis Jörg Jaksche, der am vorigen Montag von Lierhaus-Ersatz Michael Antwerpes interviewt wurde. Jaksche hatte eine Woche zuvor im SPIEGEL Doping gestanden und erzählte nun in einem Live-Interview von seinen Erfahrungen und kommentierte später auch den Verlauf der Etappe. Tags darauf, nachdem sich etwa der Fahrer Fabian Wegmann vom Team Gerolsteiner beschwerte („Ein Schlag ins Gesicht"), bedauerte ARD-Tour-Chef Roman Bonnaire den Auftritt: „Das mit Jaksche war so nicht geplant."

Natürlich ist vieles besser geworden. Das ZDF hat inzwischen eine ressortübergreifende Doping-Task-Force eingerichtet. „Wir haben in der Vergangenheit meist nur reagiert. Eigene Recherchen, das müssen wir einräumen, hat es dabei kaum gegeben", sagt ZDF-Sportchef Dieter Gruschwitz. „Unsere Berichte sind investigativer geworden."

Auch die ARD leistet sich neuerdings eine Doping-Redaktion: eine vierköpfige Truppe mit Sitz in Köln und eigenen Visitenkarten. Einer der Reporter ist Hajo Seppelt, 44. Unter Hagen Boßdorf galt er als Persona non grata, weil er immer wieder mehr Berichterstattung über Doping gefordert hatte. In einem Radiointerview sagte er, es habe einen partiellen, wenn auch durch Druck ausgelösten Paradigmenwechsel gegeben. Trotzdem: „Sicherlich ist die Haltung bei einigen immer noch nicht viel anders als vorher."

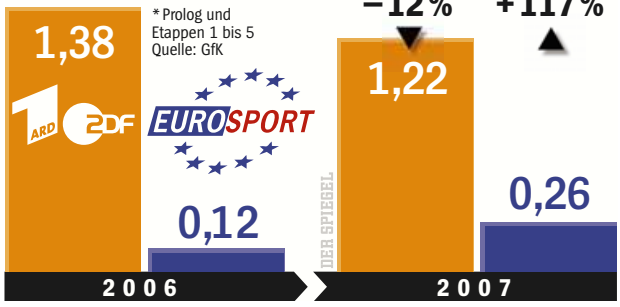
Was aber ist die richtige Haltung? Der Ausstieg der Öffentlich-Rechtlichen? Peter Danckert, Vorsitzender des Bundestags-Sportausschusses, forderte das schon Ende Mai: „Es kann nicht sein, dass wir einen noch nicht dopingfreien Sport weiter durch Gebühren unterstützen." Auch der ZDF-Fernsehrat sprach sich gegen eine Übertragung aus.

Und dann? „Das wäre der Anfang vom Ende für den deutschen Profiradsport gewesen", sagt Christian Frommert, Unternehmenssprecher bei der Telekom. „Sponsoren wären ausgestiegen, und Veranstalter hätten sich zurückgezogen." Außerdem wären durch so eine Entscheidung Sportübertragungen grundsätzlich in Frage gestellt worden. Frommert: „Auch die Olympischen Spiele in Peking werden nicht dopingfrei sein."

MARKUS BRAUCK, CATHRIN GILBERT, MAIK GROSSEKATHÖFER

Flucht zur Konkurrenz

Durchschnittliche Zuschauerzahl bei den Tour-de-France-Übertragungen*, in Millionen



FRANCK FIFE / AFP

Radprofi Fabian Cancellara: *„Beispiellos abgesunken"*

KOSMETIK

Krebs durch Wärme?

Nicht nur UV-Strahlen schaden der Haut – auch die im Sonnenlicht enthaltene kurzwellige Infrarotstrahlung (IR-A) ist gefährlich. Das zumindest wollen Wissenschaftler vom Düsseldorfer Institut für umweltmedizinische Forschung (IUF) nachgewiesen haben, die im Labor menschliche Hautzellen entsprechend bestrahlt hatten. Dadurch, so behaupten sie, würden Mechanismen ausgelöst, die zu beschleunigter Hautalterung führten und „wahrscheinlich auch zur Krebsentstehung beitragen“, so IUF-Leiter Jean Krutmann. Prompt wurde die Schreckensnachricht von „Brigitte“ bis „Handelsblatt“ verbreitet – verbunden mit dem Hinweis auf die Apothekenkosmetik Ladival des Arzneiriesen Stada, die als einzige Sonnencreme vor IR-A schütze. An deren Entwicklung hatte Krutmanns Team praktischerweise mitgearbeitet. Seltsam nur: Das IUF ist so ziemlich das einzige Institut, das die schädlichen Effekte der Wärmestrahlung beobachten konnte. So hat etwa die US-Biologin Lee Applegate die IUF-Arbeit wiederholt. Ergebnis: keine Schäden an den Zellen. Helmut Piazena, Physiker an der Berliner Charité, weist außerdem darauf hin, dass die in den Experimenten angewendete Strahlung selbst die IR-A-Strahlung der Mittagssonne am Äquator bei weitem übertreffe. Und Gerd Hoffmann, Mediziner an der Universität Frankfurt am Main, hält IR-A-Strahlung sogar für segensreich: Sie mindere nachweislich die schädigenden Effekte von UV-Strahlung.

PETER WIDMANN / MAURITIUS IMAGES

Boeing-Dreamliner, Toto-Bidet

SANITÄRTECHNIK

Düsen für den Jet

Die japanischen Fluglinien ANA und Japan Airlines haben den neuen Boeing 787 Dreamliner mit sanitärem Extrainventar angefordert: Statt mit schnöder Vakuumpumpe sollen die Flugzeugtoiletten mit einer Spritzdüse ausgestattet sein, die wie ein Bidet eine erfrischende Wasserdusche gestattet. Bei Japan Airlines bleibt das Hygieneerlebnis zunächst den gehobenen Klassen vorbehalten, da exzessiver Wasserverbrauch befürchtet wird. In Japan werden solche Toiletten mit einer auf Knopfdruck bedienbaren Wasserdüse von dem WC-Hersteller Toto unter dem Markennamen Washlet vertrieben. Diese japanischen Bidets haben sich schon in rund zwei Drittel aller Haushalte durchgesetzt. Fluggästen aus Japan sollte die Bedienung des Spritz-WCs vertraut sein. Doch für sanitär ungebildete Gäste arbeitet das Personal der ANA bereits an einer Konsole, auf der kleine Piktogramme die einzelnen Phasen des Toilettengangs erklären.

WEINBAU

Schafe schützen Trauben

Morgan Doran, Landwirtschaftsexperte an der University of California in Davis, will Schafherden beibringen, auf Weinbergen Unkraut zu vernichten. Die Herausforderung: Die kostbaren Weintrauben müssen dabei unangetastet bleiben. Die Tiere sollen deshalb zunächst einmal lernen, was Unkraut und was Wein ist. Schafe galten bisher als anspruchslose Dauerkauer, doch die Studien der kalifornischen Nutztierforscher offenbarten mehr geschmackliche Urteilskraft als vermutet. Viele der Tiere zeigten eine besondere Vorliebe für Chardonnay, während sie andere Trauben kaum anknabberten. Mit einer Aversionstherapie sollen die Wiederkäuer nun von sämtlichen Rebsorten entwöhnt werden. Dazu verabreicht Doran den Herden, während sie am Wein naschen, Lithiumchlorid, ein Salz mit übelkeiterregender Wirkung. Kritiker halten die Schocktherapie jedoch für überflüssig. Der professionelle Schafherden-Verleih Wooly Weeders hat pragmatischere Lösungen gefunden. Dort werden als Unkrautvernichter unter anderem Lämmer eingesetzt, die an die Trauben kaum herankommen.

MORGAN DORAN / AP

ERZGEWINNUNG

Gold aus dem Rhein

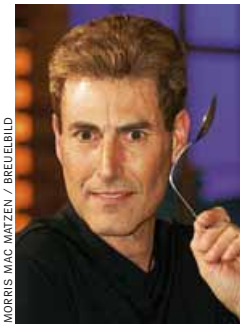
In Kiesgruben am Oberrhein startet eine kuriose Schatzsuche: Die Gewinnung des legendären Rheingolds, zuvor nur Hobby-Goldgräbern vorbehalten, wird jetzt auch kommerziell betrieben. Bisher wanderte das Edelmetall tonnenweise mit Kies vermischt in die Betonmischer der Haus- und Straßenbauer. Um dies fortan zu verhindern, muss der kostbare Rohstoff vorher herausgewaschen werden. Dazu setzen die Goldschürfer nun eine Technik ein, die in spanischen Kieswerken entwickelt wurde: Auf einer mit Teppich ausgelegten Rampe verfangen sich Goldkörnchen in den Fasern wie dereinst im Vlies der Argonauten. Anschließend wird die körnige Brühe zentrifugiert, um Sand und Gold zu trennen. Spezialisierte Händler, die den Mythos des Rheingolds gut zu vermarkten wissen, verlangen dafür mindestens den doppelten Goldpreis. Dennoch ist die Goldgräberstimmung der Kiesgrubenbetreiber gedämpft: „Kies macht man mit Kies, nicht mit Gold“, sagt Geologe Klaus Bitzer von der Universität Bayreuth.

KPA / ULLSTEIN BILD

Gold-Granulat

NETZKULTUR

Rechtsstreit um Zauber-Clips



MORRIS MAC MATZEN / BREUELBILD

Magier Geller

Der legendäre Löffelverbieger Uri Geller hat sich in einen Rechtsstreit um einige Clips des Online-Videomarktplatzes YouTube verstrickt. YouTube-Nutzer Brian Sapient, der Gellers telekinetische Fähigkeiten für Taschenspielertricks hält, stellte auf YouTube Sequenzen vor, die den Zauberer als Scharlatan entlarven sollten. Geller wehrt sich gegen die Verbreitung von Aufnahmen, in denen zum Beispiel in Zeitlupe zu sehen ist, wie er einen kleinen Magneten in der Hand verbirgt. YouTube bekam eine Blitz-Abmahnung, „copyright takedown notice“ genannt, um das Video zu verbieten. Der Zauberer verklagt Sapient nun wegen Urheberrechtsverletzung – obwohl Gellers eigene Rechtsvertretung feststellte, dass von insgesamt 13 Minuten Bildmaterial ihm nur 8 Sekunden urheberrechtlich zustehen. Trotz übersinnlicher Fähigkeiten war Geller offenbar außerstande, die heftigen Reaktionen vorherzusehen, die seine Copyright-Abmahnung in Blogs und Foren hervorrief. Die Situation, so drückt es Gellers Anwalt Richard Winelander aus, sei „außer Kontrolle geraten“.

GENETIK

„Wir haben Millionen Fragmente“

Michael Hofreiter, 34, Evolutionsgenetiker am Max-Planck-Institut für Evolutionäre Anthropologie in Leipzig, über die Aufregung um das Mammutbaby aus dem sibirischen Permafrost

SPIEGEL: Begeistert stürzen sich Forscher auf ein gefrorenes Mammutbaby. Wird man es klonen können?
Hofreiter: Ein Mammut zu klonen funktioniert nicht. Wer das behauptet, ist unseriös. Es brauchte dazu ganze Zellen, mit Organellen und DNA in Chromosomenform. Was wir haben, ist das Genom in Millionen Stücken, das sind nur Fragmente. Allenfalls kann man einzelne Gene austauschen, wie es bei Mäusen gemacht wurde, aber um einen Asiatischen Elefanten in ein Mammut zu verwandeln, müsste man Millionen Einzelteile auswechseln.
SPIEGEL: Aus Sicht der Genetiker ist dieser Fund also keine Sensation?
Hofreiter: Von der DNA her ist der Fund nicht so interessant. Aber für die Morphologie, man sieht ja alle anatomischen Details. Und interessante anatomische Merkmale können die Evolutionsgenetik auch anregen, sich einzelne Gene zielgerichtet anzuschauen.
SPIEGEL: Können Sie auch Aussagen darüber treffen, warum die Mammute ausgestorben sind?
Hofreiter: In der letzten Eiszeit gab es massive Aussterbewellen. Die Frage, warum Säugetiere gleichzeitig verschwinden, etwa vor 45 000 Jahren die australische Megafauna, ist wissenschaftlich bedeutsam – und zugleich sehr aktuell. Angesichts der Klimaerwärmung ist es wichtig zu verstehen, was bei solchen Veränderungen mit einer Population geschieht.
SPIEGEL: Und die DNA-Analyse kann solche Fragen beantworten?
Hofreiter: Durchaus, jedenfalls wenn genug Individuen untersucht werden. Dann kann man über genetische Abweichungen die Populationsentwicklung messen. Mathematische Modelle ermitteln, wie schnell sich die Populationsgröße im Zeitverlauf verändert.
SPIEGEL: Gibt es dazu denn genügend Mammutüberreste?
Hofreiter: Mit Sicherheit. Die Zahl der Mammute, aus denen wir DNA extrahieren können, geht inzwischen bereits in die Tausende.

REUTERS

Sibirisches Mammutbaby

Sodis-Nutzerin im Kibera-Slum in Nairobi: *Wirksam, billig und geradezu lächerlich einfach*

FOTO: SVEN TORFINN / LAIF

GESUNDHEIT

Der Wasserprediger

Rund zwei Millionen Kinder sterben jedes Jahr weltweit an Durchfallerkrankungen. Dabei ließe sich ihr Trinkwasser ganz leicht desinfizieren – mit Sonnenlicht. Ein Schweizer reist um die Welt, um die Methode in den Slums zu verbreiten. Doch oft bleibt seine Botschaft ungehört.

Martin Wegelin, 59, fühlt sich sichtlich unwohl inmitten der schreienden Kinder, die da in ihren abgewetzten Schuluniformen um ihn herumspringen. Verlegen lächelt er, zupft sich am Bart. Plötzlich springt er hoch, wirft die Arme in die Luft und hüpft einige Male auf und ab. „Hey, hey“, ruft er. Die Kinder juchzen. Aber Wegelin lässt die Arme schon wieder hängen, sein Blick irrt hilfesuchend umher.

Zwei Lehrer eilen herbei und scheuchen die Kinder zurück. Die Schüler der Makina Primary School, einer nichtstaatlichen, von ausländischen Hilfsorganisationen finanzierten Schule im Kibera-Slum in Nairobi, sollen ihren Wohltäter aus der Schweiz nicht belästigen. Sie sollen lieber die Gedichte vortragen, die sie extra für ihn einstudiert haben. Wegelin schaut auf seine Uhr und seufzt. „Also gut, ein Gedicht“, sagt er.

„Let’s drink the Sodis water“, rufen die Kinder im Chor. „We love Sodis!“

Wegelin applaudiert höflich. Er ist Bauingenieur, ein bedächtiger Mann mit graumeliertem Bart und wasserblauen Augen. Er arbeitet an der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz in Dübendorf, Kanton Zürich. Und er hat eine Mission: Er will den Armen dieser Welt sauberes Trinkwasser bringen.

Wer sich dieses Ziel setzt, steht vor einer gewaltigen Aufgabe: Die Vereinten Nationen schätzen, dass jedes Jahr rund zwei Millionen Kinder an Durchfallerkrankungen sterben, meist verursacht durch verseuchtes Wasser.

Über 2,6 Milliarden Menschen weltweit verrichten ihre Notdurft im Freien – an Fluss- und Seeufern, am Straßenrand, hinter den Hütten. So gelangen häufig Fäkalien ins Trinkwasser: 1,1 Milliarden Menschen, so die Schätzung der Uno, trin-

ken aus verschmutzten Flüssen, Seen und Brunnen. Sie alle brauchen Rohrleitungen und hygienische Brunnen, und sie brauchen Toiletten, die diese Bezeichnung verdienen. Um die aber zu bauen, fehlt es vielerorts an Geld und am Willen.

Martin Wegelin möchte schneller Leben retten. Er hat eine einfache Methode entwickelt, die „Solare Wasserdesinfektion“ (Sodis), um mit Bakterien und Viren verseuchtes Wasser zu reinigen. Sodis ist wirksam, billig und geradezu lächerlich einfach: Man nehme verschmutztes Wasser, fülle es in transparente Plastikflaschen von maximal zwei Liter Fassungsvermögen und lege es in die Sonne. Bei Sonnenschein müssen die Flaschen sechs Stunden lang belichtet werden, bei bedecktem Himmel zwei Tage. So lange dauert es, bis UV-Strahlung und Wärme die Erreger von Krankheiten wie Cholera, Ruhr, Hepatitis und Typhus abgetötet haben.

Was könnte simpler sein als dieses Verfahren? Weder erfordert es Kohle oder Holz zum Abkochen, noch schmeckt das Wasser anschließend so scheußlich wie nach der Desinfektion mit Chlor.

Und doch hat die Sache einen Haken: Oft kommt die Heilsbotschaft des Schweizers nicht an. Seit über 30 Jahren arbeitet er schon in der Entwicklungshilfe. Anfangs baute er Kies- und Sandfilter; dann, vor bald zwei Jahrzehnten, hörte er, dass Sonnenlicht Wasser desinfizieren kann. Seither lebt er fast nur noch für Sodis.

Er hat Mikrobiologen und Fotochemiker eingespannt, um die Wirksamkeit des Verfahrens im Labor zu überprüfen. Er hat epidemiologische Studien in Entwicklungsländern koordiniert und gezeigt, dass die Häufigkeit von Durchfallerkrankungen um 30 bis 50 Prozent abnimmt, wenn die Menschen ihre Wasserflaschen in die Sonne legen. Seit 2001 empfiehlt auch die Weltgesundheitsorganisation Sodis als geeignete Methode zur Trinkwasserdesinfektion.

Kolumbien, Bolivien, Nicaragua, Thailand, China, Indonesien, Togo, Burkina Faso – Wegelin hat aufgehört, die Länder zu zählen, in denen er schon für Sodis geworben hat. Immer mehr seiner Zeit verwendet er dafür, Spendengelder für die vielen angefangenen Projekte in den Slums von Asien, Afrika und Lateinamerika aufzutreiben. Manchmal wird er ein wenig melancholisch, wenn er darüber nachdenkt. Es wäre so leicht, den Armen zu helfen, aber es sind so viele – und manchmal kapieren sie einfach nicht, dass er nur ihr Bestes will.

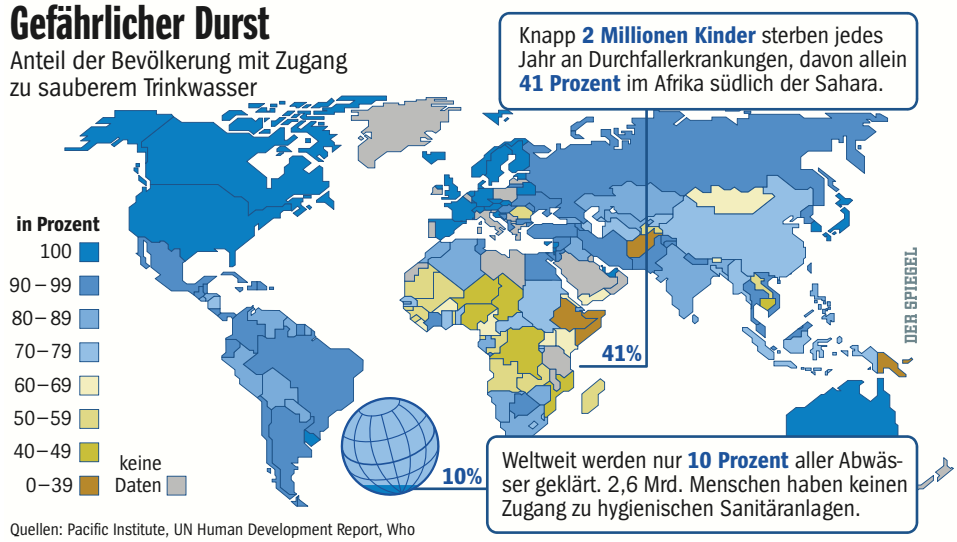
Er braucht Helfer, um seine Botschaft unter die Leute zu bringen. In Nairobi hat er die Kenya Water for Health Organisation (Kwaho) ausgewählt, eine lokale Hilfsorganisation, die unter anderem von der österreichischen Regierung finanziert wird. Kwaho installiert Wasserpumpen und Latrinen in den Slums und bringt den Bewohnern bei, dass sie ihre Hände mit Wasser und Seife waschen sollen.

An diesem grauen Morgen in Kibera versammeln sich die Helfer von Kwaho in einem düsteren Raum. Es sind elf Männer und zwölf Frauen, manche sind verschleiert, andere tragen T-Shirts, auf denen „Sodis“ steht. Sie sitzen auf Holzbänken wie in einer Kirche. Dann betritt Wegelin den Raum, er geht zwischen den Bänken hindurch nach vorn und stellt sich vor die Gruppe. Die Helfer murmeln ein Gebet, „Danke für das Projekt“, einige bekreuzigen sich. Einer nach dem anderen steht auf, sagt seinen Namen und fügt stolz hinzu: „Sodis Promoter“.

Die Frau weicht ein paar Schritte zurück, er folgt ihr tastend. Dann macht er einen Satz und reißt ihr die Flasche aus der Hand. Die Helfer schauen verwirrt, manche kichern. „Das war ein kleines Theater“, sagt Wegelin schwer schnaufend. Bedeutungsvolle Pause: „Es geht um Licht.“

Ohne solche Clownspielchen, fürchtet Wegelin, interessieren sich die Leute nicht für seine Botschaft. Erst nach dieser Einlage fragt er: „Wie lange müsst ihr die Flaschen an einem wolkigen Tag wie heute draußen lassen?“ „Zwei Tage“, schallt es im Chor zurück. Wegelin nickt zufrieden.

Kibera, im südwestlichen Teil von Nairobi, ist der größte Slum Afrikas; 700 000 bis



Sodis-Verkünder Wegelin, Helfer: *Clownspielchen im Slum*

Danach blicken sie erwartungsvoll zu ihrem Wasserprediger. Der verschränkt die Arme und holt Luft. „Ich freue mich, bei euch zu sein“, sagt er. Dann, plötzlich, fischt er eine PET-Flasche und eine Augenbinde aus seiner Tasche. Die Flasche drückt er einer verblüfften Helferin in die Hand, sich selbst verbindet er die Augen.

eine Million Menschen leben hier, die genaue Zahl ist unbekannt. Die Regierung betrachtet das Land offiziell als Staatsbesitz, doch in Wahrheit sind es sogenannte Landlords, die untereinander um den Boden kämpfen und die schäbigen Wellblechhütten an Neulinge vermieten. Vor einiger Zeit wäre das Sodis-Projekt hier

beinahe gescheitert: Einige Slum-Bewohner hatten versucht, das Kwaho-Grundstück in ihre Gewalt zu bringen.

Es gibt keinerlei staatliche Infrastruktur in Kibera: keine Wasserleitungen, keine Müllabfuhr, keine Kliniken. Durch den ganzen Slum ziehen sich notdürftige Entwässerungsgräben, braune Rinnsale voller Dreck, Abfall und Fäkalien. Abends trauen sich die Bewohner nicht mehr aus ihren Hütten, deshalb verrichten sie ihr Geschäft in kleine Plastiksäcke, die sie nach Gebrauch meist irgendwo auf den Boden schmeißen.

Wasser wird an sogenannten Wasserkiosken verkauft. Es ist etwa fünfmal so teuer wie in den besseren Stadtvierteln, und meist wimmelt es darin von Krankheitserregern. Die häufigsten Gesundheitsprobleme sind Durchfall, Erbrechen, Malaria und Würmer. Durchfall plagt rund 40 Prozent aller Kinder unter drei Jahren. Dass zumindest ein Kind in der Familie daran stirbt, gilt als normal.

Kibera ist ein hoffnungsloser Ort, ein krankes System, das nur von ausländischen Geldgebern und Hilfsorganisationen vor dem völligen Chaos bewahrt wird. Ein nicht endender Strom von Menschen, die in ihren Heimatdörfern nicht überleben können, sucht hier Zuflucht.

Einer von ihnen ist George Odhiambo, 29. Er bittet in seine Wellblechhütte, er ist ein wenig aufgeregt. Wegelin will persönlich mit Slum-Bewohnern sprechen, er will wissen, ob seine Botschaft sie erreicht. Die Hütte besteht aus zwei dunklen Kammern, die Wände sind mit vergilbtem Zeitungspapier beklebt. Wegelin kauert sich auf einen winzigen Holzstuhl, während Odhiambo und eine Kwaho-Mitarbeiterin auf einem ausgeleierten Sofa Platz nehmen. „So, Mister George“, sagt Wegelin und faltet die Hände, „erzählen Sie uns, wie verdienen Sie Ihren Lebensunterhalt?“

Odhiambo erzählt seine Geschichte: Er stammt aus einem Dorf im Osten des Landes, sein Vater starb vor einigen Jahren, seither ist er als ältester Sohn verantwortlich für die Familie. Er kam nach Nairobi, um Arbeit zu suchen. Da er keinen richtigen Job fand, arbeitet er nun als Aushilfe in einer der inoffiziellen Schulen im Slum. „Wie viel Lohn ich bekomme, hängt davon ab, wie viel Spenden die Schule erhält“, sagt er. Meistens seien es zwischen 4000 und 5000 kenianische Schilling pro Monat – rund 50 Euro. Fast die Hälfte davon verlange sein Landlord für die Hütte. Odhiambo teilt die enge Behausung mit seiner Frau, seinen zwei kleinen Kindern und seinen vier Schwestern, die zwischen 10 und 16 Jahre alt sind.

„Oh, Sodis hilft uns viel“, beteuert er eifrig. Früher hätten sie das Wasser einfach so getrunken, jede Woche habe mindestens eines der Kinder Durchfall gehabt. Seit sie Sodis anwendeten, müsse er nicht mehr ständig Medikamente kaufen. „Das einzige Problem ist“, sagt Odhiambo, „dass man Sodis nur bei schönem Wetter anwenden kann.“ Wegelin schaut verstimmt.

Kenianisches Krankenhaus: *Dass ein Kind stirbt, gilt als normal*

Wasserkiosk in Kibera: *Fünfmal teurer als in besseren Vierteln*

FOTOS: SVEN TORFINN / LAIF

Die Kwaho-Helferin greift ein: „Ich habe dir doch gesagt, dass es auch bei bewölktem Himmel funktioniert, George, du hast es bloß vergessen.“

Wenige Kilometer von Kibera entfernt, im Norden der Stadt, residieren die Vereinten Nationen. Dort befinden sich, umgeben von einer riesigen Parkanlage, der Hauptsitz des Uno-Umweltprogramms und der des Uno-Siedlungsprogramms. Über den sattgrünen Rasen verstreut stehen zarte Bäumchen, eines davon hat Gerhard Schröder gepflanzt. Es ist sehr ruhig, nur Vögel zwitschern. Die laute, staubige Stadt ist weit weg, Kibera liegt auf einem anderen Planeten.

Wer hier arbeitet, beschäftigt sich in der Regel mit großen Strategien – beispielsweise damit, wie man die kenianische Regierung dazu bringen könnte, Verantwortung für die Hygiene in den Slums zu übernehmen. Oder wie man den privaten Sektor ermuntern könnte, im großen Stil in die Kanalisation zu investieren. Für kleinere Hilfsprojekte wie Martin Wegelins Sodis-Kampagne haben Uno-Mitarbeiter meist nur Spott übrig – „Micky-Maus-Projekte“ nennt man das hier.

Wegelin kann die Kritik nicht mehr hören. Er sitzt jetzt am Swimmingpool seines Hotels – eine kurze Verschnaufpause zwischen Treffen mit Kwaho-Vertretern und Professoren der Universität von Nairobi, die er dazu bringen will, an einer weiteren Studie mitzuwirken. „Was mich wirklich aufregt“, sagt er und richtet sich kerzengerade auf, „das sind diese großen Uno-Organisationen. Da wird die Bürokratie doch zum Selbstzweck.“ Man müsse den Armen in den Slums helfen, ihr Leben erträglich zu gestalten – das sei das Einzige, was zähle.

Manchmal beschleicht den Wissenschaftler trotz allem das Gefühl, dass auch seine Mission am Ende vergebens sein könnte. Wird sich Sodis auch dann noch in den Slums durchsetzen, wenn er nicht mehr persönlich dafür sorgt?

Eine Szene an jenem grauen Morgen mit den Kwaho-Helfern in Kibera lässt ihn daran zweifeln. Nachdem er sein „kleines Theater“ aufgeführt hat, fragt Wegelin die Helfer, woher sie eigentlich die PET-Flaschen bekämen. „Wir bekommen sie von Kwaho“, antworten sie. „Und wenn Kwaho nicht mehr genug Flaschen für alle hat?“ Ratlose Stille.

Vielleicht könne man die Hotels in der Stadt um leere PET-Flaschen bitten, schlägt schließlich eine der Frauen vor. Wegelin schaut grimmig. „Hat einer von euch schon mal an die Tür eines Hoteldirektors geklopft und nach PET-Flaschen gefragt?“, poltert er. Die Helfer schweigen betreten. „Ihr müsst Eigeninitiative entwickeln“, mahnt Wegelin streng. „Ich meine das sehr ernst, und ich bin ein bisschen enttäuscht.“ Als er die betroffenen Mienen sieht, fügt er versöhnlich hinzu: „Aber ihr seid immer noch meine Brüder und Schwestern.“

Abends erkundigt sich Wegelin bei der Managerin seines Hotels, was eigentlich mit den gebrauchten PET-Flaschen passiere. Die, so erfährt er, werden gesammelt, abgeholt und zum Recycling nach China verschifft.

SAMIHA SHAFY

Schläuche in die Leiber

Eine skurril anmutende Technik revolutioniert die Chirurgie: Ärzte entfernen Gallenblasen durch die Scheide und Blinddärme durch den Mund.

Die Natur hat dem weiblichen Geburtstrakt eine eindeutige Funktion zugewiesen. Deutsche Ärzte jedoch haben nun eine ganz neue Verwendung für ihn gefunden: Durch die Vagina hindurch zogen sie eine Gallenblase aus dem Körper einer Patientin – dieser blieben dadurch große Schnitte und Narben erspart.

„Die Scheide ist sehr dehnbar“, erklärt Carsten Zornig, Chefarzt am Israelitischen Krankenhaus in Hamburg, und der Gynäkologe Hans-Albrecht von Waldenfels, der die Operation gemeinsam mit Zornig durchführte, meint: „Ich war erstaunt darüber, wie einfach es ging.“

Auch andernorts finden Chirurgen völlig neue Zugänge zu ihrem Fach. Venkat Rao vom Asian Institute of Gastroenterology im indischen Hyderabad hat bereits 14 Frauen und Männern den entzündeten Blinddarm entfernt – durch den Mund. Auch bei der Sterilisation von zwei Frauen hat Chirurg Rao, 47, diesen Weg eingeschlagen. Durch den Rachen hüserte er Schläuche und Werkzeuge so tief in die Leiber, bis er die Eileiter erreichen und abbinden konnte. Bedächtig streicht sich Rao über seinen dunklen Schnurrbart: „Die Zukunft der Methode sieht rosig aus.“

Schon haben Ärzte für die neue Form der endoskopischen Chirurgie durch natürliche Körperöffnungen einen eigenen Begriff geprägt: „Notes“, abgekürzt für „natural orifice translumenal endoscopic surgery“. Notes scheint der Phantasie kaum Grenzen zu setzen: Durch Scheide, Enddarm, Magen und Penis hindurch wollen die Ärzte erkranktes Material aus dem Körper entfernen. Nicht nur Gallensteine samt Blase und eiternde Wurmfortsätze, sondern auch sieche Nieren und überflüssige Milzen haben sie dabei im Visier.

Priya Jamidar, Internist von der Yale University School of Medicine, listet die Vorteile der Methode auf: „Nicht so invasiv, keine Narben und vielleicht sogar weniger Schmerzen.“ Möglicherweise seien nicht einmal mehr Vollnarkose und Operationssaal vonnöten.

Eine enorme Dynamik hat die Chirurgie erfasst: „Es ist, als ob zehn Wildpferde an einem Wagen zögen“, sagt Jürgen Hochberger, 48, vom St. Bernward Krankenhaus im niedersächsischen Hildesheim. „Ich glaube, dass die Methode in fünf Jahren in allen großen Kliniken durchgeführt wird.“

Jamidar und Hochberger gehören zu jener Schar hochkarätiger Gastroenterologen und Chirurgen, die sich Ende voriger Woche im amerikanischen Boston zum bisher größten Fachtreffen zum Thema zusammenfand. Obwohl die auf 350 Teilnehmer begrenzte Tagung längst ausgebucht war, reisten Dutzende Doktoren in der Hoffnung an, doch noch Einlass zu finden.

Das Programm war in der Tat ungewöhnlich: In einem Saal im dritten Stock des Tagungshotels wurden Plastikbahnen entrollt und 18 Operationstische aufgebaut. Dann zeigten die versiertesten Teams ihre Kunst – an narkotisierten Schweinen. Über Monitore verfolgten die Tagungsteilnehmer das Tun ihrer Kollegen. Venkat Rao und sein Mitstreiter Nageshwar Reddy sprühten wieder einmal vor Ehrgeiz – und zeigten ganz neue Tricks: Durch Mund, Scheide und Anus schoben sie ihre biegsamen Instrumente in die Versuchstiere und machten sich an deren Galle und Gedärm zu schaffen.

Bevor allerdings Menschen routinemäßig auf diese Weise behandelt werden, müssen noch einige Hürden genommen werden. So fehlt es derzeit an geeignetem OP-Besteck. „Wir brauchen zum Beispiel Geräte, mit denen wir durch unsere Endoskope Wunden besser wieder verschließen können“, sagt Lee Swanstrom von der Oregon Clinic in Portland, der bereits drei Menschen die Gallenblase durch den Mund entfernte.

Die Hersteller wetteifern zwar bei der Entwicklung neuen chirurgischen Geräts für Notes; neben Nahtapparaten arbeiten sie etwa an biegsamen Endoskopen, die an der Spitze mehrere Greifarme ausfahren können. Doch bis zur Serienreife hat es noch keine Technik geschafft.

Frank Drewalowski, Geschäftsführer beim Marktführer Olympus, befürchtet zudem ein ganz anderes Problem: „Es ist noch gar nicht klar, wer in Zukunft diese Operationen durchführen wird: Internisten oder Chirurgen.“ Erstere sind Spezialisten im Umgang mit den biegsamen Endoskopen, Letztere kundiger mit dem Skalpell. Tatsächlich droht jetzt ein Machtkampf, der die Entwicklung der Methode behindern könnte. Hochberger will deshalb einen ganz neuen Facharzttyp mit interdisziplinärer Ausbildung schaffen: den „endoskopischen Interventionalisten“.

Wann die Methode tatsächlich Vorteile gegenüber den bisherigen Verfahren bietet, muss erst noch untersucht werden. Auf der Tagung in Boston waren sich die Experten jedoch einig, dass es für Notes vor allem eine Zielgruppe geben könnte: die rasch wachsende Zahl krankhaft übergewichtiger Menschen. Gerade die Dicksten der Dicken kommen für die bisher zur Gewichtsreduktion übliche Magen-Darm-Bypassoperation durch die Bauchdecke nicht in Frage – ihre Fettmassen sind einfach zu groß dafür.

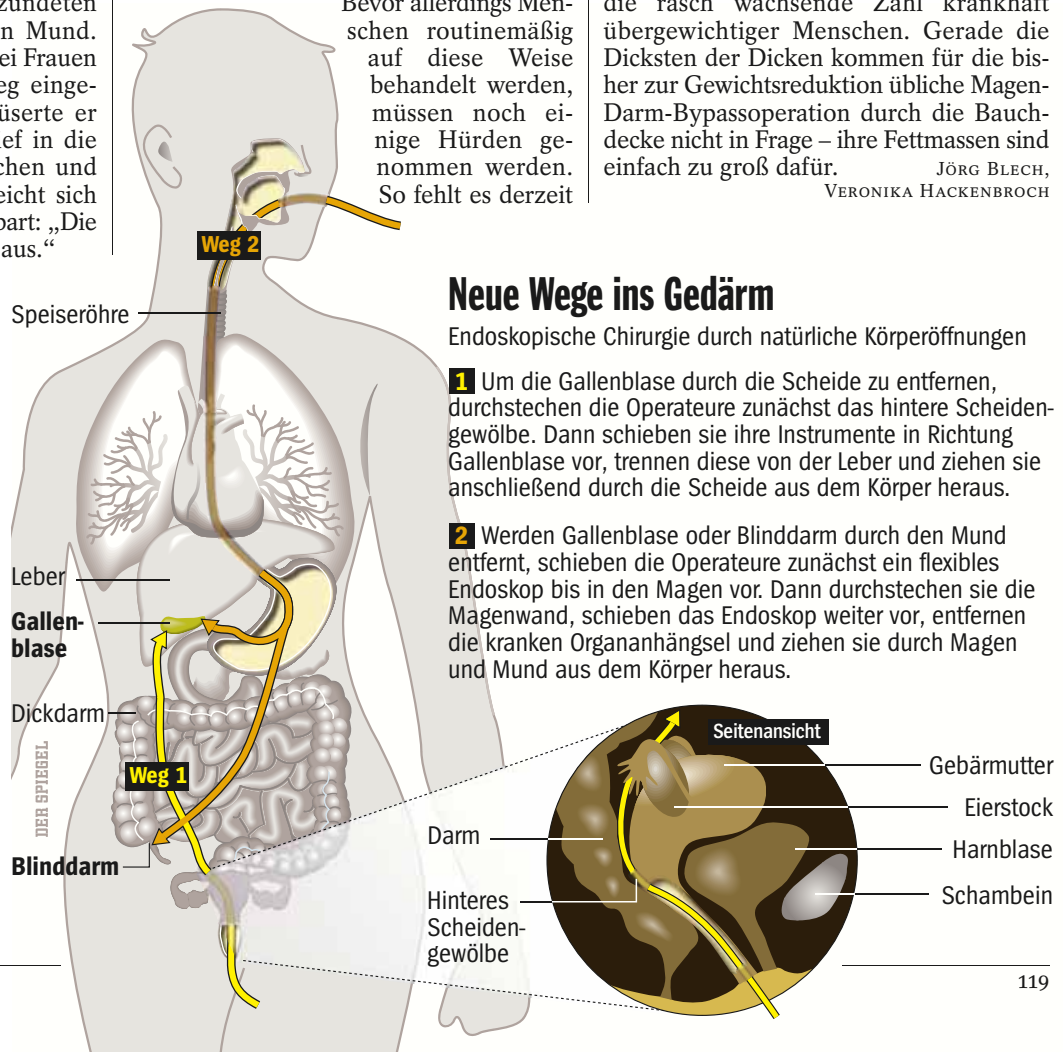
Jörg Blech, Veronika Hackenbroch

Neue Wege ins Gedärm

Endoskopische Chirurgie durch natürliche Körperöffnungen

1 Um die Gallenblase durch die Scheide zu entfernen, durchstechen die Operateure zunächst das hintere Scheidengewölbe. Dann schieben sie ihre Instrumente in Richtung Gallenblase vor, trennen diese von der Leber und ziehen sie anschließend durch die Scheide aus dem Körper heraus.

2 Werden Gallenblase oder Blinddarm durch den Mund entfernt, schieben die Operateure zunächst ein flexibles Endoskop bis in den Magen vor. Dann durchstechen sie die Magenwand, schieben das Endoskop weiter vor, entfernen die kranken Organanhängsel und ziehen sie durch Magen und Mund aus dem Körper heraus.



MAX ROSSI / REUTERS

400-Meter-Läufer Pistorius (l.) beim Golden-League-Meeting in Rom: *„Ich bin nicht behindert, ich habe nur keine Beine“*

SPORTWISSENSCHAFT

Sprinter ohne Füße

Ein südafrikanischer Läufer will bei den Olympischen Spielen 2008 starten – auf zwei Prothesen. Ein erbitterter Streit spaltet die Sportwelt: Stellen Kunstbeine eine Art Techno-Doping dar?

Ein furioser Start: Oscar Pistorius prescht die Tartanbahn entlang, den muskulösen Oberkörper weit vornübergebeugt, die Beine scheinen den Boden kaum zu berühren.

Gnadenlos brennt die Sonne, steil steht sie im Norden über dem Sportzentrum der Universität von Pretoria in Südafrika.

Pistorius, ein breitschultriger Sonnyboy, läuft aus, tänzelt mit einem breiten Grinsen zur Trainerbank, löst ein paar Schnallen und wirft seine Beine weg.

„Meine Beine“, so nennt er die beiden Sportprothesen aus Karbonfasern, die seine Unterschenkel und Füße ersetzen. Er sitzt auf der Tartanbahn mit seinen Beinstummeln, die kurz unter den Knien enden. Im Kopf ist er längst bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking.

Der 20-Jährige ist ein Ausnahmesportler. Über 20 Weltrekorde hat er im Behindertensport bereits gebrochen – meist seine eigenen. Die 200 Meter läuft er in 21,58 Sekunden, nicht einmal zwei Sekunden langsamer als Shawn Crawford, der Olympiasieger von Athen (19,79 Sekunden), und schneller als Veronica Campbell (22,05 Sekunden), die damals bei den Frauen die Goldmedaille gewann.

„Es gibt einfach keine Konkurrenten für mich bei den Paralympics“, sagt Pistorius. Daher will er nun bei den regulären Olympischen Spielen mitmachen. Im März trat er bereits an in einem Feld nichtbehinderter Läufer – und wurde südafrikanischer Vizemeister auf der 400-Meter-Distanz.

Doch ein Krüppel bei Olympia? Seit Monaten spaltet ein erbitterter Streit die Sportlerszene. Pistorius wird vorgeworfen, dass seine Prothesen ihm einen unfairen Vorteil verschafften, weil sie länger seien, als seine natürlichen Beine es wären.

Im März hatte der internationale Leichtathletikverband IAAF zunächst klar gegen Hilfsmittel wie etwa Sprungfedern entschieden – und damit gegen Pistorius. Doch nun hat der Verband eine Kehrtwende vollzogen: „Pistorius darf starten“, sagt Nick Davies, der Sprecher der IAAF, „zumindest bis wissenschaftlich erwiesen ist, ob seine Prothesen einen unfairen Vorteil darstellen.“

Für das Gutachten hat der Verband beim renommierten Biomechaniker Gert-Peter Brüggemann von der Deutschen Sporthochschule Köln angefragt. Dessen Ergebnisse dürften allerdings kaum vor Mitte August vorliegen.

Bis dahin hat Pistorius freie Tartanbahn, um gegen Nichtbehinderte anzutreten. Vergangenen Freitag startete er beim Golden-League-Meeting in Rom und wurde prompt Zweiter im 400-Meter-B-Lauf. Am Sonntag durfte er sich beim British Grand Prix dann sogar mit der Weltelite messen.

Damit hat Pistorius bereits heute Sportgeschichte geschrieben: durch das Aufweichen der Grenze zwischen Sport für Behinderte und Nichtbehinderte.

ANDREW YATES / AFP

Läufer Pistorius am Startblock: *Unfairer Vorteil?*

Behindert, nichtbehindert, wie er diese Worte hasst. Bei jedem Wettlauf ist diese Unterscheidung sein eigentlicher Gegner. „Ich bin nicht behindert, ich habe nur keine Beine“, sagt er. „Es gibt nichts, was ich nicht machen könnte.“

Er kann laufen, wenn nötig auch einen Marathon; er tanzt, spielt Wasserball, fährt Mountainbike, Motorrad und Auto; und nie käme er auf die Idee, sein Fahrzeug auf einen Behindertenparkplatz zu stellen. Er ist fitter als die meisten Menschen und nennt sich selbst „The fastest thing on no legs“ – das schnellste Ding auf keinen Beinen.

Mit derlei Zitaten bedient er den öffentlichen Voyeurismus – und hält ihm gleichzeitig einen Spiegel vor. Für Pistorius ist es ganz normal, keine Füße zu haben. Er wurde ohne Wadenbeinknochen geboren. Seine Eltern mussten eine folgenreiche Entscheidung treffen: ihrem Sohn die nutzlosen Beinchen zu lassen für ein Leben im Rollstuhl oder sie gleich zu amputieren. Als er elf Monate alt war, wurden dem kleinen Oscar die Unterschenkel samt Füßen abgenommen. Der Junge lernte das Laufen von Anfang an mit Prothesen. Diese Normalität ist ein riesiger Vorteil im Vergleich zu anderen Paralympioniken, die ihre Beine teils erst als Erwachsene verloren haben. Pistorius kennt nichts anderes.

Er wuchs als ganz normaler Junge auf, überholte die anderen Schüler gewohnheitsmäßig im Sprint, spielte Fußball, Tennis, Wasserpolo, Kricket und Rugby.

Dann wurde er Leistungssportler. Und galt plötzlich als behindert. Genauer gesagt: T43 – das ist das Kürzel für beidseitig amputierte Unterschenkel, ausgearbeitet vom Internationalen Paralympischen Komitee mit Hauptsitz in der Adenauerallee in Bonn.

T43, Pistorius verachtet derlei Kategorien – und doch lebt er von ihnen. Schließlich verdankt er ihnen all seine Weltrekorde und seinen Status als Paralympionik. Der Wirtschaftsstudent ist im Hauptberuf Sportpromi; er hat einen Manager, der Pressetermine organisiert und sein Geld anlegt; er hat einen Trainer, ein Team von Physiotherapeuten; er hat Sponsorenverträge mit Firmen wie Nike, Visa, Baume & Mercier, Honda. Tom Hanks wolle seine Geschichte verfilmen, besagen Gerüchte.

Und, das lässt sich nicht verhehlen, auch seinen Prothesen hat er einen Teil seines Erfolgs zu verdanken. Mit viel Raffinesse sind die elastischen, J-förmig geschwungenen Bügel optimiert fürs Sprinten, zum Stehen allerdings taugen sie nicht. Ständig muss Pistorius umhertänzeln, um nicht umzukippen. Für den Alltag bevorzugt er daher herkömmliche starre Prothesen.

Mit ein paar Handgriffen streift er sie über die Stummel unter seinen Knien, springt auf, greift seine Tasche und schlendert zu seinem Trainer Ampie Louw, ei-

nem massigen weißhaarigen Bären von fast 60 Jahren.

„Du willst beim Start die Schritte zu lang machen, deswegen überholst du die anderen immer erst nach 50 Metern“, tadelt der seinen Zögling und nimmt ihn in den Arm. Pistorius’ Problem: Er ist ein Sprinter mit Startschwierigkeiten. Eigentlich ist die Kurzstrecke seine Stärke, aber unter dem Druck seines Antritts eiern seine Prothesen am Anfang bedenklich.

Doch beständig werden Pistorius’ Gehhilfen fortentwickelt – leichter, windschnittiger, härter. Und je besser sie werden, desto größer wird auch der öffentliche Widerstand. Bislang hieß es meist: Wegen seiner Prothesen läuft er eben nicht schnell genug für die Olympischen Spiele. Nun heißt es: Wegen seiner Prothesen läuft er zu schnell. Der Fall Pistorius spaltet die Fachwelt deshalb so sehr, weil es um Grundfragen des Sports schlechthin geht: Was ist Fairness, was ist Fitness?

Der Ausschluss eines Sportlers aufgrund körperlicher Besonderheiten sei unfair, argumentiert etwa Shuaib Manjra aus Kapstadt, der Vorsitzende des Südafrikanischen Instituts für dopingfreien Sport. „Die Paralympics werden weiterhin separat von den Olympischen Spielen abgehalten, weil Behinderungen als abnormal oder subnormal abstempelt werden“, schreibt er kämpferisch im Medizinblatt „The Lancet“.

Für den Sportwissenschaftler sind die Kategorien beliebig – schließlich gebe es ja auch Gewichtsklassen beim Boxen, Judo, Ringen oder Gewichtheben. „Außerdem sind viele der paralympischen Leistungen besser als die der weiblichen Olympioniken.“ Der neuseeländische Bergsteiger Mark Inglis bestieg sogar den Mount Everest mit Prothesen.

Aus Gründen der Fairness fordert Manjra daher gemeinsame Olympische Spiele. Doch gerade die Fairness, finden andere, gebiete das Gegenteil: „Hier geht es um die Reinheit des Sports“, warnt etwa Elio Locatelli von der IAAF. „Als Nächstes haben sonst die Sportler Geräte auf dem Rücken, mit denen sie fliegen können.“

Sprinter mit Raketenantrieb – bislang waren derartig skurrile Phantasien der Science-Fiction vorbehalten. Der amerikanische Autor Bernard Wolfe beispielsweise phantasierte 1952 in seinem Roman „Limbo“ von einem ungleichen Turnier, bei dem freiwillig Amputierte mit atombetriebenen Prothesen ihre biologischen Gegner deklassieren.

Nun scheint die Wirklichkeit derlei Cyborg-Fiktionen allmählich einzuholen. Damit taumelt das herkömmliche Körperbild der Sportwelt in eine Identitätskrise.

DENIS FARRELL / AP

Läufer Pistorius: *Krise des Körperbilds*

Nichtbehinderte Sportler hätten mit „Fußgelenkverletzungen, Übersäuerung und Krämpfen“ zu kämpfen, geben Funktionäre wie Nick Davies von der IAAF zu bedenken. Erstmals in der Sportgeschichte wird damit der gesunde Athletenkörper nicht über seine Fitness definiert, sondern über Krankheit und Schwäche. Und Prothesenträger gelten nicht mehr als Krüppel, sondern als potentielle Supermänner.

Pistorius spielt dieses Spiel mit und bedient die Erwartungen. Er nimmt seine Sporttasche in die eine Hand, seine Laufbeine in die andere und schlendert zum Auto. Lässig hat er den Autoschlüssel nicht in die Hosentasche gesteckt, sondern in ein Loch in der Prothese, das ihm ein Steinchen beim Motorradfahren geschlagen hat. „Zum Glück habe ich dort kein Schmerzempfinden“, sagt er kokett.

Dennoch ist Laufen für ihn ein Risikosport. Nicht ohne Stolz zeigt er eine Narbe an der Schulter. Mitten im Sprint war seine linke Prothese gebrochen, er stürzte und kollerte über die Bahn, als wäre er aus einem fahrenden Auto geworfen worden. Je mehr er trainiert, desto stärkere Prothesen braucht er.

„Hier sind deine neuen Beine“, sagt Trevor Brauckmann, der als Prothesenbauer im ganzen südlichen Afrika unterwegs ist und den kleinen Oscar schon als Kind betreute. „Cheetah“ (Gepard) heißen die Sportgeräte, denn sie sind elegant wie die Hinterbeine einer Raubkatze nach hinten geschwungen. Unter Druck bauen sie Spannung auf und schnellen bei Entlastung zurück, ähnlich wie es eine Achillessehne macht, die Pistorius fehlt. Die Cheetahs geben ihm seinen eigenartig flüssigen Lauf, fast wie auf Rädern. „Aber die Prothesen sind kein Vorteil“, beeilt sich Brauckmann zu sagen, „die speichern nur etwa 80 Prozent der Energie, die eine Achillessehne speichern würde.“

Schon vor dem ersten Lauf haben die Cheetahs bereits eine lange Reise hinter sich: Sie wurden gefertigt in Island bei der Firma Össur. Sie bestehen aus Karbonfaserplatten, die mit Kunstharz unter extrem hohem Druck zusammengeleimt wurden – eine Technik, die ursprünglich aus der Raumfahrtindustrie stammt. Außerdem entwickelt Össur gemeinsam mit dem Media Lab des MIT ein elektronisch gesteuertes Kunstknie.

Der größte Konkurrent kommt aus Deutschland, aus Duderstadt am Harz. Das Familienunternehmen Otto Bock exportiert in über 140 Länder und gilt als Weltmarktführer. Um in Sachen Leichtathletik aufzuholen, hat Otto Bock 2001 die Firma Springlite aufgekauft. Kritiker warnen, dass die Paralympics zu einer Leistungsschau der Hersteller werden könnten – statt Nike gegen Adidas hieße es dann: Össur gegen Otto Bock.

Kann es da ein Zufall sein, dass ausgerechnet jetzt, wo die Prothesentechnik einen Quantensprung vollführt, im Behindertensport ein Rekord nach dem anderen gebrochen wird? Ist es nicht logisch, dass die Prothesentechnik früher oder später biologische Leistungen überflügeln kann?

Brauckmann weist die Vorwürfe des „Techno-Dopings“ zurück: „Wenn die Kritiker wollen, können die sich ja auch die Beine abnehmen lassen und sehen, ob sie schneller werden!“, wettert er.

Eigentlich jedoch nimmt Brauckmann die Anfeindungen als Kompliment: „Die anderen Athleten zeigen kein Mitleid mehr, sondern Futterneid, und das ist ein Zeichen von Normalität.“

Behindert oder nichtbehindert? Diese Diskussion scheint Pistorius nicht sonderlich zu interessieren. Er hat seine neuen Beine angezogen und streift wippend wie auf einem Trampolin durch die Prothesenpraxis, wuschelt Mitarbeiter, flirtet mit den Rezeptionsdamen, ständig umhertänzelnd, immer in Bewegung.

Zum Stillstehen sind seine Prothesen eben nicht gemacht. HILMAR SCHMUNDT

BAUWERKE

Schräg im Kuchenteig

In einer kleinen Kyffhäusergemeinde Thüringens steht ein Turm, schiefer als der von Pisa. Nun streiten Experten, wie er zu retten ist.

In großer Höhe bekommt Matthias Strejc rasch weiche Knie. Erstaunlich also, dass ausgerechnet der um festen Boden unter den Füßen bemühte Bürgermeister der 9000-Einwohner-Gemeinde Bad Frankenhausen demnächst womöglich als Retter des örtlichen Wahrzeichens in die Annalen eingehen wird.

Gerettet werden soll der wackelige Turm der Kirche Unserer Lieben Frauen am Berge aus dem 14. Jahrhundert, den der schwindelanfällige Strejc vermutlich im Leben nicht besteigen würde. Das denkmalgeschützte Bauwerk ist nämlich seit geraumer Zeit in einem bedenklichen Niedergang begriffen. Exakt 4,30 Meter neigt sich die wuchtige Steinkonstruktion derzeit nach Osten – so viel Schieflage kann selbst der Vetter in Pisa nicht bieten.

So wirkt der 56 Meter hohe Kirchturm von Ferne wie ein gigantischer Quirl, der schräg im Kuchenteig steckengeblieben ist. Grund für die Schräglage sind offenbar Hohlräume, die von salzigem Grundwasser in den sackenden Untergrund aus Gips gewaschen wurden. Das Fundament, auf das der mehrere tausend Tonnen schwere Steinklotz drückt, sei inzwischen „bröckelig wie Zwieback“, klagt ein Vertreter des örtlichen Kirchenvorstands.

Aufmerksamen fiel bereits während des Dreißigjährigen Krieges auf, dass der Kirchturm kippt. In den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bremste dann der beherzte Eingriff eines Fachmanns aus Dresden vorerst den Fall des heiligen Bergfrieds. Mit Banderolen aus Flacheisen schnürte der Ingenieur den Koloss ein und stabilisierte so das knirschende Gestein.

Doch die Wirkung der Heldentat verpuffte rasch. Der Turm neigte sich weiter dem Erdboden entgegen; einzelne Steinquader im Mauerwerk barsten. Anfang der achtziger Jahre schließlich befahl die damalige SED-Kreisleitung wegen akuter Einsturzgefahr den Rückbau der barocken Kirchturmhaube. Weil dafür das Geld fehlte, verfielen die Funktionäre auf eine finanziell attraktivere Alternative: „Für hundert Mark und ein paar Kästen Bier“, erinnert sich ein Zeitgenosse, sollte die freiwillige Feuerwehr des Orts den Turmaufsatz aus Holz und Schiefer „kontrolliert abfackeln“. Dieser Plan blieb jedoch ein Hirngespinst.

Jüngst haben die Stadtbewohner wieder ihr Herz für das krumme Kuriosum entdeckt. In dessen angrenzendem Kirchenschiff werden zwar seit den sechziger Jahren nur noch sporadisch Gottesdienste abgehalten. Das Land Thüringen stiftete kürzlich gleichwohl 900 000 Euro zur Erhaltung des hochbetagten Sanierungsfalls. Nun drängt Bürgermeister Strejc, am besten sofort mit den Arbeiten zu beginnen.

Eine komplette Wiederaufrichtung würde aber wohl nicht nur die spektakuläre Schräglage, sondern gleich den ganzen Turm beseitigen. Der Granitstein habe sich im Laufe der Zeit zurechtgeruckelt, „bei vollständiger Hebung würde der Turm wohl auseinanderbrechen“, mutmaßt Architekt Volker Trautvetter. Der ist seit Jahrzehnten mit dem prekären Fall befasst und soll den Knick nun dezent korrigieren: „Mit 3,80 oder 4 Meter Schieflage kann der Turm ganz gut leben“, glaubt Trautvetter.

Wichtiger ist dem Projektchef, den porösen und daher allzu nachgiebigen Untergrund rasch mit Betoninjektionen zu stabilisieren. Derzeit kippt der Turm jedes Jahr um sechs Zentimeter. Nach dem Eingriff, hofft Trautvetter, „wird sich das im Ein-Zentimeter-Bereich abspielen“.

Ob dem Denkmal mit der Betoninfusion in den mürben Gipskarst tatsächlich geholfen werden kann, ist allerdings strittig. „Das geht so nicht“, warnt etwa der westdeutsche Ingenieur Bernfried Sudbrack vor der geplanten Rettungsmaßnahme. „Die Methode ist günstig, aber man kann sie nicht kontrollieren. Da gibt’s Risse, und dann kippt das Ding um.“

Der Spezialist hat einst für die Ruhrkohle AG Hunderte Gebäude gehoben und begradigt, die im Bergbaurevier abgesackt waren. „Bei der Ruhrkohle bin ich der Hebepapst“, freut sich Sudbrack. Inzwischen hat der umtriebige Tüftler seinen Hebeservice auf Kirchen, Kapellen und Burgen ausgeweitet. So war er auch beim inzwischen erfolgreich vor dem Fall bewahrten Turm von Pisa mit einem Rettungskonzept im Rennen.

Wenn man ihn gewähren ließe, würde er den Kirchturm von Bad Frankenhausen in ein festes Korsett zwingen und mit Pfählen auf einer stählernen Arretierungsplatte im Boden befestigen. Mit seinen für die Ruhrkohle AG entwickelten Hydraulikpressen könnte er sodann den aus dem Lot geratenen Turm behutsam um ein paar Zentimeter aufbocken.

„Das mit den Pfählen funktioniert nicht“, meint dagegen Widersacher Trautvetter. Der Boden biete für diese Vorgehensweise zu wenig Halt. Dass auch seine Injektionsmethode Risiken berge, sei ihm bewusst: „Wir greifen in den Untergrund ein, da kann es schon zu einer ruckartigen Veränderung kommen.“

Womöglich sollten die Experten zunächst Rat bei der Bevölkerung suchen. In Pisa jedenfalls sind kürzlich Einsendungen einer Volksbefragung aus den sechziger Jahren aufgetaucht, bei der um Lösungsvorschläge zur Rettung des schiefen Turms gebeten wurde. Mit Erheiterung notierte man in der Stadtverwaltung, dass ein Mädchen aus dem Kindergarten seinerzeit mit ein paar Buntstiftstrichen genau jene Bodenextraktionsmethode vorweggenommen hatte, die Jahrzehnte später zur Anwendung kommen sollte.

FRANK THADEUSZ

Kirchturm in Bad Frankenhausen: *Krummes Kuriosum*

Architekt Trautvetter: *Betonspritze in den Gips*

FOTOS: BEN BEHNKE

Neuer Maserati-Sportwagen GranTurismo
Man muss nicht besonders pfiffig sein

AUTOMOBILE

Mit Cola auf die Sause

Italiens Autohersteller Maserati hat sich unter Fiat-Regie erholt. Die Produkte sind besser denn je, die Marke soll bald wieder profitabel sein.

Es gibt verschiedene Methoden, einen Sportwagen zu bewerten. Oft werden Spurtstärke und Höchstgeschwindigkeit genannt, seltener die Stellfläche für Trinkgefäße.

Gerade in dieser Disziplin jedoch rühmt sich der italienische PS-Exot Maserati einer neuen Höchstleistung: Der jüngst präsentierte Zweitürer GranTurismo verfügt über vier Tassenhalter zur kurvenstabilen Verwahrung von Kalt- und Heißgetränken. Firmenchef Roberto Ronchi, 48, betonte vergangene Woche bei der Präsentation des Wagens in Bozen, dass die Praxiserprobung mit den gängigen Bechern großer Kaffeeröstereien erfolgreich abgeschlossen wurde.

LANDOV / INTER-TOPICS

Maserati-Chef Ronchi
Ende der Marotten

Mit derlei Hinweisen dokumentiert die Autolegende aus Modena vor allem eines: Maserati ist voll und ganz angekommen in der Welt modernen Marketings, wo der Kundenwunsch regiert – und sei es das Verlangen, Pappbecher und Cola-Dosen mit auf die Sause zu nehmen.

Der GranTurismo, 285 km/h schnell und 112 280 Euro teuer, wurde „um den Kunden herum entwickelt“, erklärt Ronchi, und das sei auch die bewährte Methode, mit der die Marke zum Erfolg zurückgefunden habe.

In der Tat: Maserati prosperiert wie lange nicht mehr. Die Absatzzahlen steigen kontinuierlich. In diesem Jahr sollen über 7000 Autos mit dem Dreizack im Kühlergrill verkauft werden. Erstmals seit der totalen Übernahme durch Fiat im Jahr 1993 verspricht die Firma wieder profitabel zu werden.

Damals schien das Unternehmen aus Modena kaum zu retten. Alejandro De Tomaso, Italiens letzter PS-Patrizier, hatte die Edelwagenmanufaktur mit cäsarischer Beratungsresistenz in die Krise regiert. Maserati war nur noch ein klangvoller Name, von dem kaum jemand wusste, für welche Produkte er überhaupt stand.

Teure und zugleich pannenträchtige Autos, die aussahen wie leicht verspoilerte VW Santana, reduzierten die Klientel auf Ausnahmecharaktere von ebenso großer Leidens- wie Kaufkraft. Leinwand-Gott Peter Ustinov etwa schwärmte für Maserati und gab Interessierten auch gleich eine nützliche Empfehlung: „Man sollte zwei haben, damit sich immer einer in der Werkstatt erholen kann.“

Derlei Sprüche nährten den Mythos und dokumentierten zugleich den Niedergang. Fiat sah sich gezwungen, die Produktionsanlagen für vier Monate zu schließen und komplett zu erneuern. Danach liefen zunehmend gebrauchstüchtige und auch wieder faszinierende Autos vom Band.

Der Erfolg der Marke stützt sich vorwiegend auf die vor drei Jahren eingeführte Limousine Quattroporte. Sie krankte zwar anfangs noch an einem ruppig agierenden Getriebe. Zwischenzeitlich kam jedoch eine weit besser funktionierende Vollautomatik hinzu, die mittlerweile von gut 80 Prozent der Kunden bestellt wird.

Der Sportwagen GranTurismo ist technisch ein verkürzter Quattroporte. Er hat wie dieser einen von Ferrari entwickelten Achtzylindermotor, der 405 PS leistet, schluckt im kombinierten Norm-Prüflauf 14,3 Liter Superbenzin auf 100 Kilometer und wird ausschließlich mit dem neuen Automatikgetriebe angeboten. Wer will, darf es aber auch über Hebel am Lenkrad von Hand schalten.

Montiert wird dieses Getriebe wieder vorn am Motor. Maserati beendet damit – wie längst zuvor auch schon Alfa Romeo und Porsche – die zeitweise gepflegte Marotte, das Getriebe zur besseren Gewichtsverteilung im Heck zu plazieren. Inzwischen kehrte wohl die Einsicht ein, dass diese Bauweise teuer ist, das Auto unnötig schwerer macht und zudem den Kofferraum einengt.

Viele Hersteller erreichen ohne solchen Aufwand eine gleichmäßige Achslastverteilung – nun auch Maserati. Der neue GranTurismo bringt dank seiner weit nach hinten gerückten Motor-Getriebe-Einheit 51 Prozent seines Leergewichts auf die Hinterräder.

Nicht ganz Schritt halten mit der Verbesserung des Produkts konnte indes die Händlerschaft. In Deutschland plant der Importeur tiefgreifende Trainingsprogramme an den 30 Stützpunkten, beginnend in der Wiesbadener Zentrale. Dort wurden kürzlich noch Vorführwagen mit mangelhaft ausgewuchteten Rädern ausgeliefert. „Ich bin unzufrieden“, gesteht der neue Geschäftsführer und Ex-Porsche-Manager Peter Hermges.

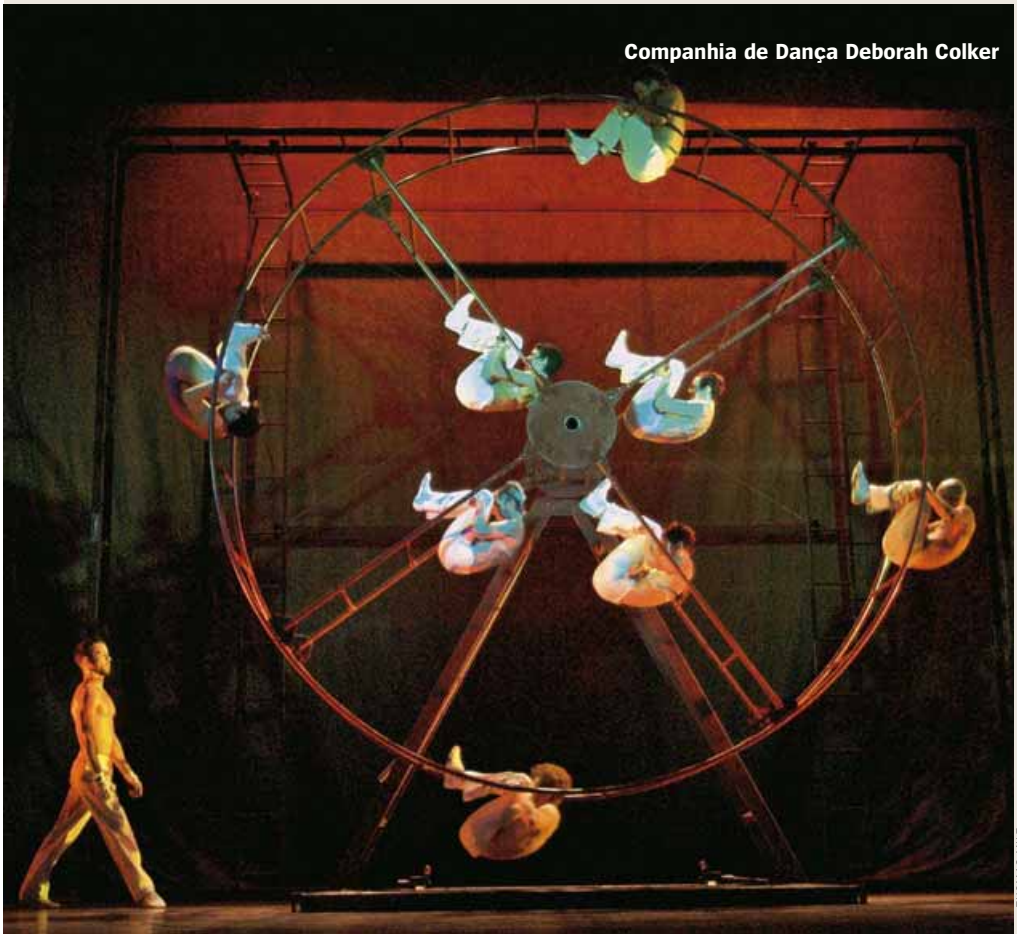
Zum Kundenkreis zählt inzwischen auch eine Leitfigur der industriellen Oberliga, die nicht gerade im Ruf steht, Unzulänglichkeiten humorvoll hinzunehmen: Linde-Chef Wolfgang Reitzle, einst Entwicklungsvorstand von BMW, fährt neuerdings einen Quattroporte als Dienstwagen. Der Manager, derzeit in eine unschöne Immobilienaffäre verstrickt, gilt jedoch nicht als Sympathieträger. Der Hersteller verweist deshalb lieber auf semiglamouröse Klienten aus dem Kulturbetrieb.

So feierte Maserati kürzlich einen britischen Musikanten namens Jay Kay als Quattroporte-Fahrer. Ein Foto zeigt den Sänger der Popgruppe Jamiroquai in silbrigem Zwirn am Fahrzeug lehnend. Die Pressemitteilung zitiert ihn mit Worten, die die Rhetorik eines Peter Ustinov um mehrere Wagenlängen verfehlen: „Dieser Maserati“, sagt Jay Kay, „ist herrlich.“

Der gehobene Durchschnittskunde mag daraus eine Erkenntnis ziehen, die im Prinzip schon immer galt: Man muss nicht besonders pfiffig sein, um Maserati zu fahren. Es reicht, Geld zu haben. CHRISTIAN WÜST

TANZ

Menschen ohne Schwerkraft



Companhia de Dança Deborah Colker

THOMAS MILZ

Das Rad dreht sich zu Walzerklängen wie die Raumstation in Stanley Kubricks Kinoklassiker „2001 – Odyssee im Weltraum“. Tänzer bewegen sich zeitlupenartig im Gestänge, wie menschliche Kokons hängen sie an den Sprossen. Sie rotieren im Rhythmus der Musik, scheinbar mühelos setzen sie sich über die Gesetze der Schwer- und der Fliehkraft hinweg. Doch die Leichtigkeit ihrer Bewegungen täuscht: Jeder der 16 Künstler der brasilianischen „Companhia de Dança Deborah Colker“, die ab 20. Juli in Köln und ab 3. August in Berlin gastiert, leistet athletische Schwerstarbeit. „Rota“, so der Name des Spektakels, ist ein getanztes Gesamtkunstwerk, eine Mischung aus Akrobatik, modernem Tanztheater und klassischem Ballett. Zu Musikstücken von Jazz bis Mozart kriechen, schlendern, stelzen und rudern die Tänzer über die Bühne; die Choreografie verfremdet und parodiert Bewegungen des Alltags, sie spielt mit Zeit und Raum. Kein anderes Ballett Brasiliens ist so beliebt. Die 46-jährige Colker, die in Rio de Janeiro als Tochter jüdischer Immigranten zur Welt kam, hat das Tanztheater vom Stigma einer Eliteveranstaltung befreit; über hundert Nachwuchstänzer und -tänzerinnen trainieren in ihrem Studio in Rio. Die Idee zu „Rota“ kam Colker, als sie mit ihren beiden Kindern Disneyland besuchte: „Ich wollte eigentlich einen kompletten Erlebnispark auf die Bühne bringen.“ Das war jedoch zu aufwendig, sie beschränkte sich auf ein Riesenrad. „‚Rota‘ ist nicht prätentiös“, sagt Colker. „Wichtig ist die Freude am Spiel.“

MODE

Tod einer Muse

Stardesigner wie Alexander McQueen, der Hut-Kreateur Philip Treacy oder das Model Sophie Dahl verdanken ihr eine internationale Karriere. Für das britische Society-Blatt „Tatler“ schrieb die Stil-Ikone Isabella Blow beachtete Kolumnen und wurde Modechefin bei der „Sunday Times“. Auf einer Party ihres Freundes Treacy, dessen legendäre Hut-Entwürfe unter anderem den Kopf von Madonna, Boy George und der Prinz-Charles-Gattin Camilla krönen, hat sich die Exzentrikerin im Mai mit Unkrautvernichter umgebracht. Die Berliner Künstlerin und Modemacherin Mari Otberg hat während ihrer Jahre in London erlebt, „wie sich alle darum rissen, dass diese glamouröse Frau auf ihren Partys erschien“. Doch dann wurde sie krank, verlor Job und Mann. Am Schluss habe sich „die ganze oberflächliche Meute nur noch über sie lustig gemacht“.

Blow (im Februar 2007)

Otberg-Exponat

TILLMANN PRESSEPHOTOS/IMAGO (L.); MARI OTBERG (R.)

Aus Anlass der Berliner Fashion Week zeigt Otberg gemeinsam mit dem Fotografen Mariano Scopel und Kurator Marcel Hertel eine „Selbstmordgeschichte aus Fotos und Grafiken, wie sie Isabella selbst hätte konzipieren können“. „No more blow“ heißt die Collage, die in Otbergs Showroom und in einem großen Schuhladen in Berlin-Mitte zu Ehren der Pop-Muse bis Ende August zu sehen ist – für die Initiatoren „ein Dokument der Seelenlosigkeit und ein Appell, hinter die Fassade vom schönen Schein zu schauen“.

E. MENZ / BLICKWINKEL

Kleine Hufeisennase

WELTKULTURERBE

Hufeisennase gegen Freistaat Sachsen

Jedes Rechtsmittel schienen die Gegner der geplanten Waldschlösschenbrücke im Dresdner Elbtal (SPIEGEL 27/2007) ausgeschöpft zu haben; mit Hilfe des Sächsischen Oberverwaltungs- und sogar des Bundesverfassungsgerichts hatten sie versucht, den Bau der Brücke zu verhindern – ohne Erfolg. Dem Dresdner Elbtal droht nun die Aberkennung des Weltkulturerbe-Titels. Jetzt aber haben Naturschutzverbände in einem Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Dresden den Freistaat Sachsen aufgefordert, den Bau zu stoppen. Begründung: Die Kleine Hufeisennase, eine Fledermausart, und der Vogel Wachtelkönig würden durch die Brücke aus dem Elbtal verscheucht. Die Vertreter des „Naturschutzbund Deutschland“, der „Grünen Liga“ und des „Bund“ wünschen einen Tunnel und berufen sich auf ein Bundesverwaltungsgerichtsverfahren, bei dem der Bau einer Autobahnumfahrung bei Halle (Saale) aus Tierschutzgründen verhindert wurde. Robert Bendner, Sprecher des Dresdner Verwaltungsgerichts, deutet an, dass in den nächsten Tagen der Beschluss des Gerichts in Sachen Hufeisennase ergehe. Das scheue Tier gilt als extrem gefährdet. Wie mächtig es ist, wird sich herausstellen.

ZEITGESCHICHTE

„Antijudaische Hassreden“

Der Münchner SPD-Oberbürgermeister Christian Ude, 59, über die anstehende Entscheidung des Stadtrats, eine nach einem antisemitischen Landesbischof benannte Straße umzubenennen

SPIEGEL: Herr Ude, seit 51 Jahren heißt eine repräsentative Münchner Innenstadtstraße nach dem evangelischen Landesbischof Hans Meiser, der dem „jüdischen Verstand“ etwas „Zerfressendes, Ätzendes“ attestierte und es nach 1933 ablehnte, verfolgten Juden zu helfen. Jetzt will der Stadtrat die Straße auf Antrag der Grünen umbenennen. Warum so spät?
Ude: Schon in den zwanziger Jahren hat Meiser antijudaische Hassreden gehalten. Während der Zeit des Dritten Reichs hat er als Bischof nicht gegen die Judenverfolgung Stellung bezogen, was andere Kirchenmänner seiner Zeit getan haben. Und nach dem Zweiten Weltkrieg hat er die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verweigert, sich aber für NS-Verbrecher eingesetzt. In Nürnberg erfolgte die Umbenennung auch mit CSU-Stimmen.
SPIEGEL: Der heutige Landesbischof Johannes Friedrich argumentiert gegen die Umbenennung, Meiser habe auch NS-Verfolgten das Leben gerettet.
Ude: Meiser war kein Rassist im biologistischen Sinne und hat sich auch für getaufte Juden eingesetzt, das stimmt. Aber bei seinem Engagement ging es ihm nur um die Interessen seiner Organisation und nicht um die Opfer.
SPIEGEL: Gegner der Umbenennung auch in Ihrer eigenen Partei finden die Aktion populistisch.
Ude: Es ist ja wohl alles andere als populär, eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu führen. Und Umbenennungen von Straßen sind grundsätzlich unbeliebt.
SPIEGEL: Teile der Kirche haben angekündigt, gegen die Umbenennung zu demonstrieren.
Ude: Es entspräche einer Tradition, wenn die evangelische Kirche in Bayern die Belange ihrer Organisation wichtiger nähme als die wirklich großen Probleme.

CHRISTIAN LEHSTEN / ARGUM

Ude

Kino in Kürze

„Kann das Liebe sein?“. Wenn der Mann ein routiniert ruppiger Unternehmer ist und die Frau eine selbstbewusst zickige Künstlerin, die das Entree seiner Firmenzentrale ausschmücken soll, und wenn sowohl er als auch sie infolge früherer Liebesverletzungen dem eigenen Gefühl misstrauen, kann das Turteln ein turbulentes Katz-und-Maus-Spiel werden. Hier geben sich zwei in ihrer französischen Heimat sehr beliebte Stars ein Tête-à-Tête, Sandrine Bonnaire und Vincent Lindon, und weil sie vergnügt bei der Sache sind, wird sich, wer eine gepflegte Boulevardkomödie à la française schätzt, gut unterhalten fühlen.

ACCUSOFT

Bonnaire, Lindon in „Kann das …?“

„Clerks 2 – Die Abhänger“. Dante (Brian O’Halloran) und Randal (Jeff Anderson) blicken zwölf Jahre nach „Clerks“, dem legendären Regiedebüt von Kevin Smith, wehmütig auf ihren Gemischtwarenladen zurück. Dort zelebrierten sie ihre trockenen Dialogorgien. Nun brennt der Laden ab, doch die beiden verspielten Dreißigjährigen kommen in einem Schnellimbiss unter und setzen dort ihre Wortgefechte fort. Hemmungslos plündert Smith in seinem Epilog zur Generation X die lakonischen Regieeinfälle des ersten Films, aber auch der zahmen, etwas kindsköpfigen Fortsetzung gelingen komödiantische Befreiungsschläge gegen die Phobien der US-Gesellschaft.

KUNST

Wetterfeste Schönheit

Entwurf „Digital Beauty“

Es gilt den 500. Geburtstag einer kunsthistorischen Sensation zu feiern. Im Jahr 1507 malte Albrecht Dürer auf zwei Holztafeln ein sehr prominentes Liebespaar: Sein „Adam“ und seine „Eva“ stellten eine Revolution dar, denn es sind die ersten lebensgroßen Aktbilder in der deutschen Malerei. Fortan fielen die Hemmschwellen. Dürers größter Konkurrent Lucas Cranach konterte mit Bildern nackter Schönheiten, die er in seiner Wittenberger Werkstatt bald sogar serienmäßig herstellte. Doch es war nun einmal der Nürnberger Dürer, der diesen Urknall mit seiner Version des Sündenfalls ausgelöst hatte. Nun, im Jahr 2007, will die Heimatstadt des Genies das Jubiläum angemessen begehen. Das soll gelingen, ohne die so wertvollen wie empfindlichen Originale zu zeigen, die dem Prado in Madrid gehören und nicht einfach auf Reisen geschickt werden können. Aus der Not macht man in Franken eine Tugend beziehungsweise eine ungewöhnliche Ausstellung im öffentlichen Raum. Auf dem Hauptmarkt in Nürnberg ist am Wochenende ein Laufsteg mit Bilderparcours entstanden; präsentiert werden nur Reproduktionen. Die wetterfeste Schau trägt den Titel „Adam und Eva. Dürer sucht das Supermodel“ (bis 5. August). Tatsächlich hat sich Dürer ein Leben lang mit der Proportion des menschlichen Körpers beschäftigt, und weil die Nachwelt noch immer nach den Idealmaßen sucht, sind auf dem Nürnberger Catwalk auch aktuelle Zeugnisse des Schönheitskults wie die Exponate „Digital Beauty“ oder „Frau mit Maßband“ zu sehen. Zum Begleitprogramm gehören Vorträge; gehalten werden sie unter anderem von Kunsthistorikern, Model-Agenten und Schönheitschirurgen. Schon Dürer erkannte ja: Es lebe kein schöner Mensch auf der Welt, der nicht „möcht … noch schöner sein“.

Dürer-Werke „Adam“, „Eva“ (1507), Exponat „Frau mit Maßband“

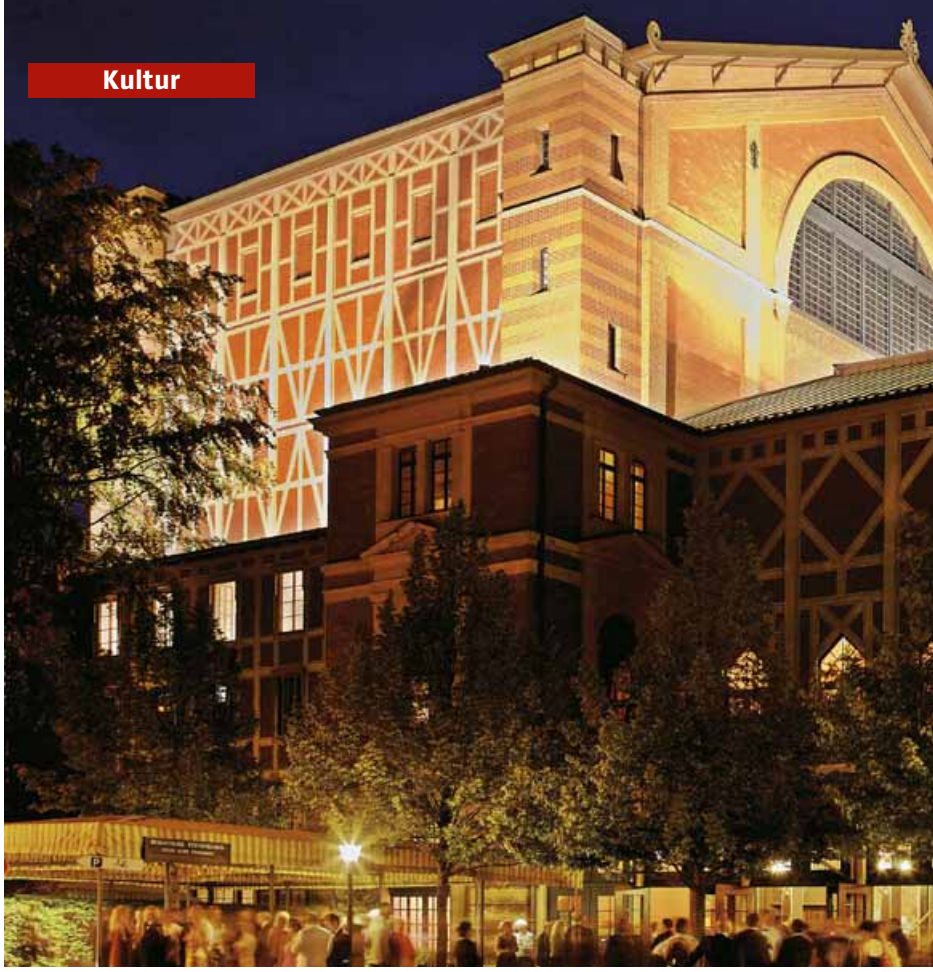
LITERATUR

Geschenktes Leben

Wie verarbeitet man ein Trauma? Wie verarbeitet man die Bilder im Kopf, die von Tod, Verstümmelung, Verwesung erzählen? Mit Verletzungen sind sie dem Tsunami am zweiten Weihnachtsfeiertag 2004 auf einer thailändischen Insel entkommen: der Schriftsteller Josef Haslinger, seine Frau Edith und die 18 Jahre alten Zwillinge Sophie und Elias. Die ganze Familie hat überlebt, die äußeren Wunden sind nahezu verheilt. Die Verwundungen der Seele sind nicht so leicht zu kurieren. Ihnen spürt der österreichische Schriftsteller, der mit den Romanen „Opernball“ und „Das Vaterspiel“ Publikum und Kritik begeistert hat, in seinem Bericht über die Katastrophe nach. Lange Zeit war er sich „ziemlich sicher“, dass er dieses Buch nicht schreiben werde: „Ich konnte das, was ich erlebt hatte, nicht abwägen, ich konnte es nicht von außen anschauen.“ Wie schreibt man über eine derartige Erfahrung? Fragen, die auch im Text auftauchen.

Eine literarische Verarbeitung in einem Roman scheint Haslinger, 52, unangemessen, so bleibt die sachliche Form des Berichts. Um den Ablauf der Ereignisse zu rekonstruieren, reist Haslinger zusammen mit seiner Frau ein Jahr nach dem Tsunami noch einmal auf die Insel. Wie Spurensucher bewegt sich das Paar zwischen noch nicht geräumten Trümmern und ersten Wiederaufbauten. Mit kühlem Kopf erinnert sich Haslinger, Einzelheiten tauchen wieder auf, die Erlebnisse der zweiten Reise werden durch die Erinnerungen überlagert. Geradezu behutsam wirkt Haslingers Sprache, vorsichtig und tastend erforscht sie die verheerenden Ereignisse und den persönlichen Umgang damit. In konsequenter Kleinschreibung heißt es: „vor allem kann ich mir keine vorstellung davon machen, welche umstände uns das leben gerettet haben. das ist eine frage, die mich über all die monate hinweg nicht losgelassen hat. warum bin ich noch am leben? warum sind wir noch am leben?“ Haslinger erzählt höchst eindrucksvoll vom Kampf ums Überleben, von Schrecken und Angst und größter Not – und so vom Geschenk des Lebens.

Josef Haslinger: „Phi Phi Island – Ein Bericht“. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 204 Seiten; 17,90 Euro.



MAURICE WEISS / OSTKREUZ (O.); ELY JEAN-ERIC / MAXPPP (U.); THOMAS PFLAUM / VISUM (M.)

Festspielleitungskandidatinnen Nike Wagner, Eva Wagner-Pasquier, Premierengäste vor dem Bayreuther Festspielhaus, Kandidatin Katharina

FESTSPIELE

Dreikampf der Wagner-Damen

In Bayreuth stellt sich die Machtfrage neu: Festspielchef Wolfgang Wagner möchte seine Tochter Katharina als Nachfolgerin durchsetzen – und könnte daran scheitern. Dem Festival drohen weitere Jahre der Stagnation. *Von Moritz von Uslar*

Ein Juli-Vormittag in Bayreuth. Noch zwei Wochen sind es bis zur Eröffnung der 96. Bayreuther Festspiele mit Katharina Wagners Neuinszenierung der „Meistersinger von Nürnberg“, doch hier, vor dem Festspielhaus, herrscht Frieden: eine unheimliche Friedlichkeit.

Ein Rentnerpaar hat auf einer Parkbank Platz genommen, stützt sich auf die Gehstöcke, schaut. Im Hof vor den Probebühnen lagern die abgesägten Baumstümpfe aus Tankred Dorsts „Siegfried“ vom vorigen Jahr. Da bläst eine einsame Trompete ein „Meistersinger“-Motiv. Von noch weiter weg, aus der Tiefe des Bühnenraums, jauchzt ein Sopran. Ab und an rieselt ein Blatt auf die Tempo-30-Zone vor dem Festspielhaus, dann kommt ein Gärtner der Bayreuther Stadtreinigung mit einer Greifzange und hebt es auf.

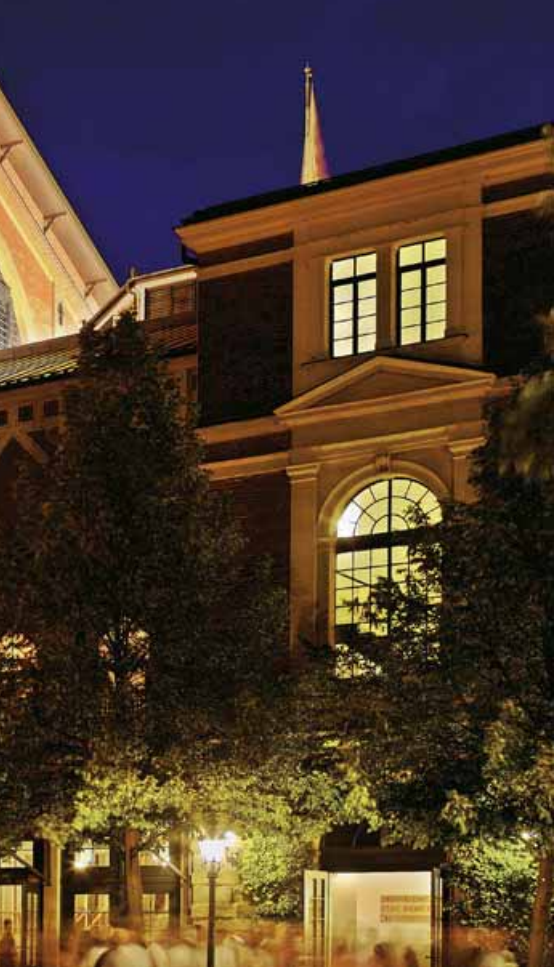
So könnte man ewig sitzen und ein einzigartiges, schier unglaubliches Kontinuum der deutschen Kulturgeschichte bestaunen: Seit den Zeiten von König Ludwig II. wird in Bayreuth der immergleiche Kanon aus zehn Musikdramen Richard Wagners wiederholt. Seit Eröffnung der Festspiele im Jahr 1876 hat die Leitung lediglich viermal gewechselt, immer lag sie in den Händen der Komponistenfamilie.

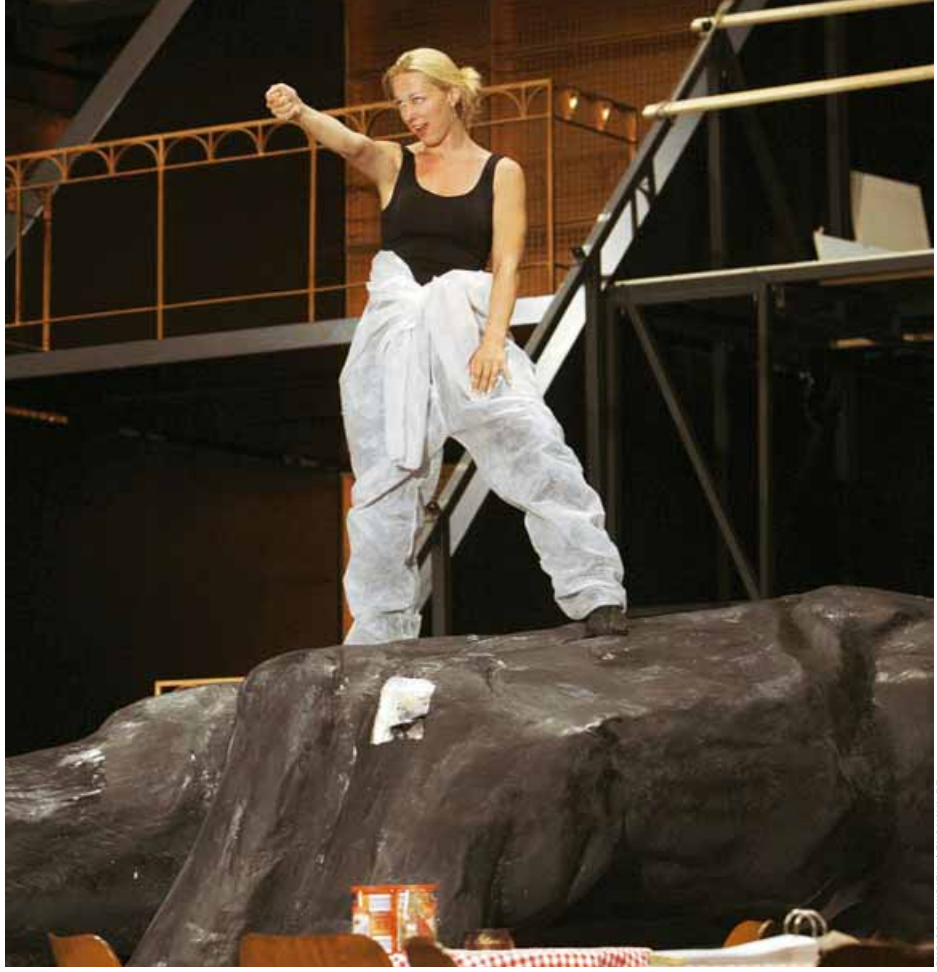
Und seit 1951, der Gründung von Neu-Bayreuth, steht den Festspielen der Richard-Wagner-Enkel Wolfgang vor, seit dem Tod seines Bruders Wieland 1966 als alleiniger Intendant – ganze 56 von 131 Jahren ruhen die Festspiele also in den immer selben Händen eines künstlerischen Leiters, Herrschers, Chefs. Am 30. August wird Wolfgang Wagner 88 Jahre alt.

Und das Rentnerpaar sitzt immer noch da und guckt: Himmel, passiert hier noch was? Heute? Morgen? Noch dieses Jahr?

Eine Kleinigkeit passiert dann doch noch: Vom Privathaus Wolfgang Wagners, kaum 50 Meter vom Festspielhaus entfernt, setzt sich ein silbergrauer Audi TT in Bewegung. Am Steuer die Wolfgang-Gattin Gudrun, 63, silberhaarig, übers Lenkrad gebeugt. Sie parkt vor dem Festspielhaus. Vor dem Festspielbüro erscheint ein alter Herr auf Krücken. Er wackelt bedenklich. Aber er steht. Frau Wagner kommt ihrem Mann nun im Rückwärtsgang entgegengefahren. Dem Festspielleiter wird in den Wagen geholfen. Das Auto dreht einen Bogen und fährt hinab in die Stadt. Festspielleitung, man sieht es, findet in Bayreuth 2007 also so statt, dass Frau Gudrun, die inoffizielle Chefin, ihrem Mann, dem noch offiziellen Chef, gelegentlich ein wenig hilft.

Nach sechs Jahren Pause ist der Machtkampf um die Nachfolge des greisen Festspielleiters Wolfgang Wagner wieder entbrannt. 2001 hatte der Stiftungsrat der Bayreuther Festspiele Eva Wagner-Pasquier, Wolfgangs Tochter aus erster Ehe, mit der





ENRICO NAWRATH / ENONAVA.DE

Wagner bei „Meistersinger"-Probe: *Es geht um das Renommee des wichtigsten Opernfestivals der Welt*

Mehrheit von 22 zu 2 Stimmen zu seiner Nachfolgerin ernannt – eine Entscheidung, die der Chef, der mit dem Vertragsprivileg „Festspielleiter auf Lebenszeit" ausgestattet ist, nur zu ignorieren brauchte, um weiter im Amt zu bleiben.

Seither ruhte die Nachfolgefrage, und mit ihr ruhte die künstlerische Brillanz. Immerhin, es geht um das Renommee Bayreuths als wichtigstes Opernfestival der Welt: Der legendäre „Jahrhundert-Ring" in der Regie des jungen Patrice Chéreau? 2006 lag er schon 30 Jahre zurück. Kaum eine Neuinszenierung des „Ring des Nibelungen", außer der von Harry Kupfer (1988 bis 1992), konnte seither überzeugen. Heiner Müllers „Tristan", Wolfgangs letzte visionäre Regiebesetzung – 14 Jahre her. Lars von Triers „Ring", als Wolfgangs Befreiungsschlag gegen seine Kritiker geplant, scheiterte nach zwei Jahren der Vorbereitungen an den Kräften des Regisseurs oder an der schlechten Arbeitsatmosphäre. Christoph Schlingensiefs „Parsifal" schließlich, als sichere Skandalnummer für die Festspiele 2004 eingekauft, schockte weniger wegen seiner Psychedelik oder wilden Opulenz, sondern weil sogar alte Wagnerianer ihm viel Hübsches und Interessantes abgewinnen konnten.

Mittlerweile wird dem greisen Wolfgang eine deutlich geschwächte Gesundheit nachgesagt – er leide an den Folgen eines Schlaganfalls, an Arthritis, Schwerhörigkeit. Im Pressebüro der Festspiele preist man dagegen die noch immer „erstaunliche geistige Wachheit" des Festspielleiters. Er hat ja auch alle Hände voll zu tun.

Zurzeit ist Wolfgang Wagner mit der Inthronisierung von Katharina, 29, der Tochter aus zweiter Ehe mit Frau Gudrun, als seiner Nachfolgerin beschäftigt. Sein so abgehobenes wie wirkungsvolles Statement zu dieser Angelegenheit lautet: „Sie soll es werden. Wenn sie denn kann und will."

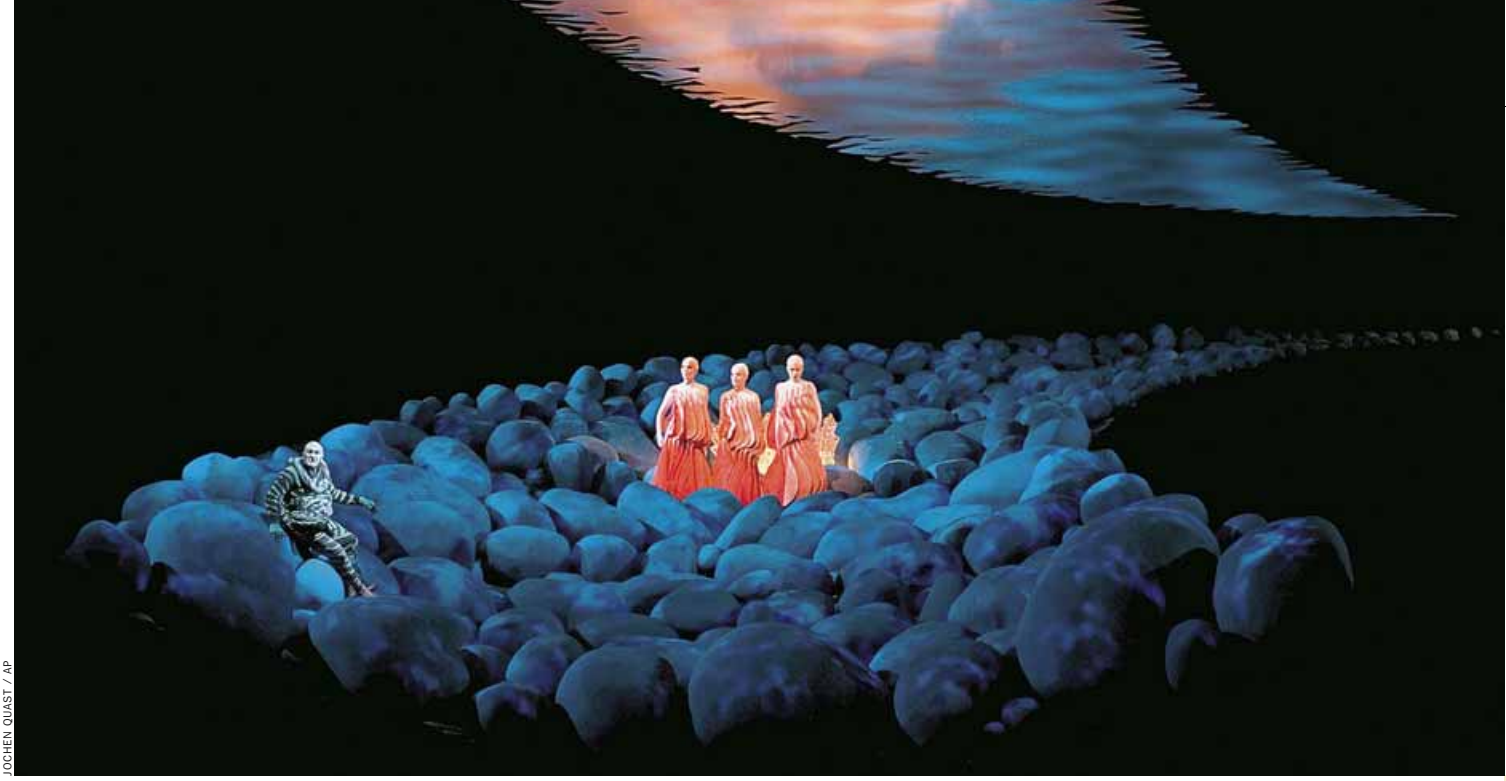
Katharina Wagner selbst, derzeit in den Endproben ihrer „Meistersinger", beendete Spekulationen über ihre Bereitschaft, dem Vater zu folgen, nach monatelangen Dementis in der Fachzeitschrift „Das Opernglas" mit den Worten: „Wenn die Bedingungen stimmen und das Vertrauen da ist, würde ich es mir nicht nur zutrauen, ich würde es dann auch machen."

Die Kandidatur Katharinas musste zwangsläufig die erneute Meldung von Nike Wagner, 62, Tochter des Wolfgang-Bruders Wieland, und von Eva Wagner-Pasquier, 62, als potentiellen Nachfolgerinnen nach sich ziehen: Erst vergangene Woche haben sie ihre Bereitschaft signalisiert. Nike, Leiterin des Kunstfests Weimar, erklärt: „Der Gedanke an die Festspiele hat mich nie verlassen." Eva, derzeit künstlerische Beraterin beim Festival von Aix-en-Provence – als einzige Bewerberin verfügt sie über langjährige Musiktheatererfahrung, sie arbeitete an Opernhäusern in London, Paris, Madrid und New York –, erklärt am Telefon: „Ja, ja. Natürlich würde ich es machen." Und lacht. Und seufzt: „Ich bin ja auch nie zurückgetreten."

Da der alte Herr Eva und Nike als Festspielleiterinnen erklärtermaßen ablehnt, ergibt sich ein ähnliches Patt wie schon 2001: Es ist der Dreikampf der Wagner-Damen – mit dem Unterschied, dass an Stelle der damals chancenlosen Ehefrau Gudrun nun die junge, noch unerfahrene Tochter Katharina als Wolfgangs Favoritin antritt.

Kaum zu ergründen sind die Mittel, deren sich Wolfgang Wagner zur Durchsetzung seiner Pläne bedient. Und dunkel und undurchschaubar müssen seine Mittel auch bleiben, weil längst weder er noch ein anderes Mitglied der Familie allein über die Regelung seiner Nachfolge bestimmt. Und daran trägt Wolfgang Schuld.

1973 hatte der damals 53-jährige Festspielleiter – man muss es heute als die visionäre Glanzleistung seiner Regentschaft bezeichnen – das Familienunternehmen der Festspiele in eine Stiftung überführen lassen. Seither bestimmt nicht die familiäre Erbfolge über die künstlerische Leitung, sondern die „Richard-Wagner-Stiftung Bayreuth", der ein Rat aus 24 Mitgliedern vorsitzt, deren wichtigste der Bund, der Freistaat Bayern, die Stadt Bayreuth und der Verein „Gesellschaft der Freunde von Bayreuth" entsenden. Wolfgangs Coup bestand darin – so weit ging seine Selbstlosigkeit dann doch nicht –, dass er sich, wie in den Mietverträgen der Festspiele GmbH mit dem Stiftungsrat festgehalten, zum Festspielchef auf Lebenszeit ernennen ließ. Verträge! Der Fluch seiner eigenen Seilschaften – da liegt



JOCHEN QUAST / AP

„Rheingold"-Szene (Inszenierung von Tankred Dorst 2006): *Kaum ein „Ring" der vergangenen Jahrzehnte konnte überzeugen*

der oft zitierte Vergleich mit dem Göttervater Wotan nah – hat den Festspielleiter längst eingeholt.

Es ist exakt jener unselige Vertrag auf Lebenszeit, der Bayreuth, allen tapferen Erneuerungen zum Trotz, heute zu einem Hort der Vergangenheit macht, zu einer Geisterstätte des vordemokratischen und absolutistischen 19. Jahrhunderts. Und so ein Leben dauert. Es dauert an.

Kein Wunder also, dass der Ruf nach frischem Blut immer lauter ertönt. Die „Bild"-Zeitung begrüßt Katharina schon als „neue Herrin vom Grünen Hügel". Ansonsten wird die Tochter gern als „Miss Bayreuth" bezeichnet, als „Bayreuth-Barbie" und von noch böseren Zungen, in Anspielung an das Glamour-Girl Paris Hilton und Katharinas fotogene Auftritte in Illustrierten, als „Bayreuth Hilton".

Eine regelrechte Charme-Offensive ist vom Pressebüro der Festspielleitung zu verzeichnen, fast täglich spricht die potentielle Festspielleiterin in neuen Interviews: Katharina untermauert ihren Anspruch, bestreitet jedoch einen Zusammenhang mit ihrem Bayreuther Regiedebüt. Eine gute Regisseurin mache noch keine gute Festspielleiterin aus. Eine Repertoire-Erweiterung der Festspiele sei grundsätzlich nicht schlecht, müsse aber mit allen Konsequenzen diskutiert werden. Sogar ein fertiges Konzept halte Katharina für die künftige Leitung der Festspiele bereit – immerhin, es existiere in ihrem Kopf.

Auf der Probebühne VII wird an diesem Juli-Tag die zweite und dritte Szene des ersten Aufzugs, die „Singschule" der „Meistersinger", durchgenommen. Das Bühnenbild zeigt den Raum der Katharinenkirche als bürgerlichen, holzgetäfelten Salon. Auf der Tafel der Meister liegen Stapel von Reclamheften. In einer Galerie stehen die Büsten von zwölf Klassikern der deutschen Kunst, von Kleist, Goethe, Schiller bis zu Bach, Beethoven und Schinkel – der bildungsbürgerliche Kunstkanon also, den die zwölf Meister vor dem Eindringling, dem kühnen Kunst-Punk und Freigeist Walther von Stolzing, im Laufe der Oper bewahren und behaupten wollen. Seitlich der Bühne liegen die zwölf Kunstgiganten in zweiter Ausfertigung als schauderhaft aussehende Schwellköpfe bereit: Sie werden den Hans Sachs im zweiten Aufzug in seiner Schusterstube aufsuchen und ihm übel mitspielen – ein Sinnbild dafür, wie das Kunstbild des traditionsbewussten, dem Neuen aber aufgeschlossenen Schusters Sachs ins Wanken gerät.

Gute, gelöste, vergnügliche Stimmung: Der Part des Stolzing, nach dem Tenor Robert Dean Smith mit dem nicht ganz so bekannten Klaus Florian Vogt neubesetzt, wird heute vom eilig herbeigeholten Endrik Wottrich gesungen: Vogt hat woanders zu tun. Dirigent Sebastian Weigle wirkt angenehm jung. Die Meister betreten die Bühne mit Volvic-Flaschen in der Hand. Franz Hawlata als Sachs kaut Kaugummi. Da er, ungewöhnlich genug für einen international bekannten Bariton, Raucher ist, darf er in der Inszenierung von Katharina auch ab und zu eine rauchen. Michael Volle als Beckmesser blödelt mit dem Sänger Wottrich. Es scheint, dass unter den Sängern ein unterschwelliger Wettbewerb abläuft, wer neben den enorm anspruchsvollen Singpartien noch die Kraft für Witze und Gags übrig hat.

Katharina, mit Jeans und Jeansjacke bekleidet, ihre blonde Haarmähne trägt sie offen, besticht durch ihr klares, kräftiges, selbstbewusstes Auftreten – und durch ihre raue Männerstimme. Hier gibt sie ganz die routinierte Anweiserin, die ihrem Vater jahrelang bei dessen Regiearbeiten über die Schulter geguckt hat. Wenn Katharina die Meister korrigiert, sagt sie „Hört mal, Jungs …" oder „Jungs, so geht es nicht!" Ihre Sprache klingt frisch, direkt, sympathisch schusselig, sie lacht gern laut.

Viel ist auf den Proben über das „Meistersinger"-Konzept der Katharina Wagner nicht zu erfahren. Sicher, das historische Nürnberg ist bei ihr kein Ort, sondern eine Geisteshaltung. Im Zentrum ihrer Inszenierung soll nicht die Liebesgeschichte, sondern der Diskurs um avancierte Kunst stehen. Das alles allerdings ist seit Wieland Wagners „Meistersinger"-Inszenierung von 1956 keine Neuigkeit mehr.

Wenn die Reclamhefte ein Zeichen sind, dann wird auch diese, ihre erst fünfte Inszenierung an einem großen Haus, weniger von gedanklicher Kühnheit, sondern von vielen kleinen und hübschen Einfällen durchdrungen sein. Sicher ist: Ganz gleich, wie das Premierenpublikum am 25. Juli reagiert, von ihrem Bayreuth-Debüt wird niemand, nicht einmal der Festspielleiter, ein Recht auf Katharinas zukünftige Leitung der Festspiele ableiten können.

Und der Stiftungsrat reagiert zunehmend nervös. Vom Vorsitzenden des Rats, Toni Schmid, Ministerialdirigent im Bayerischen Kunstministerium, über den Bürgermeister der Stadt Bayreuth bis zu Karl Gerhard Schmidt, dem ehemaligen Bankier, langjährigen Förderer und Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde von Bayreuth" – man kann mit vielen sprechen, aber kaum einer lässt sich zitieren. Zu groß wiegen der Respekt vor der Lebensleistung des alten Wolfgang und die Sorge, den eigenen Handlungsspielraum durch vorschnelle Äußerungen zu verengen.

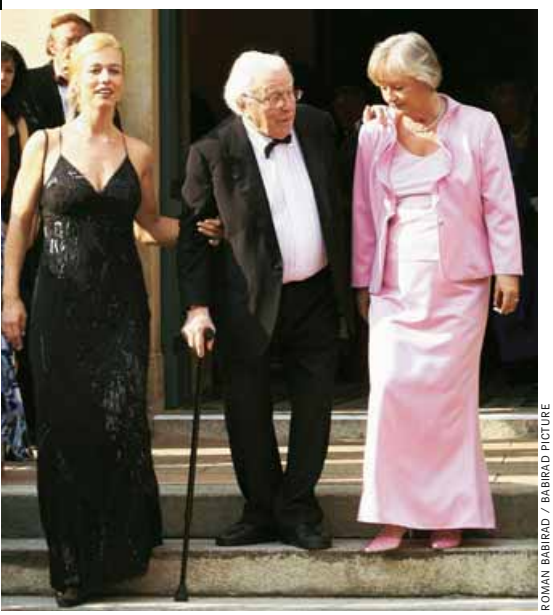
Einigkeit herrscht darüber, dass dringender Handlungsbedarf besteht: Noch im Herbst möchte der Rat zusammenkom-

men, man hört, schon im September. Den Stiftungsrat drängt nicht nur die Stimmung am Festspielhaus, die von „ausgemacht schwierig“ bis „unerträglich“ beschrieben wird. Erstmals ist in Bayreuth offen von „Finanzengpässen“ die Rede.

Einst trug die gute Arbeitsatmosphäre am Festspielhaus dazu bei, dass sich Regisseure, Dirigenten und Sänger oft nur zu einem Bruchteil ihrer sonstigen Gagen engagieren ließen – das ist heute die Ausnahme.

Seit 2004 hat die öffentliche Hand alle Zuschüsse eingefroren. Etwa 1,6 Millionen Euro fehlen für die Jahre 2008, 2009 und 2010. Der Wirtschaftsplan fürs nächste Jahr zeigte einen Fehlbetrag von 400 000 Euro auf, den die „Gesellschaft der Freunde“ letztmalig ausgleichen konnte.

Wie beurteilt der Stiftungsrat die Chancen der drei Kandidatinnen? Erst tagen, dann Entscheidungen bekanntgeben, so der offizielle Kurs der Ratsmitglieder. Hintenrum erfährt man: Gegen Katharina



ROMAN BABIRAD / BABIRAD PICTURE

Festspielleiter Wagner*
„Man muss ihm helfen“

sprechen ihr jugendliches Alter und, schwerer wiegend, ihre intellektuelle Hausbackenheit. Gegen Eva und Nike spricht, dass sie mit 62 Jahren für einen echten Generationswechsel bald wieder zu alt sein könnten. Verbindet der Stiftungsrat mit Katharina den Vorzug der Verjüngung, dann mit Eva die Weltläufigkeit, mit Nike die Intellektualität. Es wird also darauf ankommen, wen sich die drei Bewerberinnen als ihre Partner aussuchen werden.

Drei Dinge stehen dagegen fest: An die Stelle eines Geschäftsführers sollen zwei Geschäftsführer, also eine Tandemlösung, treten. Es wird für die zukünftige Leitung keine langen Verträge mehr geben. Ein Vertrag unter acht Jahren Laufzeit sei allerdings nicht zumutbar, da Wolfgang Wagner alle künstlerischen Verträge bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein festgezurrt hat und der neuen Leitung so wenig Gestaltungsraum bliebe. Fest steht außerdem, dass an die Stelle Wolfgang Wagners als Alleingesellschafter der Festspiele GmbH vier neue Gesellschafter treten werden.

Diskutiert wird im Stiftungsrat natürlich auch die heikle Frage, inwieweit Gudrun Wagner im Alltag längst für ihren Mann als Festspielleiterin agiert. Die Frage ist von existentieller Brisanz – wegen eines Passus, der im Mietvertrag festgehalten ist. Er besagt: Wird die Festspielleitung von Wolfgang Wagner nicht mehr oder nicht mehr allein von ihm ausgeübt, so kann der Stiftungsrat den Mietvertrag kündigen.

Von Freunden wird Katharina gewarnt: Es ist exakt jener Passus, über den ihr größter Förderer Wolfgang stürzen könnte. Auf den gestürzten Wolfgang brauchte der Stiftungsrat bei seiner Entscheidungsfindung keine Rücksicht mehr zu nehmen – die Pattsituation wäre aufgehoben. Die Chancen Katharinas aber, ohne das Stimmengewicht des Vaters doch noch gewählt zu werden, stünden ungleich schlecht.

Noch ist das alles eher von theoretischer Bedeutung. Man müsste dem alten Wagner mit einem gerichtsmedizinischen Attest seine Geschäftsunfähigkeit nachweisen – was als ausgeschlossen gilt. Immer drängender stellt sich allerdings eine Frage: Wie lange noch kann der Stiftungsrat sein respektvolles Verhalten gegenüber dem Festspielleiter aufrechterhalten, der genau jenes respektvolle Verhalten dem Stiftungsrat seit Jahren hartnäckig verwehrt?

Und der Juli-Tag endet – bei einem Bier mit dem Regisseur Schlingensief und seinem Dramaturgen Carl Hegemann in der Traditionsgaststätte Bürgerreuth oberhalb des Festspielhügels. Man probte die Wiederaufnahme des „Parsifal“, der in diesem Jahr zum letzten Mal gegeben wird.

Bier, Klatsch, Witze, Geschichten – und eine direkte Frage: Stimmt das Gerücht, dass Gudrun Wagner, als Schlingensief am ersten Probenabend vor drei Jahren sein Konzept vorstellte, „Das kann ich besser als ihr!“ ausrief und dem verdutzten Team vorschlug, die Regie zu übernehmen?

Carl Hegemann guckt. „Das ist ja eine irre Geschichte“, sagt er und setzt ein verschmitztes Grinsen auf. Es ist dem Grinsen des Dramaturgen nicht zu entnehmen, ob die Geschichte wahr ist oder nicht.

Glaubt man dem Stiftungsratsmitglied Karl Gerhard Schmidt, 71, so wird der Casus Wolfgang bald schon, dann allerdings nur in Würde und gegenseitigem Respekt, zu lösen sein: „Man muss ihm helfen. Und damit auch den Festspielen.“

Abwarten. Und weiter warten. Wir freuen uns auf das Jahr, in dem in Bayreuth nicht über ein trostloses Nachfolgegerangel geredet wird, sondern – endlich wieder – über eine grandiose Inszenierung. ◆

* Mit Tochter Katharina und Ehefrau Gudrun bei der Eröffnung der Bayreuther Festspiele 2006.

ZEITGESCHICHTE

Hoffnungslos dazwischen

Nazi-Akten geben neue prominente Namen preis – doch die Mitgliedskarten der NSDAP besagen nichts über Schuld oder Verstrickung der damals 16- oder 17-Jährigen.

Die Nachrichten aus dem Reich waren unbefriedigend, ja alarmierend. Meldungen trafen ein, „nach denen bei einer nicht geringen Anzahl Jugendlicher die Einstellung zur Parteiaufnahme zu wünschen“ übriglasse. Von den Veranstaltungen, zu denen sie befohlen wurden, seien sie „nicht innerlich gepackt“, nur ein kleiner Teil erlebe die Partei „in positiver und überzeugender Weise“.

Viele Jugendliche, hieß es weiter, leiteten aus der Erkenntnis der „Fehler und Mängel das Recht ab, der Partei den Rücken zu kehren“. Es sei sogar vorgekommen, dass sie „die Aufnahme in die Partei bewusst ablehnten“. Kurzum: Die Zahl der jungen HJ-Mitglieder, die der Aufnahme in die NSDAP gleichgültig gegenüberstünden oder sie ablehnten, sei „so groß, dass sie nicht übersehen werden“ dürfe, warnte der Sicherheitsdienst der SS in einem geheimen Lagebericht für die Parteiführung vom 12. August 1943.

Das Tausendjährige Reich der Nationalsozialisten war schon dem Untergang geweiht, und Hitler gingen die Helden aus. Eine Quote musste her. Hitlers Sekretär Martin Bormann ordnete an, dass 30 Prozent der Jungen eines Jahrgangs in die NSDAP übernommen werden sollten; mit einem Erlass vom 11. Januar 1944 setzte er das Aufnahmealter für den Parteieintritt der Hitlerjungen von 18 auf 17 Jahre herab. Anfang 1944 richtete Reichsjugendführer Artur Axmann überall Aufnahmefeiern aus, bei denen die Angehörigen der Jahrgänge 1926 und 1927 in die NSDAP übernommen wurden.

Als halbe Kinder gerieten die Flakhelfer, Arbeitsdienstler und Schüler in die Untergangsmaschine des Dritten Reichs. Nun steht ihre Generation unter Generalverdacht, seit die NSDAP-Mitgliedskarten von Martin Walser, Dieter Hildebrandt und Siegfried Lenz bekannt wurden. „Man kann Sex haben, ohne zu penetrieren, Haschisch rauchen, ohne zu inhalieren – aber kann man auch Mitglied der NSDAP gewesen sein, ohne es zu wissen?“, fragte die „Neue Zürcher Zeitung“ höhnisch. Die „Welt“ druckte sogar eine Hitliste von Verdächtigen und spekulierte drauflos: „Was wird wohl noch herauskommen?“ Den Anstoß für die neue Enthüllungswut gab vergangenes Jahr Günter Grass mit seinem späten Bekenntnis, in der Waffen-SS gewesen zu sein. Wenn sogar der, wer nicht? Wer sonst noch hatte vergessen und verdrängt, wofür er sich als Jugendlicher gemeldet oder wozu er genötigt worden war?

Deutschland erlebt wieder einen Sommer der Erinnerung – und der Kreis prominenter Beteiligter wird größer. Wie eine Recherche des SPIEGEL in der Mitgliederkartei der NSDAP im Bundesarchiv ergab, wurden dort zahlreiche prominente Angehörige der Jahrgänge 1925 bis 1927 als Parteigenossen geführt.

Die Namen lesen sich wie ein Who’s who aus Wissenschaft, Kunst, Politik und Medien: Dabei sind der SPD-Politiker Horst Ehmke, der Journalist Peter Boenisch, der Soziologe Niklas Luhmann (alle drei Jahrgang 1927), der Philosoph Hermann Lübbe, der Literaturwissenschaftler Wolfgang Iser (beide Jahrgang 1926) sowie der Bildhauer Günther Oellers und der Dramatiker Tankred Dorst (beide Jahrgang 1925).

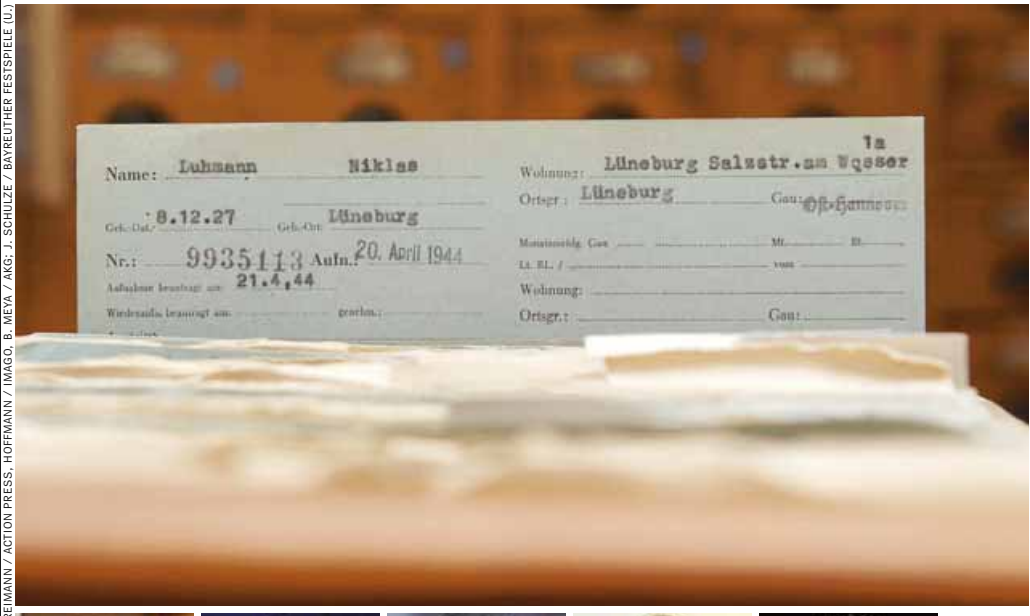
Unterschriebene Aufnahmeanträge liegen in keinem Fall vor. Alle vier noch lebenden Beteiligten sagten dem SPIEGEL, dass sie keine Erinnerung daran hätten, je einen Aufnahmeantrag gestellt zu haben. Boenisch, Luhmann und Iser sind tot.

Die Bedeutung der NS-Karteikarten ist unter Experten umstritten. Nicht jeder teilt die Ansicht der NS-Forscher Michael Buddrus und Armin Nolzen, die eine Parteiaufnahme ohne eigenhändig unterschriebenen Antrag für unwahrscheinlich halten. „Es ist denkbar“, sagt der Historiker Hans-Ulrich Wehler, „dass bestimmte Gauleiter telefonisch durchgaben, dass die HJ-Führer, die noch da waren, angemeldet werden sollten.“ Für die Jahrgänge 1926 und 1927 sei eine Aufnahme ohne Wissen der Beteiligten möglich gewesen. „Empirische Beweise gibt es dafür aber noch nicht.“

Auch der Historiker Norbert Frei hält eine unwissentliche Mitgliedschaft für möglich. „Es gab augenscheinlich beides: die strenge Ordnungsrhetorik des Aufnahmeprocederes und die schlampige Realität der Aufnahmen.“

Tatsächlich gibt es Hinweise, dass lokale NS-Chargen allzu eifrig bei der Parteiwerbung unter Hitlerjungen vorgingen. Im November 1944 rügte die Reichsjugendführung jedenfalls „Überschreitungen von 50 bzw. gar 100 %, wie sie in einzelnen Gebieten und Bannen bei der Aufnahme der Geburtsjahrgänge 1926 und 1927 vorgekommen“ seien.

Der Name des Schülers Horst Ehmke etwa findet sich auf einer Liste mit insgesamt 1895 Personen aus dem Gau Danzig-Westpreußen. Der spätere Justizminister in der großen Koalition und Kanzleramtschef unter Willy Brandt soll laut Karteikarte am 10. Februar 1944 den Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt und am 20. April als Mitglied Nr. 9842687 aufgenommen wor-



Luhmann | Ehmke | Boenisch | Lübbe | Dorst

MARCO-URBAN.DE (O.); TEUTOPRESS; L. REIMANN / ACTION PRESS; HOFFMANN / IMAGO; B. MEYA / AKG; J. SCHULZE / BAYREUTHER FESTSPIELE (U.)

NSDAP-Mitgliedskarte, Betroffene: *Karteileichen im Zettelkasten der NS*

den sein. „Ich habe nicht gewusst, dass ich in der Kartei geführt werde“, sagte Ehmke dem SPIEGEL, „und ich habe auch keinen Antrag gestellt.“

Allerdings liegt im Bundesarchiv auch ein Antwortschreiben des NSDAP-Aufnahme-Amts vom 20. Mai 1944 an den Reichsrevisor in Danzig. Darin wird die Ausstellung von nur 1892 Mitgliedskarten mitgeteilt. Die Anträge von drei Hitlerjungen wurden zurückgesandt, „da jeweils die eigenhändige Unterschrift fehlt“ – Ehmkes Name ging offensichtlich durch.

Auch Lübbe, dessen mutmaßliche NSDAP-Mitgliedschaft bereits früher im Gespräch war, kann sich nicht erinnern, je eine Unterschrift geleistet zu haben. Er will es aber auch nicht ausschließen: „Ich habe nichts dagegen, wenn mir jemand sagt, ich hätte das dann ja gut verdrängt“, sagt der Philosoph, „aber von dieser Kategorie der Verdrängung Gebrauch zu machen heißt, sich abzuschneiden von der Kenntnisnahme dessen, wie es in der Nazi-Zeit wirklich gewesen war.“

Sicher fügten sich viele Jugendliche einer so empfundenen Notwendigkeit oder dem Gemeinschaftsdruck; manche mögen ihre Teilnahme an einer Sammelaufnahme als lästige Routine erlebt und vergessen haben, etwa wenn sie nach einer aufmunternden Rede geschlossen zum Parteieintritt gedrängt wurden. „Alle dafür? Jemand dagegen?“ – das hätte mehr Eigenständigkeit verlangt, als der Masse der 16- oder 17-Jährigen zuzumuten war.

Darin liegt das Dilemma der Debatte über Karteikarten und Unterschriften: Nie schienen die Heutigen weiter davon entfernt, zu wissen, „wie es wirklich war“, als im Fall der nun 80-Jährigen, dieser Generation, die, bindungslos und verstrickt zugleich, nach dem Zusammenbruch die Bundesrepublik aufbaute und bis heute prägt.

In ihrer persönlichen Geschichte, schrieb der Soziologe Heinz Bude, spiegele sich die Geschichte Nachkriegs-Deutschlands: „Sie waren dem Schuldzusammenhang der deutschen Geschichte gnädig entronnen und spürten doch ihre Verstrickung darin: hoffnungslos dazwischen.“

Nun wird die kollektive Erinnerung von Karteikarten eingeholt, deren Aussagewert unklar ist und die nichts über individuelle Schuld oder Verantwortung oder Leichtfertigkeit aussagen. Die NS-Bürokratie funktionierte gut und liefert bis heute archivalische Altlasten.

Das hat der SPD-Mann Ehmke schon einmal erfahren, als ihm bei einem Besuch der Wehrmachtsauskunftsstelle seine Krankenakten mit oral und rektal gemessenen Fieberdaten aus dem Feldlazarett präsentiert wurden: „So sind die Deutschen, hat meine Prager Frau da zu mir gesagt, sie machen die ganze Welt kaputt und sich selbst“, erzählt Ehmke. „Aber die Akten, oral und rektal, die sind da.“

MALTE HERWIG

DEFD

Darstellerin Winstead in „Death Proof – Todsicher“: *Palaver über Kuschelsex*

KINO

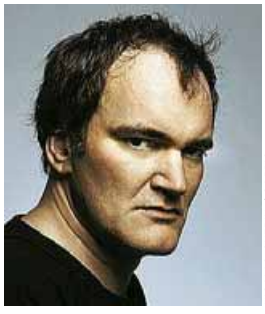
Pubertät für alle

Der Kult-Regisseur Quentin Tarantino zieht wie ein Lumpensammler durch die Popkultur und zitiert gern Filme. Doch sein neues Werk „Death Proof – Todsicher“ ist schlecht recycelt.

Worüber reden vier Frauen, wenn sie ausgelassen sind? Über Filme, worüber sonst. Sie sitzen am Tisch, essen, trinken, lassen es sich gutgehen und fragen sich, ob das Teenager-Drama „Pretty in Pink“ von 1985 für ihre Sozialisation wichtiger war als das Roadmovie „Fluchtpunkt San Francisco“ von 1970, in dem statt Mädchen Motoren heulen.

Sie heißen Abernathy, Zoë, Lee und Kim, werden von den Schauspielerinnen Rosario Dawson, Zoë Bell, Mary Elizabeth Winstead und Tracie Thoms gespielt und sind in dem Film „Death Proof – Todsicher“ vier schöne Lautsprecher. Wenn die Kamera sie umkreist, erwartet der Zuschauer, dass der Souffleur, der ihnen ihre Dialogsätze über das Kino eingeflüstert hat, jeden Moment ins Bild kommt: Quentin Tarantino.

Denn der Regisseur und Drehbuchautor, der seine Jugend überwiegend in einer Videothek verbrachte, ist einer der größten Filmfans Hollywoods. Er kennt sie alle, die Obskuritäten des Kinos, vom billigen amerikanischen Frauengefängnis- bis zum unbeholfenen japanischen Monsterfilm, und er spricht gern, viel und atemlos darüber.



NICOLAS GUERIN / CORBIS

Regisseur Tarantino *Halbstarker Protz*

Tarantino, 44, ist ein leidenschaftlicher Lumpensammler, der in seinen eigenen Filmen voller Stolz aufträgt, was sonst schnell im Müll der Popkulturgeschichte landet. Sein größter Erfolg „Pulp Fiction“ (1994) ist eine Hommage an den Schundroman, der Nachfolgefilm „Jackie Brown“ (1997) lässt das amerikanische Blaxploitation-Kino der siebziger Jahre wieder aufleben, das zweiteilige Rache-Epos „Kill Bill“ (2003/2004) amerikanisiert das asiatische Kampfkunstspektakel.

Mit Filmen, die zum großen Teil aus Filmzitaten bestehen, wurde Tarantino zum späten Helden der Postmoderne-Debatte, in der darüber gestritten wurde, ob ästhetische Innovation nicht bloß noch in der Neukombination bereits vorhandener Elemente, Strukturen und Ideen bestehen könne. Nun ist die Debatte lange abgeklungen, doch Tarantino recycelt eifrig weiter.

Sein neues Werk „Death Proof – Todsicher“, das diese Woche in die deutschen Ki-

nos kommt, hat er nach dem Vorbild amerikanischer B-Movies der siebziger Jahre gedreht. Damals liefen krude Filme wie 1975 „Ilsa, She Wolf of the SS“ (Werbespruch: „Sogar die SS hatte Angst vor ihr!“) oft in Doppelprogrammen in heruntergekommenen Kinos und boten ihren Zuschauern viel Sex und Gewalt.

Tarantino tat sich mit seinem Kollegen Robert Rodriguez („Sin City“) zusammen und drehte mit ihm ein sogenanntes Double-Feature: zwei Filme für ein Doppelprogramm. In den USA lief zuerst Rodriguez’ Splatter-Orgie „Planet Terror“, dann folgte nach einer Pause und Trailern für fiktive Schocker Tarantinos „Death Proof“. Weil der Doppelpack in den USA nur 25 Millionen Dollar einspielte, starten die Filme in Deutschland getrennt.

„Death Proof“ erzählt zunächst von drei Frauen, die gemütlich durch Texas gondeln, bis sie von einem verrückten Stuntman (Kurt Russell) über den Asphalt gejagt werden. Ein Autorennfilm scheinbar, der indes nur schwer auf Touren kommt, weil die Frauen erst einmal reden, reden, reden, bevor sie dann endlich Gas geben dürfen – und ganz schnell sterben müssen.

Vor fast 50 Jahren erschütterte Alfred Hitchcock sein Publikum, indem er seine von Janet Leigh gespielte Heldin in „Psycho“ schon in der ersten Häfte des Films ermorden ließ. Tarantino übertrumpft den

VOX / OBS

Tarantino-Stars Jackson, Travolta in „Pulp Fiction“ (1994): *Hang zur Maßlosigkeit*

Meister mühelos – er kann gleich mehrere Frauen auf einen Schlag töten, und es kostet ihn nur ein Achselzucken. Seit seinen „Kill Bill“-Filmen, in denen er Legionen von Figuren schlachten ließ, ist Tarantino ein Experte für erneuerbares Menschenmaterial.

So taucht in „Death Proof“ umgehend eine neue weibliche Reisegruppe auf, diesmal sind es vier Frauen. Zwar reden auch sie viel Blech, fahren aber besser Auto und können es deshalb mit dem Killer aufnehmen. Als ihr Wagen ihm mit Wucht ins Heck rast, lassen ihre derben Worte keinen Zweifel, dass die Stoßstange für sie ein perfekter Penisersatz ist.

Tarantino lässt die Heldinnen den Spuren der drei Stripperinnen in Russ Meyers schwarzweißem Trash-Klassiker „Die Satansweiber von Tittfield“ (1965) folgen, die

im Sportwagen durch die Gegend rasen, sich Wettrennen mit Männern liefern und diesen übel mitspielen. In „Death Proof“ verbeugt sich Tarantino vor Meyer, dem großen Busenfetischisten des US-Kinos.

Meyer filmte seine extradrallen Darstellerinnen mit Vorliebe aus der Untersicht, um ihre Oberweite zur Geltung zu bringen. Wenn er sie im Auto Platz nehmen ließ, wählte er den Bildausschnitt stets so, dass möglichst viel Brust zu sehen ist.

Tarantino zeigt in „Death Proof“ penetrant die Füße seiner Darstellerinnen. Hatte er nicht schon in „Pulp Fiction“ John Travolta und Samuel L. Jackson über Fußmassagen räsonieren lassen? Und auch in „Kill Bill, Vol. 1“ brachte er ständig die Kamera in Bodenhöhe, um Schuhwerk zu präsentieren. Auch ich habe meinen Fetisch, will er wohl sagen.

Zitate über Zitate: Wenn die Darstellerin Sydney Tamiia Poitier sich in „Death Proof – Todsicher“ auf einem Sofa räkelt, lässt Tarantino sie exakt die gleiche Haltung einnehmen wie Brigitte Bardot auf einem Plakat über ihr an der Wand. Die Pose interessiert Tarantino mehr als der Körper der Frau.

Es gibt andere Regisseure, etwa Martin Scorsese, die ihre Inspiration für die eigene Arbeit überwiegend aus der Filmgeschichte beziehen. Doch wenn Scorsese im Finale seines Films „Taxi Driver“ (1975) zwei Treppenszenen aus den Hitchcock-Thrillern „Der Mann, der zu viel wusste“ (1956) und „Frenzy“ (1972) vereint, entsteht aus der Kombination kraft seiner Phantasie etwas grundsätzlich Neues.

Scorsese nimmt die Bilder anderer Regisseure auf und verarbeitet sie. Tarantino frisst Filme in sich hinein und spuckt sie halb verdaut wieder auf die Leinwand zurück. Wenn er Rosario Dawson zu einem tödlichen Tritt ausholen lässt, stellt er damit jene Szene nach, in der Tura Satana in „Die Satansweiber von Tittfield“ einem am Boden liegenden Mann das Genick bricht – nur eben bunt und brutaler.

Mit halbstarkem Protzgebaren verfügt Tarantino über den Bilderfundus des Kinos und imitiert, um zu überbieten, was vor ihm war. Mit der Autoverfolgungsjagd in „Death Proof“ wolle er Maßstäbe setzen, bekannte er. Doch wer versucht, die legendären Rennsequenzen in „Bullitt“ (1968), „French Connection“ (1971) oder „Ronin“ (1998) hinter sich zu lassen, stellt fest: Auf dem Weg in den Kanon des Kinos kann man sich sehr leicht verfahren.

Endlos lange turnt die Stuntfrau Zoë in „Death Proof“ bei voller Fahrt auf der Motorhaube eines Dodge Challenger herum, während sie von Kurt Russell in seinem Dodge Charger attackiert wird – so lange, dass der Zuschauer sich fragt, warum ihre Freundin am Steuer nicht einfach mal kurz anhält. Doch Tarantino gibt Gas, denn er will Spaß.

Der Hang zur Maßlosigkeit ist bei Tarantino nicht neu. Die grotesken Metzelorgien führten schon in den „Kill Bill“-Filmen zu ästhetischer Ödnis. Sich für die Figuren zu interessieren war für den Zuschauer vergebliche Liebesmüh, weil bald schon die Köpfe durch die Gegend flogen – so blutspritzend wie blutleer.

Und auch bei „Pulp Fiction“, Tarantinos als Meisterwerk gefeiertem Episodenfilm, konnte man fragen, warum man einem chargierenden Samuel L. Jackson mit angeklebtem Bart und schlechtsitzendem Toupet dabei zusehen und -hören sollte, wenn er mit Travolta über Fast Food philosophiert. Doch immerhin gelang es Tarantino in diesem Film, eine Banalität zu konstruieren, wie man sie auf der Leinwand tatsächlich noch nicht erlebt hatte.

In „Death Proof“ hört der Regisseur nun minutenlang seinen Heldinnen dabei zu, wie sie über Kuschelsex palavern – mit der Andacht eines Jungen, der auf dem Schulhof Klassenkameradinnen belauscht. In solchen Dialogen klingen selbst erwachsene Frauen wie Teenager.

„Death Proof“ ist der Film eines Regisseurs, der sich aus seinen Kinophantasien nicht ins Leben traut und seine Fans mitnimmt in den Traum von der ewigen Pubertät.

Lars-Olav Beier

Rice-Auftritt bei „Live Earth“ in London
Umwerfende Verzweiflungsarien

POP

Dosenöffner der Herzen

Der irische Sänger Damien Rice, jetzt auf Deutschlandtour, verzückt die Musikwelt durch poetische Texte, Geigenschmalz und einen exzentrischen Dickschädel.

GETTY IMAGES (O.); BARTILLA / POP-EYE (U.)

Musiker Rice (in Berlin)
Zorn auf den Erfolg

Fast ausschließlich junge Frauen sind es, die sich auf dem Bürgersteig des Pariser Boulevard des Capucines unter einer roten Leuchtreklame drängeln, auf der ein seltsam verwackeltes O zu sehen ist. Es wirbt für das Olympia, die ehrwürdigste Konzerthalle der Stadt. Vor dem Haus gellen hysterisch überdrehte Stimmen: Ein paar Frauen feilschen mit Schwarzmarkthändlern um die letzten Tickets für das Konzert dieser Juli-Nacht.

Hier im Olympia haben Josephine Baker, Edith Piaf und Gilbert Bécaud ihre großen Triumphe gefeiert, auch die Rolling Stones kamen, und der berüchtigt griesgrämige und geniale Ire Van Morrison war da.

An diesem Abend aber tritt ein womöglich noch miesepetrigerer junger Mann mit sorgsam verwuscheltem Haar ins Rampenlicht. Er ist berühmt geworden durch ein Album mit dem Titel „O“, wobei niemand einen Schimmer hat, was dieser Buchstabe bedeuten soll.

Der Kerl sieht aus, als nähme er den Glamour und morbiden Charme des Olympia-Saals gar nicht wahr. Die Schultern in ein braunes Cordsakko geklemmt, den Rücken gekrümmt, die Augen niedergeschlagen, so schleicht der eher kleingewachsene Musiker Damien Rice unter dem Jubel des Publikums zum Klavier – und setzt sofort zu einer großen, ergreifenden Wehklage an.

Rice, der ab Sonntag zu Konzertauftritten nach Dresden, Hamburg und Stuttgart kommt, ist ein furios Leidender, ein Meister des Seufzens, des Jammerns und Losheulens. Er hat eine tolle Stimme und ein herausragendes Songschreiber-Talent. Gute Laune ist nicht so seine Stärke.

„Wer an meinen Songs etwas auszusetzen hat, der soll sie einfach nicht anhören“, hat er einmal gesagt, als er noch mit Journalisten sprach. Und: „Ich bin ein depressiver Saftsack.“ Seit einiger Zeit verweigert er fast alle Interviews, denn Fragesteller „stören mich nur“.

Damien Rice, 33, ist aufgewachsen als Sohn von Hippie-Eltern in einer Kleinstadt in der Nähe von Dublin. Er hat mit ein paar Schulfreunden eine Band namens Juniper gegründet. 1998 gelang der Band ein kleiner Hit in Irland, doch Rice setzte sich ab, zog als Straßenmusiker durch Italien und nahm dann 2001 in seiner Heimat im Alleingang das Album „O“ auf. So weit die Legende.

Fest steht, dass Rice auf „O“ seine Hymnen von verzweifelten Liebschaften mit unglaublicher, umwerfender Intimität und Intensität vorträgt. Mit Hilfe von Geigen, Cello, Klavier, Gitarre und der Stimme einer Co-Sängerin inszeniert er einen wuchtigen Schmachtsound, der seinesgleichen sucht in der Popwelt der Gegenwart. Und fest steht auch, dass sich seine Debüt-CD anfangs nur durch Mundpropaganda, mittlerweile mehr als zwei Millionen Mal verkauft hat.

Gut, es gab Helfer. 2005 war im Hollywood-Film „Hautnah“ mit Julia Roberts und Natalie Portman das Rice-Lied „The Blower’s Daughter“ der zentrale Song. In vielen hippen US-Fernsehserien wie „Lost“ oder „Dr. House“ laufen seine Lieder ebenso wie im aktuellen Kinohit „Shrek der Dritte“. Auch beim Londoner „Live Earth“-Konzert am vorvergangenen Samstag im Wembley-Stadion war er dabei und sang mit David Gray eine betont umweltkritische Version des Evergreens „Que sera, sera“.

Er ist ziemlich weit gekommen für einen Mann, der von sich einst sagte: „Es war nie mein Ziel, ein Popstar zu sein.“ Doch sein Erfolg scheint Damien Rice irgendwie zu erbosen. Auf seiner vergangenen November erschienenen, dem Debüt ebenbürtigen zweiten CD „9“ lässt er ein ganzes Lied („Rootless Tree“) lang seinem Zorn durch beherztes „Fuck you“-Gebrüll freien Lauf.

Im Pariser Olympia mimt er nur zu Beginn den einsam auf sich selbst zurückgeworfenen, von der Liebe verschmähten Balladen-Softie, den „Dosenöffner der Herzen“, wie er mal gerühmt wurde. Dann beginnt, zum Entsetzen gerade des weiblichen Publikums, die Zerstörungsarbeit am eigenen Werk: Zunehmend berserkerhaft, dabei die Augen fast immer zum Bühnenboden gesenkt, peitscht Rice seine Mitspieler an und lässt seine filigranen Lieder in einem Hardrock-Inferno zerwummern.

Damien-Rice-Songs handeln nicht von den schönen, sondern von den traurigen und niederschmetternden Momenten des Lebens. Scham- und gnadenlos wühlt da ein Poet in der eigenen Pein: Ob sie je zum Orgasmus komme mit ihrem neuen Lover, will der Sänger von der Adressatin eines Liebeslieds wissen. „Schrubbst du dir die Zähne, bevor du ihn küsst? Vermisst du meinen Geruch?“ Und eine andere Frau himmelt er an: „Ich liebe deine Depressionen, und ich liebe dein Doppelkinn.“

Dem Zorn und dem Jammer des Damien Rice wohnt etwas Paradoxes inne. „Das Groteske ist: Ich gehe auf die Bühne und ächze über die Katastrophen meines Lebens – und die Leute, die mir zuhören, fallen sich um den Hals und jubeln mir zu“, hat er einmal bekannt.

Nicht anders läuft es im Pariser Olympia. Der zur Dekonstruktion entschlossene Poet mag noch so wütend Krawall schlagen – am Ende huldigen selbst die zwischendurch vom Lärm verstörten jungen Frauen mit spitzen Schreien und feuchten Augen einem merkwürdigen, bizarren Künstlermenschen: dem depressiven, großartigen Saftsack Damien Rice. WOLFGANG HÖBEL

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Tommy Jaud** Millionär
Scherz; 13,90 Euro

2 (3) **Andrea Maria Schenkel** Tannöd
Edition Nautilus; 12,90 Euro

3 (2) **Donna Leon** Wie durch ein dunkles Glas Diogenes; 21,90 Euro

4 (5) **Dieter Hildebrandt** Nie wieder achtzig! Blessing; 19,95 Euro

5 (4) **Daniel Kehlmann** Die Vermessung der Welt Rowohlt; 19,90 Euro

6 (6) **Cecelia Ahern** Vermiss mein nicht
W. Krüger; 16,90 Euro

7 (10) **J. R. Moehringer** Tender Bar
S. Fischer; 19,90 Euro

Ein trockener Alkoholiker schwärmt von den Freuden des Trinkens und des Aufwachsens in einer amerikanischen Bar

8 (12) **Pascal Mercier** Lea
Hanser; 19,90 Euro

9 (9) **Marina Lewycka** Kurze Geschichte des Traktors auf Ukrainisch dtv; 14 Euro

10 (8) **John R. R. Tolkien** Die Kinder Húrins Klett-Cotta; 19,90 Euro

11 (7) **Karin Slaughter** Gottlos
Wunderlich; 19,90 Euro

12 (13) **Martha Grimes** Inspektor Jury kommt auf den Hund
Goldmann; 19,95 Euro

13 (11) **Nicholas Sparks** Das Leuchten der Stille Heyne; 19,95 Euro

14 (15) **Kai Meyer** Drache und Diamant – Das Wolkenvolk III
Loewe; 16,90 Euro

15 (14) **David Safier** Mieses Karma
Kindler; 16,90 Euro

16 (–) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Halbblutprinz
Carlsen; 22,90 Euro

17 (18) **Stephenie Meyer** Bis(s) zum Morgengrauen Carlsen; 19,90 Euro

18 (–) **Stephenie Meyer** Bis(s) zur Mittagsstunde Carlsen; 19,90 Euro

19 (16) **Arnaldur Indridason** Frostnacht Lübbe; 18,95 Euro

20 (17) **Maria Barbal** Wie ein Stein im Geröll Transit; 14,80 Euro

Sachbücher

1 (1) **Hape Kerkeling** Ich bin dann mal weg Malik; 19,90 Euro

2 (2) **Benedikt XVI.** Jesus von Nazareth
Herder; 24 Euro

3 (3) **Rhonda Byrne** The Secret – Das Geheimnis Goldmann; 16,95 Euro

4 (5) **Karl Lauterbach** Der Zweiklassenstaat
Rowohlt Berlin; 14,90 Euro

5 (4) **Susanne Fröhlich / Constanze Kleis** Runzel-Ich – Wer schön sein will … W. Krüger; 14,90 Euro

6 (7) **Eva-Maria Zurhorst** Liebe dich selbst Goldmann; 18,90 Euro

7 (6) **Tiziano Terzani** Das Ende ist mein Anfang DVA; 19,95 Euro

8 (8) **Oliver Hilmes** Herrin des Hügels – Das Leben der Cosima Wagner
Siedler; 24,95 Euro

9 (10) **Tina Brown** Diana – Die Biographie Droemer; 19,90 Euro

10 (9) **Veronika Peters** Was in zwei Koffer passt – Klosterjahre
Goldmann; 18 Euro

11 (11) **Ulrich Wickert** Gauner muss man Gauner nennen Piper; 19,90 Euro

12 (12) **Jürgen Roth / Rainer Nübel / Rainer Fromm** Anklage unerwünscht! Eichborn; 19,95 Euro

13 (17) **Jutta Rosenkranz** Mascha Kaléko
dtv; 14,50 Euro

14 (15) **Petra Gerster** Reifeprüfung – Die Frau von 50 Jahren
Rowohlt Berlin; 19,90 Euro

15 (14) **Marina Nemat** Ich bitte nicht um mein Leben Weltbild; 12,95 Euro

16 (18) **Heinz Florian Oertel** Gott sei Dank – Schluss mit der Schwatzgesellschaft
Das Neue Berlin; 9,90 Euro

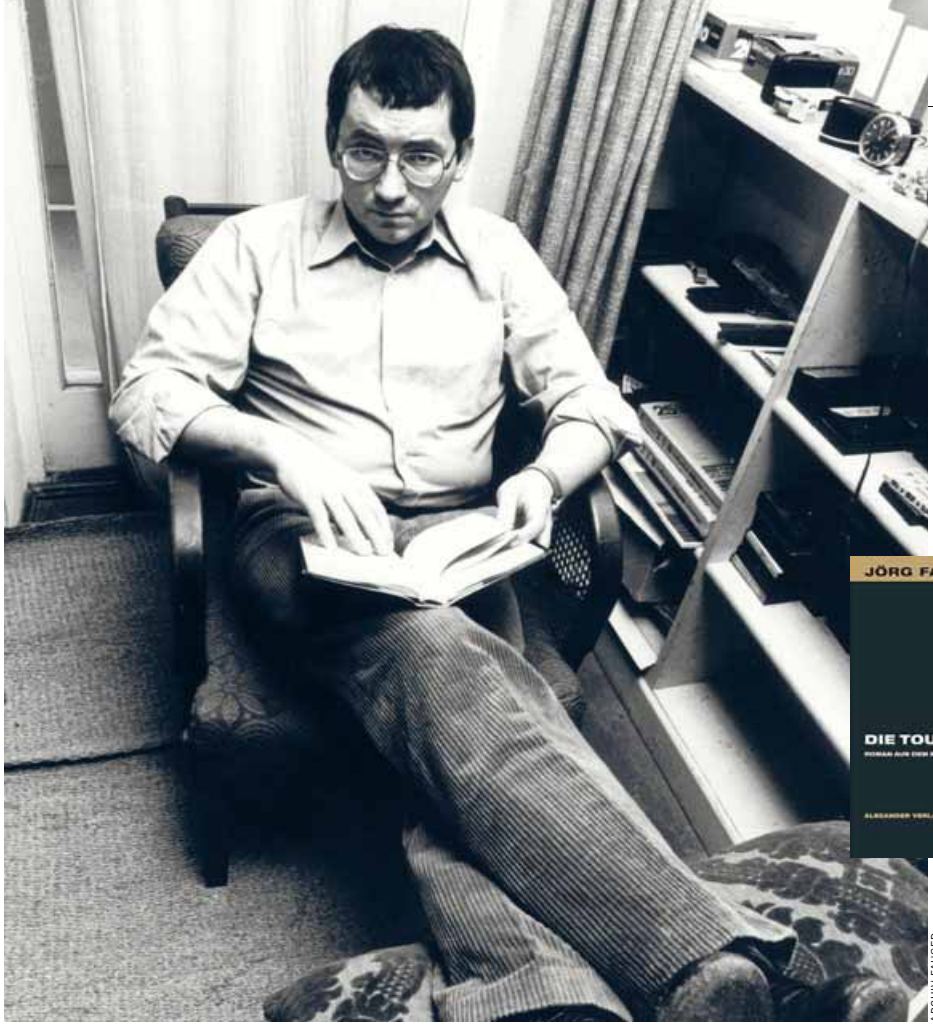
17 (13) **Sabine Asgodom** Lebe wild und unersättlich! Kösel; 14,95 Euro

18 (20) **Alice Schwarzer** Die Antwort
Kiepenheuer & Witsch; 16,90 Euro

19 (–) **Christian Saehrendt / Steen T. Kittl** Das kann ich auch!
DuMont Literatur und Kunst; 14,90 Euro

Lustige Gebrauchsanweisung für moderne Kunst – mit gezielten Seitenhieben auf die Gerissenheit der Galeristen

20 (16) **Bernhard Vogel / Hans-Jochen Vogel** Deutschland aus der Vogel Perspektive Herder; 19,90 Euro



ARCHIV FAUSER

Schriftsteller Fauser (1976)
„Stütze dich an Mauern, nicht an Menschen“

AUTOREN

Tournee in den Tod

Mit Jörg Fauser starb 1987 einer der großen Rebellen des deutschen Literaturbetriebs. 20 Jahre nach seinem Tod erscheint nun sein letzter Roman. *Von Franz Josef Wagner*

ALEX BECHER / DDP

Wagner, 63, ehemals Chefredakteur der Illustrierten „Bunte“, heute Kolumnist für „Bild“, war Freund und Trinkkumpan Fausers.

Wie Sterben ist, hat Jörg Fauser nicht mehr selbst erlebt, er war zu besoffen. Am Nachmittag hatte er schon mit Freunden in einem Münchner Biergarten mit dem Trinken begonnen, es war sein 43. Geburtstag, und er hatte auf die 169. Seite seines neuen Romanmanuskripts „Die Tournee“ in der Nacht zuvor triumphal die Worte getippt: „Schreiben war gut. Besser als die Gemeinschaft mit Menschen war, über sie zu schreiben und dann nicht an ihnen haften zu bleiben, sondern weiterzuhüpfen wie die Kugel im Roulettekessel, sieben, ätsch, dreiundzwanzig, ätsch, siebzehn, money.“

Die Geburtstagsgesellschaft lief angenehm betrunken am frühen Abend dann ins „Schumann's“ ein. Gott, wie oft schon waren wir beide, Jörg und ich, als Schnapsleichen aus dem Schumann's hinausgetorkelt. Zwei Schritte vor, drei Stolperschritte zurück, und hinter uns Eichinger oder Wondratschek. München 1987.

Es muss irgendwann nach Mitternacht an diesem 17. Juli gewesen sein, als Fauser etwas murmelte wie „frische Luft“ und aus dem Schumann's rausging und zwei, drei Stunden später, von einem Lastwagen überfahren, tot auf der A94 lag. Es gibt zwei Theorien: Fauser hatte Todessehnsucht, so die Legende. Fauser wollte ins Puff, so die Polizeireporter, erbrach sich im Taxi, der Taxifahrer schmiss ihn beim Autobahnzubringer Flughafen Riem raus, wo rechts das Puff war. Für mich schwankte Fauser, zwei Schritte vor, drei Schritte zurück, auf der Autobahn hoch zu dem blauen Licht, wo ich zweimal mit ihm abgestürzt war. Jörg war sofort tot. Jörg wollte keinen Sex, er wollte seinen Geburtstag zu Ende feiern mit echten Menschen, mit Huren, Dealern, Nachtgespenstern. Er hatte an dem Tag nichts Besonderes vor, um 16 Uhr wäre er zur Massage gegangen. So steht es wenigstens in seinem Taschenkalender.

Als Band 9 einer Werkausgabe veröffentlicht der Alexander Verlag Berlin nun 20 Jahre danach sein Romanfragment „Die Tournee“ – für mich der sicherste Beweis, dass er leben wollte*. Wer solche 184 Buchseiten in seine Olympia hämmert (wir hämmerten damals noch auf unseren mechanischen Schreibmaschinen), wirft sich vor keinen Laster.

Jörg hatte sich in „Die Tournee“ Westdeutschland vorgenommen, die Bundesrepublik der achtziger Jahre, und beim Lesen erschaudere ich darüber, dass ich dort gelebt habe. Keine Illusion ist verbreiteter als die, dass früher alles besser war – wir hingen rum, Überlebende der Generation Jimi Hendrix und Andreas Baader.

Die Helden seines Romans sind alle müde. Da ist Harry Lipschitz, 57, Mitglied der Schöneberger SPD, Berlin. Mit ihm beginnt „Die Tournee“. Es ist das Berlin des Babystrichs. Das Berlin von Christiane F., das Berlin, in dem die Bosse ins Immobiliengeschäft mit Migranten einstiegen. Da ist ein Münchner Galerist, der pleite ist und verzweifelt Anschluss zu den Burdas und Beckenbauers sucht, den Königen der manikürten Stadt. Da sind 500 Gramm Koks, die sich als Mehl entpuppen. Da ist Natascha Liebling, 41, die mit 23 in Italien entdeckt wurde und in allen Klatschspalten stand und keine Rollen mehr kriegt.

Die Idee zu „Die Tournee“ war Fauser bei den Recherchen für seine Theatertourneereportage „Die Wunde der Komödianten“ gekommen, veröffentlicht 1986 in „Transatlantik“. Mit Doris Kunstmann war er über die Kurorte gezogen, Bad Orb, Bad Wörishofen. Eine Comedia infernale braut sich in „Die Tournee“ zusammen, Fauser hatte den großen Roman vor, sein „Manhattan Transfer“, und dann kam sein Scheißtod. Seite 183, toll, Seite 184, Wahnsinn, Seite 185, ätsch.

Fausers Romanfragment zu lesen ist, als schaufelte man die zwei Meter Erde seines eigenen Grabes auf. Wie wild und gefährlich waren die sechziger, die siebziger Jahre: Vietnam, die Schüsse auf die Kennedys, die Männer auf dem Mond, die Hausbesetzer, Willy Brandt, die mörderische RAF.

Wie trostlos waren dagegen die achtziger Jahre vor dem Mauerfall: Hausmänner, Alice Schwarzer und der heilige Handke. Man trank jetzt nicht mehr. Gewichts-

* Jörg Fauser: „Die Tournee“. Alexander Verlag Berlin, Berlin; 272 Seiten; 19,90 Euro. Erscheint Ende August.

gründe, Pillen, die sich nicht mit Alkohol vertrugen. Man las Graeter, die „Bunte“, am Wochenende die „Zeit“ sowie Walser und sah verstohlen um Mitternacht auf die Uhr, an den Babysitter denkend und das Kopfweh am nächsten Morgen. Man joggte, und zu allem Übel war das Kondom wieder zurück. Aids.

Wie war Fauser drauf in dieser Gegenwelt? So war er drauf: „Was bei uns als Literatur gehandelt und hochgemotzt wird. Bei uns!“, schrieb er, schrie er in seinem Porträt über Jack Kerouac – und es fällt mir schwer, ihn zu Ende zu zitieren, weil ich seine Sätze gerade erst, während ich über ihn schreibe, gefunden habe und noch erschrocken bin.

„Da gab es Rolf Dieter Brinkmann“, heißt es weiter, „sicher kein Autor, der einen vom Stuhl riss, aber ehrlich, geschlagen wie wir alle, aber meistens voll da, mit einem Gespür für die versteckte Scheiße ringsum, wurde in London überfahren, 35, tot, und prompt denunziert von den Hohepriestern unserer pseudo-sensibilistischen Verblödungs-Kamarilla … und auch das letzten Endes nur ein Zeichen dafür, dass man bei uns noch mehr als anderswo auf der Hut sein muss vor den Kulturverwertern, diesen Schakalen der total medialisierten Welt … nicht mal sterben kann man, ohne Angst zu haben, verschaukelt und verscheißert zu werden.“

Keine Analyse, nur die Frage: Sind Schriftsteller Seher, Hellseher?

Jörg Fauser wurde 1944 in Bad Schwalbach im Taunus geboren. Sein Vater war ein anerkannter Maler, seine Mutter war Schauspielerin, ab und zu in der „Frankfurter Rundschau“ erwähnt. Jörg machte mühelos Abitur, übernachtete manchmal bei Hausbesetzern, schlief neben Joschka Fischer auf der Matratze, seine Mutter brachte ihnen frische Wäsche. Er immatrikulierte sich an der Goethe-Universität, Ethnologie und Anglistik, Zivildienst. Was hätte aus Jörg alles werden können? Professor, Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen“, Kurator?

Ein Junge, der mit 17 Jack Kerouacs „On the Road“ liest, wird kein Kurator. „Hatte man Kerouac gelesen“, schrieb Jörg, „waren die Straßen anders als vorher. Hier gab es Bewegung, Farbe, Rhythmus, Rausch.“ Alles andere sei wie Kirchenfunk oder ein Buch von Böll gewesen.

Eine Jugendliebe von ihm lebte in London, er zog zu ihr, jobbte in einem Siechenheim, schmiss das Studium – und, ja, da spritzte er sich Heroin und war on the road. Ich denke, es ging ihm darum, Worte herauszubringen, aus Stottern Sprache zu machen. Er war ein Junkie.

1967 bis 1968 lebte er im Istanbuler Drogenviertel Tophane. Er hatte sich fest vorgenommen, Schriftsteller zu werden, Joseph Roth, Fallada, Jack Kerouac.

„Wenn du dich stützen musst, stütze dich an Mauern, nicht an Menschen“, schrieb er in Istanbul. Wer das druckte? Mal ein Frankfurter Szeneblatt, mal der „Tip“ aus Berlin.

Wer das las? Ich und vier-, vielleicht fünfhundert Fauser-Fans. Aus der Hölle schrieb er Gedichte, undruckbar in der geschnöselten Welt. Eines heißt „Manchmal mit Lili Marleen“, und es klingt so: „Und die anderen / die sich in Cold-Turkey-Gefängnissen aufhängten / in Badezimmern absackten oder einfach irgendwo im Park / die gleichen Gesichter, die gleiche Sinnlosigkeit / das kalte ausgehungerte Fleisch / … / weit weg mit Erinnerungen / und manchmal mit Lili Marleen“ (Jörg, ich habe die Verse herausgenommen, wo man sich in den Penis fixt).

CINETEXT

Szene aus Fauser-Verfilmung „Der Schneemann“ (1985)*: *„Er passt nicht hierher“*

Auf seinem Grab keine Blumen, was ich der Witwe, aber auch uns Freunden ankreide. Ungefähr hundert Leute waren gekommen, um Fausers Beerdigung in München beizuwohnen. „Darf man auf einem Friedhof rauchen?“, fragte ich Reinhard Hesse, Fausers Kollegen und Saufkumpan bei „Transatlantik“, später Redenschreiber von Gerhard Schröder, vor drei Jahren elendig an Krebs gestorben. „Man darf auch trinken“, sagte Hesse und reichte mir seinen Flachmann.

Wie muss man sich Fauser vorstellen? Vielleicht wie in diesem Gedicht, das er „Winter-Szene“ nannte.

„Draußen schneite es. / Drinnen im Keller / saß ich auf dem ungemachten Bett, / trank Alka-Seltzer aus einem Bierglas / und sah ihr zu. / Sie zog sich an. / Musst du denn schon gehn? / Ja, ich muss den Kindern Mittagessen machen. / Und dann? / Dann muss ich auf die Krankenkasse, / aufs Finanzamt, aufs Schulamt, / … / verstehst du? / Ich verstand. / Sie schlüpfte in ihren Slip, / er war lila. / Weißt du, dass ich seit sechs / Wochen kein Gedicht mehr / geschrieben hab? / Dann schreib doch eins. / Und das letzte war schon Mist. / Dann schreib jetzt ein besseres. / Vielleicht hab ich's verlernt, / sagte ich. / Sie setzte sich zu mir, / ich küsste ihre Titten. / …“

Fauser war ein Dichter geworden. Wie Bukowski, wie Benn. Wir standen am Grab eines Dichters, rauchten und tranken Hesses silbernen Flachmann aus.

1971/72 war Fauser weg vom Heroin. Er schrieb nun nur noch. Aber: „Keine Stipendien, keine Preise, keine Gelder der öffentlichen Hand, keine Jurys, keine Gremien, kein Mitglied eines Berufsverbands, keine Akademie, keine Clique.“ Ein Schriftsteller wie Christian Kracht hätte Jörgs Leben nicht überlebt. Die Erzählung „Alles wird gut“, seine Romane „Rohstoff“ und „Das Schlangenmaul“ – alle wurden sie nach seinem Tod Kult, aber erst nach seinem Tod. Und deshalb verfluche ich alle Kritiker.

Die größte Demütigung fügte er sich aber selber zu. In einem Hawaiihemd las Fauser 1984 beim Bachmann-Wettbewerb in Klagenfurt vor. „Er passt nicht hierher“, sagte Reich-Ranicki. Da war immerhin schon „Der Schneemann“ erschienen, das Buch, das ihn berühmt gemacht hat, 1985 wurde es verfilmt mit Westernhagen. Der Film hatte mit Jörgs Buch wenig zu tun, aber Jörg nahm das Geld gern. War er jetzt ein glücklicher Mann?

Als Jörg und ich uns kennenlernten, war vor allem ich ein unglücklicher Mann. Ich war nicht durchgekommen. Ich hatte vier Romane geschrieben und war kein einziges Mal in der „FAZ“ oder der „SZ“ erwähnt worden. Ich rettete mich in den Journalismus, in das leichtere Leben.

Er aber hämmerte, hämmerte. Und es hämmert in meinem Kopf, wenn ich an ihn denke. „Gib nicht auf“, sagte er mir. Aber ich fuhr längst einen Porsche und verdiente mein Geld mit einfacheren Worten. In „Die Tournee“ kann man lesen, wie es anders geht. Welchen toten Schriftsteller unserer Zeit, wenn ich die Wahl hätte, würde ich wieder zum Leben erwecken? Ich würde sagen: Fauser. ◆

* Mit Marius Müller-Westernhagen und Polly Eltes.

Wo ist Mausi?

Nahaufnahme: Wie Österreich bei der Operette „Wiener Blut“ am Neusiedler See ganz zu sich findet

Der schlammige See liegt wie ein großer, flacher Teller in der sanften, melancholisch anmutenden Landschaft. Sonnenblumen stehen auf den Feldern, dazwischen dehnen sich zackig ausgerichtete Rebstöcke. Kraftvoller Wein wird hier gekeltert. Ungarn und Österreich berühren sich in dieser Gegend, geografisch und mental. Pannonien, Puszta-Land. 300 Tage im Jahr soll hier in der weiten Tiefebene des Burgenlandes die Sonne scheinen. Heute nicht. Ein starker Wind weht, und es ist kühl. An diesem Donnerstag ist am Neusiedler See Premiere bei den Seefestspielen in Mörbisch: „Wiener Blut“ von Johann Strauß.

Es ist das 50. Jubiläum der Festspiele. Es wird begangen, wie nur Österreich so etwas feiert – als überdrehte Parodie, die sich in Wahrheit aber so ernst nimmt, dass es fast schon wieder ein Spaß ist. Das Fernsehen überträgt live.

Der Intendant der Festspiele heißt Harald Serafin, ist ein ehemaliger Opernsänger, tritt im Fernsehen als Juror in einer Tanzshow auf und gibt sich als Mischung aus Johannes Heesters, Lou van Burg und Dieter Bohlen. Das muss man mögen. Serafin ist 75 Jahre alt und eine landesweite Institution, also unausweichlich. Er spielt in fast jeder Produktion mit.

Fünfzehn Jahre amtiert er schon in Mörbisch, und er hat viel geleistet. Es kommen rund 200 000 Besucher pro Saison. Mörbisch ist das Bayreuth der Operette. Und sein „Ring des Nibelungen“, das ist das saubere Dutzend der unverwüstlichen Werke von Johann Strauß, Emmerich Kálmán oder Franz Lehár. Hier spielt man sie in Reinkultur.

Serafins Begrüßungsansprachen vor jeder Premiere sind angeblich legendär. Da begibt sich der Intendant ins Publikum in die erste Reihe und versucht, witzig zu sein. Fotografen und Kameraleute umzingeln ihn. Schaler Schalk und der Glaube an die unantastbare Würde eines Komödianten lassen den weißhaarigen Parzival der Platitüde die lange Namensliste abarbeiten.

Der amtierende Bundeskanzler ist in diesem Jahr gekommen und auch ein ehemaliger. Peter Weck, der Musical-König, ist da „mit seinem Mausilein“. Nur Richard „Mörtel“ Lugner, der Baulöwe, wird nicht begrüßt. Der sitzt allein in Reihe sechs von Block C. Ohne seine Mausi. Vom disharmonischen Familienleben im Hause Mörtel zehrt die österreichische Boulevardpresse seit Wochen.

Serafins Späße sind so flach, dass es sich schon aus Respekt vor der friedlichen Natur verbietet, auf die geringe Wassertiefe des Sees, an dem seine Freilichtbühne steht, anzuspielen. Der zweitgrößte Steppensee Europas bringt es im Durchschnitt auf 1,50 Meter.

FOTOS: RUDI FROESE / ANZENBERGER

„Wiener Blut“ in Mörbisch: *Disharmonisches Familienleben*

Serafin ist ein Profi der Schadensbegrenzung, er selbst nennt seine Conférence „seicht und diffus“. Und bekommt von über 6000 Premierengästen Absolution per Applaus. Jetzt ist Österreich ganz bei sich. Ein nicht sehr großer Mann macht sich klein, weil er sich für groß hält, findet das lustig und glaubt, das sei wahre Größe. Der Austro-Komplex.

Bleibt nur die dazu erfundene Musik. Aber „Wiener Blut“ ist auch nicht das, was es sein will. So recht ist das Stück nicht von Johann Strauß, und ein Stück ist es auch nicht. Es ist eine geschickte Resteverwertung. Kurz vor seinem Tod am 3. Juni 1899 ließ Strauß seinen Kapellmeister Adolf Müller einige Walzer, Polkas und andere eingängige Musikstücke aus seiner Feder zu einer Operette zusammenstückeln und mit einem Libretto versehen, das ein dramaturgisches Nichts ist.

Die Handlung spielt während des Wiener Kongresses 1815 und beschreibt einen deutschen Provinzgrafen, der sowohl eine Gattin als auch eine Geliebte und obendrein eine neue Eroberung zu betreuen hat. Verwechslungen aller Art führen schließlich zu einem Ende, das in Mörbisch in einem beeindruckenden Feuerwerk gipfelt.

Die Inszenierung übernahm Maximilian Schell, der seit seinem Oscar für die Hauptrolle in dem Film „Das Urteil von Nürnberg“ im Jahr 1961 stets mit dem schmückenden und unvergänglichen Beiwort „Weltstar“ versehen wird.

Schell, der sich beim Schlussapplaus nicht zeigte, tappte prompt in die Operettenfalle: Er wollte sie ernst nehmen. Also zogen zu Beginn abgekämpfte Truppen über die Bühne. Klar, schon verstanden: Der Kongress tanzt, und die Soldaten draußen sind zu Krüppeln geschossen. Das Schlussbild, das beim Heurigen in Hietzing spielt, lässt Schell auf einem Friedhof beginnen.

Stimmung kam da nicht auf. Abgekämpft wie die napoleonische Soldateska zog das Publikum mit seinen Wolldecken und Regencapes wieder in die pannonische Tiefebene und freute sich, dass in diesem Jahr neben der ausgelassenen Operettenstimmung wenigstens auch die Mücken ausgeblieben waren.

Denn für diese Insekten, vor Ort mundartlich Gelsen genannt, ist Mörbisch nun wirklich berühmt. Die Seebühne heißt deshalb bei Kulturtouristen, die auch schon einmal in Salzburg Station machen, Gelsenreitschule.

Sicherlich hat Harald Serafin, der sich im „Wiener Blut“ als schnarrende Preußen-Persiflage produzierte, den Ort in einer seiner Eröffnungsreden längst schon einmal Gelsenkirchen genannt. Na, servus.

JOACHIM KRONSBEIN

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck, die SPIEGEL-Jahres-DVD und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop. Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

Bestellung von Einzelheften / älteren Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Abonnenten-Service
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 20.00 Uhr,
Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)
Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)
Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 171,60
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 499,20
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 127,40 inkl. 6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 301,60
Europa: zwölf Monate € 226,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 304,20
SPIEGEL DIGITAL inkl. E-Paper: zwölf Monate € 174,20
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,30 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 9,60 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug ($^1/_4$-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP07-001-WT127

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Dietmar Pieper, Hans-Ulrich Stoldt. *Redaktion:* Georg Bönisch, Jan Friedmann, Per Hinrichs, Carsten Holm (Hausmitteilung), Ulrich Jaeger, Bernd Kühnl, Merlind Theile. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Dr. Klaus Wiegrefe

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit, Georg Mascolo, Jan Fleischhauer (stellv.), Konstantin von Hammerstein (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Horand Knaup, Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, Alexander Szandar. *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen. *Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Michael Sauga, Thomas Schulz

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Dominik Cziesche, Ulrike Demmer, Michael Fröhlingsdorf, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO *Leitung:* Stefan Berg (stellv.), Holger Stark (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, Irina Repke, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Caroline Schmidt, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Beat Balzli, Julia Bonstein, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter*: Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Gerhard Spörl, Dr. Christian Neef (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Britta Sandberg, Daniel Steinvorth, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Katja Thimm, Christian Wüst

KULTUR *Leitung:* Dr. Romain Leick, Matthias Matussek. *Redaktion:* Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Rebecca Casati, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Malte Herwig, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Philipp Oehmke, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Moritz von Uslar, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren*: Wolfgang Höbel, Urs Jenny, Dr. Mathias Schreiber

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter*: Klaus Brinkbäumer, Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexander Osang, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Lothar Gorris. *Redaktion:* Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN *Leitung:* Stephan Burgdorff, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Wolfram Bickerich, Annette Bruhns, Joachim Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Manfred Schniedenharn, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Antje Poeschmann, Fred Schlotterbeck, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt, Anke Wellnitz; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Heidrun Günther, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Sabine Sauer, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Matthias Krug, Tel. (001310) 2341916

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Petra Gronau, Kristian Heuer, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Astrid Bodo, Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Andrea Brandt, Guido Kleinhubbert, Sebastian Ramspeck, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Bettina Musall, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhard Straße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

AMSTERDAM Gerald Traufetter, Keizersgracht 431s, 1017 DJ Amsterdam, Tel. (0031) 203306773, Fax 203306774

BELGRAD Renate Flottau, Crnotravska 11 z, 11040 Belgrad, Tel. (0038111) 2669987, Fax 3670714

BOSTON Jörg Blech, 278 Elm Street, Somerville, MA 02144, Tel. (001617) 6281596, Fax 6283137

BRÜSSEL Frank Dohmen, Hans-Jürgen Schlamp. Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

DUBAI Bernhard Zand, P.O. Box 213380, Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, Tel. (009714) 3443605, Fax 3448089

ISTANBUL Annette Großbongardt, PK 12 Arnavutköy (Bogazici), 34345 Istanbul, Tel. (0090212) 2877456, Fax 2873047

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 26447494, Fax 26447501

KAIRO Amira El Ahl, Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Thomas Hüetlin, 90 A Notting Hill Gate, London W11 3HP, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 3910575, Fax 3192968

MOSKAU Uwe Klußmann, Matthias Schepp. *Autor*: Jörg R. Mettke, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-204181559

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Frank Hornig, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, Rio de Janeiro-RJ, CEP 22290-970, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Alexander Smoltczyk, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, Bureau Southeast Asia / Pacific, 59 A, Merryn Road, 298530 Singapur, Tel. (0065) 62542871, Fax 62546971

WARSCHAU P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Gabor Steingart, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Marion Kraske, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Ofner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Ursula Stiegler, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 61 vom 1. Januar 2007
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540
Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00
Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass
Druck: Prinovis, Itzehoe
Prinovis, Dresden

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Dr. Mario Frank

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $320 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

Chronik

Heftige Luftströme lassen eine Wasserhose über dem niederländischen Wattenmeer aufsteigen.

MEIJERT DE HAAN / DPA

SAMSTAG, 7. 7.

KLIMAWANDEL Per Videobotschaft eröffnet der ehemalige amerikanische Vizepräsident Al Gore mit dem australischen Live-Earth-Konzert in Sydney die Serie weltweiter Auftritte für den Klimaschutz.

KONTROLLEN In London startet, nach Bluttests für alle 189 Fahrer, die 94. Tour de France.

RITUS In Rom führt Papst Benedikt XVI. wieder den „lateinischen Ritus“ für die Messe ein, dessen strenge Form „eigenmächtige Entstellungen“ der Liturgie durch Priester verhindern soll.

SONNTAG, 8. 7.

ENTGEGENKOMMEN In Jerusalem billigt das israelische Kabinett als Zeichen des Entgegenkommens an die Autonomiebehörde die Freilassung von 250 palästinensischen Gefangenen.

SPEKTAKEL Bei der umstrittenen Stierhatz durch die Gassen des nordspanischen Touristenorts Pamplona werden 97 Personen verletzt, einige davon schwer.

MONTAG, 9. 7.

INSPEKTIONEN Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde kündigt neue Gespräche über das iranische Nuklearprogramm in Teheran an.

DIENSTAG, 10. 7.

ANGRIFF Nach einwöchiger Belagerung setzen pakistanische Soldaten in Islamabad zum Sturm auf die Rote Moschee an und töten über 50 Extremisten.

NOMINIERUNG In Brüssel verständigen sich die Finanzminister der Europäischen Union auf den Franzosen Dominique Strauss-Kahn als Kandidaten für die Führung des Internationalen Währungsfonds.

MITTWOCH, 11. 7.

KINDERSCHUTZ Das Bundeskabinett in Berlin beschließt einen Gesetzentwurf zur Förderung des Kindeswohls, der ein schnelleres Eingreifen bei Misshandlung und Verwahrlosung ermöglichen soll.

GEDENKEN Mehr als 30 000 Menschen erinnern auf einer Trauerfeier im bosnischen Srebrenica an die Ermordung von 8000 Muslimen durch serbische Milizen.

PROTESTE Das Oberste Gericht in Tripolis bestätigt das Todesurteil für fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt. Sie sollen libysche Kinder absichtlich mit Aids infiziert haben. Der Schauprozess hatte weltweit Protest ausgelöst.

DONNERSTAG, 12. 7.

INTEGRATION Auf einem Gipfeltreffen mit Ausländervertretern stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel einen nationalen Aktionsplan zur Verbesserung der Integration vor.

REKORDWERT Auf dem Devisenmarkt in Frankfurt erreicht der Euro mit 1,38 Dollar ein neues Allzeithoch.

ENTSCHEIDUNG Mit der Stimmenmehrheit der Demokraten votiert das US-Abgeordnetenhaus für den Abzug des Großteils der amerikanischen Truppen aus dem Irak bis zum 1. April 2008.

FREITAG, 13. 7.

ATTRAKTION Das Naturkundemuseum in Berlin zeigt erstmals das größte Dinosaurier-Skelett der Welt – 15 Meter lang, 13 Meter hoch.

SPIEGEL TV

DIENSTAG, 17. 7.
23.15 – 0.10 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Tattoos – Kunst, die unter die Haut geht

Ob ein Sternchen hinterm Ohr oder großflächige Körpergemälde – Tätowierungen erfreuen sich steigender Beliebtheit. SPIEGEL TV über die Sucht nach Körperschmuck.

FREITAG, 20. 7.
21.50 – 23.55 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

Die neue Lust auf Meer – Kreuzfahrernation Deutschland

SPIEGEL TV

„Queen Mary 2“ in Hamburg

Minikreuzfahrten auf der Ostsee, Camping-Reisen auf der Adria, Cluburlaub oder eine Luxuspassage auf einem Oceanliner: Nach dem Gewinneinbruch durch das Ende des Duty-Free-Geschäfts Ende der neunziger Jahre hat sich die Branche längst wieder erholt. Seitdem hat sich die Zahl der Passagiere verdoppelt.

SONNTAG, 22. 7.
22.15 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Warten auf den Tag X – Terrorgefahr in Deutschland; **Das fremde Kind** – von der eigenen Mutter nicht geliebt; **Leben im Bombenhagel** – Alltag in Sderot; **Wenn der Himmel explodiert** – Neues aus der Blitzforschung.

JOHANNES EISELE / DDP

Blitz neben dem Berliner Fernsehturm

GESTORBEN

Kajo Schommer, 67. Der Stadtkämmerer aus dem schleswig-holsteinischen Neumünster war nicht die erste Wahl, aber ein Glücksfall für Kurt Biedenkopf (CDU), den damaligen Ministerpräsidenten Sachsens. Er stand im Oktober 1990 für das Amt des Wirtschaftsministers bereit, nachdem Christa Thoben, heute Wirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, und Birgit Breuel, kurz darauf Chefin der Treuhandanstalt, Biedenkopf einen Korb gegeben hatten. Schommer konnte mit dem Schnelldenker Biedenkopf Schritt halten, auch bei dessen Visionen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Sachsens. Der Westimport, der zwölf Jahre lang als Wirtschaftsminister im Osten diente, setzte die Leuchttürme, die den Freistaat zumindest in den Zentren Chemnitz, Leipzig und Dresden in einen modernen und international konkurrenzfähigen Industriestandort verwandelten. Dabei ging der lebensfrohe Opernfreund mitunter recht unkonventionell vor, so dass es verordnungsgläubige Verwaltungsbeamte grauste. Eine dieser Aktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Zentrums für Mikroelektronik in Dresden bescherte ihm im August 2006 eine Anklage wegen Untreue und Bestechlichkeit; er bestritt die Vorwürfe bis zuletzt. Kajo Schommer starb am 8. Juli in Köln an Krebs.

STEFAN HÄSSLER / IMAGO

MIGUEL VILLAGRAN / DPA

Kathleen Woodiwiss, 68. Gleich mit ihrem ersten Liebesroman „The Flame and the Flower“ (1972) traf die junge Hausfrau aus Minnesota den Geschmack vieler Frauen: Das Buch verkaufte sich über 2,5 Millionen Mal. Weitere zwölf Romane, die alle zu Bestsellern wurden, mit durchschnittlich 600 Seiten und einer Gesamtauflage von 35 Millionen, sollten folgen. Titel wie „Geliebter Fremder“, „Shanna – Wie Staub im Wind“ oder „Was der Sturmwind sät“ lassen Rückschlüsse auf das Kitschniveau der Autorin zu. Sie galt als „Pionierin des Genres romantischer Geschichten über starke Frauen aus vergangenen Zeiten“. Kathleen Woodiwiss starb am 6. Juli in Princeton, Minnesota, an Krebs.

Leon Zelman, 79. Unfreiwillig hat es den gebürtigen Polen nach Wien verschlagen, nachdem er 1945 von den Amerikanern aus dem KZ Mauthausen-Ebensee befreit worden war. Seine Familie hatte er verloren, sein eigenes Überleben bezeichnete Zelman später als Glück. Der studierte Publizist widmete sein Leben fortan der Aussöhnung: Er wollte es aus Österreich vertriebenen Juden ermöglichen, ihre alte Heimat noch einmal zu besuchen. 1980 gründete er den Jewish Welcome Service und sorgte so für jene versöhnlichen Gesten, zu denen das offizielle Österreich lange nicht fähig war. Seine Hoffnung setzte er besonders auf die jungen Menschen: „Sie sind aufgefordert, an einer Welt zu bauen, in der Antisemitismus und Rassismus keinen Platz haben.“ Leon Zelman starb am 11. Juli in Wien.

RONALD ZAK / AP

Claudia Alta „Lady Bird“ Johnson, 94. Vom ersten Tag ihrer Ehe an habe ihr Mann, der 36. Präsident der USA, sie immer wieder „zum Lachen gebracht“, behauptete sie im hohen Alter. Das ist exakt die Antwort, die auch Hillary Clinton auf die Frage gibt, warum sie immer noch mit ihrem Mann, dem 42. US-Präsidenten, zusammen ist. Und wie diese hatte auch „Lady Bird“ (zu Deutsch: Marienkäfer) eigentlich wenig zu lachen: Ihr Mann war zeitlebens manisch-depressiv und arbeitswütig, aß und trank Unmengen und hielt sich im Weißen Haus einen veritablen Harem. Ohne seine Frau wäre Lyndon B. Johnson nie der große US-Präsident geworden, der mehr für die Bürgerrechte getan hat als jeder andere seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie kam aus reichem Haus, sie finanzierte ihm die Wahlkämpfe, und sie machte aus ihrer Radio-Klitsche ein Medienimperium. Zeitlebens war der Texaner, der sich den Ruf eines politischen Grobians redlich verdient hatte, auf ihre Vermittlungskünste angewiesen. Zudem hatte sie einen Hang zur Verschönerung des Landes, der nicht nur zur Zierbepflanzung von Autobahnen, sondern auch zur Vertreibung von Ranchern und ihren Herden aus den Nationalparks geführt hat. Lady Bird Johnson, eine der ersten Umweltaktivistinnen der USA, starb am 11. Juli in Austin, Texas.

BOB DAEMMRICH / POLARIS / STUDIO X

Kurt Hertha, 81. Mit „Tanze mit mir in den Morgen“, interpretiert von Gerhard Wendland, gelang ihm 1961 der Durchbruch als Schlagertexter. Nach einem Instrumentalstudium arbeitete er als Musiker und Arrangeur, bevor er des Deutschen Sehnsucht nach schmalzigen Songs erkannte und mehr als 1300 Texte für Stars wie Rex Gildo, Bata Illic, Jürgen Marcus, Chris Roberts („Du kannst nicht immer siebzehn sein“), Roy Black („Ganz in Weiß“) oder Peter Alexander schrieb. Kurt Hertha starb am 8. Juli.

Heuss (1955)

BPA / ULLSTEIN BILD (L.)

Baker (1926)

Fides Krause-Brewer, 87, über Jahrzehnte einzige ZDF-Wirtschaftsjournalistin, ist auf der Suche nach einem Verleger für ihre Memoiren aus Bonner Tagen, in denen sie hemmungslos aus dem Nähkästchen plaudert. Eine ihrer Lieblingsgeschichten betrifft die Begegnung zwischen dem damaligen Bundespräsidenten **Theodor Heuss** und **Josephine Baker**, der Sängerin, die einstmals im Bananenröckchen Furore gemacht hatte. „Die Schranzen um Papa Heuss“ hätten verhindert, so die auf dem Bundespresseball 1951 für die Gästeplazierung am Präsidententisch zuständige Krause-Brewer, dass die Baker beim Präsidenten sitzen durfte. „Eine Negerin, die nackt singt“, könne man dem Staatsoberhaupt nicht zumuten, sei die Begründung gewesen. Ein Treffen fand trotzdem statt. „In einem hinteren Teil des Saales“, so die Augenzeugin, „haben wir die beiden miteinander bekannt gemacht.“

Jane Felix-Browne, 51, mehrfache Mutter und Großmutter aus der britischen Grafschaft Cheshire, will ihre Ehe mit dem saudi-arabischen Schrotthändler **Omar Bin Laden,** 27, dem Kampf für Frieden im Nahen Osten widmen. Die Aufmerksamkeit, die ihr seit Bekanntwerden der Verbindung mit dem Sohn des Terroristenchefs Osama Bin Laden entgegengebracht wird, habe sie „überwältigt“. Die junggebliebene passionierte Reiterin, die sich nach eigenen Angaben mehreren Schönheitsoperationen inklusive Brustvergrößerung unterzogen hat, kann auf ein bewegtes Leben zurückblicken. Mit 15 Jahren lief sie von zu Hause weg, mit 16 heiratete sie in London einen saudi-arabischen Studenten. Kurz darauf soll sie erste Kontakte zum Bin-Laden-Clan gehabt haben. Viele Details aus ihren jungen Jahren bleiben nebulös. Die nunmehr zum sechsten Mal verheiratete Felix-Browne erklärt, es sei ihr egal „was die Leute sagen“. Sie vertraue ihrem neuen Ehemann, der sich von seinem Vater losgesagt habe, voll und ganz. Ihre innige Verbindung mit dem Sohn des meistgesuchten Mannes der Welt – das schwerverliebte Paar hat sich seit der Hochzeit im April erst ein Mal getroffen – will sie dazu nutzen, die Welt friedlicher zu machen: „Wenn es irgendetwas gibt, was ich tun kann, dann werde ich es tun.“

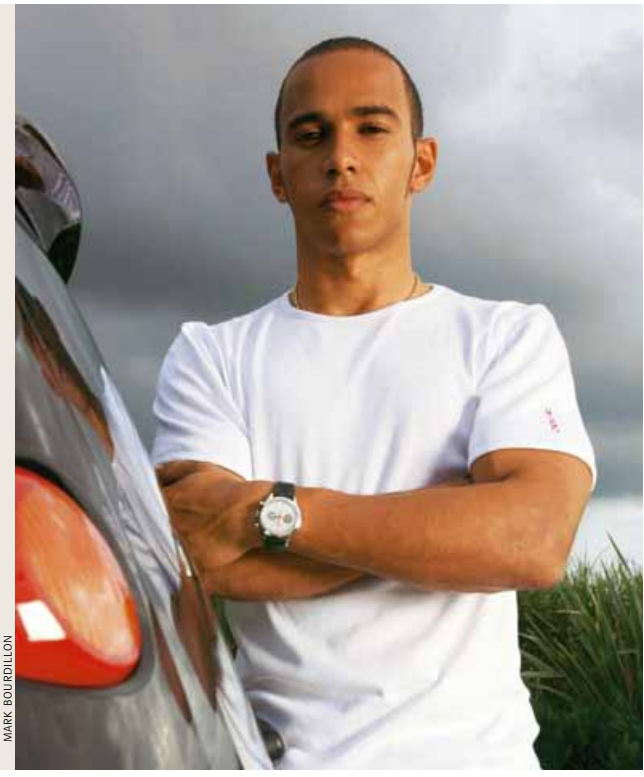
THE TIMES / BULLS PRESS

Felix-Browne, Bin Laden

Peter Ramsauer, 53, sinnenfroher Chef der CSU-Abgeordneten im Bundestag, hat mit seinem Namen jetzt Eingang gefunden in Cocktailkarten seiner bayerischen Heimat. Als er kürzlich mit einer Gruppe Berliner Journalisten in seinem Traunsteiner Wahlkreis unterwegs war, erfuhren diese in der Bar des Pallinger „Michlwirts“, was eine „Ramsauer Erleuchtung“ ist – eine hochprozentige Mischung aus Baileys, österreichischem Stroh Rum und Kahlúa, einem mexikanischen Kaffeelikör. Der Clou des Getränks: Kurz vor der Verköstigung wird es angezündet, worauf eine stechend blaue Flamme emporschießt. Ramsauer ließ es sich nicht nehmen, den Mix am späten Abend unter die Gäste zu bringen. Der CSU-Mann hatte schon Tage zuvor sein nächtliches Durchhaltevermögen unter Beweis gestellt, als er CSU-Chef Edmund Stoiber auf dessen Russlandreise begleitete. Der Blick von der Terrasse des Moskauer Hotels Ritz-Carlton begeisterte Ramsauer derart, dass ihm Zubettgehen nicht in den Sinn kam. Während Stoiber schon längst schlummerte, verbrachte er die Nacht auf einem Lounge-Sofa über den Dächern der russischen Metropole. Schläfrige Journalisten wurden sanft ermahnt, mit ihm auszuharren: „Wir gehen erst ins Bett, wenn die Sonne über dem Kreml aufgeht.“

Hillary Clinton, 59, demokratische Anwärterin auf die US-Präsidentschaftskandidatur, kann eine weitere illustre Persönlichkeit auf die Liste derer setzen, die Hillarys Lebensgeschichte – oder das, was sie dafür halten – der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen wollen. Earl Spencer, Bruder der verstorbenen Prinzessin Diana,

Lewis Hamilton, 22, neuer Stern am Formel-1-Himmel, hat einen Teil seines Erfolgsrezepts verraten. Der nach neun Rennen in seiner ersten Saison an der Spitze der Weltmeisterschaftswertung stehende britische Rennfahrer von McLaren-Mercedes hat die Ruhe weg: Sobald er im Cockpit sitzt, sei er so entspannt, eröffnete Hamilton kurz vor dem Grand Prix von Großbritannien vorvergangenen Sonntag, dass er im Grunde sofort einschlafen könnte: „Es ist total bequem, wenn du angeschnallt da sitzt. Es ist schön warm, und du fühlst dich super behaglich.“ Das Gemütlichkeitsprinzip hat dem in Großbritannien als Sensation gefeierten Newcomer inzwischen einen Zwölf-Punkte-Vorsprung zu seinem Teamkollegen Fernando Alonso und realistische Aussichten auf den Weltmeistertitel gebracht.



MARK BOURDILLON

HBO / COURTESY EVERETT COLLECTION

Kim Cattrall, 50, Darstellerin der libidogesteuerten Samantha in der Kultserie „Sex and the City“, hat ihren Willen bekommen – und dem harten Kern der Fangemeinde Anlass zum Jubeln gegeben. Vor zwei Jahren ließ Cattrall den Plan für einen Kinofilm auf der Grundlage der international heißgeliebten Serie eiskalt platzen: Sie bestand erfolglos auf einem Honorar, das dem der Hauptdarstellerin **Sarah Jessica Parker,** 42, angenähert sein sollte und wollte Einfluss auf das Drehbuch nehmen. Die anderen beiden Grazien der berühmten Viererbande aus Manhattan, **Kristin Davis,** 42, und **Cynthia Nixon,** 41, hätten schon damals nichts gegen einen Einsatz auf der Leinwand einzuwenden gehabt. Nun kam die Produktionsfirma der standhaften Cattrall offenbar großzügig entgegen: Im Herbst sollen die Dreharbeiten beginnen.

Cattrall, Nixon, Davis, Parker

und schärfster Kritiker der zahllosen „spekulativen und unfairen“ Geschichten, die über Lady Di verbreitet werden, überlegt ernsthaft, ein Buch über Clinton zu schreiben. „Faszinierend“ finde er die Politikerin, bekannte er. Ausgeprägtes Wohlwollen wäre von Spencers Buch wohl nicht zu erwarten: „Sie hat etwas von Lady Macbeth an sich“, befand der Graf.

Rachida Dati, 41, französische Justizministerin, scheut keine Auseinandersetzung. Die junge Politikerin maghrebinischen Ursprungs, die einen märchenhaften Aufstieg von der Kassiererin im Supermarkt über Buchhalterin und Richterin bis zur Ministerin vorweisen kann, gilt als Symbol für gelungene Integration – ein Trumpf, den sie Anfang Juli geschickt für ein Reformprogramm nutzte: Sie werde Anti-Diskriminierungs-Beauftragte für das Gerichtswesen ernennen, erklärte Dati. Das makellose Bild der Vorzeigefrau ist nun durch eine Personalquerele getrübt: Michel Dobkine, Kabinettchef und rechte Hand der Ministerin, kündigte überraschend seinen Rücktritt an. Er wolle demnächst heiraten, gab der Rechtsexperte als offiziellen Grund an. In Wahrheit kam er aber mit dem autoritären Führungsstil der energischen Politikerin nicht zurecht. Die Ministerin wurde zum Beispiel wütend, wenn er um 22 Uhr das Ministerium verließ. Die laut einer Umfrage beliebteste Frau in der Regierung sah die Kündigung gelassen: „Kann man einen verliebten Mann zurückhalten?“

OLIVIER LABAN-MATTEI / AFP

Dati

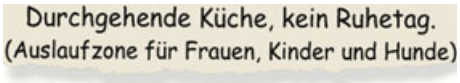
Kemal Vuraldogan, 30, Rechtsanwalt aus Ankara, hat den türkischen Generalstab herausgefordert – und muss nun teuer dafür bezahlen. Das Internet-Memorandum der Armee im Streit um die Kandidatur des religiösen Außenministers Abdullah Gül für das Amt des Staatspräsidenten, das viele als Putsch-Drohung verstanden, habe ihn in Angst und Schrecken versetzt, klagte Vuraldogan vor dem Verwaltungsgericht. Er forderte dafür einen symbolischen Schadensersatz von einer Türkischen Lira (etwa 55 Cent). Doch das Gericht wies ihn ab. Das Memo sei lediglich eine Presseerklärung gewesen und gegen einen solchen „Verwaltungsakt“ müsse er direkt beim Verteidigungsministerium Widerspruch einlegen. Weit härter trifft den jungen Juristen die Reaktion der Anwaltskammer von Ankara: Die feuerte Vuraldogan, der für die Kammer als Anwalt tätig war, wegen Vertrauensbruchs und leitete zusätzlich ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein.

Thomas Gottschalk, 57, und seine Frau **Thea,** die um ihr Alter ein Geheimnis macht, ließen sich erstmals im Rheinland unweit ihres Wohnsitzes Schloss Marienfels in Remagen öffentlich blicken. „Schuld daran“, so der Talkmaster während seiner Ehrung mit dem Cicero-Rednerpreis im ehemaligen Bundestag, sei „der weiß-gepunktete schwarze Hut“ seiner Frau, den sie noch nicht ausgeführt hatte. Thea Gottschalk beabsichtigt nun, öfter selbst in Erscheinung zu treten und sich nicht nur um die schrillen Outfits ihres Gatten zu kümmern. „Ich habe“, verkündete sie stolz nach der Veranstaltung, „noch ganz viele tolle Hüte zu Hause.“

M. KNOPP / I. LOUTFI

Gottschalk

Aus der „Neuen Westfälischen“: „Die flächendeckende, in die Wohnung integrierte Toilette mit Wasserspülung ist eine Errungenschaft der 1950er Jahre.“



Aus einer Anzeige im „Erftstadt-Anzeiger“

Der Münchner „Abendzeitung“-Kolumnist Jürgen Fliege über den Abschied von Klausjürgen Wussow: „Die Öffentlichkeit ist doch eher wie ein Trampelpfad, wo man nichts Stilles säen kann. Da wächst kein zartes Pflänzchen.“

Aus einer Überschrift in der „Speyerer Morgenpost“: „Der Renault-Bestseller soll endlich auch bei Männern ankommen. Aus der Nische der Frau geholt.“

Aus dem „Badischen Tagblatt“

Aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Umfrage für die Landesregierung bestätigt Integrationsdefizite – Bildungsfortschritte sind zu beseitigen.“

Aus dem „Weser-Kurier“: „‚Warten ist der größte Feind des Schlaganfalls‘, betont Chefarzt Günther Schwendemann.“

Aus dem „Westfalen-Blatt“: „Denn am 25. und 26. Oktober kehren die Weltmeister zurück an jenen Ort, an dem im Januar ihr Siegeszug mit einer Niederlage gegen den späteren Endspielgegner Polen begann – ins Gerry-Weber-Stadion in Halle.“

Aus der „Frankenpost“

Aus einer „Informationsbroschüre für Schutzhandschuhe“: „Es wird davon ausgegangen, dass die Wirksamkeit gegenüber geringfügigen Risiken beurteilt wird und deren Wirkung, wenn sie allmählich eintritt, rechtzeitig und ohne Gefahr wahrgenommen wird … Eine Risikoanalyse ist vorher durchzuführen. Mittels Trageversuch ist die erforderliche Größe festzustellen, damit der Handschuh passt.“

Zitate

Die „Süddeutsche Zeitung“ zum SPIEGEL-Gespräch „Es kann uns jederzeit treffen“ mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble über die Gefährdung Deutschlands durch islamische Terroristen (Nr. 28/2007):

Der neue Vorstoß von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zur Verschärfung der Sicherheitsgesetze ist beim Koalitionspartner SPD und bei der Opposition auf scharfe Kritik gestoßen. SPD-Fraktionschef Peter Struck verglich Schäubles Überlegungen mit den „Vorschlägen eines Amokläufers“ … Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ erklären, im Kampf gegen den Terrorismus dürfe es keine „Denkverbote“ geben. Man müsse jedoch grundsätzliche und kurzfristige Überlegungen auseinanderhalten. Merkel komme es jetzt zunächst darauf an, den Streit in der Koalition über Online-Durchsuchungen von Computern beizulegen. Schäuble hatte in einem SPIEGEL-Interview die Möglichkeit der gezielten Tötung von Terror-Verdächtigen ins Gespräch gebracht.

Die „Berliner Zeitung“ zum SPIEGEL-Artikel „Parteien – Der Herr der Wirrungen“ über Oskar Lafontaines Rolle bei der Suche der Parteien nach künftigen Bündnispartnern (Nr. 28/2007):

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck ist am Wochenende sowohl von links als auch von rechts heftig kritisiert worden. Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) nannte die SPD einen „wilden Hühnerhaufen“, weshalb die Partei ihren Chef notfalls abwählen müsse. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil nannte Koch daraufhin einen „politischen Strolch“. Der Vorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine, bezeichnete Beck als „ratlosen Strategen“. Er kündigte im Magazin SPIEGEL an, er werde auf einen Kabinettsposten verzichten, falls es zu einer Kooperation mit der SPD im Bund komme.

Die „taz“ über einen bei den Anti-G-8-Demonstrationen schwer verletzten Mann und zum SPIEGEL-Interview „G-8-Gipfel – Spaltung der Bewegung“ mit August Hanning (Nr. 24/2007):

Während der Krankenhaustage in Rostock – nach einer zweiten Operation heilt sein Auge langsam – liest er unter Mühen im SPIEGEL ein Interview mit August Hanning, Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Die Journalisten fragen, ob die Polizei zu hart vorgegangen sei, ein Demonstrant würde womöglich sein Auge verlieren. Hanning erwidert, immerhin sei in Heiligendamm niemand erschossen worden. Man könne mit dem Ergebnis zufrieden sein.